



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

40. Sitzung

3. Wahlperiode

Mittwoch, 24. Mai 2000, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsident Hinrich Kuessner, Vizepräsidentin Renate Holznagel und Vizepräsidentin Kerstin Kassner

Inhalt

	Gesetzentwurf der Landesregierung: Entwurf eines Gesetzes zur Einrichtung eines Rates für Integrationsförderung von Menschen mit Behinderungen und chronisch Kranken des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Integrationsförderratsgesetz – IntFRG M-V) (Zweite Lesung und Schlussabstimmung)	
Mitteilungen der Vizepräsidentin.....	– Drucksache 3/912 –	2488 2504
	Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialausschusses – Drucksache 3/1313 –	2504 2504
Genehmigung der Tagesordnung	Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und PDS – Drucksache 3/1319 –	2488 2504, 2510
Beschluss	Dr. Margret Seemann, SPD..... Dr. Arthur König, CDU..... Irene Müller, PDS	2488 2505 2508
Aktuelle Stunde Situation der Theater in Mecklenburg-Vorpommern	Beschluss	2488 2512
Steffie Schnoor, CDU		2488
Minister Dr. Peter Kauffold.....		2489
Siegfried Friese, SPD		2492
Dr. Gerhard Bartels, PDS	Gesetzentwurf der Landesregierung: Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag über die Vergabe von Studienplätzen (Erste Lesung)	2494
Dr. Armin Jäger, CDU.....	– Drucksache 3/1285 –	2495 2513
Sylvia Bretschneider, SPD	Minister Dr. Peter Kauffold	2496 2513
Andreas Bluhm, PDS.....	Steffie Schnoor, CDU.....	2497 2514
Wolfgang Riemann, CDU	Dr. Manfred Reißmann, SPD.....	2498 2516
Caterina Muth, PDS.....	Angelika Gramkow, PDS.....	2500 2516
Dr. Ulrich Born, CDU.....	Beschluss	2501 2516
Claus Gerloff, SPD		2503 2516

Gesetzentwurf der Landesregierung:
Entwurf eines Gesetzes zu dem Protokoll vom 9. September 1998 zur Änderung des Europäischen Übereinkommens vom 5. Mai 1989 über das grenzüberschreitende Fernsehen
 (Erste Lesung)

– Drucksache 3/1288 –	2516
Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff	2517
Rainer Prachtl, CDU	2517
Beschluss	2518

Berichtigung zu dem Antrag der Finanzministerin:
Entlastung der Landesregierung für das Haushaltsjahr 1998

– Vorlage der Haushaltsrechnung und Vermögensübersicht des Landes – – Drucksache 3/1012 –	2518
Beschluss	2519

Antrag der Fraktionen der SPD und PDS:
Langfristige Verpachtung landeseigener Flächen vorrangig an Unternehmen mit Tierproduktion oder anderem arbeitsintensiven Produktionsprofil

– Drucksache 3/731 –	2519
----------------------------	------

Beschlussempfehlung und Bericht des Landwirtschaftsausschusses

– Drucksache 3/1280 –	2519
Johann Scheringer, PDS	2519
Ute Schildt, SPD	2520
Martin Brick, CDU	2520, 2523, 2524
Minister Till Backhaus	2521, 2523, 2524
Birgit Schwebs, PDS	2524
Beschluss	2525

Antrag der Landesregierung:
Zustimmung des Landtages zur Mitstiftung des Landes zur Errichtung der Stiftung „Alfried-Krupp-Kolleg Greifswald“

– Drucksache 3/1209 –	2525
-----------------------------	------

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Bildung, Wissenschaft und Kultur

– Drucksache 3/1311 –	2525
Beschluss	2525

Antrag der Landesregierung:
Einwilligung des Landtages gemäß § 63 Absatz 1 LHO zur weiteren Beteiligung des Landes an Gesellschaften mit beschränkter Haftung

– Drucksache 3/1210 –	2525
-----------------------------	------

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Bau, Arbeit und Landesentwicklung

– Drucksache 3/1309 –	2525
-----------------------------	------

Norbert Baunach, SPD	2525
----------------------------	------

Ministerin Dr. Martina Bunge	2526
------------------------------------	------

Bärbel Kleedehn, CDU	2528, 2532, 2533
----------------------------	------------------

Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff	2530, 2532, 2533
---	------------------

Heidemarie Beyer, SPD	2533, 2534
-----------------------------	------------

Dr. Margret Seemann, SPD	2534
--------------------------------	------

Barbara Borchardt, PDS	2535, 2536, 2537
------------------------------	------------------

Harry Glawe, CDU	2536, 2537
------------------------	------------

Beschluss	2537
-----------------	------

Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und PDS:
Behandlung von Unterrichtungen aus der zweiten und dritten Wahlperiode

– Drucksache 3/1290 –	2537
-----------------------------	------

Beschluss	2537
-----------------	------

Antrag der Fraktionen der SPD und PDS:
Armuts- und Reichtumsberichterstattung

– Drucksache 3/1297 –	2537
-----------------------------	------

Dr. Margret Seemann, SPD	2537, 2541
--------------------------------	------------

Harry Glawe, CDU	2538
------------------------	------

Torsten Koplín, PDS	2539
---------------------------	------

Beschluss	2542
-----------------	------

Antrag der Fraktion der CDU:
Personalentwicklungsprogramm für Lehrkräfte an allgemein bildenden und beruflichen Schulen in Mecklenburg-Vorpommern

– Drucksache 3/1296 –	2542
-----------------------------	------

Antrag der Fraktionen der PDS und SPD:
Umsetzung des Lehrpersonalkonzeptes

– Drucksache 3/1302 –	2542
-----------------------------	------

Jörg Vierkant, CDU	2542
--------------------------	------

Andreas Bluhm, PDS	2543, 2554
--------------------------	------------

Minister Dr. Peter Kauffold	2546	Peter Ritter, PDS	2562
Steffie Schnoor, CDU	2549	Dr. Armin Jäger, CDU	2565, 2566
Heike Polzin, SPD	2551	Harry Glawe, CDU (zur Geschäftsordnung)	2566
Beschluss	2556	Volker Schlotmann, SPD	2569
		Lorenz Caffier, CDU (zur Geschäftsordnung)	2573
		Beschluss	2573
Antrag der Fraktion der CDU:			
Maßnahmen zur Bekämpfung von rechtsextremistischen Gewaltstraftaten			
- Drucksache 3/1291(neu) -	2556		
Reinhardt Thomas, CDU	2556	Nächste Sitzung	
Minister Dr. Gottfried Timm	2559	Donnerstag, 25. Mai 2000	2573

Beginn: 10.01 Uhr

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren! Ich begrüße Sie zur 40. Sitzung des Landtages. Ich stelle fest, dass der Landtag ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor.

Vor Eintritt in die Tagesordnung möchte ich Herrn Dr. Berndt Seite nachträglich ganz herzlich zu seinem 60. Geburtstag gratulieren.

(Beifall bei den Abgeordneten)

Ebenso möchte ich Herrn Dr. Ulrich Born nachträglich zu seinem 50. Geburtstag herzlich gratulieren.

(Beifall bei den Abgeordneten –
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: So ein junger Mensch. – Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist relativ.)

Ich wünsche Ihnen für die Zukunft alles Gute, Gesundheit und viel Schaffenskraft.

Meine Damen und Herren! Der Ältestenrat hat sich darauf verständigt, die Zweite Lesung und Schlussabstimmung des Gesetzentwurfes der Landesregierung „Entwurf eines Gesetzes zu dem Protokoll vom 9. September 1998 zur Änderung des Europäischen Übereinkommens vom 5. Mai 1989 über das grenzüberschreitende Fernsehen“, Drucksache 3/1288, am Donnerstag, dem 25. Mai 2000 als Zusatztagesordnungspunkt im Anschluss an den Tagesordnungspunkt 23 durchzuführen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen.

(Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff:
Ich bin dann leider nicht da, werde aber dazu reden wollen, Frau Präsidentin. –
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Die Zweite Lesung. – Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff:
Ach, die Zweite Lesung. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 1:** Aktuelle Stunde. Die CDU hat gemäß unserer Geschäftsordnung eine Aktuelle Stunde zu dem Thema „Situation der Theater in Mecklenburg-Vorpommern“ beantragt.

Aktuelle Stunde Situation der Theater in Mecklenburg-Vorpommern

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Schnoor von der Fraktion der CDU.

Steffie Schnoor, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Jedes Jahr wieder, könnte man bei diesem Thema sagen. Kein Land in Sicht und die Probleme werden nicht weniger, sondern mehr. Die Theaterlandschaft in Mecklenburg-Vorpommern wird ärmer, statt Aufschwung zu nehmen. Diesen wollten nach den letzten Debatten eigentlich alle Fraktionen und auch der Kulturminister, nachdem er sich allerdings anfangs geweigert hatte, die Verantwortung für den Kulturbereich in diesem Land anzunehmen. Scheinbar äußert sich diese Verweigerungshaltung den Theatern gegenüber auch in dem anhaltend bestehenden Dilemma, in dem sich die Theater selbst befinden.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Aber das Dilemma geht seit 1990, Frau Schnoor.)

Das Konzept, das der Minister zu den Theatern vorgelegt hatte, sagt nichts Neues, auf jeden Fall nichts konzeptionell Neues. Zwar ist zu begrüßen, dass die derzeitige Landesregierung am 4-Standorte-Konzept festhalten will. Aber im gleichen Atemzug zu sagen, liebe Theater und Träger, wie ihr das macht, müsst ihr selbst entscheiden, das ist nicht im Sinne einer positiv ausgerichteten Kulturpolitik für Mecklenburg-Vorpommern. Im Gegenteil, die Theater und die theatertragenden Kommunen fühlen sich allein gelassen von der Landesregierung. Nach wie vor kann man begrüßen, dass die Theaterförderung mit der Übernahme in das FAG verstetigt wurde. Zu den finanziellen Auswirkungen werden wir an anderer Stelle noch etwas hören.

Aber Frau Marquardt war schon 1997 froh, dass sie sich dieses heiklen kulturpolitischen Themas entledigen konnte.

(Zuruf von Andreas Bluhm, PDS)

Der heutige Kulturminister ist eigentlich nicht minder froh, nur wird er heute mit einer verschärften Situation konfrontiert, die politisches Handeln erfordert, wenn die Theaterlandschaft in Mecklenburg-Vorpommern sich nicht auflösen soll. Sie wird sich auflösen, wenn nicht politisch gewollte und untersetzte Konzepte Raum greifen. Sie wird sich auflösen, wenn Sparkurse in den theatertragenden Kommunen und die Stagnation der Landesmittel aufwendige und attraktive Inszenierungen unmöglich machen. Sie wird sich auflösen, wenn die Fritz-Reuter-Bühne aufgrund fehlender Mittel selbst regionale Identität nicht pflegen kann. Dann stehen irgendwann keine Busse aus Hamburg, Kiel oder Lübeck mehr vor den Toren des Staatstheaters in Schwerin. Damit wäre eine Einnahmequelle aus Sicht des Kulturministeriums schon ad absurdum geführt, nämlich die Einnahmen zu erhöhen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Bemühungen der Landesregierung müssen konkreter werden. Ich bin auch nicht davon überzeugt, dass in der Region Neustrelitz/Neubrandenburg eine Verflachung der Verwaltungsstruktur zum Erhalt der Theater dort wesentlich beitragen kann. Das Problem der Tarife und anderer Kostenfaktoren bleibt. Warum ist es eigentlich unmöglich, mit dem NDR darüber zu verhandeln, dass dieser die Finanzierung der Staatskapelle übernimmt? In jedem anderen Bundesland im Raum des NDR wird es praktiziert, nur nicht in Mecklenburg-Vorpommern. Warum ist es denn nicht möglich,

(Zuruf von Heike Lorenz, PDS)

dass Mittel aus dem Hauptstadtvertrag zur Finanzierung des Schweriner Theaters herangezogen werden?

(Angelika Gramkow, PDS: Das wird ja längst getan. Sie sollten sich informieren! –
Wolfgang Riemann, CDU: Ja, auf wessen Druck, Frau Gramkow?)

Hier und da im investiven Bereich, aber nicht zur Finanzierung.

(Angelika Gramkow, PDS: 1,2 Millionen für Premieren. – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU –
Angelika Gramkow, PDS: Das weiß ich nun wirklich besser.)

Hier und da finden sich Mittel und Wege, wie man aus einem selbst verschuldeten Dilemma herauskommt. Dazu gehört auch, dass man sich ernsthaft mit den Theaterleu-

ten und den theatertragenden Kommunen an einen Tisch setzt und überlegt, wie viel Theater mit welcher Qualität dieses Land benötigt. Aber dann muss auch die Landesregierung diesen Gestaltungswillen erkennen lassen und nicht mit halbherzigen Konzepten, die ein Aufguss alter Konzepte aus anderen Zeiten mit anderen Bedingungen sind, Aktionismus vortäuschen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Schnoor.

Das Wort hat jetzt der Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur Herr Professor Kauffold.

Minister Dr. Peter Kauffold: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hatte eigentlich nicht erwartet, dass Frau Schnoor das Debüt Ihrer Rückkehr als Kassandraruferin einleitet. Ich hatte eigentlich von der Opposition erwartet, dass sie, wenn sie diese Aktuelle Stunde auf die Tagesordnung setzt, auch einige konstruktive Vorschläge macht.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Nehmen wir das alte Theaterkonzept vom Jahr 1992, was die vier Standorte oder die vier Regionen anbelangt. Vier Standorte waren es ja nicht, sondern zwölf, und vier Regionen haben wir aber. Das war damals sicherlich ein sprachliches Missverständnis. Das ergibt sich aus den geographischen und Standortbesonderheiten. Das ist kein überwältigender politischer Ansatz. Das muss jeder so machen. Zum anderen waren dort Dinge vorgesehen, die bis heute nicht umgesetzt sind, die ganze Zeit nicht bis jetzt.

(Steffie Schnoor, CDU: Eben, eben, eben!)

Das betrifft einmal die Finanzierung. Es war vorgesehen, dass die Landesanteile sich reduzieren und die kommunalen Anteile steigen. Das war also die eine Seite. Die Realitäten wollen das nicht so.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Bei sinkenden Kommunalfinanzen!
Wie sollen wir denn das machen?)

Ja, ja. Wie wollen wir das denn bei sinkenden Landesfinanzen machen? Das ist doch alles lächerlich, wenn wir die Verantwortung hin und her schieben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Das ist die eine Seite. Zum anderen waren Annäherungen, Fusionen vorgesehen, ein enges Aneinanderrücken. Dies ist nur verwirklicht in Vorpommern. Das ist auch vernünftig so und in anderen Landesteilen müssen wir es bewirken.

Ich habe in den letzten eineinhalb Jahren hier viel mit Theaterleuten gesprochen, in letzter Zeit ungeheuer intensiv. Es wird immer wieder das Bedauern geäußert, dass wir uns nicht mal auf die Inhalte verständigen und dass wir nicht einmal die Leistungen der Theater würdigen. Ich meine, es ist dieser Ort auch einmal dazu angetan, dass wir zunächst einmal von Leistungen sprechen. Ich meine, wir sollten auch mal im Landtag sagen, dass die Theater und Orchester in Mecklenburg-Vorpommern eine sehr erfolgreiche künstlerische Arbeit leisten.

(Beifall bei SPD, PDS und
Wolfgang Riemann, CDU)

Sie haben im vergangenen Jahr erneut unter Beweis gestellt, dass sie zu den strukturbestimmenden, strukturerneuernden und multifunktionalen Kunst- und Kommunikationseinrichtungen gehören. Die Theater und Orchester in Mecklenburg-Vorpommern haben einen Aufwärtstrend in der Besuchergunst. Das zeigt sich dadurch, dass im Vergleich zur Spielzeit 1997/98 in 1998/99 in den Theatern etwa 110.000 Besucher mehr gezählt wurden.

Ich möchte auch hier einmal feststellen, dass unsere Theater und Orchester deswegen so erfolgreich sind, weil sie sich des hohen Stellenwertes, den sie für das gesellschaftliche Leben des Landes und der Kommunen besitzen, sehr bewusst sind. Das betrifft nicht nur Veranstaltungen und Aufführungen der eigenen Ensembles oder Gastspiele mit hohem Qualitätsanspruch. Sie stellen sich auch den sozialen und pädagogischen Aufgaben. Ich denke dabei an die Zusammenarbeit mit Laiengruppen, mit Schultheatergruppen, mit Musikschulen. Ich denke aber auch an die künstlerische Aufarbeitung sozialer und gesellschaftsrelevanter Themen.

Ein zweites Beispiel ist die Jugendtheaterbegegnung „Aufbruch“. Sie wurde in Vorpommern zum zweiten Mal organisiert und sie führte Theatergruppen aus Jugendtheatergruppen aus vier baltischen Ländern zusammen. Dieses Projekt wie auch die stete Zusammenarbeit aller Theater – ich möchte betonen, aller Theater – des Landes mit Jugendlichen sind sehr wertvolle Beiträge zur Jugendarbeit, die wir auch unter den schul- und jugendpädagogisch-politischen Gesichtspunkten nicht hoch genug würdigen können.

Ein weiterer Gesichtspunkt wird immer deutlicher. Die Theater des Landes stellen in immer stärkerem Maße ihre Rolle als wirtschaftsfördernde Standortfaktoren unter Beweis, indem sie Angebote wie Sommertheater organisieren. Ein Beispiel, das zuerst zu erwähnen ist, ist die sehr erfolgreiche „Aida“-Aufführung des Mecklenburgischen Staatstheaters, zu der man dem Theater sehr gratulieren kann, die nachweislich auch positive Effekte für die Schweriner Unternehmen mit sich brachte.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD,
und Siegfried Friese, SPD)

Das ist natürlich auch Gelegenheit, an die Wirtschaft zu appellieren und erneut zu sagen, was der Staatsminister Naumann ja auch deutlich macht, dass der Staat immer die hoheitliche Aufgabe hat, Kultur zu alimentieren. Da er das im wünschenswerten Umfang aber nicht mehr ausschließlich und alleine tun kann, ist hier auch die Wirtschaft aufgerufen, ihre Beiträge zu leisten.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Ich denke aber auch an die traditionellen Angebote der Vorpommerschen Landesbühne Anklam mit ihrem besonderen Theaterkonzept,

(Beifall Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Richtig.)

die insbesondere für die Insel Usedom auch ein Stück Lebensgefühl und Lebensqualität darstellt. Kulturtheater ist ein Wirtschaftsfaktor, Kulturtheater ist ein Faktor, der wesentlich ist für die Identität der Menschen in diesem Lande, und ein Magnet für die Besucher unseres Landes.

Es reicht natürlich nicht aus, die erfolgreiche künstlerische Arbeit der Theater nur an Highlights zu messen.

Ohne die kontinuierliche kreative künstlerische Arbeit über die gesamte Spielzeit hinweg wären solche Höhepunkte nicht zu erreichen. Diese Kontinuität haben die Theater und Orchester des Landes durch eine ausgewogene Spielplangestaltung und deren erfolgreiche Umsetzung unter Beweis gestellt. So viel zu den Leistungen und Erfolgen, die umso höher zu bewerten sind, als die wirtschaftliche Lage der Theater ja nun nicht rosig ist. Sie ist problematisch. Die Erfolge dürfen nicht darüber hinwegtäuschen.

Das ist nebenbei nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern so, sondern es ist in der ganzen Bundesrepublik so. Theater und Orchester sind personalintensive Kunst Einrichtungen. Das Kunstwerk entsteht vor allem durch die Personen, die agieren. 85 Prozent der Ausgaben in einem Theater sind Personalkosten, so dass eine tarifliche Erhöhung zwangsläufig erhebliche Kostensteigerungen nach sich zieht.

Die Kultusministerkonferenz hat die bundesweite Dramatik, die bundesweite Problematik dieser Entwicklung thematisiert und am 9. Dezember 1999 ein Positionspapier verabschiedet, dem sich alle Länder angeschlossen haben, sonst wäre es ja auch noch nicht verabschiedet. Das Ziel des Papiers besteht im Wesentlichen darin, die rechtlichen Rahmenbedingungen für Theater und Orchester und die Theaterstrukturen so zu gestalten, dass der Erhalt einer ausgewogenen Theaterlandschaft innerhalb der verfügbaren Ressourcen gesichert werden kann. Das betrifft auch Empfehlungen im tariflichen Bereich. Ich nehme an, Sie kennen dieses Papier, sonst werde ich es Ihnen gerne zur Verfügung stellen. Theater muss bezahlbar bleiben. Das ist die Botschaft, die von der Kultusministerkonferenz ausgeht.

Wir haben die wirtschaftliche Situation der Theater und Orchester in Mecklenburg-Vorpommern anhand von Beiträgen der kommunalen Gebietskörperschaften geprüft. Es hat sich ergeben, bei Beibehaltung der jetzigen Strukturen sowie unter Zugrundelegung einer angenommenen Steigerung von 3,5 Prozent Personalkosten und von 1,1 Prozent Sachkosten im Jahr würde der Zuschussbedarf für alle Einrichtungen bis zum Jahre 2005 auf 150 Millionen DM ansteigen. Demgegenüber steht nach den derzeitigen Erkenntnissen ein Finanzrahmen von 120 Millionen DM. Danach fehlen bei den jetzt vorhandenen Strukturen 30 Millionen DM. Das Problem wäre dann zu lösen, wenn wir sagen, wir erhalten die Strukturen so, wie sie sind, und bekommen von irgendwoher 30 Millionen DM.

Wir wissen alle, dass sich die Theater und Orchester in unserem Land ausschließlich in kommunaler Trägerschaft und Verantwortung befinden. Das ist nicht unerheblich. Das ist auch nicht unerheblich für die Möglichkeiten, die das Land hat, Einfluss zu nehmen. Das ist Ihnen doch allen klar und auch der Opposition, die immer wieder Appelle an uns richtet, in bestimmter Weise programmatisch Profil zu geben, Einfluss zu nehmen und das auch durchzusetzen.

(Harry Glawe, CDU: Ja, Sie haben doch Verantwortung zu übernehmen.)

Sicher, die habe ich und die nehme ich auch wahr.

(Harry Glawe, CDU: Na, bitte schön, dann beklagen Sie sich doch auch nicht darüber, dass wir das fordern.)

Darüber sprechen wir gleich noch.

Die Übernahme von Trägerschaftsverpflichtungen durch das Land ist nicht vorgesehen. Die Landesregierung ist übereinstimmend der Meinung, dass wir keine Trägerschaftsverpflichtungen übernehmen. Das Land beteiligt sich mit 70 Millionen DM an der Theaterfinanzierung. Sie wissen das. Und da die Konsolidierung des Landeshaushaltes in fast allen Bereichen zur Absenkung geführt hat, ist die Verstärkung der Theaterfinanzierung eine besondere Schwerpunktsetzung des Landes und auch eine besondere Leistung.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Ich erinnere mich an die Diskussionen Anfang des Jahres 1999, die mich, das muss ich gestehen, etwas kalt erwischt haben.

(Harry Glawe, CDU: Wir hoffen, dass man nach dem FAG handelt. – Angelika Gramkow, PDS: Sie haben das doch ins FAG gepackt, nicht wir!)

Da war ja allgemein der Ruf, die Strukturen so zu lassen und die Finanzierung anzuheben. Inzwischen hat der stetige Dialog der Landesregierung mit den Einrichtungen dazu beigetragen, dass wir solche Rufe nicht mehr hören,

(Wolfgang Riemann, CDU: Das stimmt doch gar nicht, Herr Professor Kauffold!)

sondern es wird allgemein eingeschätzt, dass die Konstanthaltung dieser Leistung ein erheblicher Beitrag des Landes ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es ist eine Schwerpunktsetzung und ich möchte keinen Zweifel daran lassen – das habe ich auch früher schon gesagt –, dass eine Anhebung der Theaterfinanzierung zu Lasten anderer Bereiche der Kulturförderung nicht in Frage kommen kann.

Die Schwerpunktsetzung wird auch aus dem Ländervergleich zur Theaterfinanzierung deutlich. Laut Theaterstatistik des Deutschen Bühnenvereins – leider ist nur die Theaterstatistik von 1997/98 verfügbar – gehört Mecklenburg-Vorpommern zu den Ländern mit dem höchsten Betriebskostenzuschuss je Besucher, nämlich mit rund 188 DM je Besucher.

Ich sage Ihnen mal die Zahlen zum Vergleich: In Sachsen-Anhalt sind es 170 DM,

(Harry Glawe, CDU: Ja, da müssen wir mehr Besucher haben.)

in Brandenburg sind es 120 DM, in Baden-Württemberg 155 DM,

(Georg Nolte, CDU: Das sind doch andere Einwohnergrößen. Das geht doch so nicht. –

Harry Glawe, CDU: Die Brandenburger machen ihre Theater zu.)

in Niedersachsen 147 DM. Das sind die Beiträge.

(Wolfgang Riemann, CDU: Nennen Sie die Zahlen mal einwohnerbezogen, Herr Professor!)

Ja, warum machen wir das?

(Zuruf von Georg Nolte, CDU)

Das sind also die Beiträge zu dem Betriebskostenzuschuss je Besucher.

Das Land beteiligte sich 1997/98 mit 57,8 Prozent am Zuschussbedarf. Ich darf Ihnen im Vergleich dazu auch mal die Zahlen aus anderen Bundesländern nennen: Das reiche Baden-Württemberg zahlt 42 Prozent, Bayern 50 Prozent, Niedersachsen 67,9 Prozent, Schleswig-Holstein 52 Prozent, Sachsen-Anhalt 40 Prozent, Brandenburg 43 Prozent und wir 57 Prozent.

(Georg Nolte, CDU: Wer dieser Statistik glaubt, ist selber schuld. – Harry Glawe, CDU: Das hilft nicht.)

Das zählt nicht? Na ja, wissen Sie, ich bin geübt im Umgang mit Statistiken und in der Interpretation von Statistiken. Was soll man denn sonst machen?

(Georg Nolte, CDU: Ja, einwohnerbezogen müssen Sie das sagen.)

Aus dem Bauch holen wir es lieber nicht, sondern aus den Zahlen, die wir hier vorliegen haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Harry Glawe, CDU: Die haben doch gar keine Steuerkraft, die Kommunen.)

Im Jahr 1999 betrug die Beteiligung des Landes an der Finanzierung der Theater und Orchester im Landesdurchschnitt 56 Prozent, die Kommunen haben durchschnittlich 41 Prozent des Zuschussbedarfes finanziert. Zu ergänzen ist, dass sich das Land darüber hinaus auch an baulichen Maßnahmen zur Sanierung der Theatergebäude beteiligt.

Kommentare der Öffnung des Investitionsförderungsgesetzes für die neuen Bundesländer haben zu übertriebenen Erwartungen geführt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Es ist zwar das Investitionsförderungsgesetz geöffnet, aber die Mittel, die in den kommunalen Bereich als kommunaler Investitionszuschuss fließen, sind 150 Millionen DM und die Kommunen setzen ihre eigenen Prioritäten.

(Dr. Armin Jäger, CDU: So ist das. – Dr. Berndt Seite, CDU: Ja.)

Sie wissen selbst als diejenigen, die sich mit dem Haushalt befassen, wofür die Landesanteile eingesetzt werden.

Im Rahmen des Aufbauprogramms Kultur in den neuen Ländern werden natürlich auch Mittel für die Theater und die Spielstätten für Orchester eingesetzt. Ich möchte hier benennen, dass über das Bundesprogramm der Konzertsaal in Neubrandenburg – die Marienkirche, die dort entsteht – mit 2 Millionen DM bezuschusst wird. Für das Theater Vorpommern haben wir 1,6 Millionen DM jetzt aus diesem Programm bereitgestellt, das ja im Jahr nur – dankenswerterweise, aber immerhin nur – 3,9 Millionen DM für Mecklenburg-Vorpommern bereitstellt. Auch die Rekonstruktion des Theaters, die Investitionen im Theater in Schwerin, werden mit 2 Millionen DM aus diesem Programm bezuschusst.

Ich möchte nochmals erwähnen, was aus dem Landeshauptstadtvertrag in den Jahren 1996 bis 2000 in die Spielstätte in Schwerin geflossen ist. Das sind 24 Millionen DM und weitere 26 Millionen DM sind bis 2005 vorgesehen. Das sind also die Investitionen.

Natürlich ist es notwendig, in die Spielstätten zu investieren. Ganz besonders notwendig ist es in Rostock.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Und die Unzulänglichkeiten, die dort bestehen, haben natürlich auch Rückwirkungen auf die Besucherzahlen. Der Intendant in Rostock kann das sehr überzeugend darstellen, aber hier sind auch in erster Linie die Trägerkommunen als Eigentümer der Gebäude gefragt, Lösungen anzubieten.

Es ist sehr positiv, dass die Beiträge der Theater am Einspielergebnis sich in einigen Fällen sehr gut entwickelt haben, also die Theaterunternehmen sehr differenzierte, aber zum Teil sehr intensive Anstrengungen unternehmen, das Einspielergebnis zu einem wesentlichen Beitrag der Theaterfinanzierung zu machen. Spitzenreiter sind die Neubrandenburger Philharmonie mit 21,2 Prozent Einspielergebnis in 1999 und das Mecklenburgische Staatstheater mit 18,9 Prozent, die Vorpommersche Landesbühne mit 17,9 Prozent. Aber es gibt auch Unterschiede. Beim Volkstheater Rostock liegen die Einspielergebnisse bei 5,3 Prozent und das ist erheblich unter dem Landesdurchschnitt. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 15 Prozent. Aber sei es, wie es wolle, die Einspielergebnisse sind natürlich nicht ausreichend, in nennenswertem Maße – auch wenn sie noch weiter steigen – ein Defizit zu decken, was sich bei den vorhandenen Strukturen aufmacht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Landesregierung war eben nicht untätig, wie Frau Schnoor festzustellen glaubt. Wir haben eine Projektgruppe eingesetzt. Der Vertreter der Träger, der Vertreter der künstlerischen Leitung der Theater, der betriebswirtschaftliche Sachverstand, der Bühnenverein und ein externer Sachverstand – ein noch unabhängiger Sachverstand –, der dem Theaterbereich angehört, haben Empfehlungen zur Neuordnung der Theaterstruktur erarbeitet. Das ist keine Patentlösung. Eine Patentlösung kann es hier überhaupt nicht geben. Aber es ist insgesamt doch interessant zu bemerken und ganz wesentlich, dass das Ergebnis dieser Arbeit der Projektgruppe nicht der Ruf dahin gehend war, die Zuschüsse des Staates anzuheben, sondern dass dieses Papier

(Wolfgang Riemann, CDU: Das stimmt auch nicht, Herr Professor Kauffold.)

übereinstimmend – und das war neu in der Situation – Ansatzpunkte zeigte, wo etwas getan werden müsse.

Dieses Papier haben alle theatertragenden Kommunen erhalten. Im Ergebnis dieses Papiers hat die Landesregierung mit den theatertragenden Kommunen und mit den Theatern selbst Beratungen durchgeführt, in denen wir uns auf Grundsätze verständigt haben. Es ist also ein stetiger Dialogprozess. Ich muss sagen, die Ergebnisse sind unterschiedlich. Der Stand, die Möglichkeiten sind unterschiedlich in den einzelnen Regionen. In dem Bereich Neubrandenburg/Neustrelitz gibt es sehr weitreichende Ansätze, zu Fusionen zu kommen. Im Bereich Vorpommern sind die Möglichkeiten für positive Effekte dieser Fusionen schon konsumiert. Hier werden aber andere Ansätze gesehen.

Es gibt in allen Bereichen Ansätze, die bestehen, um zu einer größeren Ressourceneffizienz zu kommen. Welche Handhabe hat das Land? Das Land hat eine kulturpolitische Verantwortung und das Land hat als Handhabe die Möglichkeiten, die sich aus der Theaterfinanzierung ergeben. Das sind die Möglichkeiten, die das Land hat, Einfluss zu nehmen. So kann es zunächst die Rolle des Landes sein, im Prozess des Dialoges mit den Kommunen Möglichkeiten auszuarbeiten, zu Lösungen zu kommen,

die vom Prinzip her in diesem Papier zur Neuordnung der Theaterlandschaft dargelegt sind. Das ist der derzeitige Stand unserer Arbeit.

Wir haben eine erste Runde geführt und ich möchte Ihnen sagen, es war eine sehr konstruktive, konsensuale, nicht konfrontative Dialogebene. Und jetzt sind die Regionen dran. Und diese Runde läuft zurzeit, und zwar bis Ende der nächsten Woche. Dann wird diese Runde abgeschlossen sein. Dann wollen wir sehen, was dabei herausgekommen ist und welche Ansätze sich bieten, zu neuen strukturellen Möglichkeiten zu kommen.

(Harry Glawe, CDU: Da müssen Sie mal einen Zwischenbericht geben, das ist schon eine Weile her.)

Wir haben als Land unsere landespolitischen Interessen durchzusetzen, unsere landespolitischen Ziele zu verfolgen. Die landespolitischen Ziele sind primär. Wir sagen, wir wollen ein anspruchsvolles, niveaues, vielseitiges Theater. Das ist das eine. Der zweite Anspruch, den wir haben müssen als Land, ist, wir wollen eine flächenlandgerechte Versorgung der Bevölkerung mit Theater.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das Dritte ist, dass wir verlangen müssen und erwarten, dass mit den Mitteln, die dem Land bereitgestellt werden, ressourceneffizient umgegangen wird.

Das Vierte, was wir mittelfristig gewährleisten, ist die Konstanthaltung der Zuschüsse, die das Land ausreicht. Das ist gewissermaßen der Stand, der jetzt da ist.

Ich bin sehr froh, dass die Schweriner eine Erhebung darüber gemacht haben. Ich würde den anderen Theatern auch empfehlen, das zu tun, da 70 Prozent ihrer Besucher aus dem Umland kommen. Sie kommen nämlich nicht aus Schwerin, die meisten kommen aus dem Umland.

(Angelika Gramkow, PDS: Sehr richtig!)

Und das ist ein ganz wesentlicher Ansatz, auch mit den Umlandkommunen zu reden. Die Umlandkommunen haben bisher wenig Bereitschaft gezeigt, die Theaterfinanzierung im kommunalen Bereich auf eine andere Grundlage zu stellen.

(Beifall Claus Gerloff, SPD)

Aber hier muss man kontinuierlich arbeiten. Die Zielstellung, die ich meine, welche für die Zukunft tragfähig ist, ist, dass wir zu regionalen Verbänden kommen, die in der Zukunft Empfänger von Zuschussleistungen sein könnten. Ich möchte, ich wiederhole das, eine möglichst konsensuale Lösung erreichen.

(Harry Glawe, CDU: Dann müssen Sie mehr Geld ins FAG einstellen, um die Kommunen in die Lage zu versetzen, und nicht das FAG einfach deckeln.)

In den Teilen, in denen wir konsensuale Lösungen nicht erreichen, werden wir die Zuschüsse, die das Land verfügbar machen kann, an Vorgaben binden mit dem Ziel, die landespolitischen Interessen zu gewährleisten.

So viel, meine Damen und Herren, von meiner Seite.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Friese von der Fraktion der SPD.

Siegfried Friese, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Diese Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen aus SPD und PDS bekennen sich zu ihrer Verantwortung für die Kultur im Land Mecklenburg-Vorpommern.

Zum Erhalt und zur Entwicklung unserer Kultur messen beide in diesem Jahr den Theatern eine zentrale Rolle zu. Etwa 60 Prozent der vom Land für Zwecke der Kulturförderung bereitgestellten Mittel fließen in die Theaterführung. Damit kann sich Mecklenburg-Vorpommern bundesweit sehen lassen. Natürlich haben wir auch Probleme mit unserem Theater, wieweil die Situation unserer Theater- und Konzertlandschaft, meine Damen und Herren, wie sie wirklich vorhanden ist, mit dem Bild, das Frau Schnoor versuchte hier zu entwickeln, nichts zu tun hat, aber auch nicht das Geringste, Frau Schnoor. Sie waren nicht nur ein halbes Jahr nicht in diesem Land, Sie waren mindestens seit zwei Jahren nicht mehr in der Berührung mit der Theaterlandschaft in diesem Land.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –

Steffie Schnoor, CDU: Ach ja? –

Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU –

Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU –

Heinz Müller, SPD: Das ist der neue Politikstil.)

Ansonsten könnten Sie solche Aussprüche hier nicht tun.

Meine Damen und Herren, unsere Theater stehen heute vor Problemen, von denen die Probleme der materiellen Existenzsicherung nicht die geringsten sind. Und sie dürfen von der Politik nicht vernachlässigt werden. Im Grunde stehen drei Probleme, denen wir uns als Landespolitiker, denen sich die Kommunalpolitiker, denen sich aber auch die Verantwortungsträger in den Theatern stellen müssen.

Das eine Problem ist die Sicherung von Qualität an den Theatern und bei den Orchesterdarbietungen, dieses wohlverstanden als politischer Auftrag.

(Harry Glawe, CDU: Vom A- zum B-Orchester.)

Im Ergebnis von Umstrukturierungen und Einsparungen in den Haushalten der Theater, der Kommunen und bei der Landesförderung ist eine Situation eingetreten, dass weitere Reduzierungen beim Personal und bei den Sachmitteln jetzt konkret vor Ort in den Theatern Beeinträchtigungen der künstlerischen Qualität nach sich ziehen würden.

Von daher stehen Land, Kommunen und die Beschäftigten an den Theatern vor schwerwiegenden Entscheidungen. Wir wollen nicht, dass die Qualität ...

(Harry Glawe, CDU: Sind Sie nicht Bürgermeister von Bad Kleinen?)

Ach, hören Sie doch mal auf mit Ihren unqualifizierten Bemerkungen! Sie können meinetwegen über Ackerbau und Viehzucht reden, aber doch nicht über Fragen der Kultur.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –

Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU –

Dr. Berndt Seite, CDU: Ach so?)

Das ist doch gerade so, als wenn der Blinde von der Farbe redet, wenn Sie von der Kultur anfangen zu reden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Harry Glawe, CDU: Ja, ja, so sehen Sie auch gerade aus. – Zuruf von Lutz Brauer, CDU)

Es ist nicht zu glauben.

(Harry Glawe, CDU: Sie können doch jetzt einzahlen in den Topf, den Herr Kauffold gefordert hat. – Zuruf von Friedbert Grams, CDU)

Meine Damen und Herren, die Theateraufführungen und die Konzertdarbietungen in diesem Lande haben eine hohe Qualität. Dieses wird uns auch bestätigt durch die Besucherzahlen aus anderen Ländern. Wir dürfen hier keine Abstriche vornehmen lassen und ich rufe alle Beteiligten auf, sich ihrer Verantwortung zu stellen.

(Harry Glawe, CDU: Genau, genau, Herr Bürgermeister! So ist es.)

Die Landesregierung steht zu dieser Verantwortung. Und wenn Sie zugehört haben,

(Harry Glawe, CDU: Sie sind doch Bürgermeister von Bad Kleinen. Bringen Sie doch Ihren Beitrag dazu!)

werden Sie mitbekommen haben, wie der Kultusminister neue Akzente in der Theaterförderung und in der Konzertförderung dieses Landes setzt.

(Wolfgang Riemann, CDU: Wie viel gibt denn Bad Kleinen?)

Das ist alles nicht im Hauruckverfahren zu machen, wie Sie es vielleicht wollen, aber das dialogische Verfahren ...

(Harry Glawe, CDU: Ach so, ach so! Haben Sie eben den Minister nicht gerade reden hören?! – Georg Nolte, CDU: Der Minister hat es selber gesagt.)

Es ist nicht auszuhalten hier.

(Harry Glawe, CDU: Sie hören nicht zu! – Glocke der Vizepräsidentin)

Vizepräsidentin Renate Holznaegel: Meine Damen und Herren, ich bitte hier auch um eine kulturvolle Debatte.

Siegfried Friese, SPD: Meine Damen und Herren, also es tut mir leid, wir sind hier in einer Kulturdebatte und ein Abgeordneter der CDU-Fraktion benimmt sich, als wären wir auf freiem Felde. Es tut mir wirklich leid.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und CDU – Harry Glawe, CDU: Sie sind doch Bürgermeister.)

Meine Damen und Herren, eine Absenkung der künstlerischen Qualität an den Theatern, wie sie auch durch nicht ausreichende materielle Mittel bewirkt werden kann, dürfen wir nicht zulassen. Die Sicherung der anderen künstlerischen Qualität ist ohnehin nicht unsere Aufgabe.

Das zweite Problem, vor dem wir als Landespolitiker stehen, ist, dass wir Konzert- und Theaterangebote in der Fläche sichern müssen. Der Minister hat darauf bereits hingewiesen. Es ist nachweisbar, dass Besucher mehr als 30 Kilometer zur Theater- oder Konzertaufführung nicht gewillt sind auf sich zu nehmen. Also ergibt sich für uns

die Aufgabe daraus, flächendeckend ein Theater- und Orchesterangebot zu sichern. Der Minister hat dafür klare Vorstellungen und das 4-Standorte-Projekt ist ja eine Voraussetzung, an der wir arbeiten.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Dieses muss fortgesetzt werden. Eingebunden dabei ist die Verantwortung der regionalen Verbände. In Österreich und in der Schweiz ist so etwas möglich, dass das Umfeld seine Verantwortung für die Theater der Hauptstädte der Region wahrnimmt. Warum ist dieses bei uns nicht möglich? Ich bin der Meinung, wir sollten dieses versuchen.

Das dritte Problem, vor dem wir stehen, ist, dass die Kulturangebote von einer solchen Qualität und in solcher Quantität sein sollten, dass sie auch für Besucher aus anderen Bundesländern attraktiv sind. Hier gibt es gute Beispiele aus dem Müritzkreis und aus Vorpommern, die sehr viele Berliner anziehen. Schwerin hat ein Einzugsfeld, was weit über Mecklenburg-Vorpommern hinausgeht. Wir sollten die Theaterschaffenden ermutigen, hier weiter zu fahren. Mir wurde berichtet, dass an den Tagen der Aida-Aufführung in Schwerin sämtliche Hotels ausgebucht waren und auch die Taxifahrer und die gastronomischen Einrichtungen ihren Gewinn gemacht haben.

(Angelika Gramkow, PDS: Deswegen spielen wir jetzt ja auch „Nabucco“. – Zuruf von Rainer Prachtl, CDU)

Meine Damen und Herren, und dieses an die Opposition, die ja vom Aussterben der Theaterlandschaft gesprochen hat: Schaut man nach Brandenburg oder nach Schleswig-Holstein, in die Theaterlandschaft dieser beiden benachbarten Länder, kann man feststellen, dass nach der Theaterstruktur, nach der Erreichbarkeit von Aufführungen für die Zuschauer und nach der Vielfalt der Sparten und Genres Mecklenburg-Vorpommern hier den ersten Platz einnimmt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Warum wollen Sie das denn kaputtgehen lassen, warum wollen Sie das denn kaputtgehen lassen?)

Das muss man doch anerkennen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Und die Schwierigkeit, vor der wir stehen, ist doch, dieses reichhaltige Kulturangebot jetzt zu erhalten

(Dr. Armin Jäger, CDU: Eben.)

und nicht wegbrechen zu lassen.

(Beifall Friedbert Grams, CDU – Zurufe von einzelnen Abgeordneten der CDU: Ja, ja!)

Da sind wir uns doch einig. Wenn Sie dem Minister zugehört haben, werden Sie erkannt haben, dass die Landesregierung dafür ein klares Konzept hat.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Armin Jäger, CDU: Welches? – Zuruf von Georg Nolte, CDU)

Ein klares Konzept der Opposition zu diesen Fragen vermisste ich noch.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ah ja? – Harry Glawe, CDU: Sagen Sie mal, was Bad Kleinen zahlt, Herr Bürgermeister!)

Es ist nicht zu glauben.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, meine rote Lampe leuchtet.

(Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU –
Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Ich glaube, ich lasse es dabei bewenden. – Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Friese.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Dr. Bartels von der Fraktion der PDS.

Dr. Gerhard Bartels, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich finde es schon ein bisschen kompliziert, in 5-Minuten-Runden das sehr komplexe Problem der Theater und Orchester in diesem Land, das wir seit zehn Jahren mit uns herumschleppen, zu behandeln. Ich bitte daher um Verständnis, wenn ich versuche, einen Rahmen zu skizzieren, und das ein bisschen stichpunktartig machen muss.

Wenn ich über solche Probleme diskutiere, muss ich bei der Frage anfangen: Welche Rolle müssen Theater in diesem Land spielen? Die Theater und Orchester spielen für die Lebensqualität der Einwohnerinnen und Einwohner von Mecklenburg-Vorpommern eine ganz grundsätzliche und ganz wesentliche Rolle und diese müssen sie auch weiter spielen. Sie spielen auch eine ganz wesentliche Rolle für die Attraktivität Mecklenburg-Vorpommerns für Unternehmer, Wissenschaftler, Künstler und andere, die darüber nachdenken, vielleicht nach Mecklenburg-Vorpommern zu kommen. Und sie sind ein ganz wesentlicher Magnet für Touristen, für das Tourismusland Mecklenburg-Vorpommern, siehe „Aida“, siehe die Aktivitäten des Anklamer Theaters auf der Insel Usedom.

Wenn wir unter diesen Gesichtspunkten die Geschichte des Problems kurz beleuchten – und das kann jetzt hier wirklich nur kurz sein, es hat heute schon eine Rolle gespielt –, so haben wir 1992 drastische Kürzungen erlebt, sehr rigorose Eingriffe in die Theaterstruktur, die an die Existenzgrenze der Theaterlandschaft in Mecklenburg-Vorpommern gegangen sind,

(Peter Ritter, PDS: Wer war denn da Kultusminister?)

auch wenn ich zugestehe, dass mit dieser Minimalgrenze und den großen Bemühungen vor allen Dingen der Künstlerinnen und Künstler an unseren Theatern und in unseren Orchestern es gelungen ist, die Theaterlandschaft als einen Kulturfaktor in diesem Land zu erhalten. Und da stimme ich dem zu, was der Minister gesagt hat über die Leistungen unserer Künstlerinnen und Künstler. Es ist aber auch deutlich, wenn wir den unter 1 genannten Aufgaben gerecht werden wollen, geht weniger nicht. Und wenn man sich unter diesem Gesichtspunkt das Konzept von 1992 ansieht – und ich war damals, wie sicher einige wissen, noch nicht in diesem Landtag, habe das also im Nachhinein gelesen –, dann muss ich feststellen, dass dieses Konzept schon damals unrealistisch gewesen ist. Es als realistisch auch unter den damaligen Bedingungen zu betrachten, dass zwei Drittel der notwendigen Zuschüsse von den Kommunen kommen können, kann

einfach nicht wahr sein und die Entwicklung hat uns da ja auch Recht gegeben.

Ich denke, dass die Basis, auf der dieses Konzept 1992 aufgebaut wurde, einfach nicht gestimmt hat. Das muss man zur Kenntnis nehmen und von dieser Basis aus muss man dann, kann man dann von mir aus auch über den heutigen Zustand und die heutigen Probleme klagen. Aber eigene Verantwortung dabei – das an die Adresse der CDU und der zeitweiligen Kultusministerin Frau Schnoor –, eigene Verantwortlichkeiten sollte man dann bitte schön nicht unter den Tisch kehren.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und Heike Polzin, SPD)

Wir haben heute die reale Situation, dass die Finanzen, zumindest was die Landeszuschüsse betrifft, seit 1996 praktisch eingefroren sind, trotz Tarifsteigerungen, trotz Erhöhung der Betriebskosten und trotz Erhöhung anderer Kosten, Materialkosten und Ähnliches. Wir sind an einem Punkt, wo wir sagen müssen, so geht das nicht weiter. Ich will in diesem Zusammenhang dann auch deutlich sagen – und das sage ich als Mitglied der Greifswalder Bürgerschaft –, die Kommunen, die Träger dieser Theater sind, engagieren sich. Und wenn die Bürgerschaften von Greifswald und Stralsund jährlich 6 Millionen DM jeweils zur Verfügung stellen für das Theater Vorpommern, dann ist eine Schmerzgrenze erreicht, die nicht zu erhöhen ist und die nur realisiert werden kann, weil es erklärter Wille der beiden Bürgerschaften ist, dieses Theater mit diesen für die jeweiligen Haushalte sehr hohen Zuschüssen zu unterstützen. Und das soll man bitte schön bei aller Diskussion auch würdigen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU,
Heinz Müller, SPD, und Caterina Muth, PDS)

Unter diesem Gesichtspunkt ist dann die Frage, wo Lösungsansätze sind. Auch hier kann ich jetzt nur skizzieren aus Zeitgründen. Ich glaube schon, es muss hervorgehoben werden, der Minister hat darüber gesprochen, dass es ein echter Neuanfang ist, die Regionalkonferenzen zur Theaterstruktur ins Leben rufen, durchführen, angeregt durchführen und weiterführen zu wollen, weil erstmals in den ganzen Diskussionen um die Theater ein echter Meinungsaustausch zwischen allen Beteiligten, zwischen Land, Kommunen und Künstlern, stattfindet

(Zuruf von Steffie Schnoor, CDU)

und weil wir hier eine Möglichkeit haben, in diesem gemeinsamen Gespräch tatsächlich nach Lösungen zu suchen. Es zeigt sich natürlich auch, wer sich die Ergebnisse dieser Konferenzen anschaut, dass es nicht so ohne weiteres möglich ist, die Umlandkreise und Umlandkommunen in die Finanzierung der Theater einzubeziehen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: So ist es.)

denn die finanzielle Ausstattung all dieser Gremien ist natürlich nicht so, dass sie einen vollen Sack stehen haben, in den sie nur mal reinzugreifen brauchen. Aber ich glaube schon, dass man darüber nachdenken muss, ob nicht zum Beispiel Verträge abgeschlossen werden können über die Bereitstellung von Schülerkonzerten in den Kreisen und Kommunen, für die die Kreise und Kommunen dann auch zahlen und die Theater und die Orchester unterstützen. Solche Dinge sind, glaube ich, bislang noch zu wenig im Detail diskutiert worden und sollten in den weiteren Gesprächen, die der Minister ja auch angekün-

digt hat, mit einbezogen werden, um darüber nachzudenken, Abkommen auf gegenseitigem Vorteil zwischen den Umlandgemeinden und den Theatern zu schließen.

Eine weitere Möglichkeit sind zumindest an einigen Standorten noch weitere Fusionen, weitere effektivere Gestaltungen. Die Erfahrungen des Theaters Vorpommern zeigen aber, dass sich die Einspareffekte durch Fusionen in relativ kurzer Zeit aufbrauchen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja. –
Dr. Berndt Seite, CDU: Das stimmt.)

Und wenn wir das heutige Theater Vorpommern sehen, hat die Fusion Effekte gebracht, aber das Potential ist ausgeschöpft.

Ein weiterer Punkt, auch hier nur stichpunktartig, ist natürlich die Frage nach den Saisonabläufen. Es wird immer wieder der Erfolg von „Aida“ erwähnt und ich finde das auch gut, aber eine „Aida“ macht noch keine vollständige Sommerbespielung.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD,
und Dr. Berndt Seite, CDU)

Und da verweise ich dann nochmals auf die Leistungen des Theaters Anklam, die eben den ganzen Sommer durch, Juli, August und Teile des Septembers, ihre Spielstätten auf Usedom bespielen.

Über all das, wenn wir das alles beachten und einbeziehen, müssen wir uns klar sein, alle diese Lösungsansätze, alle diese Diskussionen können Beiträge zur Verbesserung der Theater- und Orchesterfinanzierung leisten. Aber, Frau Präsidentin, ich komme gleich zum Schluss, eine generelle Lösung ist allein durch diese Dinge nach meiner Sicht nicht möglich. Nun freue ich mich natürlich oder ich wundere mich ein bisschen, wenn ich heute in der Zeitung lese, der Oppositionsführer dieses Landtages hat gesagt: „Die Mittel müssen eben irgendwo herkommen.“ Das hätten wir uns als Opposition mal trauen sollen.

(Heiterkeit bei Heidemarie Beyer, SPD –
Minister Dr. Gottfried Timm:
Schwarze Kasse wahrscheinlich. –
Heinz Müller, SPD: Vielleicht hat er
irgendwo einen schwarzen Koffer stehen.)

Aber ich muss sagen, dass auch ich kein Patentrezept habe, und ich sage etwas, was nur ich sage, was ich ausdrücklich nicht im Namen meiner Fraktion sage: Am Ende, so scheint es mir, werden wir den Vorwegabzug in dem Finanzausgleichsgesetz erhöhen müssen, um wenigstens einen Beitrag, einen messbaren Beitrag zur weiteren Finanzierung zu leisten. Ich sehe im Moment leider keinen anderen Ansatz. Ich will aber noch mal betonen, dass uns alle diese Ansätze zusammen zu langfristigen Lösungen führen können und müssen. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS –
Wolfgang Riemann, CDU: Darauf kommen
wir beim Haushalt zurück, Herr Dr. Bartels.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Dr. Bartels.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Dr. Jäger von der Fraktion der CDU.

Dr. Armin Jäger, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wer die Ausführungen unse-

res Kultusministers hier gehört hat, der kann verstehen, dass er am Anfang gefragt hat: Liebe Opposition, habt ihr denn einen konstruktiven Vorschlag? Das war der Beginn Ihrer Rede, Herr Minister.

(Minister Dr. Peter Kauffold:
Denn man tau, denn man tau!)

Und ich erinnere mich, dass vor gut einem Jahr Sie hier gestanden und gesagt haben: Regt euch doch nicht auf, das ist alles zu regeln. Und dann haben Sie sich über ein Jahr, wie Sie selber immer wieder öffentlich gesagt haben, als Moderator betätigt. Und es hat sich nichts bewegt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Es hat sich wirklich nichts bewegt.

(Sylvia Bretschneider, SPD: Ach, das ist
doch Unsinn, was Sie da jetzt erzählen!)

Und, Herr Kultusminister, Herr Kultusminister ...

(Sylvia Bretschneider, SPD:
Das ist doch jedes Mal dasselbe! –
Zuruf von Siegfried Friese, SPD –
Heike Lorenz, PDS: Das ist Schweriner
Wahlkampf, das lassen Sie mal stecken!)

Wenn sich etwas bewegt hätte, hätte der Kultusminister heute Morgen gesagt, was denn ist. Herr Friese hat kryptisch, sehr kryptisch gesagt, wenn Sie gut zugehört haben,

(Siegfried Friese, SPD: Ja, ja.)

dann war da in der Rede des Herrn Kultusministers etwas, was hoffnungsfroh ist.

(Siegfried Friese, SPD: So habe
ich das überhaupt nicht gesagt.)

Sie haben ja noch mal die Möglichkeit, vielleicht erklären Sie es uns.

Herr Kultusminister, Sie haben moderiert und ich sage, wer nur Moderator ist, kommt in der Situation, wie von Herrn Kollegen Bartels eben zutreffend geschildert worden ist, sehr leicht in die Rolle eines staatlich bestellten Beileidsüberbringers bei der Beerdigung unserer Theater.

(Heike Lorenz, PDS: Aber für Dirigismus
sind Sie nicht so richtig, ne?!)

Sie müssen doch ganz einfach zugeben, bei den 70 Millionen DM im FAG '96 –

(Sylvia Bretschneider, SPD:
Er macht dann den Trauerredner.)

wenn Sie die Tarifsteigerungen, wenn Sie die übrigen Kostensteigerungen, auch das hat Kollege Bartels alles richtig gesagt, rechnen – ist das heute nur noch ein Gegenwert von 60 Millionen DM. Das heißt, wir haben eine Reduzierung des Wertes der Landesfinanzierung an den Theatern.

Und Sie haben so schön mit Zahlen operiert – Sie sind richtig verliebt darin gewesen –, wo wir Spitze sind.

(Heiterkeit bei Dr. Berndt Seite, CDU)

Aber ich sage Ihnen mal eins, die wahren Zahlen sind das, was bei den Kommunen dann an Zuschussbedarf überbleibt. Das ist es. Und wenn ich hier auf die Landeshauptstadt gucke – und jeder weiß, dass ich da die Zah-

len sehr genau kenne –, dann weiß ich, dass die 12 Millionen DM Zuschuss, die im Augenblick in der Diskussion sind, genau etwa 120 DM pro Einwohner dieser Stadt ausmachen. Und dagegen nimmt sich das Land, Herr Kultusminister, mit der Vorwegentnahme aus dem kommunalen Finanzausgleich mit etwa 14 DM pro Einwohner doch relativ bescheiden aus. Aber das will ich gar nicht werten.

Herr Friese, Ihr Angebot haben wir verstanden, auch die ...

(Angelika Gramkow, PDS: Wie viele Einwohner haben wir denn verloren? Das ist aber eine Milchmädchenrechnung, Herr Dr. Jäger. – Zuruf von Heike Lorenz, PDS)

Das ist keine Milchmädchenrechnung, sondern das sind die Zahlen. Und, Frau Gramkow, Sie müssten es doch eigentlich ganz gut wissen.

(Angelika Gramkow, PDS:
Ja, ich kenne sie ganz genau)

Prima.

(Angelika Gramkow, PDS: Aber das Land ist wohl nicht dafür verantwortlich, dass uns die Einwohner weggelaufen sind, Herr Jäger.)

O Gott, o Gott!

(Angelika Gramkow, PDS: Nicht o Gott, o Gott!
Der wird Ihnen da auch nicht helfen.)

Also, Frau Gramkow, jetzt eine Einwohnerdiskussion zu führen! Sie haben sowieso eine schwierige Rolle, das weiß ich. Sie haben sich lauthals hingestellt, das Theater wird von der Landesregierung unterstützt.

(Angelika Gramkow, PDS: Ja, ist es auch.)

Unterstützt worden ist nichts. Ganz im Gegenteil, der Herr Innenminister hat die Kommunalpolitiker dieser Stadt aufgefordert, nun endlich den Zuschuss zu kürzen oder ihr Mandat zurückzugeben, in der SVZ nachzulesen, Herr Innenminister.

(Minister Dr. Gottfried Timm:
Besonders Sie, Herr Dr. Jäger. –
Heiterkeit bei Siegfried Friese, SPD)

Woran liegt es denn eigentlich wirklich? Es liegt daran, dass bei dem Vorwegabzug im FAG eine Anhebung auch in den Haushaltsberatungen für dieses Haushaltsjahr weder vom Kultusminister noch vom Innenminister gefordert worden ist. Und sie konnten es eigentlich auch ehrlicherweise gar nicht fordern, denn sie haben ja den Verbandsatz für den kommunalen Finanzausgleich gesenkt. Und damit haben Sie weniger Masse

(Heike Lorenz, PDS: Das ist ja falsch.
Es gibt einen festen Betrag – 2,5 Milliarden.
Diese Sicherheit haben Sie den Kommunen
die ganzen Jahre nicht geben können.)

und Sie können den Kommunen als Vorwegabzug nicht mehr abnehmen.

Deswegen bestehe ich darauf, dass Sie sich noch mal mit der Frage befassen, die im April letzten Jahres von hier aus von allen eigentlich gesehen wurde: Raus aus dem kommunalen Finanzausgleich – ein echter Haushaltsansatz im Landeshaushalt beim Kultusminister, damit der sich nicht immer zurücklehnt und sagt, mehr geht nicht,

so, wie er es heute gesagt hat. Nur dann wird aus dem Ganzen ein Schuh. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Zurufe von Angelika Gramkow, PDS,
und Heike Lorenz, PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Dr. Jäger.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Bretschneider von der Fraktion der SPD.

Sylvia Bretschneider, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wie mein Kollege Siegfried Friese bereits vorhin ausführte, diskutieren wir heute eigentlich in erster Linie ein kommunales Thema.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Wolfgang Riemann, CDU: Na toll!)

Und deshalb möchte ich auch gleich mal darstellen, wie das bei uns in der Region aussieht, auch wenn Ihnen das nicht gefällt,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist nicht so.)

meine Damen und Herren von der Opposition.

In der so genannten Theaterregion 4, das ist die Region im Südosten mit den Standorten Neubrandenburg und Neustrelitz, wurde sehr intensiv in der von Bildungsminister Peter Kauffold im letzten Sommer des Jahres eingesetzten Projektgruppe mitgewirkt. Diese Projektgruppe ist nicht, wie in einem SVZ-Kommentar zu lesen war, der Unlust zu regieren geschuldet, sondern Ausdruck von Demokratieverständnis und Akzeptanz von Zuständigkeiten. In diesem Sinne wurde in unserer Region auch das Signal verstanden: Sucht für die Angebote die beste Struktur und sichert damit die kulturelle Vielfalt in der Region! Dabei war klar, wie in anderen Regionen auch, dass als Ziel stehen muss, die künstlerische Identität der einzelnen Einrichtungen zu erhalten und trotzdem zukunftsfähige Strukturen zu schaffen. Statt sich in mahnenden beziehungsweise vorwurfsvollen Worten an die Landesregierung zu ergehen, wurde ernsthaft und im konstruktiven Streit zwischen den Trägern und den kommunalen Gebietskörperschaften unter Einbeziehung der Theaterschaffenden beraten.

Vielleicht einige Worte zur Erläuterung. Das Landestheater Mecklenburg GmbH Neustrelitz wird von den Städten Neubrandenburg, Neustrelitz, Waren und weiteren Städten und Gemeinden sowie den Landkreisen Mecklenburg-Strelitz und Müritz gehalten. Das Kammertheater Neubrandenburg e. V. wird von der Stadt Neubrandenburg unterstützt und die Neubrandenburger Philharmonie e. V. findet Unterstützung durch die Städte Neubrandenburg, Neustrelitz, Ueckermünde, Burg Stargard sowie die Landkreise Demmin, Mecklenburg-Strelitz, Uecker-Randow und Müritz. Daneben existiert dann noch die Stiftung der Deutschen Tanzkompanie, die aber wegen ihrer überregionalen Wirkung nicht in die Modelldiskussion einbezogen wird. Vielleicht ist es an der Stelle einmal angesagt darzustellen, dass die Philharmonie beispielsweise insgesamt, das Kammertheater und das Landestheater aus der Neubrandenburger Stadtkasse immerhin mehr als 5 Millionen DM jährlich an Zuschüssen erhalten. Das Landestheater erhält zudem von der Stadt Neustrelitz 850.000 DM, vom Landkreis Mecklenburg-Strelitz über 1 Million DM als Zuschuss. Das Land gibt im Rahmen der FAG-Zuweisung nach Paragraph 10 c dem

Landestheater Neustrelitz 8,4 und dem Kammertheater 1 Million sowie der Philharmonie 4,3 Millionen DM Zuschüsse. Damit erhält die Theaterregion Südost einschließlich Tanzkompanie immerhin 15,8 Millionen DM aus den Mitteln der FAG-Zuweisung.

Trotz dieser Zuschüsse und der Tatsache, dass die Einnahmen mit immerhin 14,7 Prozent bezüglich der Ausgaben deutlich über dem Landesdurchschnitt liegen, ist die finanzielle Sicherung mittelfristig nicht mehr gewährleistet, wenn allein Tarifsteigerungen und inflationsgebundene Kostensteigerungen von circa 3,5 bis 4 Prozent jährlich, das sind etwa 800.000 DM, berücksichtigt werden. Dies erkennend haben sich die Verantwortlichen vor Ort zusammengesetzt, um ein passendes Lösungsmodell zu finden. Die Projektgruppe hat die Fusion der Einrichtungen vorgeschlagen und im Januar diesen Jahres den entsprechenden kommunalen Gremien einen Vorschlag vorgelegt. In den Medien wurde dies, Sie haben dies im „Pressespiegel“ mitverfolgen können, in einem Spektrum von Ablehnung, Skepsis, aber auch bis hin zum Optimismus aufgenommen.

Am 21. März diesen Jahres fand eine gemeinsame Beratung der Kulturausschüsse des Landkreises Mecklenburg-Strelitz und der Stadt Neubrandenburg statt, auf der der eingeschlagene Weg trotz aller Skepsis und trotz aller Bedenken befürwortet wurde. Naturgemäß ist bei den künstlerischen und Verwaltungsmitarbeitern der betroffenen Einrichtungen diese Skepsis am stärksten ausgeprägt, aber trotzdem äußerte sie sich nicht auf die Art und Weise, wie das aus anderen Theaterregionen zu hören war. Man wollte sich der Aufgabe stellen und das Beste daraus machen, denn es sei klar, dass das Theater – und ich zitiere – „keine Insel der Seligen ist“, wie es Christoph Dammann, der künstlerische Leiter des Landestheaters Neustrelitz formulierte. Es war im „Nordkurier“ nachzulesen am 20. Januar des Jahres.

In der Umsetzung der Fusionspläne sind naturgemäß mit jeder konkreten Personalentscheidung erneute Debatten zu erwarten. Und das zeigte sich natürlich auch erst kürzlich, als es um die Besetzung der Leitungsgremien ging, doch auch dies ist inzwischen geklärt. Wie ich erfahren habe, hat der Kulturausschuss der Stadt Neubrandenburg gestern Abend die Information entgegengenommen, dass es hier einvernehmliche Regelungen gibt und gleichberechtigte Leitung durch die Neustrelitzer und das Neubrandenburger Kammertheater.

In Neubrandenburg steht nun am 8. Juni in der Sitzung der Stadtvertretung die Beschlussempfehlung zur Fusion auf der Tagesordnung und diese wird derzeit in den Ausschüssen beraten. Und ich kann auch hier verkünden, dass der Kulturausschuss unserer Stadt gestern Abend die Empfehlung zur Fusion mit nur einer Enthaltung angenommen hat. Und an der Stelle, meine Damen und Herren von der Opposition, wird vielleicht auch mal deutlich, dass Ihre Kommunalpolitiker durchaus realistischer und mit mehr Sachverstand an die Sache gehen, als Sie hier im Landtag glauben machen wollen. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Frau Bretschneider.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Bluhm von der Fraktion der PDS.

Andreas Bluhm, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Aktuelle Stunde zur Situation der Theater – eine nicht so ganz einfach gewählte parlamentarische Form, dem gewaltigen Problem, was sich ja auftut, wirklich gut zu entsprechen. Ich denke, wir werden in anderer Art und Weise diese Debatte auch künftig weiterzuführen haben. Aber aktuelle Situation der Theater in Mecklenburg-Vorpommern, das ist zuallererst die Feststellung, dass es in diesem Lande erholbare, schöne, spannende Aufführungen gibt, die von engagierten Künstlerinnen und Künstlern, von Ensembles aufgeführt werden, und dafür gebührt ihnen der Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS und Sylvia Bretschneider, SPD)

Es ist aber auch legitim und natürlich für die Opposition zuallererst, aber auch im Grunde genommen für uns als regierungstragende Fraktion unerlässlich, über kulturpolitische Alternativen, über allgemeine und konkrete Wege zur Kulturpolitik einen Diskurs zu führen, Fragen zu beantworten, die sich immer wieder neu stellen und die auch nicht so festgefahren sind, wie es manchmal hier den Anschein hat. Die Suche nach einer Lösung in Bezug auf die Theater- und Orchesterstruktur gehört allerdings zu denen, wo es nicht voranzugehen scheint. Und hier gewinne ich denn doch schon den Eindruck bei den Aussagen der CDU von der unbefleckten Empfängnis.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS – Zuruf von Kerstin Kassner, PDS)

Meine Damen und Herren, es waren doch die Kolleginnen und Kollegen der CDU unter ihrer Regierung, die die jetzt geltenden Regelungen in die entsprechenden FAG-Fassungen gebracht haben.

(Wolfgang Riemann, CDU: Wer war Kultusministerin? – Angelika Gramkow, PDS: Und wer war Innenminister? Ha, ha!)

Ach, Herr Riemann! Wer war denn zu der Zeit Innenminister? Wer war zu der Zeit Finanzministerin? Wer war zu der Zeit Ministerpräsident? Alles Positionen, die von der CDU besetzt waren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS – Wolfgang Riemann, CDU: Finanzministerin war Frau Keler.)

Und ich habe mich schon gewundert, warum denn Frau Schnoor sich so vorsichtig ausgedrückt hat

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

in ihrer Einbringungsrede zur Begründung dieser aktuellen Stunde. Es war nämlich immerzu die CDU in der zurückliegenden Legislaturperiode, die die Forderungen der damaligen Opposition, die Theaterzuschüsse zu dynamisieren, vehement abgelehnt hat.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS und Heidemarie Beyer, SPD – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Also, meine Damen und Herren, Sie haben gesagt, Sie bieten die Diskussion an, wir nehmen sie auf. Scheuen wir uns also nicht davor, diese ununterbrochenen Spardebatten zu durchbrechen und zum Beispiel auch zu sagen, in Bezug auf Theater und Orchester wäre eine solche Spardebatte permanent unproduktiv, weil sie deren Probleme nicht nur nicht lösen hilft, sondern nur noch vermehrt.

Ja, und mein Kollege Herr Dr. Bartels hat ja zu den Fragen des Kulturhaushaltes und zur Notwendigkeit der Dynamisierung bereits etwas gesagt. Wollen wir unser Theaterstandortsystem auf hohem Niveau erhalten, führt zu vielen Fragen kein Weg daran vorbei, diese Fragen auch positiv zu beantworten.

Grundlage für eine Entwicklung der Theaterlandschaft in Mecklenburg-Vorpommern ist aber auch die bisher geführte Diskussion um Theater und Orchester und ihre Strukturen, auch bundesweit. Da wird unter anderem festgestellt, wenn die Theater so weiterbetrieben werden wie bisher, wird der Umfang der Ausgaben weiter steigen. Das sind bundesweit zwischen 35 bis 70 Prozent der Kulturhaushalte der Länder. Unser Land kommt mittlerweile an die zuletzt genannte Prozentzahl heran. Und in zehn Jahren stünde dann die Entscheidung, entweder die Theater zu schließen oder so gut wie keine andere Kultur mehr zu fördern. Sicher ist das zugespitzt formuliert. Wenn man sich aber die Entwicklung der Theaterkosten in den letzten 20 Jahren ansieht, wird man, wenn man jetzt nicht gegensteuert, in eine solche Situation kommen.

Und da greife ich das auf, was der Minister hier gesagt hat: Da muss sich die Kulturpolitik in den Kommunen und im Land überlegen, wie viel und welche Art von Kultur ihr wert ist, auch was an Spielräumen vorhanden ist für neue Kultur, denn neue kulturelle Entwicklungen haben wir immer, diesen ist ebenfalls zu entsprechen. Der soziokulturelle Aufbruch, auch in unserem Land, ist unübersehbar. Und auch die Kolleginnen und Kollegen der Kulturszene in Mecklenburg-Vorpommern machen ihre Ansprüche an das Land deutlich.

Mit der Finanznot der öffentlichen und der kommunalen Haushalte ist offensichtlich geworden, dass sich ab Anfang der 90er Jahre die Kulturinstitutionen, vor allem die großen, in einer strukturellen Krise befinden. Die Theater sind in ihrer heutigen Struktur im 19. Jahrhundert entstanden. Seitdem hat sich strukturell im Grunde genommen nichts geändert. Offenheit in der Diskussion auch über diese Fragen zu erzielen ist nicht von heute auf morgen erreichbar. Der Minister hat über den begonnenen dialogischen Prozess hier bereits gesprochen. Und andere Strukturen auszuprobieren, womöglich dauerhaft zu entwickeln braucht auch Zeit. Nicht übergangen werden kann, dass der größte Teil der Bevölkerung, der zu den TheatergängerInnen gehört, das Theater, wie es heute ist, liebt und beibehalten will. Und das ist sicherlich auch der ernst zu nehmende Hintergrund dafür, dass die Strukturen so lange lebendig erhalten wurden.

Der Minister hat bereits auf die Entscheidung der Kultusministerkonferenz vom 9. Dezember 1999 hingewiesen. Die Frage der Tarifentwicklung im künstlerischen Bereich ist bei sieben Tarifpartnern im Moment natürlich auch nicht ganz einfach zu händeln. Der Beschluss der KMK vom 9. Dezember wirft die Frage eines Einheitstarifvertrages für diesen Bereich erneut auf. Ich möchte aber noch einen Punkt aus diesem Beschluss hervorheben, den ich für wichtig halte, und zwar den Punkt 4. Das ist nämlich das eindeutige Bekenntnis zum Ensembletheater und -orchester. Und ich denke schon, das hat sich aus seiner Überlegenheit gegenüber anderen Betriebsformen ergeben. Ich denke, das ist ein Ausgangspunkt, dem wir entsprechen müssen.

Es geht um neue Spielräume, es geht um die Neugestaltung der Umlandbeziehungen, es geht um mehr

Kooperation der Theater untereinander und es geht auch um die Prüfung der Höhe der Landeszuschüsse. Ich denke, die Frage danach, ob die Haushalte nicht aufgefüllt werden können, ist zulässig. Und ich denke, darüber werden wir gemeinsam mit den Theatern, mit den Kommunen auch künftig zu reden haben.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Bluhm.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Riemann von der Fraktion der CDU.

Wolfgang Riemann, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Frau Bretschneider, die Struktur der Theater in Vorpommern – der Kultusminister hat es eben genannt – ist so, wie sie optimal sein könnte. Wo, Frau Bretschneider, sollen wir hier Verbesserungen für die Theaterregion Vorpommern hernehmen?

(Sylvia Bretschneider, SPD:

Da machen Sie sich mal einen Kopf!)

Die Vorredner, insbesondere von SPD und PDS, auch der Kultusminister, haben die Leistungen der Theater gelobt. Das ist richtig und das ist wichtig, aber es ist auch wohlfeil.

Und, Herr Friese, Sie sind Bürgermeister einer Gemeinde unweit von Schwerin, Bad Kleinen. Wie viel gibt Bad Kleinen für das Theater in Schwerin? Heute hätten Sie hier einen konkreten Beitrag zur Theaterfinanzierung, für das Modell des Kultusministers leisten können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Sie haben versagt.

(Unruhe bei Abgeordneten der PDS –

Gerd Böttger, PDS: Fragen Sie mal Ihre Bürgermeister! – Zuruf von Heike Lorenz, PDS)

Und es ist schon bezeichnend, dass der Kultusminister Vorschläge der Opposition annimmt.

(Gerd Böttger, PDS: Gadebusch zum Beispiel.)

Wo sind die Vorschläge der Landesregierung? Professor Kauffold als Kapitän des Theaterschiffes „Titanic“ befiehlt: Weiter so!

(Caterina Muth, PDS: Welche Vorschläge haben Sie denn?)

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Koalition hat oder wird uns noch wortreich erklären, dass die Theater in Mecklenburg-Vorpommern gut, ausreichend und entsprechend ihrem künstlerischen Anspruch ausgestattet sind.

(Angelika Gramkow, PDS: Das hat sie nicht getan, weder die Landesregierung noch die Fraktionen.)

Ah ja, Frau Gramkow, ich komme gleich zu Ihnen.

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Die PDS wird einiges zu mäkeln haben, aber koalitionsgetreu nichts verändern wollen.

(Angelika Gramkow, PDS: Sie haben nicht zugehört.)

Der Kultusminister hat erklärt, alles sei auf dem guten Weg. Doch Finanzpolitiker prüfen die Zahlen. Vergleichen Sie!

(Andreas Bluhm, PDS: Das ist ja nun nicht Ihre Stärke. Das haben wir ja schon ein paarmal erlebt. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Dr. Ulrich Born, CDU: Na, na!)

Und, meine Damen und Herren, Zahlen lügen nicht.

Herr Professor Kauffold hat gesagt, die Verstetigung unseres Beitrages wird allseits gewürdigt, keine Mehrforderungen sind mehr erkennbar. Herr Professor Kauffold, Sie haben dem Landtag die Unwahrheit gesagt.

(Minister Dr. Peter Kauffold: Oha!)

Und ich darf zitieren aus der Versammlung der Delegierten des Landesverbandes Nord der Genossenschaft der Deutschen Bühnen-Angehörigen: „Die Delegierten der Versammlung des Landesverbandes Nord der Genossenschaft Deutscher Bühnen-Angehöriger ersuchen die Mitglieder des Landtages Mecklenburg-Vorpommern, die Haushaltsmittel für die Theater des Landes innerhalb eines mittelfristigen Zeitraumes aufzustocken.“ Keine Mehrforderungen, Herr Professor Kauffold? Weiter im Zitat: „Dem Prozess der Regionalisierung der Theaterlandschaft in Mecklenburg-Vorpommern soll damit eine reale Chance gegeben werden. Ein Zeitraum von zwei, drei Monaten, wie im Positionspapier des Ministers für Wissenschaft, Bildung und Kultur vorgesehen, erscheint uns nicht ausreichend, das mögliche Potential einer Beteiligung der Landkreise und kreisfreien Städte an der Finanzierung der Theater im Landesgebiet auszuschöpfen.“

(Zuruf von Minister Dr. Peter Kauffold)

Herr Friese war heute ein beredtes Beispiel dafür. „Gleiches gilt für die Möglichkeiten, die sich aus einer Öffnung des Investitionsförderungsgesetzes des Bundes für Kulturinvestitionen ergeben können. Wir bitten um eine wohlwollende Bescheidung unseres Anliegens, um eine schleichende ‚Brandenburgisierung‘“

(Heike Lorenz, PDS: Wer hat Ihnen denn das aufgeschrieben? – Zuruf von Andreas Bluhm, PDS)

„der Theaterlandschaft in Mecklenburg-Vorpommern zu verhindern.“

Sie mögen sich Ihre Gedanken machen, meine Damen und Herren.

(Andreas Bluhm, PDS:
Machen wir, Herr Riemann.)

Und wenn Herr Professor Kauffold Vorschläge der Opposition anmahnt, so will ich gleich einen machen zur besseren Finanzierung der Theater. Wir haben in der Sitzung heute oder morgen – da muss ich in die Tagesordnung reinsehen – zu beschließen, ob wir TGL und TGS weiterführen wollen. Das haben wir heute zu beschließen. Diese Gesellschaften waren gut für den Beginn unseres Landes, gut für die Umstrukturierung in den Werften und in der Landwirtschaft. Heute haben sie ihre Berechtigung verloren und wir könnten 18 Millionen DM in den kommenden fünf Jahren mehr für die Theater bereitstellen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, das geht.)

wenn wir rechtzeitig die notwendigen Strukturveränderungen im Land angehen, auch im Bereich der Landesregierung.

(Beifall Dr. Armin Jäger, CDU)

Vergleiche, meine Damen und Herren, hinken auf besondere Weise, hat der innenpolitische Experte der SPD-Fraktion Herr Müller oftmals angeführt, aber Vergleiche einwohnerbezogen kann man doch erklären und sie stellen die reale Situation dar.

(Zuruf von Heike Lorenz, PDS)

Und hier sind SPD und PDS zumindest im Haushalt 2001 gefordert.

Herr Professor Kauffold, frei nach Churchill haben Sie heute dargestellt: Ich glaube nur der Statistik, die ich selber aufgestellt habe. Ich mache Ihnen auch einen Vorschlag: Erbitten Sie Amtshilfe von Herrn Timm und stellen Sie Polizisten vor die Theater! Keiner geht mehr rein. Dann haben wir die höchsten Zuschüsse einwohnerbezogen weltweit

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

für die Theater und dann können Sie die Statistik noch besser darstellen.

(Heike Lorenz, PDS: Sie haben es nicht begriffen. Einwohner ist nicht gleich Besucher. – Siegfried Friese, SPD: Das war besucherbezogen, nicht einwohnerbezogen.)

Ja, besucherbezogen. Genau! Stellen Sie die Polizei vor die Theater und lassen Sie keine Besucher rein! Dann haben wir die höchsten Zuschüsse besucherbezogen weltweit

(Zuruf von Kerstin Kassner, PDS)

und wir können damit glänzen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Dann können wir uns auf die Schulter klopfen. –

Peter Ritter, PDS: Das ist so was von platt!)

Meine Damen und Herren, Mecklenburg-Vorpommern stellt für die Theater und Orchester 37,84 DM je Einwohner bereit. 37,84! Thüringen gibt für den gleichen Aufgabenbereich 44,29 DM je Einwohner aus. 44,29!

(Georg Nolte, CDU: Herr Friese, hier merken Sie den Unterschied. – Unruhe bei Siegfried Friese, SPD)

Sachsen hat im Haushalt sogar 59,13 DM je Einwohner vorgesehen. Und das in den Haushalten bei deutlich höherer Investitionsquote und mit geringerer Verschuldung!

(Caterina Muth, PDS: Das sind aber Ursachen im Haushalt, die Sie gesetzt haben.)

Angeführt sind die 70 Millionen DM im FAG. Angeführt ist auch – und ich möchte es trotzdem noch mal wiederholen –, dass Inflation und Lohnsteigerung diese Landeszuschüsse auf etwa 60 Millionen DM kürzen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist der Punkt.)

Herr Minister Kauffold rechnet mit der Solidarität der kommunalen Familie. Ein Beispiel aus Ostvorpommern: 1998 hatten Kreis und Gemeinden 109,9 Millionen DM Schlüsselzuweisungen, 1999 111,8 Millionen DM und im Jahr 2000 106,5 Millionen DM.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist nämlich die Misere. Das ist die Misere. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Minus 5,3 Millionen DM innerhalb eines Jahres! Und dann, Herr Professor Kauffold, mögen Sie die Bereitschaft des Kreises und der Kommunen erklären, die Inflationsrate und fehlende Landeszuschüsse auszugleichen! Wie sollen wir das in Vorpommern bitte machen? Das müssen Sie gemeinsam mit dem Innenminister und der Finanzministerin diesem Landtag erklären!

(Beifall Steffie Schnoor, CDU – Harry Glawe, CDU: Herr Friese kann das.)

Das, meine Damen und Herren, sind die Zahlen. Und Zahlen lassen sich nicht ändern, sind feste Größen.

(Georg Nolte, CDU: Herr Friese hat ja bewiesen, dass keine Kohle da ist. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Investitionen an Musikschulen, Theatern und Museen werden in den Haushalten von Thüringen und Sachsen gesondert ausgewiesen und liegen regelmäßig einwohnerbezogen über den vergleichbaren Zahlen von Mecklenburg-Vorpommern. Nun kann uns der Kultusminister Kauffold mit statistischen Tricks erläutern, bei der Kulturförderung wäre alles gut bei uns, und die Finanzministerin Keler klatscht Beifall.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Die Realität, meine Damen und Herren, sieht leider anders aus. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Herbert Helmrich, CDU: Selbst der Bürgermeister Friese zahlt nicht.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Riemann.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Muth von der Fraktion der PDS.

Caterina Muth, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das Thema Finanzen beherrscht seit Jahren die Diskussion um die Frage der Theaterstrukturen und auch Orchesterstrukturen. Dass die finanzielle Lage des Landes und der Kommunen nicht die beste ist, wissen wir. Jedoch birgt eine auf Finanzen verengte Sicht die Gefahr, dass zutiefst inhaltliche Fragen um Ansprüche an Theater und Orchester, wie die Fragen, welche Bedürfnisse befriedigt werden, welche Rolle Theater bei der Wertevermittlung oder im Gemeinwesen spielt oder wie die Vielfalt des künstlerischen Angebotes und die regionale Identität erhalten und gefördert werden, unterbelichtet werden.

Im Rahmen der Neuordnung der Theater- und Orchesterstrukturen sind inhaltliche Fragen nicht darauf zu reduzieren, dass der Versorgungsauftrag in den Regionen des Landes zu sichern ist, denn das würde darauf hinauslaufen, dass als künstlerischer Maßstab für zukünftige Strukturen nur eine Forderung steht: Jede Sparte ist einmal in einer Region des Landes vertreten. Dass Theater nicht gleich Theater ist, wissen wir. Und sowohl die inhaltliche als auch die handwerkliche Ausrichtung von Theater und Orchester ist höchst unterschiedlich und vielfältig. Neue Strukturen dürfen diese Vielfalt und Kreativität jedoch nicht ersticken. Sie sind so zu gestalten, dass Freiräume garantiert werden. Sie müssen die Akteure vor Ort stärken, anstatt sie nur aneinander zu ketten.

Maßstab darf auch nicht sein, dass es nur einen Hauptansprechpartner je Region für das Kultusministerium gibt. Dieser rationell und finanziell vielleicht nachvoll-

ziehbare Ansatz birgt die Gefahr in sich, dass eine Verwischung kultureller Konzepte und Ideen stattfindet. Darüber hinaus meine ich, dass die Chancengleichheit der verschiedenen Regionen des Landes zu sichern ist und dass nicht, indem die großen Theaterstandorte überproportional bedient werden und der Lobbyismus großer Häuser stattfindet, hier ein Maßstab angelegt wird, der in zukünftigen Entscheidungen die Regionen unterschiedlich bedient.

(Beifall Sylvia Bretschneider, SPD: Sehr richtig.)

In einem Flächenland wie Mecklenburg-Vorpommern – und hier spreche ich natürlich auch als Lokalpatriotin und Lokalpolitikerin – sind Regionen wie Vorpommern und Ostmecklenburg nicht provinziell abzutun, sondern sie sind weiterzuentwickeln.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS und einzelnen Abgeordneten der SPD – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Das ist sehr richtig.)

Die Fläche, meine Damen und Herren – das hat der Minister ja auch gesagt –, und die Vielfalt, das sind unsere Stärken. Mit strukturpolitischen Entscheidungen wird es darauf ankommen, nicht dem allgemeinen Trend der Kommerzialisierung von Kultur und der Ausrichtung auf Erlebniskultur zu erliegen. Hier gilt es, der Verdrängung von Alltagskultur entgegenzuwirken.

Meine Damen und Herren, es muss gelingen, den finanziellen Rahmen für Theater und Orchester so zu stecken, dass künstlerischer Freiraum erhalten bleibt und gefördert wird. Ein guter Ansatz ist aus meiner Sicht die Frage der öffentlich-rechtlichen Verträge der Körperschaften bei der Finanzierung der kulturellen Angebote in der Region. Die Beteiligung der verschiedenen Körperschaften einer Region muss thematisiert werden und wird auch thematisiert im Rahmen der regionalen Beratung. Das halte ich für richtig.

Ebenso ist zu begrüßen, dass das Kultusministerium wirklich in einen Dialog eingetreten ist. Und, meine Damen und Herren von der CDU, tun Sie doch nicht so, als wäre das nichts Neues! Natürlich ist es neu. Sie haben diesen Umgang eben nicht gepflegt in der Vergangenheit.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Beifall Heike Lorenz, PDS – Dr. Armin Jäger, CDU: Und was kommt dabei raus? – Wolfgang Riemann, CDU: Ach?! Ach?!)

Jedoch sei hier angemerkt, das Land sollte nicht mehr regulieren als unbedingt notwendig

(Wolfgang Riemann, CDU: Das machen wir in Vorpommern schon acht Jahre. Da brauchen wir keinen Kultusminister.)

und die Künstler selbst sollten

(Zuruf von Dr. Arnold Schoenenburg, PDS)

bei der Frage der Zukunft der Theater und Orchester natürlich ein gewichtiges Wort mitreden. Wir haben die Chance,

(Wolfgang Riemann, CDU: Ihre Gemeinde muss auch noch mit ins Boot, Herr Schoenenburg.)

sie zu gewinnen, meine Damen und Herren,

(Glocke der Vizepräsidentin)

und gerade ihre Fähigkeiten, Neuland des Denkens zu betreten, zu nutzen.

Und an dieser Stelle – Frau Bretschneider hat ja das Beispiel Neubrandenburg, Neustrelitz und Region benannt – will ich auch mal sagen, ich bin davon überzeugt, dass so ein gutes Beispiel vor allen Dingen funktioniert, weil engagierte KommunalpolitikerInnen sich in diesen Prozess einklinken,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS und Sylvia Bretschneider, SPD)

weil sie eben mit Steuern. Und da nenne ich auch mal das Beispiel der Kulturausschussvorsitzenden in Neubrandenburg Frau Parlow von der PDS.

(Sylvia Bretschneider, SPD: Aber sie hat sich der Stimme enthalten. Sagen Sie das auch, Frau Muth!)

Sie hat sich in den Prozess mit eingebracht.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU – Georg Nolte, CDU: So ein Quatsch!)

Meine Damen und Herren, Theater sind aus Sicht der PDS-Fraktion Einrichtungen, die wir dringend brauchen, um ...

(Heiterkeit bei Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Ja, was ist denn da in Neubrandenburg eigentlich los? – Glocke der Vizepräsidentin – Rainer Prachtl, CDU: Da kann man was erzählen aus Neubrandenburg.)

Meine Damen und Herren, Theater- und Orchesterstrukturen brauchen wir, um der Verflachung kultureller Ansprüche und der Werte entgegenzusetzen. Wir brauchen sie für die Alltagskultur und wir brauchen sie vor allen Dingen in der identitätsstiftenden Wirkung der Regionen. Dafür sind die finanziellen Mittel bereitzustellen. Langfristig – das sage ich hier klar –, davon ich bin fest überzeugt, wenn wir alle an einem festen Sockel festhalten, wird dieser Sockel zu einem Korsett verkommen und nur noch Notbeatmung sein.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Aus meiner Sicht ist über Dynamisierung natürlich auch langfristig zu reden. Ich bin nur sehr erstaunt, dass die CDU zu dieser Erkenntnis ungefähr erst seit einem Jahr gekommen ist.

Meine Damen und Herren, es brennt das rote Licht. Leider kann ich nicht viel mehr ausführen, aber eines lassen Sie mich noch sagen: Der Ausbau der Theater- und Orchesterstrukturen ist nicht alternativlos. Wir können ja Mecklenburg-Vorpommern – das ist jetzt natürlich nicht ernst gemeint, aber das wäre der Ausblick in die Zukunft, wenn wir Theater nicht unterstützen – dem Initiator von „Big Brother“ anbieten:

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja. Sagen Sie das mal dem Minister!)

Die Bühne Mecklenburg-Vorpommern – jeder zehnte Haushalt bekommt eine Kamera und

(Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU: Wieso? Haben wir doch schon. Landtag wird gefilmt.)

die ganze Welt kann jeden Tag schauen, wie wir uns hier belustigen. Und wir werden mal schauen, wer am

Ende gewinnt. Das sollte nicht unsere Option sein, sondern unsere Option sollte sein,

(Dr. Armin Jäger, CDU: So sieht's der Minister.)

Theater und Orchester zu stärken, um einen kulturvollen Umgang, Wertevermittlung und Identität zu stärken. Da sollten wir alle in einem Boot sitzen und miteinander hier agieren. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS und Sylvia Bretschneider, SPD – Wolfgang Riemann, CDU: Ohne Käpten geht's aber nicht.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Frau Muth.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Dr. Born von der Fraktion der CDU.

Dr. Ulrich Born, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Kultur ist kein Luxus, sondern Lebenselixier für jede menschliche Gesellschaft. Und deshalb, Frau Bretschneider, ist das hier kein kommunales Thema, über das wir reden,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Klar, das weiß man doch.)

sondern das ist ein Landesthema, und zwar in allererster Linie ein Landesthema.

(Zuruf von Siegfried Friese, SPD)

Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, Staatstheater, das findet in Schwerin offensichtlich zweimal statt: Einmal auf allerhöchstem Niveau, das ist 50 Meter von hier entfernt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Und da lohnt es sich wirklich, öfters hinzugehen. Das kann ich auch nur jedem aus diesem Hohen Hause empfehlen,

(Angelika Gramkow, PDS: Wann waren Sie denn das letzte Mal da?)

dann sieht er auch, dass das in der Tat ein Landesthema ist. Es handelt sich um ein Staatstheater.

(Gerd Böttger, PDS: Eben nicht. Eben nicht. Es ist ein kommunales Theater. – Zuruf von Siegfried Friese, SPD)

Aber ein anderes Staatstheater findet in diesem Hause statt. Und hier habe ich den Eindruck – nach dem, was ich gehört habe heute Morgen –, hier sind zu viele Laienspieler am Werk.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Siegfried Friese, SPD: Schwerin ist ein kommunales Theater. – Zuruf von Gerd Böttger, PDS)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ...

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Na gut, Herr Born, Sie sitzen aber auf allen Bänken und auf allen Seiten.)

Ja, ja. Also, wenn Ihnen das hilft, Dr. Schoenenburg, ich habe gar kein Problem, wenn ich sage, der Landtag ist im Vergleich zum Staatstheater da drüben ein Laienspieltheater. Nur, was besonders schlimm ist, hier wird ein Trauerspiel aufgeführt,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Ich bitte Sie! – Sylvia Bretschneider, SPD: Oh, ein Trauerspiel?)

und das nicht auf sehr hohem Niveau.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieses Land hat nicht sehr viele Trümpfe, sehr viele Attraktivitäten, ausgenommen die Naturschönheiten,

(Peter Ritter, PDS: Die wollen Sie auch nicht schützen.)

als dass wir uns den Luxus leisten könnten, mit diesen wenigen Trümpfen auch noch nachlässig umzugehen. Sparsamkeit ist erforderlich, das ist überhaupt gar keine Frage. Aber wir müssen uns fragen, was wir eigentlich für Ziele haben, wenn wir um Kultur in diesem Lande ringen. Wir können nicht um jeden Preis sparen. Wenn sie eine Fußballmannschaft haben und die soll in der ersten Liga spielen, dann hat es auch keinen Sinn, dass sie plötzlich anfangen zu sagen, ich brauche nicht mehr elf Spieler, weil ich die nicht bezahlen kann, sondern nur noch zehn. Wenn Hansa Rostock so verfahren wäre, wären sie abgestiegen am letzten Sonnabend.

(Beifall und Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Harry Glawe, CDU: Mit acht kann man auch noch spielen.)

Ja, meine Damen und Herren.

(Angelika Gramkow, PDS: Das ist aber auch ein schlechtes Beispiel.)

Ja, verehrte Frau Gramkow, dann nehmen Sie die Landtagsverwaltung, das liegt Ihnen vielleicht näher. Wenn das Geld nicht reicht, können Sie auch nicht sagen, ich friere die Beträge pro Jahr ein und dann spare ich immer mehr Beamte und Angestellte ein. Und plötzlich funktioniert das hier nicht mehr. Irgendwann geht es dann nämlich wirklich nicht mehr mit den Einsparungen.

(Lutz Brauer, CDU: Das ist wie mit dem Wald und den Bäumen. – Zuruf von Dr. Berndt Seite, CDU)

Ich will Sie noch mal daran erinnern, wie sich das hier in Schwerin abgespielt hat. Ich weiß noch ganz genau, als im Jahre 1994 mit viel öffentlicher Aufmerksamkeit, Aufregungen, Empörungen die Philharmonie eingespart wurde. Es wurde erklärt, es geht nicht anders, die Landeshauptstadt kann sich zwei Kapellen nicht leisten. Das ist alles nachvollziehbar gewesen. Nur, dann muss man auch den zweiten Teil der Ehrlichkeit halber hinzufügen. Damals ist auch versprochen worden, dafür kriegt die Staatskapelle dann 20 Stellen mehr, dann habt ihr ein Orchester, ein A-Orchester mit 106 Musikern,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Genau!)

und das ist ein Orchester, das auf Dauer auf höchstem Niveau auch dieses Land repräsentieren kann.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Und wie ist die Situation wenige Jahre später? 86 Musiker sind noch da, 86 Planstellen. Und jedes Jahr das neue Theater um das Orchester. Das heißt, es geht jetzt darum, ob weitere Stellen eingespart werden können, sollen oder müssen. Und das bedeutet im Klartext: Ob Sie dann noch A-Orchester davor schreiben oder nicht, es ist kein A-Orchester mehr. Es ist Schwindel, wenn Sie das A-Orchester nennen. Mit weniger als 80 Musikern können Sie dann einfach nicht mehr auf einem entsprechenden

Niveau die kulturellen Leistungen erbringen lassen wollen, die wir uns alle, ja, nach dem, was ich hier höre, auch auf Dauer wünschen. Vor allen Dingen ist eine solche Diskussion eine Zumutung für die Betroffenen, die nämlich Tag für Tag Höchstleistungen erbringen müssen.

Meine Damen und Herren, ich glaube, es ist für einen Künstler eine größere Anstrengung, Kollege Schoenenburg, bei einer Aufführung eine Höchstleistung zu erbringen, als hier im Landtag sprechen zu müssen.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Ja, der Künstler wird besser geigen können als reden.)

Und wenn man diesen Menschen jeden Monat wieder sagt, wir müssen noch diskutieren, wir haben jetzt eine Kommission eingesetzt und wir haben noch eine Kommission gebildet, da helfen wir niemandem mit. Das Einzige, was wir erreichen, ist, dass die guten Leute sich wegbegeben. Und dann sage ich Ihnen eines: Wenn Sie zum Beispiel erst einmal einen solchen Klangkörper, dasselbe gilt für das Theater, auf ein niedriges Niveau zurückgefahren haben, dann ist das auf Dauer kaputt, das kriegen Sie nicht mehr repariert.

(Angelika Gramkow, PDS: Wir haben das hinter uns, als Sie die Philharmonie abgewickelt haben.)

Und deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind hier in der Tat gemeinsame Anstrengungen aller erforderlich: Land, die Landkreise, die Städte, aber auch der NDR sind gefordert. Ich komme noch mal darauf zurück.

Ich will noch mal ganz kurz auf die Zahlen eingehen, die Sie genannt haben, Herr Professor Kauffold. In der Tat, in Westdeutschland werden 15 Prozent der Einnahmen oder der Kosten durch die Besucher erbracht. In Rostock sind es 5,3 Prozent. Sie haben gesagt, in Neubrandenburg ist das am günstigsten mit etwa 22 Prozent.

(Minister Dr. Peter Kauffold: Die Philharmonie.)

Ja, die Philharmonie da. Sie dürfen nur in diesem Zusammenhang meines Erachtens nicht die Philharmonie mit zum Beispiel dem Staatstheater Schwerin gleichsetzen,

(Minister Dr. Peter Kauffold: Schwerin war doch auch ein positives Beispiel.)

das vier Sparten zu betreuen hat. Und immerhin, hier werden 18,9 Prozent aufgebracht. Und ganz entscheidend ist, dass pro Einwohner in Sachsen vom Land eben mehr erbracht wird an Leistungen als in Mecklenburg-Vorpommern, und das in einem Land, das wesentlich mehr Einwohner hat. Und wir sind ein dünnbesiedeltes Flächenland.

(Angelika Gramkow, PDS: Das auch wesentlich mehr finanzielles Potential hat als Mecklenburg-Vorpommern.)

Hier stimmt doch einfach die Relation nicht.

(Wolfgang Riemann, CDU: Weil es eine ordentliche Finanzpolitik macht, Frau Gramkow, zumindest in den letzten Jahren.)

Hier stimmt die Relation nicht.

Meine Damen und Herren, ich kann nur uns alle auffordern, das Trauerspiel um die Kulturlandschaft in diesem Lande zu beenden.

(Angelika Gramkow, PDS: Ich möchte einmal das Geld haben, das er hat, Herr Riemann. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Wir brauchen jetzt eine Initiative pro Kultur in diesem Land.

Erstens, das Land muss sich institutionell in die Pflicht nehmen.

(Angelika Gramkow, PDS: Was heißt das?)

Also anders, als Sie es eben gesagt haben, ...

Ja, wenn hier über eine GmbH nachgedacht wird, dann muss das, was in allen anderen Bundesländern üblich ist, dann muss ein Bekenntnis zu einem Staatstheater durch das Land auch so erfolgen, dass das Land sich daran beteiligt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das ist in allen Bundesländern der Fall, nur in Mecklenburg-Vorpommern nicht.

Zweitens, meine Damen und Herren, der Norddeutsche Rundfunk ist eine Rundfunkanstalt für vier Bundesländer. Und es geht nicht, dass allein das Land Mecklenburg-Vorpommern, wenn es um Kulturförderung geht, anders behandelt wird als die anderen drei Bundesländer.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Immer als Bittsteller.)

Ich erinnere hier erstens an die Aufführungen vom Ohn-sorg-Theater, die übertragen werden. Und dann gucken Sie mal, wie viel von der Fritz-Reuter-Bühne zu welcher Sendezeit gebracht wird. Zweitens gucken Sie sich mal an, was für die Orchester des Norddeutschen Rundfunks aufgebracht wird – das sind über 50 Millionen DM.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Also ich finde, er hat Recht. Aber es passiert doch schon zehn Jahre so.)

Und wie viel macht der NDR hier in Mecklenburg-Vorpommern?! Also auch hier ist ein klares Bekenntnis erforderlich.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Wer wollte zum NDR? Wer war das?)

Drittens, die Landkreise und jetzt im Gegensatz,

(Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU: Ja, wer war das? – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Wer war das?)

Herr Kollege Friese, ...

(Wolfgang Riemann, CDU: Wir nicht. – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: War niemand, ne? – Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU)

Meine Damen und Herren, ich muss jetzt leider zum Schluss kommen. Ich will nur noch eins sagen, damit es hier nicht so weitergeht wie bisher, dass einer die Verantwortung auf den anderen schiebt: Der Landkreis Nordwestmecklenburg wird sich in Kürze im Kreistag mit einem Antrag meiner Fraktion befassen, dass dieser Landkreis sich nicht nur verbal zum Staatstheater Schwerin bekennt, sondern auch einen finanziellen Beitrag leistet, damit hier endlich mal ein Anfang gemacht wird. Und ich lade alle anderen Landkreise ein, in ihren Regionen, sofern sie das noch können aufgrund des finanziellen Ausgleiches des FAGs,

(Harry Glawe, CDU: Auch den Bürgermeister von Bad Kleinen.)

sich ebenfalls zu beteiligen.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Den Bürgermeister von Bad Kleinen wollen wir mit ins Boot haben. – Gerd Böttger, PDS: Sie bekennen sich zu Lübeck.)

Und schließlich und letztlich, Kollege Böttger, natürlich können und müssen wir auch andere gewinnen, sich an der Finanzierung zu beteiligen, wie zum Beispiel Sponsoren. Das können Sie aber nur, wenn die, die die politische Verantwortung tragen, sich auch ohne Wenn und Aber zu ihren Theatern bekennen. Und ich hoffe, dass es dazu kommt, dass wir in diesem Land nun endlich die Diskussionen beenden und klare Rahmenbedingungen schaffen, damit alle eine verlässliche Grundlage dafür haben, dass Theater in diesem Land weiter auf hohem Niveau stattfinden kann, auf dem Niveau, auf dem wir es alle haben wollen. Das ist nicht nur ein weicher Wirtschaftsfaktor, wie das immer so schön gesagt wird, sondern das gehört zur Identität dieses Landes, dass die Kultur auf diesem hohen Niveau auch in Zukunft stattfinden kann. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Gerd Böttger, PDS: Ihr Kreis bekennt sich zu Lübeck, habe ich gesagt. Die bezahlen doch an Lübeck.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Dr. Born.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Gerloff von der Fraktion der SPD.

Claus Gerloff, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Theaterlandschaft darf nicht ärmer werden.

(Sylvia Bretschneider, SPD: Richtig.)

Und das betrifft die Qualität, die Breite des Angebotes und die regionale Präsenz. Fast alle Redner haben diesem Grundsatz zugestimmt. Das freut mich.

Der zweite Gesichtspunkt ist: Wie finanzieren wir diese Theaterlandschaft? Da möchte ich deutlich machen, das ist zwar vornehmlich, aber nicht allein die Aufgabe der Politik. Wir müssen vor allem unseren Einfluss darauf ausüben, dass jede Mark, die die öffentliche Hand gibt, so effektiv, so sparsam und so wirksam wie nur möglich verwendet wird. Und deshalb kommen wir nicht umhin, auch über neue Strukturen, über neue Formen der Zusammenarbeit und über neue Profilierungen einzelner Theater nachzudenken und zu entscheiden.

Im westmecklenburgischen Raum haben wir zwei Theater: ein sehr großes, das Mecklenburgische Staatstheater Schwerin, und ein sehr kleines, sparsam geführtes Theater, das Mecklenburgische Landestheater Parchim.

Wir haben im Kreis Parchim den von mir eben genannten Schritt der Profilierung und Umgestaltung vor Jahren bereits begonnen. Das Landestheater Parchim hat sich sehr erfolgreich zu einem Kinder- und Jugendtheater spezialisiert. Gerade hiermit, denke ich, leisten wir auch einen sehr großen Beitrag in der Fläche unseres Landes im Kinder- und Jugendbereich, im erzieherischen Bereich durch das Wirken gegen das Aufkommen von rechtsextremistischem Gedankengut.

(Beifall Sylvia Bretschneider, SPD: Sehr richtig.)

Das Landestheater Parchim hat es auch verstanden, über den Spielort hinaus durch eine rege Abstecherbeispielung finanzielle Mittel hereinzuholen.

Ich möchte nicht die Unterschiede zu Schwerin dagegensetzen, ich möchte aber deutlich machen – das wurde hier heute auch schon gesagt –, jede Form von Zusammenarbeit muss zum gegenseitigen Vorteil gelangen.

(Beifall Dr. Manfred Rißmann, SPD,
und Angelika Gramkow, PDS)

Deshalb sind wir grundsätzlich für Zusammenarbeit, aber es kann nicht im ersten Schritt eine Fusion sein. Bei einer Fusion zweier so ungleicher Brüder ist die Zukunftssicherheit der beiden nicht gegeben. Es wird über kurz oder lang, und diese Stimmen hat man auch schon vernommen, dann nur noch ein präsent Theater, eine Spielstätte, ein von einem Partner dominiertes Angebot geben. Wir bieten an, und das haben wir seit langem deutlich gemacht, den ersten Schritt zu gehen mit einer weitgehenden Kooperation dieser beiden Partner.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Bereits damit kann man wesentliche Vorteile im finanziellen, aber auch im kulturpolitischen Bereich erzielen. Die Vorteile liegen zunächst in der gemeinsamen Nutzung von beweglichen Investitionen, von Bühnenbildern, von Requisiten, sie liegen in der rechtzeitigen Abstimmung und Ergänzung der Spielpläne, es können gegenseitige Aufführungen vereinbart werden und es kann das gesamte Marketing aus einer Hand und damit kosteneffizienter angegangen werden. Diese Kooperation sichert vor allem das eine, was wir gerade bei Eingriffen in die Theaterlandschaft beachten müssen, nämlich die Akzeptanz in den jeweils betroffenen Regionen. Eine Veränderung der Theaterlandschaft gegen die regionale Akzeptanz bringt uns auf Dauer nichts. Wir verlieren dabei nicht nur die Zuschauer in der benachteiligten Region, sondern wir verlieren schließlich auch die bereitwillige Mitfinanzierung des gemeinsamen Vorhabens.

Deshalb, unser Angebot steht: Machen wir konstruktiv den ersten Schritt der Kooperation, qualifizieren wir diese Kooperation je nach Erfolg der Zusammenarbeit von Jahr zu Jahr. Und dann, wenn wir Vertrauen zueinander gefunden, ein gemeinsames zukunftsträchtiges Konzept angegangen und die ersten Schritte realisiert haben, dann ist es durchaus möglich, dass der zweite Schritt einer Fusion auch im gegenseitigen Einvernehmen besritten werden kann. – Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und Angelika Gramkow, PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Gerloff.

Die beschlossene Redezeit ist beendet. Ich schließe die Aussprache.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 2:** Zweite Lesung und Schlussabstimmung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Gesetzes zur Einrichtung eines Rates für Integrationsförderung von Menschen mit Behinderungen und chronisch Kranken des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 3/912, hierzu Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialausschusses, Drucksache 3/1313. Hierzu liegt Ihnen ein

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 3/1319 vor.

**Gesetzentwurf der Landesregierung:
Entwurf eines Gesetzes zur Einrichtung eines
Rates für Integrationsförderung von Menschen
mit Behinderungen und chronisch Kranken
des Landes Mecklenburg-Vorpommern
(Integrationsförderratsgesetz – IntFRG M-V)
(Zweite Lesung und Schlussabstimmung)
– Drucksache 3/912 –**

**Beschlussempfehlung und Bericht
des Sozialausschusses
– Drucksache 3/1313 –**

**Änderungsantrag der Fraktionen
der SPD und PDS
– Drucksache 3/1319 –**

Das Wort zur Berichterstattung hat die Vorsitzende des Sozialausschusses, die Abgeordnete Frau Dr. Seemann.

Dr. Margret Seemann, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Der Landtag hat den Entwurf eines Gesetzes zur Einrichtung eines Rates für Integrationsförderung von Menschen mit Behinderungen und chronisch Kranken des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 3/912, in seiner 31. Sitzung am 19. Dezember 1999 in Erster Lesung beraten und federführend an den Sozialausschuss sowie zur Mitberatung an den Innenausschuss und den Finanzausschuss überwiesen. Der Sozialausschuss hat zu diesem Gesetzentwurf eine öffentliche Anhörung von Sachverständigen durchgeführt. Hierzu wurden Behindertenverbände und Vereine sowie sonstige Institutionen eingeladen. Ich verweise insoweit auf meinen schriftlichen Bericht.

Während der Anhörung haben sich die Institutionen, Verbände und Vereine im Wesentlichen zu den Themen Einrichtung, Geschäftsordnung, Besetzung und in diesem Zusammenhang die Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen, Rechte und Aufgaben, Berichtspflicht und Kostenerstattung der ehrenamtlichen Tätigkeit des Integrationsförderrates geäußert und dem Ausschuss Änderungsvorschläge unterbreitet.

In seiner 39. Sitzung am 10. Mai des Jahres 2000 hat der Sozialausschuss die Ergebnisse der Anhörung und den Gesetzentwurf abschließend beraten. Von den Koalitionsfraktionen wurden dabei Änderungsanträge gestellt und darauf hingewiesen, dass diese aufgrund der Empfehlungen der Angehörten erarbeitet wurden.

Die Beschlüsse des Sozialausschusses sehen in Abweichung zum Gesetzentwurf vor, dass der Integrationsförderrat nicht beim Sozialministerium, sondern gemäß Paragraph 1 des Gesetzentwurfes bei der Landesregierung gebildet wird.

Ferner hat der Integrationsförderrat gemäß Paragraph 2 Absatz 2 des Gesetzentwurfes der Landesregierung jährlich einen Bericht über seine Tätigkeit zu erstatten. Dieser ist von der Landesregierung in Verbindung mit einer Stellungnahme über die Maßnahmen zur Umsetzung der Integrationsförderratsbeschlüsse dem Parlament zuzuleiten.

Durch die Regelung in Paragraph 3 Absatz 4 des Gesetzentwurfes wird sichergestellt, dass die Landesregierung dem Integrationsförderrat unverzüglich die Gründe für das Nichtrealisieren seiner Empfehlungen und Vorschläge mitteilt.

Durch die Einführung eines neuen Buchstaben e in Paragraph 4 Absatz 1 des Gesetzentwurfes wird sichergestellt, dass Betroffene und Nichtbetroffene im Integrationsförderrat mitwirken können. Paragraph 4 Absatz 3 Nummer 1 des Gesetzentwurfes ermöglicht es der Landesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe Behinderter e. V. und dem allgemeinen Behindertenverband Mecklenburg-Vorpommern e. V. aufgrund ihrer eigenen Sachkompetenz selbst zu entscheiden, welche Behindertengruppen im Integrationsförderrat mitarbeiten sollen. Mit der Änderung in Paragraph 4 Absatz 3 Nummer 3 des Gesetzentwurfes wird sichergestellt, dass die Behörden, Organisationen und Gruppen, die mehrere Mitglieder in den Integrationsförderrat entsenden, mindestens zur Hälfte dieser Mitglieder Frauen entsenden. Behörden, Organisationen und Gruppen, die nur ein Mitglied entsenden, müssen für mindestens jede zweite Amtszeit eine Frau entsenden.

Gemäß Paragraph 6 Absatz 1 des Gesetzentwurfes wird die Selbständigkeit des Integrationsförderrates unterstrichen, indem die vom Integrationsförderrat selbst zu erarbeitende Geschäftsordnung nicht mehr der Zustimmung des Sozialministeriums beziehungsweise der Landesregierung bedarf. Ferner ist in Paragraph 6 Absatz 2 des Gesetzentwurfes vorgesehen, dass der Integrationsförderrat auch öffentlich tagen kann.

Gemäß Paragraph 8 des Gesetzentwurfes entscheidet nunmehr der Integrationsförderrat im Rahmen der ihm zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel selbst über anfallende Kostenerstattungen.

Im Übrigen sehen die Beschlüsse des Ausschusses, soweit sie Änderungen und Ergänzungen gegenüber dem Gesetzentwurf der Landesregierung beinhalten, vor allem Klarstellungen und Präzisierungen vor. Ich verweise im Übrigen hinsichtlich der Abstimmungsergebnisse und der Erläuterung der einzelnen Bestimmungen auf Drucksache 3/1313.

Ferner sieht es der Sozialausschuss als erforderlich an, im Rahmen einer Entschließung die Landesregierung zu ersuchen, bei der Personalauswahl für die Geschäftsstelle des Integrationsförderrates darauf zu achten, dass möglichst Juristen oder im Verwaltungsrecht Ausgebildete – möglichst Behinderte – berücksichtigt werden.

Unter Berücksichtigung der Stellungnahmen des Innenausschusses und des Finanzausschusses hat der Sozialausschuss dem geänderten Gesetzentwurf einvernehmlich bei Enthaltung von Seiten der Fraktion der CDU zugestimmt und die Entschließung mehrheitlich bei einer Gegenstimme von Seiten der Fraktion der CDU und einer Enthaltung von Seiten der Fraktion der SPD angenommen.

Im Ergebnis seiner Beratungen empfiehlt der federführende Fachausschuss daher dem Landtag:

1. den Gesetzentwurf der Landesregierung auf Drucksache 3/912 in der aus der Drucksache 3/1313 ersichtlichen Zusammenstellung anzunehmen,
2. folgender Entschließung zuzustimmen: „Der Landtag ersucht die Landesregierung, bei der Personalauswahl für die Geschäftsstelle des Integrationsförderrates darauf zu achten, dass möglichst Juristen oder im Verwaltungsrecht ausgebildete – möglichst Behinderte – berücksichtigt werden.“

Ich bitte Sie um Zustimmung zu dem Votum des Sozialausschusses. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Kerstin Kassner, PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Frau Dr. Seemann.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Dr. König von der Fraktion der CDU.

Dr. Arthur König, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Im Paragraphen 1 des vorliegenden Integrationsförderratsgesetzes werden die Ziele dieses Förderrates formuliert. Dort heißt es: „Ziel der Arbeit des Integrationsförderrates ist es, Chancengleichheit für die Menschen mit Behinderungen und chronisch Kranke“ – soweit wie möglich – „herzustellen, Voraussetzungen für ihre gleichberechtigte Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft zu schaffen und noch bestehende tatsächliche Benachteiligungen abzubauen.“ Die Ziele sind okay. Nur: Lassen sich diese Ziele durch den vorliegenden Gesetzentwurf erreichen und verwirklichen? Da bestehen bei den Betroffenen, ihren Verbänden und in der CDU-Fraktion erhebliche Zweifel und Bedenken. Aber darauf komme ich noch zurück.

Meine Damen und Herren, das wichtige Thema Integrationsförderung beschäftigt diesen Landtag schon seit Januar 1999. In der Landtagssitzung am 28. Januar wurde ...

(Dr. Margret Seemann, SPD: Das ist nicht richtig. Schon acht Jahre vorher.)

Diesen Landtag, habe ich gesagt, Frau Seemann.

... der Antrag Integrationsfördergesetz, Drucksache 3/111, von den Koalitionsfraktionen eingereicht. Die Landesregierung wurde damals beauftragt, bis zum April 1999 dem Landtag einen Bericht zu geben, wie sie gedenkt, im Weiteren mit dem Antrag Integrationsfördergesetz umzugehen. Der Terminplan wurde nicht eingehalten. Kurz vor der Landtagssitzung im April wurde dieser Bericht mit der Begründung: „Die Prüfung bedarf einer umfassenden Abstimmung mit den Ministerien. Die Zusammenfassung und Auswertung der Ergebnisse ist daher nicht zu dem vom Landtag gewünschten Termin“ – also April – „zu schaffen.“ nicht vorgelegt, auf unbestimmte Zeit verschoben und von der Tagesordnung abgesetzt.

Das kann passieren und ist an sich nicht weiter tragisch. Nur, was dann am 7. Juni als Bericht der Landesregierung kam, war mehr als dürftig. Ganze vier lapidare Sätze war der Landesregierung der Bericht zur Zweckmäßigkeit eines Integrationsfördergesetzes wert – kein Wort der inhaltlichen Begründung, keine Aussage zur Zweckmäßigkeit eines Integrationsfördergesetzes. Stattdessen überraschte Frau Sozialministerin Dr. Bunge die Betroffenen, ihre Verbände und auch große Teile des Landtages mit der Schaffung eines Rates für Integrationsförderung.

(Harry Glawe, CDU: Ja, das war ein Volltreffer.)

Am 29. März – und darauf wies auch schon Frau Dr. Seemann hin – gab es dann im Sozialausschuss zum Integrationsförderratsgesetz eine öffentliche Anhörung.

Meine Damen und Herren und Frau Ministerin, ich möchte Sie an dieser Stelle an Ihre Worte auf der Landtagssitzung vom 28. Januar 1999 erinnern: „Also lassen Sie uns, liebe Kolleginnen und Kollegen in der Regierung und im Parlament, die Chancen des Auftrages“ – sprich Integrationsfördergesetz – „begreifen und ein Integrationsfördergesetz anpacken.“ Sie sagten dann weiter, die Integration Behinderter dürfe nicht an knappen Kassen scheitern. Aber genau das, Frau Ministerin, ist passiert.

Was ist aus Ihrem damaligen Optimismus geworden? Dass ein Integrationsfördergesetz unter Umständen in der Größenordnung 50 bis 60 Regelungen im Baurecht oder Verkehrsrecht umfassen würde, ist bekannt. Es ist auch bekannt, dass diese Änderungen Geld kosten werden. Dort ist eine Summe von 50 bis 60 Millionen DM veranschlagt. Ich vermute einmal, dass diese Zahlen – 50 bis 60 Millionen DM – der wahre Grund sind, warum es kein wie auch immer geartetes Integrationsfördergesetz gibt.

(Zuruf von Heike Lorenz, PDS)

Ihre Ressortkollegen beziehungsweise -kolleginnen haben blockiert und eine Umschichtung im Sozialhaushalt in dieser Größenordnung, denke ich, war und ist Ihnen nicht möglich.

(Dr. Martina Bunge, PDS: Das Wenigste ist im Sozialhaushalt zu regeln. Das wissen Sie.)

Frau Ministerin, wenn es andere Begründungen gibt, hätte ich es mir gewünscht, wenn Sie diese dezidiert in Ihrem Bericht vom 7. Juni aufgeschrieben hätten.

(Heike Lorenz, PDS:
Sie waren doch im Ausschuss.)

Das wäre doch legitim und wurde übrigens auch vom Landtag gefordert.

(Dr. Martina Bunge, PDS: Die Forderungen stehen. Es ist ein realistischer Weg.)

Denn nur so wäre im Landtag und mit den Behinderten und ihren Verbänden und Selbsthilfegruppen eine inhaltliche Diskussion über die Zweckmäßigkeit eines Integrationsfördergesetzes möglich gewesen.

(Dr. Martina Bunge, PDS: Die habe ich geführt. – Zuruf von Heike Lorenz, PDS)

Stattdessen, Frau Ministerin, weichen Sie einer inhaltlichen Debatte über die Zweckmäßigkeit eines Integrationsgesetzes aus,

(Dr. Martina Bunge, PDS:
Das tun Sie. Ich habe sie geführt.)

indem Sie als Ausweg ein Integrationsfördergesetz auf den parlamentarischen Weg bringen. Frau Ministerin, da kann ich Ihnen nur empfehlen, ...

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Aber ein Integrationsfördererrat ist doch auch ganz gut, ne?)

Darauf komme ich noch, Herr Schoenenburg.

Frau Ministerin, da kann ich Ihnen nur empfehlen, lesen Sie noch einmal Punkt 105 Ihrer Koalitionsvereinbarung durch! Da werden Sie merken,

(Heike Lorenz, PDS: Na was steht da?!)

dass Anspruch und Wirklichkeit ein beträchtliches Stück auseinander liegen.

(Heike Lorenz, PDS: Na was steht da drin, Herr König?)

Meine Damen und Herren, was ist von dem Integrationsfördergesetz nun zu halten? Wird der vorliegende Gesetzentwurf auch mit den Änderungen, die im Sozialausschuss beschlossen wurden,

(Dr. Margret Seemann, SPD: Wo Sie ja so viele Änderungsanträge hatten, Herr Dr. König!)

den Anliegen der Bürgerinnen und Bürger mit Behinderungen gerecht? Auf diese Frage möchte ich nicht vordergründig politisch antworten, sondern in Auszügen das wiedergeben, was die Vertreter der verschiedenen Verbände zum vorliegenden Gesetzentwurf in der öffentlichen Anhörung kundgetan haben.

(Dr. Margret Seemann, SPD:
Was wir dann ja auch geändert haben.)

Das ist nicht in jedem Falle so.

(Dr. Margret Seemann, SPD:
Aber Sie haben sich nicht beteiligt.)

Hören Sie mal zu, Frau Dr. Seemann! Den Verbänden lag ein Fragenkatalog von 22 Fragen zur Beantwortung vor. Und ich möchte mich hier nur auf die Frage 1 beschränken. Diese lautete: Sind Sie der Auffassung, dass durch einen Integrationsfördererrat die Voraussetzung dafür geschaffen wird, um Menschen mit Behinderung und chronisch Kranken eine gleichberechtigte Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft zu schaffen sowie Benachteiligungen abzubauen? Ich möchte hier nur Beispiele aus den Antworten – typische Beispiele wohlge-merkt – der Betroffenen wiedergeben. Ich könnte sie auch alle vorlesen, aber das würde die Zeit sprengen.

(Heike Lorenz, PDS: Es würde auch eine völlig andere Aussage ergeben.)

Der Allgemeine Behindertenverband in Mecklenburg-Vorpommern: „Sicherlich ist ein Integrationsfördererrat geeignet, den Meinungsbildungsprozess einer zögerlichen Administration zu unterstützen und den politischen Prozess der Gleichstellung behinderter und chronisch kranker Menschen in Mecklenburg-Vorpommern zu beschleunigen; ein wirksames Rechtsinstrument stellt er aber nicht dar.“

Der Deutsche Schwerhörigenbund, Landesverband Mecklenburg-Vorpommern sagt eindeutig: „Nein. Ein Integrationsfördererrat ist sicher besser als nichts.“

Der Landesfrauenrat Mecklenburg-Vorpommern schreibt in seiner Zusammenfassung: „Mit der Realisierung des Integrationsfördergesetzes ist die Landesregierung ihrer in der Koalitionsvereinbarung selbst auferlegten Verpflichtung, zu prüfen, ob ein Integrationsgesetz beschlossen werden soll, noch nicht gerecht geworden.“

Die Liga der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege schreibt: „Die Liga beurteilt die Einrichtung eines Integrationsförderrates auf Grundlage des Integrationsfördergesetzes vom Grundsatz her als unzureichend, um den im Koalitionsvertrag festgelegten Zielen der Schaffung eines Integrationsfördergesetzes in dieser Legislaturperiode zu entsprechen. ... An diesem Anspruch gemessen, ist die Errichtung des Integrationsförderrates eine völlig unzureichende Alternative. Insofern ersetzt das Integrationsfördergesetz in keiner Weise ein Integrationsfördergesetz.“

Und zum Schluss die Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Machen Sie doch mal einen Vorschlag, Herr Dr. König!)

Landesverband Mecklenburg-Vorpommern. Dort heißt es: „Der Landesverband der Lebenshilfe bezweifelt, ob die Einrichtung eines Integrationsförderrates anstelle des Integrationsfördergesetzes dem o. g. und dem eigentlichen Anliegen der betroffenen Menschen entspricht.“

So weit einige Ausführungen der Betroffenen.

Es überwiegen die Befürchtungen, meine Damen und Herren, dass das Integrationsförderratsgesetz alles ist, was in dieser Legislaturperiode vom Sozialministerium in Sachen Behinderte

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Aber Sie haben doch in Ihrer achtjährigen Regierungszeit nicht mal das zustande gebracht.)

politisch auf den Weg gebracht wird, und dass ein Integrationsförderratsgesetz lediglich eine Alibifunktion erfüllen soll.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Ein Integrationsfördergesetz haben Sie doch immer abgelehnt, solange Sie in der Regierung waren.)

Es soll kaschieren, dass die Arbeit an einem wie auch immer gearteten Integrationsfördergesetz längst still und leise zu den Akten gelegt wurde.

(Dr. Martina Bunge, PDS: Das wird doch von dem Rat abhängen.)

Darauf komme ich noch zu sprechen, Frau Ministerin.

(Dr. Martina Bunge, PDS: Lassen Sie ihn doch erst mal arbeiten und reden Sie ihn nicht schon schlecht!)

Und man braucht wohl keine prophetischen Gaben,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Reden Sie bitte nicht so lange.)

um zu sagen, dass es wohl so mit hoher Wahrscheinlichkeit auch kommen wird.

(Heike Lorenz, PDS: Na, dann legen Sie doch einfach einen Antrag vor!)

Wie, Frau Ministerin, sagten Sie doch so schön in Ihrem Redebeitrag in der Januarsitzung des Landtages 1999? „Worte und politische Willensbekundungen sind genug gewechselt.“

(Harry Glawe, CDU: Genau.)

„Lassen Sie uns endlich Taten auf den Weg bringen!“ Gemeint war damals ein Integrationsfördergesetz.

(Harry Glawe, CDU: Genau. Das ist gescheitert. –
Dr. Martina Bunge, PDS: Und der Integrationsförderrat hat genügend Aufgaben.)

Und im Übrigen, Frau Ministerin, ein Großteil der Vorschläge für die Integration und Chancengleichheit von Bürgerinnen und Bürgern mit Behinderungen sind bekannt und liegen uns allen seit geraumer Zeit vor. Sie müssen „nur“ umgesetzt werden.

(Dr. Martina Bunge, PDS: Aber ich bin für Politik mit diesen Menschen und nicht allein für.)

Wenn Sie diese berechtigten Forderungen ernst nehmen, Frau Ministerin, werden Sie nicht umhinkommen, sich für die notwendigen finanziellen Mittel für die Umsetzung dieser Vorschläge einzusetzen, denn eines ist doch klar: Rechtsverordnungen, Verwaltungsvorschriften, auch wenn sie zukünftig vom Integrationsförderrat initiiert werden sollten, werden den Charakter von Leistungsgesetzen haben müssen und werden damit Geld kosten.

(Dr. Martina Bunge, PDS: Sie verabschieden den Landeshaushalt. Wir werden es ja sehen.)

Wer Festlegungen trifft, muss auch dafür sorgen, dass die Ausführung finanziell abgesichert ist. Diese Kostenfrage dürfte wohl mit Sicherheit bei Ihrer Entscheidung, Frau Ministerin, dann doch kein Artikelgesetz auf den Weg zu bringen,

(Heike Lorenz, PDS: Was haben Sie denn für ein Verständnis vom Integrationsfördergesetz?! Das ist doch nicht bloß ein Leistungsgesetz.)

eine entscheidende Rolle gespielt haben, auch wenn Sie es aus politischem Kalkül heraus nicht zugeben können.

Der vorliegende Gesetzentwurf, auch mit den Änderungen, die im Sozialausschuss beschlossen wurden, wird vom Grundsatz her dem Anliegen der Behinderten nur unzureichend und halbherzig gerecht. Ein Integrationsförderrat ist besser oder ein erster Schritt, wenn auch ein kleiner, in die richtige Richtung. Es wird viel von Ihnen abhängen, Frau Ministerin, mit welchem Tempo und vor allen Dingen mit welchen finanziellen Mitteln Sie die künftigen Forderungen des Integrationsförderrates um- und durchsetzen werden,

(Dr. Martina Bunge, PDS: Sie haben als Parlamentarier der Landesregierung eine Aufgabe gegeben. – Harry Glawe, CDU:
Das macht Frau Bunge gerne.)

denn nur das kann ja das Ziel sein.

(Zuruf von Dr. Martina Bunge, PDS)

Frau Ministerin, werden Sie Ihrer sozialen Verantwortung gerecht,

(Dr. Martina Bunge, PDS: Ich habe nicht allein die Verantwortung.)

setzen Sie sich im Kabinett für eine tragfähige und finanziell abgesicherte

(Dr. Martina Bunge, PDS: Machen Sie mal mit!)

Integrationsförderung behinderter Menschen ein.

Der vorliegende Gesetzentwurf erfüllt diese Anforderungen nicht beziehungsweise nur unzureichend. Wie heißt es in der Stellungnahme des Deutschen Schwerhörigenbundes? „Ein Integrationsförderrat ist besser als nichts.“ Das zeugt nicht gerade von Optimismus und Vertrauen in den vorliegenden Gesetzentwurf. Die Behinderten mit ihren Anliegen werden durch diesen Gesetzentwurf leider ein weiteres Mal lediglich vertröstet und das ist schade. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Dr. König.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Müller von der Fraktion der PDS.

Irene Müller, PDS: Werte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich gebe zu, umzudenken ist ein fürchterlich schwerer Vorgang in unseren menschlichen Hirnen und wir sind leider Gottes absolut nur selten dazu bereit. Sogar zum Umdenken in kleinen Schritten muss man sich manchmal zwingen. Noch viel schwieriger wird es dann, wenn man beim Umdenken dazu kommen soll, andere Ansätze in Politik mindestens zu akzeptieren. Und noch viel schwieriger wird es, vielleicht diese anderen Ansätze, wenn auch kritisch, aber denn doch zu begleiten.

Und, Herr Dr. König, zu diesen drei ersten Aussagen, die ich hier gemacht habe, gaben Sie soeben in Ihrer Rede ein beredtes Beispiel.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Heike Lorenz, PDS)

Man kann Dinge so und so interpretieren.

(Dr. Arthur König, CDU: Das ist richtig.)

Aber Fakt ist nun mal, wenn erst im Januar 1999 das Problem Integration von Menschen mit Behinderungen hier auf die Tagesordnung gekommen wäre und heute wäre schon ein Gesetzentwurf da, müsste ich mich ja wundern, warum alle anderen Dinge so langsam und phlegmatisch vorangehen und ausgerechnet dieser Gesetzentwurf so schnell. Wahr ist, dass dieses Parlament mindestens seit 1992 sich Gedanken darüber macht, was wohl mit den Menschen mit Behinderungen im Lande Mecklenburg-Vorpommern anzufangen wäre, denn sie sind ja ganz einfach da, wenn auch nicht immer geliebt, so sind sie einfach da.

Und, Herr Dr. König, wenn Sie stets und ständig hier Frau Sozialministerin an ihre soziale Verantwortung heranführen wollen,

(Zuruf von Dr. Arthur König, CDU)

appellieren und immer Frau Sozialministerin sagen, muss ich hier feststellen: Noch nichts verstanden,

(Beifall Heike Lorenz, PDS)

auch den ersten kleinen Schritt in Richtung Umdenken nicht gegangen. Denn ich habe schon mehrmals bei den verschiedensten Dingen hier gesagt, Behindertenpolitik ist keine Sozialpolitik, ausschließlich.

(Beifall Dr. Manfred Rißmann, SPD, und Dr. Margret Seemann, SPD)

Behindertenpolitik ist Menschenpolitik.

(Dr. Arthur König, CDU: Aber sie liegt im Verantwortungsbereich der Sozialministerin.)

Behindertenpolitik ist ressortübergreifend und Behindertenpolitik ist für alle zu explizieren und nicht nur für einen Menschen.

(Beifall Dr. Arnold Schoenenburg, PDS – Zuruf von Dr. Arthur König, CDU)

Und wenn Frau Dr. Bunge diejenige ist, die es sich hier auf den Schreibtisch gezogen hat, weil nirgendwo anders die Bereitschaft war, dann ist ihr eigentlich zu danken

(Zuruf von Georg Nolte, CDU)

und daraus kein Vorwurf zu machen.

(Heike Lorenz, PDS: Außer Bau- und Umweltministerium.)

Außerdem, die Behindertenpolitik auf die finanzielle Schiene zu schieben ist genauso falsch. Ich habe schon mehrmals dargestellt – und es gibt auch die umfangreichsten Unterlagen, wenn man wollte, könnte man sie auch haben, ich habe sie auch schon ein paar Mal angeboten, sie hat bloß noch keiner gewollt zum Beispiel auch aus Bayern –, dass Behindertenpolitik eben nicht immer Geld kostet, sondern als Allererstes Umdenken kostet, Umdenken in die Richtung: Wenn wir von Anfang an so arbeiten, so Gesetze machen, so Richtlinien und Verwaltungsvorschriften machen, dass alle Menschen einbezogen werden, dann kostet es keinen Pfennig mehr, sondern kostet von Anfang an das, was benötigt wird für die Menschheit.

Und ich sage deshalb auch noch mal: Wer legt eigentlich fest, was die Norm von Menschsein ist?

(Dr. Arthur König, CDU: Aber doch nicht das Reden ist das Wichtigste, sondern das Handeln. Und Handeln kann man nur mit finanziellen Mitteln.)

Eigentlich müssten wir von vornherein so arbeiten, dass Menschsein mit allen gemacht wird und demzufolge von vornherein alle Menschen einbegriffen sind. Und demzufolge kostet es keinen Pfennig mehr.

Und Leistungsgesetze, meine Damen und Herren, weil das ja als vorrangiges Handeln des Integrationsförderrates dargestellt wurde,

(Harry Glawe, CDU: Die haben Sie ja schon abgeschafft. Das Geld haben Sie gekürzt.)

natürlich, Leistungsgesetze werden auch im Gespräch sein, aber nicht Leistungsgesetze ausschließlich.

(Dr. Arthur König, CDU: Hören Sie auf die Verbände, was die fordern!)

Behindertenpolitik sind nicht ausschließlich Leistungsgesetze. Und es gibt nicht nur den Schwerhörigenverband und Blinden- und Sehbehinderten-Verband, es gibt viele mehr.

(Dr. Arthur König, CDU: Ich kann Ihnen auch die anderen vorlesen. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Leistungsgesetze sind nur ein kleines Teilstück, ein kleines Teilstück. Und bevor Sie nicht anfangen umzudenken, meine Herren Sozialpolitiker – in der Zeitung steht ja manchmal sogar Sozialexperte Glawe –,

(Harry Glawe, CDU: Richtig. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

bevor Sie nicht anfangen, umzudenken und alle Menschen einzubeziehen, und demzufolge nicht bestimmte Dinge ausschließlich aufs Finanzielle herunterbrechen und mit dem Totschlagargument kommen, geht sowie so nicht, kostet zu viel, solange, es tut mir leid, ist der Sozialexperte in dieser Richtung noch ein ganzes Ende entfernt.

(Harry Glawe, CDU: Solange Sie die Sehbehinderten und die Blinden benachteiligen, werde ich Sie kritisieren.)

Die Integration müssen wir auch verstehen – das muss ich hier ganz ausdrücklich noch mal sagen – nicht als Assimilation. Leider ist es jetzt Mode geworden, bei allem Möglichen sich mit Integration zu befassen und damit eigentlich eine Assimilation zu meinen.

Meine Damen und Herren, Menschen mit Beeinträchtigungen sind Menschen mit Beeinträchtigungen und sie wollen gar nicht darstellen, dass sie keine Beeinträchtigung haben. Sie wollen also nicht aufgesogen und assimiliert werden, aber sie wollen integriert werden. Das bedeutet, dass sie mit ihrer Beeinträchtigung so leben können oder zum großen Teil so leben können, wie sie es, die sie glauben, ohne Beeinträchtigung zu sein, auch können.

(Zuruf von Dr. Arthur König, CDU)

Und dazu muss ich sagen, was den Paradigmenwechsel insgesamt betrifft, nämlich dass ich einen Menschen danach beurteile, was er kann, und nicht danach, was er nicht kann, sagen mir auch viele Reden hier im Landtag einiges. In der letzten Landtagssitzung wie auch in der heutigen Landtagssitzung wenige Minuten nach Eröffnung wurde zum Beispiel als Redewendung, als Kommentar der für den Betreffenden nicht qualifizierte Zwischenruf genommen: „Das wäre dann so, als ob ein Blinder von der Farbe spricht.“ Meine Damen und Herren, ich sage es Ihnen auf den Kopf zu: Sie haben nicht das Recht, auch nicht in irgendeiner dämlichen Redewendung, zu definieren, wann Blinde von Farbe sprechen.

(Jörg Vierkant, CDU: Das sagen Sie mal Ihrem Parlamentarischen Geschäftsführer! – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Hä?)

Sie verwechseln hier irgendwelche Personen miteinander.

(Jörg Vierkant, CDU: Das sind Ihre Zwischenrufe, Herr Schoenenburg.)

Nein, sind es nicht.

(Jörg Vierkant, CDU: Sind sie doch. Das kann ich Ihnen zeigen. – Zuruf von Rainer Prachtl, CDU)

Ich muss auch noch mal darauf aufmerksam machen, dass bei den Angelegenheiten, die Menschen mit Beeinträchtigungen fordern, keine Privilegien gefordert werden. Es wird gefordert, dass bitte schön akzeptiert wird, dass Menschenwürde, Selbständigkeit und Unabhängigkeit für jeden Menschen gelten sollten und dass dazu die Rahmenbedingungen geschaffen werden müssen. Und gerade um diese Rahmenbedingungen, also nicht ausschließlich um finanzielle Leistungsgesetze, wird es in dem Integrationsförderrat gehen.

Natürlich weiß ich und wissen Behindertenvereine und -verbände sehr wohl, dass dieser Integrationsförderrat nur der erste Schritt sein kann, ein erster Schritt, der sehr kritisch begleitet werden wird. Aber bei diesem ersten Schritt wird es auch – und ich betone, auch – die Pflicht der Betroffenen an sich sein, sich mit ihrer Sach- und Fachkompetenz einzubringen.

Entgegen aller Unkenrufe, dass sich vielleicht dafür keiner finden wird, der ... und so weiter und so fort, und eigentlich alles viel zu kurz greift und man eigentlich gar nicht so will, kann ich Ihnen mit Fug und Recht sagen, dass an diesem Sonnabend – also am 27. Mai diesen Jahres – sich die Landesarbeitsgemeinschaft in ihrer Mitgliederversammlung zusammen mit dem Allgemeinen Behindertenverband in Mecklenburg-Vorpommern e. V. zusammensetzen wird. Und ich kann Ihnen hier auch schon sagen, dass die sieben Vertreterinnen und Vertreter auf erster Position und die sieben Vertreterinnen und Vertreter in zweiter Position sehr wohl benannt werden. Wir

haben die Namen schon alle vorliegen und wir werden uns darüber unterhalten, wer dann erste und zweite Position ist. Aber unseren Part – zu benennen – werden wir am 27. Mai diesen Jahres vollbringen.

(Vizepräsidentin Kerstin Kassner übernimmt den Vorsitz.)

Natürlich gibt es kritische Rufe in Richtung Integrationsförderratsgesetz, ob das genügt, ob das überhaupt das ist, was wir wollen, und was es überhaupt ist. Da müssen Sie aber verstehen, meine Damen und Herren, dass gerade in der Behindertenszene es Menschen mit Beeinträchtigungen gibt, die seit zehn Jahren, seit nunmehr zehn Jahren, auf außerparlamentarischem Gebiet mit großem Engagement, mit großer Sensibilität versucht haben, auf andere Art und Weise an Sie alle das Problem Integration heranzubringen. Und dass dann erst mal weiterzudenken, mitzudenken, dass etwas anderes kommt als das, wofür man jahrelang gekämpft hat, als sehr kritisch angesehen wird und auch kritisch bemerkt wird, dass es das im Endeffekt vielleicht nicht sein kann oder nur der erste Schritt, das ist doch nur zu verständlich. Und dass einige von den behinderten Vertreterinnen und Vertretern in der Zwischenzeit müde geworden sind und sie eigentlich gar nicht mehr bereit sein können, kleine Schritte zu tun, weil das Leben sie in der Zwischenzeit arg geschafft hat, denn eine Behinderung ist eine Behinderung und ein zusätzliches Handicap, das ist auch zu verstehen. Und Unduldsamkeit ist nicht seit dem Januar 1999, sondern wie gesagt seit 1992 – mindestens seit 1992 –, wo man sich hier im Parlament zum Beispiel darüber unterhielt, wie man ein Gesetz, was in Richtung Gleichberechtigung geht, nennen könnte. Das ist doch bekannt und das wurde als Farce angesehen. Und natürlich begleitet man das, was heute passiert, auch äußerst kritisch, ich denke, mit Recht äußerst kritisch. Und ich denke, es tut dem auch gar keinen Abbruch, dass man es äußerst kritisch begleitet, sondern im Gegenteil.

Bei dem Vergleich unseres Gesetzes – Integrationsförderratsgesetz – mit Gleichstellungsgesetzen, die es im Moment in einigen wenigen Ländern hier in der Bundesrepublik gibt, müssen wir feststellen: Die Gleichstellungsgesetze, die mit diesem oder auch anderen Namen bisher ins Leben gerufen wurden, sind gewiss mit vollem Engagement in die Parlamente gebracht worden. Was allerdings herausgekommen ist, hat die harsche Kritik von Behindertenvereinen und -verbänden provoziert, weil im Endeffekt nichts Handhabbares, nichts Einklagbares enthalten ist. Das Einzige, was in den meisten Gesetzen enthalten ist, ist eine ganz akkurate Definition, was unter einem Menschen mit Behinderung zu verstehen ist. Zugegeben, das ist bei diesem Gesetzentwurf nicht so. Aber ich glaube, bei einer Integrationsförderung von allen Menschen unseres Landes Mecklenburg-Vorpommern in unser Leben braucht man auch nicht unbedingt diese Definition. Die Betroffenen macht die Definition auch nicht glücklicher.

(Harry Glawe, CDU: Das ist wahr.)

Eine Chance für Gleichstellung ist es auf jeden Fall, wenn Betroffene und so genannte Nichtbetroffene zusammen an einem Tisch sitzen und sich beraten und im Vorfeld von Gesetzen, Richtlinien und Verwaltungsvorschriften versuchen, Diskriminierung von vornherein nicht aufkommen zu lassen. Aber nicht nur das wird ja Arbeit sein, sondern auch unsere bestehenden Gesetze werden Auf-

gabe sein beguckt zu werden. Und da ist es eigentlich ohne großen Vorteil, jetzt schon zu sagen, ob es 50 oder 60 Gesetze sind. Fakt ist, dass es unsere Gesetze betrifft, die hier gemacht worden sind. Fakt ist auch, dass das Problem Nachlässigkeit, Nichtüberschaubarkeit von bestimmten Problemen in dem Moment, wo Betroffene mit Fach- und Sachkompetenz am Tisch sitzen – zumindest am Anfang – abgestellt sein sollten und es eine ordentliche Zusammenarbeit bringt.

Der Paradigmenwechsel an sich, also das Fragen nach dem Was-kannst-du und nicht nach dem Was-kannst-du-nicht, wird sich auch in der Art und Weise darstellen, wie die Zusammenarbeit gestaltet werden kann und wie aufeinander gehört wird. Und hier sage ich mit Absicht, wie aufeinander gehört wird, denn wir haben ja im Integrationsförderratsgesetz die Zusammensetzung mit Absicht in dieser Art und Weise geführt – also Betroffene und Durchführende gemeinsam –, damit bestimmte Dinge von vornherein ausgeschaltet werden.

Um noch einmal auf Paradigmenwechsel zurückzukommen und die Betrachtungsweise: Es ist eben falsch, wenn ich auch bei einer Bearbeitung der Landesbauordnung nur davon ausgehe, was es kostet in der Nachrüstung. Natürlich ist Nachrüstung immer teuer. Aber wenn ich ein Gesetz von vornherein so ansetze, dass keine Nachrüstung mehr notwendig ist, dann spare ich mir diese Gelder. Und es gibt auf der Welt schon Beispiele, auch gar nicht so weit weg von Deutschland, da wird das praktiziert. Und wenn es niemals angefangen wird, dann wird der Berg, den wir vor uns herschieben, auch nicht kleiner werden. Demzufolge werden die Finanzen als Totschlagargument weiter hier ihre Runden kreisen und uns überhaupt nicht vorwärts bringen.

Außerdem muss ich zu dem Thema insgesamt vermerken: Die Bundesrepublik Deutschland hat – zugegeben zähneknirschend, aber dann doch – 1993 bereits die Standard Rules anerkannt. Die Standard Rules definieren ganz eindeutig, was Menschenwürde betrifft, und definieren auch ganz eindeutig, dass Menschenwürde elementares Menschenrecht ist. Demzufolge begehen wir Menschenrechtsverletzungen in der Bundesrepublik Deutschland und in Mecklenburg-Vorpommern, wenn wir MigrantInnen, AusländerInnen, Behinderte durch Gesetze von vornherein nicht gleichberechtigt teilhaben lassen.

Der Integrationsförderrat kann deswegen auch nur ein erster Schritt sein, weil für meine Begriffe zur Gleichstellung der Belange von Behinderten an sich auch gehört, dass ein Benachteiligungsverbot eingeführt wird. Und da möchte ich aber bitte, dass nicht Landes- und Bundesgesetz miteinander vermischt werden in der Art, dass die Kompetenzen falsch zugeordnet werden. Das Benachteiligungsverbot ist unseres Erachtens – also des Erachtens der Behinderten – bundesgesetzswürdig und muss Bundesgesetz werden. Denn was nutzt es, mit Appellen an diese und jene heranzutreten, wenn diese und jene wissen, dass sie durch Nichtachtung der Menschenwürde, demzufolge durch Verletzung der Menschenrechte, keine Sanktion zu erwarten haben? Demzufolge ist in der ganzen Angelegenheit Land Richtung Bund sehr, sehr viel zu tun. Und demzufolge kann ich auch die Äußerung, dass, wenn ein Gleichstellungsgesetz vom Bund kommt, wir im Land das Gremium nicht mehr brauchen, eigentlich überhaupt nicht nachvollziehen.

Erstens. Ein Gleichstellungsgesetz vom Bund haben wir noch nicht und ich kenne auch keine Zeitschiene, in

der das zu machen ist, denn auch im Bund sind ähnliche Probleme wie hier zu überwinden, nämlich das Umdenken. Es gibt etliche, die denken, aber es müssen viele sein, und viele sind es noch nicht. Und da ist die Opposition im Bund genauso fortschrittlich wie hier im Land.

(Harry Glawe, CDU: Wer ist denn Gesetzgeber?)

Außerdem gehören natürlich im Bund viele, viele mehr dazu, mit denen auch noch geredet werden muss. Und da ist auch das Umdenken sehr kompliziert, wenn ich zum Beispiel an die Unternehmensvereine und -verbände denke. Wichtig für uns ist aber, dass bei der Anhörung unwahrscheinlich viele als Betroffene zu Wort kamen, wenn das für sie zugegebenermaßen auch ein fast zu großer und nicht zu bewältigender Druck war, weil noch nicht so sehr bekannt war, wie man sich bei einer Anhörung verhält. Aber bei dieser Anhörung wurden viele konstruktive Beispiele gegeben, was wo besser gemacht werden kann, und das wurde auch eingebracht in diesen Gesetzentwurf mit der Veränderung, was Frau Dr. Seemann schon anklingen ließ. Demzufolge ist es eben furchtbar wichtig, dass da vorn in dem Paragraphen, wo der Integrationsförderrat angebunden wird, nicht Sozialministerium steht, sondern Landesregierung.

Und, Herr Dr. König, wenn Sie auch das mal mit gelesen hätten, was hier vielleicht nicht so populistisch rüberzubringen ist, wenn man gegen den Integrationsförderrat ist, dann hätten Sie auch gelesen, dass zum Beispiel viele gesagt haben Staatskanzlei, Landesregierung, um diesen Touch Sozialministerium rauszubekommen und die Verantwortung aller darzustellen.

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Frau Abgeordnete, ich muss Sie darauf aufmerksam machen, dass Ihre Redezeit abgelaufen ist.

Irene Müller, PDS: Danke.

Ich bitte Sie, liebe Abgeordnete hier in diesem Haus, den Integrationsförderratsgesetzentwurf positiv zu betrachten – als ersten Schritt, als Anfang – und demzufolge Ihre Stimme bei der Frage „Sind Sie dafür?“ zu geben, um den Integrationsförderrat erst mal arbeiten zu lassen und dann nach einem Jahr Resümee zu ziehen. – Danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der PDS und Volker Schlotmann, SPD)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Frau Müller.

Das Wort für die SPD-Fraktion hat jetzt die Abgeordnete Frau Dr. Seemann. Bitte sehr.

Dr. Margret Seemann, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Nachdem durch den Landtag das Integrationsförderratsgesetz in seiner 31. Sitzung am 15. Dezember 1999 zur federführenden Beratung an den Sozialausschuss überwiesen worden war und dieser seine Anhörung im Mai des Jahres durchführte, waren gerade aus dem Munde der CDU-Opposition kommend Vorwürfe zu hören, dieses Gremium hätte Alibifunktion, um ein Integrationsfördergesetz zu unterlaufen.

Nach unserer Auffassung soll der Integrationsförderrat ein Angebot an die betroffenen Vereine und Verbände darstellen, sich kontinuierlich und verbindlich in die Arbeit der Landesregierung einzubringen, um den Interessen

von Menschen mit Behinderungen und chronisch Kranken Geltung zu verschaffen. Dadurch sollen die Voraussetzungen geschaffen werden, um eine gleichberechtigte Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft zu ermöglichen und Benachteiligungen abzubauen. Er ist eben kein Alibi-gremium, wie Sie, Herr Dr. König, nicht müde werden, in den Medien und bei den Verbänden zu behaupten. Heute haben Sie es ja mal wieder vorgeführt.

Und ich frage mich auch angesichts des heutigen Redebeitrages von Herrn Dr. König: Wo bleibt eigentlich der mutige Einsatz der CDU-Fraktion für die Änderung der Landesbauordnung unter Bauministerin Kleedehn? Speziell an Ihre Adresse, Frau Kleedehn:

(Bärbel Kleedehn, CDU: Ja.)

Sie können sich noch solche Mühe geben mit dem Gebrauch von falschen Zahlen, dem Vergleich von Äpfeln und Birnen, mit haltlosen Unterstellungen oder auch Gedächtnisschwund, Sie werden bei mir nicht erreichen, dass ich mich auf Ihr Niveau herablasse.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Sylvia Bretschneider, SPD: Richtig. –
Bärbel Kleedehn, CDU: Das glaube ich.)

Allerdings, Frau Kleedehn, möchte ich Sie an dieser Stelle noch mal darauf aufmerksam machen, welche grandiosen Heldenleistungen Sie zu Ihrer Zeit als Bauministerin zur Förderung von Menschen mit Behinderungen vollbracht haben. Sie haben Ihre Kraft vehement dafür genutzt, wirkliche Barrierefreiheit in der Landesbauordnung zu verhindern. Vielleicht haben Sie es in der Zwischenzeit gemerkt,

(Bärbel Kleedehn, CDU: Lesen Sie sie richtig!)

dass allein durch die Änderung einer Überschrift, wie Sie es getan haben, die Barrierefreiheit nicht hergestellt wird. Ich zitiere mal aus einem Bericht von Ihnen: „Bei der Erstellung dieses Berichtes, der als Anlage beigefügt ist, hat die Überprüfung der Landesbauordnung und ihr Vergleich mit den Bauordnungen anderer Bundesländer zu dem Ergebnis geführt, dass diese dem Vergleich mit dem Inhalt der Bauordnung anderer Länder nicht nur standhält, sondern sie teilweise weit übertrifft“

(Bärbel Kleedehn, CDU: Ganz genau.)

„und dass noch weitergehende Regelungen über barrierefreies Bauen im Paragraphen 52 der Landesbauordnung nicht vorzuschlagen sind.“

(Sylvia Bretschneider, SPD:
Das ist ja interessant.)

Das sehen die betroffenen Vereine und Verbände ganz anders und auch in dem Bereich muss die SPD gemeinsam mit der PDS wohl ihre Hausaufgaben noch im Nachgang erledigen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Bärbel Kleedehn, CDU: Dann vergleichen
Sie sie mit anderen Ländern!)

Wo sind die Aktivitäten der CDU gewesen, um den ehemaligen Sozialminister Kuessner mit Vorschlägen in der Behindertenpolitik konstruktiv kritisch zu begleiten?

(Volker Schlotmann, SPD: Ja, nur Gestänker.)

Es ist doch wohl wirklich zu billig, meine Damen und Herren von der CDU,

(Bärbel Kleedehn, CDU: Mein Gott! –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

wenn Sie als Seniorpartner sich jetzt so hinstellen, als hätten Sie überhaupt keinen Einfluss. Da muss man sich doch wohl wirklich fragen, was Sie eigentlich während der Großen Koalition gemacht haben.

(Harry Glawe, CDU: Es ist ein
Eckpunkt Papier vorgelegt worden.)

Und wo waren die konkreten Vorschläge der CDU im Sozialausschuss, um die Dinge, die Sie laut Presseerklärung vom 30. März 2000 beim Integrationsförderratsgesetz stören, positiv zu verändern? Während die Koalitionsfraktionen in Auswertung der Anhörung etliche Anträge einbrachten, kam von Ihrer Fraktion schlicht und ergreifend nichts.

Und wie ich aus der Pressemitteilung von Herrn Dr. König heute vernehmen konnte, haben Sie auch heute keine Meinung, denn Sie wollen sich ohne ein Angebot an Alternativen einfach enthalten. Aber, wie ich heute gehört habe – ich zitiere Herrn Dr. König –, „ein wie auch immer geartetes Integrationsfördergesetz“ möchte die CDU gerne verabschieden. Da kann ich Ihnen nur sagen: Da sei Gott vor, ein wie auch immer geartetes Integrationsfördergesetz zu verabschieden, das hilft in diesem Land keinem Menschen, und vor allen Dingen nicht den Behinderten.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Zuruf von Heike Lorenz, PDS)

Sie haben sich mit diesen Ausführungen wirklich eine gute Empfehlung als Opposition gegeben. Ich kann Ihre CDU-Oppositionspolitik in drei Schlagworten zusammenfassen: wortgewaltig auf den Busch schlagen, dann Schweigen im Walde und vielleicht zum Schluss noch hoffen auf den Merkel-Effekt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben ein anderes Verständnis von Politik. Mit Hilfe des Integrationsförderrates sollen Nachteilsausgleiche in allen gesellschaftlichen Bereichen erreicht werden. Neben materiellen Voraussetzungen geht es aber vor allem auch darum, ein gesellschaftliches Klima zu erzeugen, das es den Menschen mit Behinderungen ermöglicht, ihr Leben gleichberechtigt, eigenverantwortlich und selbstbestimmt zu führen. Wir stehen in der Pflicht, die Rahmenbedingungen zu schaffen, die den Menschen mit Behinderungen Chancengleichheit im täglichen Leben ermöglichen. Ein Integrationsförderrat ist hierzu ein erster Schritt. Darauf hat auch Frau Müller hingewiesen.

Ich bin der Meinung, dass die einzelgesetzliche Überprüfung durch den Integrationsförderrat gewährleistet sein wird, wenn wir die Rahmenbedingungen für die Arbeitsfähigkeit des Gremiums schaffen. Ich hatte bereits in der ersten Debatte zu diesem Thema erhebliche Zweifel angemeldet, ob ein separates Integrationsfördergesetz der richtige Weg ist, denn ein Artikelgesetz, meine Damen und Herren, ist meines Erachtens zu schwerfällig, um auf die Bedürfnisse von und Notwendigkeiten für Menschen mit Behinderungen in einem angemessenen Zeitrahmen reagieren zu können. Es muss meines Erachtens unser Ziel sein, dass die Belange Behinderter bei jeder Einzelgesetzgebung Selbstverständlichkeit werden. Und hier setze ich große Hoffnungen in den Integrationsförderrat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Während der Anhörung zum Gesetzentwurf wurden zahlreiche Forde-

rungen von den Verbänden vorgetragen, die dem Ziel dienen, dem Gremium, das vor allem empfehlenden und beratenden Charakter hat, mehr Gestaltungsspielraum zu eröffnen. Ich hatte in meinem Bericht aus dem Sozialausschuss schon die einzelnen Punkte benannt, so dass ich das hier jetzt nicht noch einmal zu tun brauche.

In Auswertung der Anhörung im Sozialausschuss wurden auf Initiative der SPD und PDS zahlreiche Änderungen am Gesetzentwurf verabschiedet, um diesem Gremium stärkeres Gewicht zu verleihen. So wird unter anderem die Herstellung der Öffentlichkeit neu geregelt. Hier besagte der Gesetzentwurf, dass die Sitzungen nicht öffentlich sind. Durch unsere Initiative wird es dem Integrationsförderrat jedoch ermöglicht, durch Beschluss die Öffentlichkeit von Sitzungen herzustellen. Es soll ja schließlich kein Gremium im stillen Kämmerlein werden.

Notwendig empfanden wir auch, die Repräsentation der Frauen im Integrationsförderrat durch ein Rotationsprinzip zu stärken und der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten des Landes sowie dem Wirtschaftsministerium, die unverständlichere im Gesetzentwurf nicht berücksichtigt waren, die Mitgliedschaft zu ermöglichen. Weiterhin war es uns wichtig, dass die Landesregierung dem Parlament zeitnah den Bericht zuleitet, wie sie die Beschlüsse des Integrationsförderrates umgesetzt hat beziehungsweise welche Maßnahmen ergriffen wurden. Nach dem Gesetzentwurf sollte das Parlament hier nicht beteiligt werden. Nach meiner Meinung ist es jedoch sinnvoll, dass der Landtag parlamentarisch tätig werden kann, falls es notwendig erscheint. Zudem müssen dem Integrationsförderrat unverzüglich die Gründe für das Nichtrealisieren von Empfehlungen und Vorschlägen des Integrationsförderrates mitgeteilt werden.

Meine Damen und Herren! Ich bin der Auffassung, dass mit den auf Anträgen der Koalitionsfraktionen vom Sozialausschuss beschlossenen Änderungen bessere Voraussetzungen für den Integrationsförderrat geschaffen werden, um den Belangen von Menschen mit Behinderungen gerecht zu werden, und das insbesondere hinsichtlich der Vertretung ihrer Interessen gegenüber der Landesregierung im Bereich der Gesetzgebung sowie des Verwaltungshandelns.

Ein Bereich, der mir jedoch besonders wichtig erscheint, ist die im Paragraphen 7 des Entwurfs geregelte Beschlussfähigkeit des Gremiums. Verbal schien das übrigens auch Herrn Dr. König in seiner Pressemitteilung vom 30. März 2000 bedeutsam zu sein, aber offensichtlich nicht so bedeutsam, um sich Gedanken über Veränderungen überhaupt erst zu machen.

(Harry Glawe, CDU: Es ist doch besser, wenn Sie den Vorschlag bringen, dann wird er angenommen, als wenn wir ihn bringen, dann wird er abgelehnt.)

Jeder, der sich von uns in Vereinen und Verbänden engagiert, weiß, dass das in Paragraph 7 des Gesetzentwurfes festgelegte Zweidrittelquorum zur Beschlussfassung nicht praktikabel ist, denn es müssen nach dem derzeitigen Entwurf mindestens zwei Drittel der Mitglieder des Integrationsförderrates anwesend sein. Das heißt, von 18 Mitgliedern müssen mindestens 12 anwesend sein, und diese 12 müssen dann auch noch einstimmig einem Antrag zustimmen, um einen Beschluss herbeizuführen. Dass dies einem Quorum gleichkommt, wie wir es ansonsten nur bei der Änderung der Verfassung haben,

wurde auch von einigen Interessenvertretungen der Menschen mit Behinderungen kritisiert.

In einem Schreiben an den Sozialausschuss und die Fraktionsvorsitzenden aller drei Fraktionen betonte der Vorsitzende des Allgemeinen Behindertenverbandes in Mecklenburg-Vorpommern e. V. vor einigen Tagen noch einmal: „Die Regelungen im § 7 Beschlüsse müssen so gestaltet werden, dass auch wirklich Beschlüsse zustande kommen können. Das vorgesehene Votum, welches eine Zweidrittelmehrheit vorsieht, ist diesem Anliegen sicherlich nicht dienlich ... Die in den Diskussionen häufig geäußerten Befürchtungen, dass mit einem niedrigeren Votum die eine Seite, die Regierungsadministration, von der anderen Seite, der Behindertenverbände, ausgespielt werden könnte, oder auch umgekehrt, tragen wir nicht mit. Denn wer Veränderungen möchte und dies wollen doch hoffentlich alle, muss auch Strukturen zulassen, die dies ermöglichen. Wir plädieren für eine Regelung, die entsprechend der demokratischen Praxis in vielen Gremien des Landes Anwendung findet.“

Meine Damen und Herren! Wenn man zudem bedenkt, dass das Gremium empfehlenden und beratenden Charakter hat, ist mit einem Zweidrittelquorum unter Berücksichtigung der Tatsache, dass von den 18 Vertretern 9 aus den Ministerien sowie kommunalen Spitzenverbänden und 9 aus den Behindertenverbänden kommen, eine Beschlussfassung erheblich erschwert. Um dies zu verhindern, habe ich mich in allen Gesprächen intensiv dafür eingesetzt, dass eine Regelung aufgenommen wird, die eine Beschlussfassung erleichtert.

Meine Damen und Herren! Natürlich muss dabei auch abgewogen werden, ob nicht ein höheres Quorum die Akzeptanz von Beschlüssen des Integrationsförderrates größer werden lässt. Auch darauf wurden wir von nicht wenigen Verbänden hingewiesen. Dieses Argument muss aber meines Erachtens in ein richtiges Verhältnis zum Erreichen der Beschlussfähigkeit gesetzt werden, was auch unter den Sozialpolitikerinnen und -politikern zu Diskussionen geführt hat. Ich gehe aber davon aus, dass der Ihnen vorliegende Änderungsantrag von SPD und PDS zum Paragraphen 7 auch beide eben von mir vorgetragenen Argumente entsprechend berücksichtigt.

Meine Damen und Herren! Der Integrationsförderrat kann ein wichtiges Gremium werden, wenn er seine Erfahrungen einbringen kann und wenn die in dem Rat vertretenen Mitglieder von Behindertenverbänden sowie der Ressorts und der kommunalen Spitzenverbände zielorientiert und kooperativ zusammenarbeiten. Dafür möchte ich hier nachdrücklich noch einmal werben. Ich erhoffe mir von diesem Gremium zudem auch eine sachkundige Unterstützung unserer Arbeit hier im Parlament. Ich bitte aus den genannten Gründen um die Zustimmung zu dem vorliegenden Änderungsantrag sowie zur Beschlussempfehlung des Sozialausschusses. – Danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Frau Dr. Seemann.

Ich schließe hiermit die Aussprache.

Wir kommen zur Einzelberatung über den von der Landesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Einrichtung eines Rates für Integrationsförderung von Menschen mit Behinderungen und chronisch Kranken des Landes Mecklenburg-Vorpommern. In Ziffer 1 der Be-

schlussempfehlung empfiehlt der Sozialausschuss, den Gesetzentwurf der Landesregierung in der Fassung seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 3/1313 anzunehmen.

Wir kommen zur Einzelabstimmung.

Ich rufe auf den Paragraphen 1 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Sozialausschusses. Wer diesem Paragraphen zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Danke. Damit ist der Paragraph 1 in der Fassung der Beschlussempfehlung auf Drucksache 3/1313 mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion bei Enthaltung der CDU-Fraktion angenommen.

Ich rufe auf die Paragraphen 2 bis 4 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Sozialausschusses. Wer diesen seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke. Die Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Vielen Dank. Damit sind die Paragraphen 2 bis 4 mit dem gleichen Stimmverhalten wie bei Paragraph 1 in der Fassung der Beschlussempfehlung angenommen.

Ich rufe auf den Paragraphen 5 sowie die Überschrift in der Fassung der Beschlussempfehlung des Sozialausschusses. Wer dem seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Die Gegenstimmen bitte. – Gibt es keine. Gibt es Stimmenthaltungen? – Danke sehr. Damit sind der Paragraph 5 sowie die Überschrift mit dem gleichen Stimmverhalten in der Fassung der Beschlussempfehlung angenommen.

Ich rufe auf den Paragraphen 6 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Sozialausschusses. Wer dem Paragraphen 6 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Danke sehr. Ebenfalls mit dem gleichen Stimmergebnis ist damit der Paragraph 6 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Sozialausschusses angenommen.

Ich rufe jetzt auf den Paragraphen 7.

Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 3/1319 vor, über den ich zunächst abstimmen lasse. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und PDS einstimmig angenommen.

Ich lasse nun über den Paragraphen 7 abstimmen. Wer diesem Paragraphen 7 in der Fassung der Beschlussempfehlung mit den soeben beschlossenen Änderungen zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Paragraph 7 in der Fassung der Beschlussempfehlung mit den eben beschlossenen Änderungen einstimmig angenommen.

Ich rufe auf die Paragraphen 8 bis 11 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Sozialausschusses. Wer diesen zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Vielen Dank. Damit sind die Paragraphen 8 bis 11 in der Fassung der Beschlussempfehlung mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion bei Stimmenthaltung der CDU-Fraktion und eines Abgeordneten der SPD-Fraktion angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Wer dem Gesetzentwurf im Ganzen in der Fassung der Beschlussempfehlung des Sozialausschusses mit den soeben beschlossenen Änderungen zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Gibt es Gegenstimmen? – Danke. Gibt es Stimmenthaltungen? – Danke sehr. Damit ist der Gesetzentwurf in der Fassung der Beschlussempfehlung mit den soeben beschlossenen Änderungen mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion bei Stimmenthaltung der CDU-Fraktion angenommen.

In Ziffer 2 seiner Beschlussempfehlung empfiehlt der Sozialausschuss, eine Entschließung anzunehmen. Wer der Ziffer 2 zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Danke sehr. Damit ist die Ziffer 2 der Beschlussempfehlung auf Drucksache 3/1313 mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion bei Stimmenthaltung der CDU-Fraktion angenommen.

Meine Damen und Herren, wir treten nun in die Mittagspause ein. Die Sitzung wird um 13.20 Uhr fortgesetzt. Vielen Dank.

Unterbrechung: 12.29 Uhr

Wiederbeginn: 13.23 Uhr

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Meine Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung ist hiermit wieder eröffnet.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 3:** Erste Lesung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag über die Vergabe von Studienplätzen, Drucksache 3/1285.

**Gesetzentwurf der Landesregierung:
Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag
über die Vergabe von Studienplätzen
(Erste Lesung)
– Drucksache 3/1285 –**

Das Wort zur Einbringung hat der Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur. Bitte sehr, Herr Professor Kaufold, Sie haben das Wort.

Minister Dr. Peter Kauffold: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Einzubringen ist der Entwurf eines Ausführungsgesetzes zum Staatsvertrag über die Vergabe von Studienplätzen.

Der Staatsvertrag über die Vergabe von Studienplätzen vom 24. Juni 1999, den die Ministerpräsidenten der Länder geschlossen haben, soll den gleichnamigen Staatsvertrag aus dem Jahre 1992 vom kommenden Wintersemester an ablösen. Dieser neue Staatsvertrag wurde nötig, weil die letzte Novelle zum Hochschulrahmengesetz den Ländern einige neue Vorgaben für die bundesweite zentrale Vergabe von Studienplätzen macht. Dazu möchte ich Ihnen nun einige Erläuterungen geben. Zu diesen Neuerungen gehört:

In den Studiengängen mit bundesweitem Numerus clausus – im Gesetz heißt das Auswahlverfahren – werden die Hochschulen künftig einen Teil der Studienplätze selbst vergeben und das entspricht dem Paragraphen 32 Absatz 3 des Hochschulrahmengesetzes. Die Hochschulen haben dann die Wahl zwischen:

1. einer Vergabe rein nach der Durchschnittsnote
Diese Arbeit dürfen sie auch von der Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen erledigen lassen.
2. einem Auswahlgespräch
Dieses ist in den medizinischen und zahnmedizinischen Fachbereichen aus früheren Jahren geläufig.
3. der Berücksichtigung bestimmter Berufsausbildungen und Berufstätigkeiten
4. einer Kombination zwischen den vorstehend genannten Möglichkeiten
Damit wird eine größere Flexibilität und Handlungsmöglichkeit für die Hochschulen gewährleistet.

Durch die Aufnahme eines hochschuleigenen Auswahlverfahrens in das Gesamtverfahren erhalten zusätzliche Bewerber somit die Chance einer sofortigen Zulassung, die im Rahmen der Quote nach dem Abiturdurchschnitt wegen einer unter Umständen nur geringfügigen Abweichung von der Grenznote nicht hätten ausgewählt werden können. Das ist also auch eine Verbesserung zugunsten von Bewerbern und das begrüßen wir dankbar.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Im Mechanismus der Ortsverteilung, also auch bei den Studiengängen, in denen bundesweit die Plätze für alle Bewerber und Bewerberinnen ausreichen, sollen nicht mehr nur soziale Kriterien an erster Stelle stehen. Ein Teil der Studienplätze soll stets nach der Durchschnittsnote vergeben werden, also hier eine stärkere Leistungsorientierung, bevor soziale Kriterien, zum Beispiel die Nähe zum Elternhaus, zum Zuge kommen. Durch Einführung einer Leistungsquote im Ortsverteilungsverfahren soll leistungsstarken Studienbewerberinnen und -bewerbern die Möglichkeit gegeben werden, an der Hochschule ihrer Wahl zu studieren. Ich hoffe, das sind möglichst viele Hochschulen in unserem Lande.

Der Staatsvertrag enthält aber auch Neuerungen, die der Bund den Ländern nicht unmittelbar vorgegeben hat. Als wesentliche Neuerungen möchte ich folgende hervorheben:

Erstens. Das Studium für einen späteren Beruf hat Vorrang vor dem Seniorenstudium. Das ist vielleicht auch von Interesse für einige Abgeordnete in diesem Parlament.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Zweitens. Bisher wird die Zahl der Studienplätze in erster Linie nach dem Stellenplan des Lehrpersonals errechnet. Mit der Einführung von Globalhaushalten, die wir ja alle wollen, brauchen wir andere Maßstäbe.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS und Dr. Manfred Reißmann, SPD)

An die Stelle des Curricularnormwertes soll künftig ein Kosten-Norm-Wert treten. Das ist für Haushälter auch nicht uninteressant und orientiert in Richtung auf eine größere Ressourceneffizienz an den Hochschulen.

Mit der Ratifizierung des neuen Staatsvertrages sollen zugleich auch einige Fragen des landeseigenen Bereiches auf dem Ordnungswege geregelt werden. Das bundesweit geltende Modell soll auch für die Studiengänge gelten, die in Mecklenburg-Vorpommern einer örtlichen Zulassungsbeschränkung unterliegen. Dazu gehören Soziale Arbeit an der Fachhochschule Neubrandenburg

oder der Studiengang Baltic-Management-Studies an der FH Stralsund.

Wir haben uns entschlossen, die neuen verfahrensrechtlichen Bestimmungen mit dem Ziel vorzubereiten, dass sie spätestens für das Zulassungsverfahren zum Wintersemester 2001/2002 zur Anwendung kommen.

Es gibt inzwischen auch noch mittelfristig Erfordernisse, andere Anpassungen vorzunehmen. Die Hochschule und das Land bemühen sich, neue Studiengänge und Abschlüsse wie Bachelor- und Master-Abschlüsse einzuführen. Wir alle hoffen, dass das erfolgreich wird. Hier müssen Zulassungskriterien geschaffen werden, die die Zulassung für das Bachelor-Studium von denen für das Master-Studium unterscheidet. Beim Bachelor-Studium sollte ein Bewerbungsgespräch mit zu den Zulassungskriterien gehören.

Außerdem orientieren wir auf Studiengänge, die vorrangig und besonders für Ausländer interessant sind. Da möchte ich wieder den Studiengang Baltic-Management-Studies erwähnen, der sich einer erheblichen Nachfrage von Ausländern erfreut. Wir alle möchten ein möglichst internationales Studentenpublikum haben und da sind Zulassungsquoten von zehn Prozent wie gegenwärtig hinderlich. In regionalen Zulassungsordnungen sollten wir das ändern.

So viel, meine Damen und Herren, zu dem Inhalt des Gesetzes und zu dem, was im Rahmen dieses Gesetzes möglich ist. Mit dem zur Verabschiedung vorliegenden Gesetzentwurf soll eine Umsetzung der Regelung des Staatsvertrages erfolgen. Der Gesetzentwurf enthält keine über den Staatsvertrag hinausgehenden Regelungen. Wir wären dem Hohen Haus und den Ausschüssen sehr dankbar, wenn die Beratung zügig erfolgen könnte, damit wir zu einem frühen Termin dieses Gesetz bei dem Depositar Nordrhein-Westfalen hinterlegen können. – Ich bedanke mich.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Herr Minister.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten vereinbart. Da es dazu offensichtlich keinen Widerspruch gibt, eröffne ich die Aussprache.

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Schnoor von der CDU-Fraktion. Bitte sehr.

Steffie Schnoor, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieser Tagesordnungspunkt ist ein willkommener Anlass, nach circa zwei Jahren einmal auch Verdienste der alten Bundesregierung ins Rampenlicht der Öffentlichkeit zu bringen.

Eigentlich gibt sonst dieser Gesetzentwurf kaum Anlass zur Rede, da die Landesregierung ...

(Beifall Dr. Manfred Reißmann, SPD, und Angelika Gramkow, PDS)

Aber Ihre Partei hat auch Redezeit angemeldet, so wurde es mir gesagt.

(Angelika Gramkow, PDS: Nee. – Andreas Bluhm, PDS: Wir wollen erst mal abwarten, was Sie sagen. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

... lediglich Bundesrecht in Landesrecht umsetzt und aus dem Gesetzentwurf zu ersehen ist, dass er nicht über

die Regelungen des Staatsvertrages hinausgeht. Und auch wir als CDU-Fraktion sind an einer schnellen Beratung interessiert.

Aber bei genauerem Hinsehen wird deutlich, dass die CDU sehr wohl etwas dazu zu sagen hat, denn die Novelle des Hochschulrahmengesetzes war eines der letzten Projekte einer CDU-geführten Bundesregierung, das mit Erfolg durch Bundestag und Bundesrat gebracht wurde. Auch dieses progressive, wenn auch nicht weit genug gehende Gesetzeswerk wäre fast an der dogmatischen Haltung der SPD gescheitert, da damals ein ausdrückliches Verbot von Studiengebühren in das Gesetz hineingeschrieben werden sollte. Nach Ihrem Willen, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der SPD, hätten wir diesen Gesetzentwurf heute nicht beraten können. Sie haben sich damals nicht nur der großen Steuerreform verweigert, sondern Sie hätten auch fast dieses Gesetz, die Hochschulreform, verhindert. Aber auch hier passt sich die SPD den Realitäten an. Im „Spiegel“ dieser Woche konnte man nachlesen, dass der niedersächsische Wissenschaftsminister über Studiengebühren philosophiert, als ob es den Widerstand seiner Genossen in den Debatten zum Hochschulrahmengesetz nie gegeben hätte.

(Heike Lorenz, PDS: Das ist traurig.)

Jaja, so ändern sich die Zeiten.

Heute können wir feststellen, dass mit diesem Staatsvertrag und mit dem Gesetz die Hochschulen mehr Einfluss auf die Auswahl ihrer Studenten bekommen. Wir können feststellen, dass die Qualität der Abschlüsse bei der Zuweisung von Studienplätzen eine größere Rolle spielt als eine Sozialauswahl. Das ist sicherlich ein erster Schritt in die richtige Richtung, in die Richtung, in die wir seit Jahren auch unsere Hochschulen drängen, in die Richtung der Autonomie, auch in der Frage, welche Studenten sie für welche Fächer rekrutieren können und wollen.

Das Hochschulrahmengesetz geht dabei nicht weit genug. Ich wage gar die These, dass die Zentrale Vergabestelle von Studienplätzen in Dortmund, bekannt als ZVS, eigentlich überflüssig ist.

(Beifall Andreas Bluhm, PDS,
und Angelika Gramkow, PDS –
Andreas Bluhm, PDS: Das ist richtig.)

Schön, dass wir einer Meinung sind.

Wie in anderen Bereichen auch sollen sich die Hochschulen profilieren, um mit attraktiven Angeboten Studenten werben zu können, und dann können sie selbst beschränken, wenn sie der Meinung sind, dass sie sich das leisten können. Aber davon sind wir doch noch einige Meter weit entfernt.

Auch die Landesregierung scheint diesem liberalen Hochschulmodell sehr abgeneigt gegenüberzustehen. Anders ist die Studie von Dieter Dohmen zur Prognose der Studierendenzahlen für Mecklenburg-Vorpommern bis 2020 nicht zu erklären. Dieses Auftragsgutachten kommt zu dem Schluss, dass Mecklenburg-Vorpommern als obere Annahme bei einer studienberechtigten Quote von 40 Prozent im Jahr 2020 auf eine Studentenzahl von 16.829 kommt. Heute haben wir in Mecklenburg-Vorpommern circa 26.000 Studenten und erwartet werden in den nächsten Jahren circa 30.000 Studenten.

Muss hier allein wieder die demographische Entwicklung für ein derart politisch gewolltes Horrorszenario her-

halten, damit Sie über kurz oder lang den Investitionskorridor abschmelzen können?

(Zuruf von Andreas Bluhm, PDS)

Warum gilt für Mecklenburg-Vorpommern die obere Annahme von 40 Prozent bei den studienberechtigten Quoten, während sie bundesweit durchschnittlich bei 50 Prozent liegt? Warum beträgt die Nettostudierquote in Mecklenburg-Vorpommern künftig höchstens 67 Prozent, während sie bundesweit bei 80 Prozent liegt? Die Landesregierung hat weder dem Parlament noch den Hochschulen diese Zahlen und ihre Folgen je erläutert.

Sie fragen vielleicht, was das mit dem Staatsvertrag zu tun hat, meine Damen und Herren. Sehr viel. Mit dem Staatsvertrag werden den Hochschulen auf der einen Seite mehr Handlungsspielräume eröffnet, die im gleichen Atemzug durch derlei Prognosen von vornherein wieder geschlossen werden, denn die Prognosen gehen nicht davon aus, dass sich die Hochschulen in Mecklenburg-Vorpommern so entwickeln, dass sie fachbezogen deutschlandweit einmal attraktiv sind und dadurch eine Sogwirkung nach Greifswald und Rostock entsteht. Die Biowissenschaften in Greifswald zum Beispiel machen deutlich, welche Potenzen hier vorhanden sind.

Das Gutachten berücksichtigt nicht, dass mittlerweile 23 Prozent der Studenten in Greifswald nicht aus Mecklenburg-Vorpommern kommen und nicht von der ZVS nach Greifswald zwangsverpflichtet wurden. Selbst von diesen ZVS-Studenten bleiben noch fast 39 Prozent in Greifswald. Ein Drittel aller Studenten der Greifswalder Universität kommt nicht aus Mecklenburg-Vorpommern. Wo sind denn nun die Strategien, diese Menschen in Mecklenburg-Vorpommern zu halten? Wo sind denn die Strategien der Landesregierung, um die durch das HRG geöffneten Spielräume zu nutzen

(Beifall Wolfgang Riemann, CDU)

und die Horrorszenarien eines Auftragsgutachtens ad absurdum zu führen und durch eine vorwärts gerichtete Hochschulpolitik die Handlungsspielräume auszubauen? Nichts, aber gar nichts sieht und hört man.

(Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Mit Beginn der Legislaturperiode verkündete der Herr Bildungsminister, dass Anfang 2000 ein Entwurf für die Novelle des Landeshochschulgesetzes vorliegt. Nichts liegt vor. Stattdessen werden Berufungen verzögert, Befristungen angestrebt und andere abenteuerliche Dinge veranstaltet, nicht zu vergessen die permanenten Störversuche des Finanzministeriums bei den Hochschulmodellhaushalten an den Fachhochschulen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Auch das noch!)

Nutzen Sie die Freiräume des HRG konsequenter und bringen Sie endlich eine Linie in die Hochschulpolitik, sonst werden Horrorszenarien aus Ihrem Gutachten Wirklichkeit, denn die Folge Ihrer Politik wird sein, dass hier keiner mehr studieren und lehren will. Lassen Sie es bitte nicht so weit kommen und arbeiten Sie daran, den bereits angerichteten Flurschaden wieder zu beheben! Wie ich schon angekündigt habe, werden wir den vorliegenden Staatsvertrag zügig beraten, damit er umgesetzt werden kann.

(Beifall Wolfgang Riemann, CDU)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Frau Schnoor.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Dr. Reißmann von der SPD-Fraktion.

Dr. Manfred Reißmann, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte nur zwei Punkte herausgreifen, die für unser Bundesland von Bedeutung sind, zum einen die größere Flexibilität für die Studierenden zugunsten der Bewerber, die aus diesem Gesetzentwurf für uns Vorteile bietet, und zum Zweiten die verbesserte Möglichkeit für ausländische Studierende, unsere Hochschulen für bestimmte Studiengänge auszuwählen, indem Begrenzungen von fünf Prozent als Obergrenze aufgehoben werden und in dafür geeigneten Studiengängen die Attraktivität ohnehin Bestand und damit eine Wirkungsakzeptanz, bei uns studieren zu können, sich auch an ausländische Studenten richtet. Es versteht sich von selbst, dass die Aufhebung von Sonderregelungen, die im Rahmen des Übergangs von Studienmöglichkeiten aus der DDR erforderlich waren, mit dieser Regelung erfolgt. Und die Möglichkeit, die natürlich die Opposition nutzen kann, auf andere Felder im Bereich der Hochschulpolitik anlässlich einer Diskussion hinzuweisen, bleibt ihnen unbenommen.

Ich denke, wir sind, was das Landeshochschulgesetz, die Novellierung oder ein neues Gesetz angeht, doch noch auf einem guten Weg, wenn auch mit gewissem zeitlichen Verzug. Wir werden die Möglichkeiten, die wir mit der Neuregelung für unser Land haben, in der Weise ausgestalten, dass es weiterhin Attraktivität für die Hochschulen beinhaltet. Wenn die Zentrale Vergabestelle für Studienplätze in die Diskussion gebracht wird: Es ist richtig, dass wir anfangs davon sicher in erheblichem Maße profitiert haben, dass Studenten zugewiesen wurden, und inzwischen Beleg für die Attraktivität unserer Hochschulen daraus zu entnehmen ist, dass die auswärtigen, nicht aus unserem Bundesland kommenden Studenten nicht über die Zentrale Vergabestelle bei uns landen, sondern inzwischen auch aus dem Ranking entnehmen, dass unsere Hochschulen attraktiv geworden sind.

Ich bin optimistisch, dass wir auch in den angesprochenen Kritikpunkten in den nächsten Monaten Lösungen auf den Tisch bekommen werden. Unsere Fraktion bemüht sich ebenfalls, die Beratung in den Ausschüssen zu beschleunigen. Ich empfehle die Zustimmung zur Überweisung. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Siegfried Friese, SPD: Bravo!)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Herr Dr. Reißmann.

Das Wort für die PDS-Fraktion hat die Abgeordnete Frau Gramkow. Bitte sehr.

Angelika Gramkow, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Natürlich haben wir Redezeit angemeldet, nachdem klar war, dass die CDU reden wird, Frau Schnoor.

(Rainer Prachtl, CDU: Nee, umgekehrt! – Wolfgang Riemann, CDU: Umgekehrt!)

Ich möchte eigentlich nur zwei Bemerkungen machen, ...

Dann hätte ich vielleicht doch eine Rede, Herr Riemann, aber na gut.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das ist Ihnen gar nicht mehr wichtig, Frau Gramkow!)

... wozu man doch, Frau Schnoor, diesen Staatsvertrag und damit die Vereinbarung zu Studienplätzen missbrauchen kann.

Erstens. Ja, es wird in diesem Land keine Studiengebühren geben, Frau Schnoor. So steht es auch in der Vereinbarung zwischen SPD und PDS.

(Beifall Siegfried Friese, SPD, und Andreas Bluhm, PDS)

Zweitens. Ja, wir sind in einer sehr intensiven und konstruktiven Beratung zwischen Regierung

(Wolfgang Riemann, CDU: Frau Gramkow, auch nicht für Langzeitstudenten?)

und den Abgeordneten bezüglich der Novelle des Landeshochschulgesetzes mit den Stichworten Flexibilisierung, Autonomie – etwas anders, wie ich weiß, als Sie sie verstehen – und Globalisierung.

(Wolfgang Riemann, CDU: Die bremsen Sie aber ständig, die Landesregierung.)

Drittens. Ja, es gibt ein Gutachten, das allerdings für uns nicht der Ausgangspunkt der Beratung ist, sondern für uns ist der Ausgangspunkt, dass wir definieren wollen: Welche Entwicklungspotentiale schreiben wir unseren Hochschulen, unseren Universitäten zu? In welche Richtung vom Leitbild her sollen sie sich entwickeln? Was brauchen sie, um dieses Entwicklungspotential verstärken zu können an Größe, Ausstattung, und ich sage hier ganz klar, materiell-technischer und personeller Ausstattung? Was müssen wir im Land Mecklenburg-Vorpommern dazu tun, dass sie dieses qualitative Niveau, was sie bereits jetzt erreicht haben, denn nicht umsonst sind unsere Hochschulen in Mecklenburg-Vorpommern führend, wenn Sie in „Spiegel“ und „Focus“ in Bezug auf Ausbildung nachlesen, halten und ausbauen? Hier müssen wir die Qualität nach wie vor erhöhen.

Und am Ende, Frau Schnoor, wird ein Hochschulgesamtplan stehen, wo noch nicht klar ist, ob er die Zahlen des Gutachtens oder eventuell doch den Bedarf, den wir als Entwicklungspotential für die Hochschulen sehen, beinhaltet wird. Aber ich würde Ihnen raten, warten Sie es ab.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Frau Gramkow.

Damit ist die Aussprache beendet.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Gesetzentwurf der Landesregierung auf Drucksache 3/1285 zur Beratung an den Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Kultur zu überweisen. Wer diesem Überweisungsvorschlag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Gesetzentwurf mit den Stimmen der Abgeordneten aus allen Fraktionen überwiesen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 4:** Erste Lesung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Gesetzes zu dem Protokoll vom 9. September 1998 zur Änderung des Europäischen Übereinkommens vom

5. Mai 1989 über das grenzüberschreitende Fernsehen, Drucksache 3/1288.

**Gesetzentwurf der Landesregierung:
Entwurf eines Gesetzes zu dem Protokoll vom
9. September 1998 zur Änderung des Euro-
päischen Übereinkommens vom 5. Mai 1989
über das grenzüberschreitende Fernsehen
(Erste Lesung)
– Drucksache 3/1288 –**

Das Wort zur Einbringung hat der Ministerpräsident. Bitte sehr, Herr Dr. Ringstorff.

Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Satelliten und Glasfaserkabel machen es möglich: Fernsehen überschreitet die Grenzen. Und wo es keine Grenzen mehr gibt, bedarf es Regeln des Übereinkommens. Das Europaratsabkommen über das grenzüberschreitende Fernsehen regelt daher Fragen, die die Ausstrahlung von Fernsehprogrammen im Bereich der Mitgliedsstaaten betreffen. Das Übereinkommen ist seit 1993 in seiner ersten Fassung für die Bundesrepublik Deutschland verbindlich, nachdem Bund und Länder durch Zustimmungsgesetze das Übereinkommen ratifiziert haben. In Mecklenburg-Vorpommern erfolgte die Ratifizierung mit dem Gesetz vom 8. März 1993. Seit dem 9. September 1998 liegt das Protokoll zur Änderung des Europäischen Übereinkommens über das grenzüberschreitende Fernsehen vor.

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf der Landesregierung soll formal die Zustimmung des Landtages zu diesem Protokoll eingeholt werden. Entsprechende Beschlüsse der Landtage wurden bereits in fast allen Ländern herbeigeführt. Parallel dazu hat der Bund ein Zustimmungsgesetz auf Bundesebene dem Bundesrat zugeleitet. Wenn alle parlamentarischen Gremien zugestimmt haben, wird die Ratifikationsurkunde durch die Bundesregierung hinterlegt.

Sie wundern sich vielleicht, warum ich gerade von formaler Umsetzung gesprochen habe. Es ist aber tatsächlich so, dass durch den Vierten Rundfunkänderungsstaatsvertrag sowie durch Paragraph 22 des Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetzes auf Bundesebene das Ihnen heute vorliegende Protokoll schon umgesetzt wurde. Die Inhalte des Protokolls sind daher bereits weitgehend nationales Recht.

So haben wir seit dem April diesen Jahres mit der Inkraft-Tretung des Vierten Rundfunkänderungsstaatsvertrages beispielsweise liberalere Werbebestimmungen. In normalen Fernsehprogrammen können nunmehr drei Stunden Teleshopping angeboten werden. Darüber hinaus sind auch reine Teleshopping-Kanäle zulässig. Auch die Teilbelegung des ausgestrahlten Bildes mit Werbung und virtuelle Werbung sind einheitlich geregelt.

Das Protokoll, meine Damen und Herren, war auch Anlass, die Ausstrahlung von Großereignissen im frei zugänglichen Fernsehen zu sichern – ein ganz wichtiger Punkt.

(Zuruf von Norbert Baunach, SPD)

Als derartige Großereignisse wurden im Vierten Rundfunkänderungsstaatsvertrag aufgenommen die Olympischen Sommer- und Winterspiele, bei den Fußball- und -weltmeisterschaften alle Spiele mit deutscher Betei-

ligung sowie unabhängig von einer deutschen Beteiligung das Eröffnungsspiel, die Halbfinalspiele und das Endspiel, ...

(Heinz Müller, SPD: Das ist in Ordnung.)

Ja, unter Umständen würden wir sonst nicht so viel sehen, meint der Abgeordnete Baunach. Darüber kann tatsächlich diskutiert werden.

... darüber hinaus die Halbfinalspiele und das Endspiel um den Vereinspokal des Deutschen Fußballbundes, die Heim- und Auswärtsspiele der deutschen Fußballnationalmannschaft und die Endspiele der europäischen Vereinsmannschaften im Fußball, also Champions League und UEFA-Cup bei deutscher Beteiligung.

Durch das Protokoll wurde gesichert, dass diese Ereignisse in den Vertragsländern ausgestrahlt werden, und auch Regelungen zur Vereinheitlichung der Gegendarstellungsrechte wurden durch das Protokoll auf den Weg gebracht. Es ist gelungen, auf europäischer Ebene das gemeinsame Recht über die Grenzen der EU hinaus in die Gemeinschaft der nunmehr über 40 Mitgliedsstaaten des Europarates zu tragen. Damit wird Fernsehen im europäischen Raum von Island bis nach Russland und sogar in die Türkei einheitlichen Grundstandards folgen. Das ist wichtig, denn die Abstrahlung von Satellitenfernsehprogrammen kennt schon lange keine Grenzen mehr. Sie sehen also, den Inhalt des Protokolls haben wir abgearbeitet.

Nichtsdestotrotz erfordert die Eurokratie, dass wir dem Protokoll als Vertragspapier selbst mit dem heutigen Gesetzentwurf unsere Zustimmung geben. Meine Damen und Herren, ich meine, daran soll es nicht scheitern und daran sollten sich die Geister nicht scheiden. Ich bitte Sie daher, dem Gesetzentwurf der Landesregierung Ihre Zustimmung zu geben. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und Angelika Gramkow, PDS)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Redezeit von bis zu fünf Minuten je Fraktion vereinbart. Wenn es dazu keinen Widerspruch gibt, eröffne ich die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Prachtl von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Herr Kollege.

Rainer Prachtl, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vielleicht hätte man gar nicht zu diesem Gesetz sprechen müssen oder sollen. Der Ministerpräsident hat von Eurokratie gesprochen. Er hat das locker gesagt, insofern darf man hier auch locker reden. Zu dieser Bemerkung werde ich in wesentlichen Teilen meiner Rede sprechen.

Es geht uns nicht darum, dass wir hier dagegen stimmen wollen – nein, keinesfalls –, weil wir für dieses Protokoll sind. Ich glaube, wenn man sieht, dass ein Land wie Mecklenburg-Vorpommern leider mit einem durchschnittlichen Alkoholverbrauch von 20 Litern pro Jahr und Kopf die traurige Spitze bei uns in der Bundesrepublik hält,

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

muss uns natürlich der Einsatz gegen den Alkohol- oder Drogenmissbrauch am Herzen liegen.

(Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff:
Wie viel trägt Herr Riemann dazu bei?)

Na ja, wir müssen schauen, da sind einige Jägermeisterfreunde im Parlament, die sicherlich da auch etwas auf die Waage bringen würden. Ich selbst schließe mich da auch nicht ganz aus.

(Erhard Bräunig, SPD: Haben Sie was gegen Jägermeister? – Heiterkeit bei den Abgeordneten)

Ich weiß zwar, dass durch die bloße Formulierung – das ist ja schon ein Stück Eurokratie –, das heißt, wenn dort steht, niemand, der wie ein Minderjähriger aussieht, darf im Werbe- oder Teleshopping-Spot mit dem Konsum alkoholischer Getränke in Zusammenhang gebracht werden, wenig erreicht wird. Da können Sie sich Eurokraten vorstellen, die natürlich nur an Minderjährige denken und nicht daran denken, mit wie viel Spaß man Minderjährige in der Werbung mit Comicfiguren und weiß ich welchen Dingen, und wenn's mit Thomas Gottschalk ist, wie man solche Leute verführen kann. Die Verführungsmechanismen sind also ganz andere. Das Problem kann damit allein nicht gelöst werden, aber in einer Mediengesellschaft muss auch der Umgang mit dem Thema Drogenmissbrauch in den elektronischen Medien Beachtung finden.

Ob das vollständige Verbot für Werbung, zum Beispiel für Tabakerzeugnisse, zielführend ist, kann durchaus diskutiert werden, denn wir werden künftig vor der Situation stehen, dass nicht mehr im Werbeblock die Tabakindustrie zu Wort kommen wird, sondern vielleicht verstärkt im redaktionellen Teil, dann nämlich, wenn darüber berichtet werden muss und wird, dass die Formel 1 – unter Umständen der Grand Prix – in Amerika oder auf irgendwelchen afrikanischen Inseln, wo man dann Pisten baut, abgehandelt wird. Es ist an den Aufnahmern der Rennzüge der Fahrer sehr deutlich zu erkennen, dass die Tabakindustrie hier zu den wichtigsten Finanziers gehört. Ich denke, es wäre schade, wenn aus dem guten Anlass, da etwas zu verbieten, eine Jetzt-erst-recht-Philosophie wird. Dann ist uns nicht geholfen.

Von eminenter Wichtigkeit für die demokratische Entwicklung in der Mediengesellschaft ist natürlich – und darauf haben Sie, Herr Ministerpräsident, sehr deutlich hingewiesen – der Artikel 9 a. Es geht um die Exklusivrechte von Übertragungen. Ich möchte dem nichts hinzufügen. Wir wollen unsere Fußballereignisse und auch andere wichtige Entscheidungen im Sport sowie in anderen wichtigen Bereichen sehen. Dies darf nicht einigen wenigen vorbehalten bleiben.

Diese im Protokoll aufgeführten Problembereiche zeigen, dass das digitale Fernsehen und das Internet schon heute oft ungeahnt auf die Prozesse der Meinungsbildung allgemein, aber auch der politischen Partizipation wirken. Mit diesen Möglichkeiten moderner Kommunikation schrumpfen geographische Entfernungen und diese Technik wird gleichzeitig zur Triebfeder der Globalisierung. Das heißt für uns, wenn wir bei den Gewinnern dieser Entwicklung sein wollen in Mecklenburg-Vorpommern oder in Deutschland und in Europa, dann gilt es, dass wir im vorderen Bereich der Weltliga mitspielen müssen. Ein Quälen wie bei Hansa Rostock darf es da nicht geben.

(Beifall Wolfgang Riemann, CDU)

Dies gilt natürlich für die Chancen der neuen Technik. Aber vielmehr – davon bin ich zutiefst überzeugt – sollte

auch über das Wertesystem gesprochen werden. Deshalb müssen wir unsere Vorstellungen für das Kommunikationszeitalter deutlich und umfassend artikulieren. Es darf sich keine kalte Ellenbogengesellschaft, die nur konsumorientiert ist, entwickeln, von der nur einige wenige Vorteile haben. Der Umgang der Menschen miteinander und füreinander in einem vertretbaren Wertesystem muss das wichtigste Anliegen sein. So ist der Entwurf eines Gesetzes zu dem Protokoll vom 9. September 1998 für Europa ein erster wichtiger Wegweiser. Ich glaube, es müssen noch wichtigere Zeichen der Zukunft gesetzt werden.

Meine Damen und Herren! Ich darf noch ein Wort als Landespolitiker hinzufügen. Das hat Dr. Ringstorff wahrscheinlich in etwa mit dem Wort Eurokratie auch gemeint. Es ist die Art und Weise des Zustandekommens dieses Protokolls. Ich habe zu den verschiedenen Rundfunkstaatsverträgen auf Bundesebene immer wieder erklärt, dass ich dieses quälend lange Verfahren mit den Beratungen in den Landtagen, in denen wir nur noch die Chance haben zuzustimmen oder abzulehnen, aber wir müssen dann doch zustimmen, weil es in etwa schon beschlossen ist, nicht für sonderlich glücklich halte. Die Präsidenten der Landtage haben noch einmal auf Usedom darauf hingewiesen, dass dem Föderalismus hier eine größere Bedeutung zukommt. Das wird schon seit Jahren betont und wir als Landespolitiker sollten diesen Bereich des Föderalismus auch stärker für uns ins Visier nehmen und uns intensiver damit beschäftigen. Erleichterung könnten wir uns unter Umständen dadurch verschaffen, dass die Vereinbarungen auf Bundesebene wie auch auf europäischer Ebene sich auf die wirklichen Eckpunkte konzentrieren. Ich denke, hier muss den Ländern die ihnen zugestandene Kulturhoheit und auch das, was im Rundfunk und im Fernsbereich möglich ist, zugestanden werden. Wir sollten das als ernsthaften neuen Diskussionspunkt nehmen. Wir werden diesem Gesetz unsere Zustimmung geben. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU
und Angelika Gramkow, PDS)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Mir ist eben signalisiert worden, dass aus den beiden anderen Fraktionen kein Redebedarf mehr besteht. Aus diesem Grund schlage ich vor, den Gesetzentwurf der Landesregierung auf Drucksache 3/1288 zur Beratung an den Innenausschuss zu überweisen. Wer stimmt diesem Überweisungsvorschlag zu? – Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist einstimmig dem Überweisungsvorschlag gefolgt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 5:** Beratung der Berichtigung zu dem Antrag der Finanzministerin – Entlastung der Landesregierung für das Haushaltsjahr 1998 – Vorlage der Haushaltsrechnung und Vermögensübersicht des Landes – Drucksache 3/1012 –, auf Drucksache 3/1233.

**Berichtigung zu dem Antrag der Finanzministerin:
Entlastung der Landesregierung
für das Haushaltsjahr 1998
– Vorlage der Haushaltsrechnung
und Vermögensübersicht des Landes –
– Drucksache 3/1012 –
– Drucksache 3/1233 –**

Im Ältestenrat wurde vereinbart, keine Aussprache durchzuführen. Dazu gibt es keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen.

Der Ältestenrat schlägt vor, die Berichtigung auf Drucksache 3/1233 zur Beratung an den Finanzausschuss zu überweisen. Wer diesem Überweisungsvorschlag zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. – Vielen Dank. Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist diesem Überweisungsvorschlag einstimmig gefolgt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 6**: Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD und PDS – Langfristige Verpachtung landeseigener Flächen vorrangig an Unternehmen mit Tierproduktion oder anderem arbeitsintensiven Produktionsprofil, Drucksache 3/731, hierzu Beschlussempfehlung und Bericht des Landwirtschaftsausschusses, Drucksache 3/1280.

**Antrag der Fraktionen der SPD und PDS:
Langfristige Verpachtung landeseigener
Flächen vorrangig an Unternehmen
mit Tierproduktion oder anderem
arbeitsintensiven Produktionsprofil
– Drucksache 3/731 –**

**Beschlussempfehlung und Bericht
des Landwirtschaftsausschusses
– Drucksache 3/1280 –**

Das Wort zur Berichterstattung hat der Abgeordnete Herr Scheringer. Bitte sehr.

Johann Scheringer, PDS: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Seit seiner dritten Sitzung der ersten Wahlperiode am 23. November 1990 hat sich der Landtag von Mecklenburg-Vorpommern fortwährend mit Fragen der Bodenpolitik und dabei insbesondere auch mit der Verwertungspraxis der Treuhandanstalt und später der BVVG befassen müssen. In diese lange Reihe von parlamentarischen Aktivitäten reißen sich der Antrag der Koalitionsfraktionen auf Drucksache 3/731 und die Beschlussempfehlung des Agrarausschusses auf Drucksache 3/1280 nahtlos ein.

Ein Unterschied besteht jedoch: Es geht um Landesflächen und nicht um die Treuhand- und BVVG-Flächen. Dabei wäre es wünschenswert, wenn für die Bodenverwertungs- und -verwaltungsgesellschaft von dem heute zu fassenden Landtagsbeschluss Impulse ausgehen würden. Gemeint ist, die Verwertungspraxis der BVVG stärker an den Bedürfnissen des Landes zu orientieren, als das bislang der Fall war. So weit eine Vorrede.

Anliegen des Koalitionsantrages war es, ein Konzept über die langfristige Verpachtung landeseigener Flächen von der Landesregierung einzufordern, das gleichzeitig arbeitsintensive Produktionsprofile unterstützt. Der Landwirtschaftsausschuss hat mit seiner Beschlussempfehlung dafür Grundsätze und Vergabekriterien aufgestellt und ist insofern weit über den ursprünglichen Antrag hinausgegangen.

Es steht, so meine ich, dem Parlament und seinen Gremien gut zu Gesicht, wenn es das Handeln der Regierung in eine ihm sachgerecht erscheinende Richtung drängt. Das haben wir getan. Im Rahmen eines Expertengesprächs wurde vom Ausschuss zunächst die landwirtschaftliche Praxis in das Verfahren mit einbezogen. Dabei wurde deutlich, dass es zwischen den einzelnen Interessengruppen durchaus unterschiedliche Auffassungen gibt. Knackpunkte waren dabei, ich zähle einmal die wichtigsten auf:

- die Wertung der Änderungen von Betriebskonzepten, also von Konzepten, die ursprünglich Tierproduktion und den Anbau arbeitsintensiver Fruchtarten, wie Kartoffeln zum Beispiel, vorsahen und dies nun nicht mehr tun,
- das Tätigwerden der kreislichen Pachttempflehungs-kommission,
- die Frage des pauschalen Herangehens oder die Einzelfallprüfung
- oder auch die Nutzung und die stärkere Einbeziehung des Landwirtschaftssondervermögens in die Bodenpolitik.

Mit den vom Landwirtschaftsausschuss formulierten Grundsätzen und Vergabekriterien wurde der Versuch unternommen, der Situation der bestehenden Betriebe gerecht zu werden und gleichzeitig agrarstrukturpolitische Gestaltungsmöglichkeiten zu schaffen.

(Präsident Hinrich Kuessner
übernimmt den Vorsitz.)

Dabei war es dem Ausschuss durchaus bewusst, dass immer nur der landeseigene Boden entsprechend der Zielsetzung des Landes – Stärkung der Veredlungswirtschaft – umverteilt werden kann, der zuvor auf irgendeine Weise freigesetzt worden ist. So wünschenswert es sicher wäre, freien Boden gibt es in Mecklenburg-Vorpommern nicht. Jeder Quadratmeter landwirtschaftliche Nutzfläche ist heiß umkämpft. Freisetzung auf irgendeine Weise heißt jedoch nicht, dass in laufende Pachtverträge eingegriffen werden kann oder soll. Es können also nur die Flächen vom Land an andere Pächter vergeben werden, deren Pachtverträge ausgelaufen sind oder über die eine Vereinbarung getroffen wurde.

Unseren Landwirtschaftsbetrieben im Land möchte ich sagen, dass es uns nicht darum geht, gesunde leistungsfähige Marktfruchtbetriebe aufs Krankenlager oder gar aufs Sterbebett zu bringen und dafür vielleicht kranke Kinder in der Tierproduktion zu hätscheln. Andere Bereiche in der Volkswirtschaft lehren, dass das nicht aufgehen kann. Ich betone nochmals, keinem Marktfruchtbetrieb soll zum gegenwärtigen Zeitpunkt Boden entzogen werden. Allerdings wird es sich das Land vorbehalten, beim Auslaufen bestehender Pachtverträge zu prüfen, wie mit dem Landeseigentum besser oder zweckmäßiger im Sinne der Landesinteressen umgegangen werden soll und kann.

Die Aufnahme der tierischen Produktion, der Ausbau bestehender Anlagen und die Ausdehnung von Kulturen, die nicht von der EU reglementiert sind, liegen im Interesse des Landes, weil sie die Wertschöpfung erhöhen und Arbeitsplätze sichern, vielleicht sogar hin und wieder neue Arbeitsplätze schaffen. Es wäre sehr zu begrüßen, wenn möglichst viele Agrarunternehmen im Lande dieses Signal positiv und nicht als den Versuch einer staatlichen Reglementierung verstehen würden und vielleicht auch jetzt, während der laufenden Pachtzeit, ihre Betriebe darauf noch einstellen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, eines muss allerdings klar sein. Mit dem Konzept zur langfristigen Verpachtung landeseigener Flächen vorrangig an Unternehmen der Tierproduktion oder anderem arbeitsintensiven Produktionsprofil wachsen die Bäume in Mecklenburg-Vorpommern nicht oder nicht so schnell in den Himmel. Auch hier sind die Spielräume für landespolitische

Schwerpunktsetzungen gering. Der Anteil der Landesfläche an der landwirtschaftlichen Nutzfläche liegt eben unter zehn Prozent. Dieser bescheidene Umfang unterstreicht aber auch, wie sorgsam wir mit unserem Landes Eigentum umgehen müssen. Fehleinschätzungen und Fehler dürfen wir uns nicht leisten. Geben Sie bitte, meine Damen und Herren, der Beschlussempfehlung Ihre Zustimmung und ermöglichen Sie es der Landesregierung, nach den Vorgaben des Parlamentes zu handeln. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst die Abgeordnete Frau Schildt von der SPD-Fraktion. Bitte sehr, Frau Schildt.

Ute Schildt, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit der Beschlussfassung zum Antrag der Fraktionen von SPD und PDS über die langfristige Verpachtung landeseigener Flächen vorrangig an Unternehmen mit Tierproduktion oder anderem arbeitsintensiven Produktionsprofil wird durch den Landtag ein wichtiger Akzent für die Bodenpolitik in unserem Land gesetzt. Ich betone: ein Akzent für eine langfristige Verwertung landeseigener Flächen, nicht zu verwechseln mit BVVG-Flächen.

Nach intensiver Diskussion wurden unter Einbeziehung von Sachverständigen für diese Beschlussempfehlung Grundsätze erarbeitet, die von der Landesregierung bei der Erarbeitung des im Antrag geforderten Konzeptes zu berücksichtigen sind. Voll inhaltlich wird damit dem strategischen Ziel der SPD entsprochen, die Veredelungsproduktion und von der Europäischen Union nicht reglementierte Produktionsrichtungen wie Kartoffel-, Obst- und Gemüseproduktion in der Flächenausstattung zu unterstützen.

In erster Linie geht es uns um Unternehmen, die in die Tierproduktion investiert haben beziehungsweise investieren wollen. Unser Land braucht Wertschöpfung aus einer starken Veredelungswirtschaft. Bei entsprechender Weichenstellung ist Mecklenburg-Vorpommern in der Lage, nicht nur Rohstoffe, sondern Verarbeitungsprodukte in hoher Qualität zu erzeugen. Mit ziemlicher Sicherheit ist davon auszugehen, dass die zurzeit noch vorzüglichen Förderbedingungen für den Marktfruchtanbau auf Dauer nicht den Bestand haben werden.

Natürlich sollen mit der Beschlussempfehlung zu diesem Antrag keine Luftschlösser gebaut und unerfüllbare Hoffnungen für eine optimale Flächenausstattung geweckt werden. Es wird damit auch nicht die gesamte Landwirtschaft umzukrempeln sein. Das ist auch nicht das Ziel. Allen, die sich etwas intensiver in der Bodenproblematik auskennen, ist klar, dass es hier nur um Rahmenbedingungen für einen längeren Zeitraum geht. Das Land Mecklenburg-Vorpommern verfügt annähernd über zehn Prozent landwirtschaftlicher Nutzfläche und nur in sehr begrenztem Umfang über Flächeneigentum. In der Regel ist dieses zunächst langfristig verpachtet. Es wäre völlig falsch, aus dem vorliegenden Auftrag an die Landesregierung einen Eingriff in bestehende Pachtverträge

herauslesen zu wollen. Herr Scheringer hat es bereits gesagt. Solche Sorgen braucht sich kein Unternehmen zu machen. Aber, meine Damen und Herren, nach Ablauf bestehender Pachtverträge wird eine neue Pachtrunde folgen. Und dafür muss es eine vorausschauende Strategie geben, die alles klar festlegt, wer nach Auslaufen seines Pachtvertrages mit dem Land und der Voraussetzung einer soliden wirtschaftlichen Basis den Zuschlag für eine Neuverpachtung bekommen soll. Das darf nicht pauschal entschieden werden. In jedem Fall ist eine Einzelfallprüfung durch die Ämter für Landwirtschaft in Abstimmung mit der Landgesellschaft auf der Grundlage eines Betriebsspiegels durchzuführen. So steht es richtigerweise in unserer Beschlussempfehlung.

Wenn jetzt durch eine hartnäckige Initiative des Landwirtschaftsministers auch die BVVG bereit ist, nicht alle Pachtflächen bei Betrieben über 500 Hektar und mindestens 250 Hektar BVVG-Flächen grundsätzlich für 18 Jahre zu verpachten, sondern 30 Prozent nach Ende der normalen Pachtdauer neu zu verpachten, dann eröffnen sich weitere Möglichkeiten für Neuverpachtungen zur Unterstützung von Betrieben mit Veredelungswirtschaft.

Meine Damen und Herren, die Landespolitik ist nicht so vermessen, in unternehmerische Entscheidungen eingreifen zu wollen. Sie sieht sich aber in der Pflicht, rechtzeitig auf entscheidende Entwicklungen hinzuweisen und dafür die entsprechenden Rahmenbedingungen zu setzen. Die Ihnen vorliegende Beschlussempfehlung dient diesem Anliegen. Ich bitte Sie dafür um Ihre Zustimmung. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Brick von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Herr Brick.

Martin Brick, CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Damen und Herren Abgeordnete! Die Landesregierung verfügt über einen stattlichen Anteil Eigentum an landwirtschaftlichen Flächen, die zu etwa je 50 Prozent an Marktfrucht- und Tierproduktionsbetriebe verpachtet sind. Da kann man sagen, das ist eigentlich ein normales Verhältnis. Dies soll nun offensichtlich, wie uns das mehrheitliche Zustandekommen der Beschlussempfehlung zeigt, „zugunsten nicht durch die EU reglementierter Produktionsrichtungen“ geändert werden. Die Aufforderung der Landesregierung, über ein Konzept dazu zu berichten, ist mir nicht fremd. Dazu haben sich auch schon die Vorgängerregierungen bemüht und sich versucht. Es geht also nicht um das Ob, sondern – im Beschluss richtig formuliert – um das Wie und da scheiden sich nun mal die Geister.

Wer in der Materie steht, der weiß, die Schwierigkeiten liegen im Detail. Und der Minister selbst hat in seiner Presseerklärung vom 13.10.1999 schon darauf verwiesen, „dass man keine Lösungen erwarten kann, die von heute auf morgen greifen.“ Das ist richtig. Eigentlich müsste man ihn nun ganz ruhig arbeiten lassen, denn das Konzept ist sicher nach Fertigstellung erneut Gegenstand der Diskussion in diesem Hause. Es ist allerdings das gute Recht des Parlamentes, dem Minister entsprechende Vorgaben zu machen. Leider, das bedauere ich sehr, sind die Hinweise der Opposition dazu nicht berücksichtigt worden und darum erlauben Sie mir, dass ich diese hier noch einmal darstelle.

Die CDU formuliert folgende Grundsätze:

1. Erstellung einer Bedarfsanalyse unter Berücksichtigung möglicher Kaufinteressenten sowie von Kooperationsmöglichkeiten hinsichtlich der Ver- und Entsorgung, der Bereitstellung von Know-how und Fremdkapital
2. Erfordernis des Bodentausches zwischen dem Land und der BVVG zur Schaffung zusammenhängender Nutzflächen an den Orten des jeweiligen Bedarfs

Das heißt, wir müssen uns mal über die Größenordnungen klar werden, wenn in der Beschlussempfehlung unter II. 3. steht, dass eben auch gewerbliche Betriebe profitieren sollen. Denen ist sicher mit 100 Hektar, Herr Minister, das wissen Sie genau, nicht geholfen und da wird es nicht bei einem Bodentausch bleiben. Im Übrigen wäre es wohl angebracht, wenn man gleich einen ordentlichen Bodentausch vornehmen, nämlich eine Flurneuordnung machen würde, das heißt, die kostet allerdings Geld.

3. Eine Nichtverlängerung von Pachtverträgen bei Verletzung ursprünglicher Betriebskonzepte infolge betriebs- und marktwirtschaftlicher Managemententscheidungen wird als nicht zeitgemäß angesehen.

Ich muss an dieser Stelle auch noch einmal die Frage stellen: Welche Konzepte sind denn eigentlich gemeint? Konzepte nach der Förderung gelten nur bis zum Zieljahr, das heißt in der Regel sechs Jahre. Oder sind es Konzepte, die in Pachtverträgen formuliert sind? Ich kenne nur in Ausnahmen Pachtverträge, die auch Betriebskonzepte beinhalten. Betriebskonzepte sind unternehmerische Entscheidungen. Eine Bestrafung der Trennung von unrentablen Betriebsteilen lehnen wir ab.

4. Berücksichtigung des Diskriminierungsverbotes der Europäischen Kommission und Offenhalten des Bodenmarktes für neue Investoren und Fremdkapital
5. Vermeidung einer Eigenalimentation der Tierproduktion durch den Marktfruchtbau
6. Verminderung von Flächeneinbußen bei Marktfruchtbetrieben, die in der Vergangenheit bereits Flächen verloren haben und bei denen sich der Kapitaldienst auf die verbleibenden Flächen konzentriert hat

Hier meine ich vor allem die Berücksichtigung der auf uns zukommenden Rahmenbedingungen, wie die Agenda, die Osterweiterung, die WTO-Verhandlungen. Diese signalisieren ja eigentlich für Marktfruchtbetriebe die gleichen Probleme, wenn man nicht gegensteuert, wie sie heute die Tierproduktion hat.

7. Die bestehende Hektar-Regelung wird als Strukturbremse ebenso abgelehnt wie die Nutzung des Landwirtschaftssondervermögens als Instrument des Flächenmanagements.
8. Kaufoptionen werden zumindest beihilferechtlich als bedenklich angesehen.

Verehrte Damen und Herren, der Herauskauf von Flächen durch Zahlungskräftige wird sich nicht verhindern lassen. Im Gegenteil, er wird durch Ihre Vorgaben zum Konzept sicher noch forciert und die dabei sicher vorhandene Unmoral noch rehabilitiert. Und was ist eigentlich eine auf solider Basis stehende Betriebsentwicklung? Wer dem einen Flächen nimmt – ich zitiere den Minister: „Große Marktfruchtunternehmen sind die potentielle Quelle.“ –, muss auch versprechen können, dass dort die

Betriebsentwicklung nicht beeinträchtigt wird, kein Arbeitsplatzabbau stattfindet und beim Flächenempfänger zusätzlich Arbeitskräfte eingestellt werden sowie durch Veredlung eine bessere Wertschöpfung erfolgt.

Lassen Sie mich zum Schluss noch einmal zur Ausschusssitzung vom 6. April zurückkommen. Der Minister hat hier bekräftigt, dass er auftragsgemäß ein Konzept vorlegen werde. Ich hoffe nicht, dass die Bodenpolitik der Landesregierung, wie von der PDS verlangt auf dieser Sitzung, eine politische, sondern eine sachlich-fachliche Entscheidung dokumentiert und auch nicht den Gedanken der SPD auf eben dieser Sitzung folgt, ein Eigentümer, so auch das Land, könne über seine Flächen – wörtlich – „nach Gutdünken“ verfügen. Das, verehrte Damen und Herren, nun gerade nicht.

Nochmals: Wir streiten nicht um das Ob einer überarbeiteten Flächenstrukturpolitik. Den Weg zum Erfolg stellen wir uns anders vor und lehnen daher die Fassung der Beschlussempfehlung nach wie vor ab. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Um das Wort hat Minister Backhaus gebeten. Bitte sehr, Herr Minister.

Minister Till Backhaus: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Thema der Bodenverpachtung und Bodenreform sowie die Fragen der ehemals volkseigenen Flächen und Landesflächen haben dieses Haus, wie Herr Scheringer ja schon angedeutet hat, immer wieder beschäftigt. Es ist eines der entscheidenden Fragen der Strukturpolitik für das Land Mecklenburg-Vorpommern, für die Agrarwirtschaft. Insofern verweise ich auch darauf, dass wir gestern den Agrarbericht 2000 vorgelegt haben, woraus deutlich wird, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern, die Ernährungswirtschaft, nach wie vor einen der wesentlichen Wirtschaftsfaktoren des Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern darstellt.

(Heiterkeit bei Martin Brick, CDU:
Wenigstens bis '98.)

Und wenn ich das vielleicht auch mal ein bisschen anders darstellen darf – sehr geehrter Herr Brick, ich glaube, wir liegen gar nicht so weit auseinander –, entscheidend ist doch, wie wir in der Politik die Rahmenbedingungen gestalten. Und da gibt es in Nuancen tatsächlich grundlegende Unterschiede. Für mich ist eins klar, und ich glaube, darin stimmt das Hohe Haus mit mir und der Politik auch überein, wir brauchen Bewirtschaftungssicherheit für die landwirtschaftlichen Unternehmen zum einen und wir müssen alles daransetzen, dass die Veredlungsproduktion in Mecklenburg-Vorpommern – ob im Stall, also die tierische Produktion, oder vom Feld – erhöht wird.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Und wenn ich das dann noch betrachte, auch in der sozialen Verantwortung, die diese Landesregierung übernommen hat, für mehr Arbeitsplätze und für mehr Produktivität zu sorgen, dann können wir eigentlich in diesem Hohen Hause erst recht nicht auseinander liegen. Wenn ich insofern den Betriebsertrag der landwirtschaftlichen Unternehmen aus dem Agrarbericht richtig nachvollziehen kann – und das ist eine Datensammlung, die ja nicht nur in der Landwirtschaft anerkannt wird, sondern eben

insbesondere auch in der Wissenschaft, in der Forschung oder auch in vielen anderen an der Landwirtschaft interessierten Einrichtungen –, dann ist es so, dass tatsächlich der einfache Marktfruchtanbau in Mecklenburg-Vorpommern im letzten Jahr einen reinen Betriebsertrag pro Hektar von 900 DM erreicht hat und die Futterproduktion, das heißt die Milchproduktion, pro Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche einen Betriebsertrag von 1.000 DM. Das heißt, schon an dieser Zahl können Sie erkennen, dass sehr wohl die Veredlungsproduktion höhere Potenzen in unserem Bundesland hat als der reine Marktfruchtanbau.

(Martin Brick, CDU: Das ändert sich jetzt aber.)

Ja, es ändert sich.

Und wenn wir jetzt noch zusätzlich die tatsächliche Gewinnerwartung pro Hektar betrachten – da, hoffe ich, liegen wir auch nicht weit auseinander in den grundlegenden Auffassungen –, dann muss es uns gelingen, gerade die reinen Marktfruchtbetriebe auf eine breitere Basis zu stellen und sie wirklich dazu zu animieren, andere Bereiche anzustreben, und das heißt, sich tatsächlich auf die Veredlungsproduktion zu konzentrieren. Ich sage nur das Beispiel: Im letzten Jahr wurden pro Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche von Getreide 200 DM Gewinn, von der Kartoffel nachweislich in Vorpommern – zum Glück ist das so – gut 1.000 DM pro Hektar reiner Gewinn der landwirtschaftlichen Unternehmen erzielt. Das heißt, die Kartoffel zum Beispiel in Mecklenburg-Vorpommern kann sehr wohl absolut zur Wertschöpfung in diesem Land beitragen,

(Martin Brick, CDU: Da musst du ein paar mehr anbauen.)

auch wenn wir Loitz leider nicht mehr in Betrieb haben, aber Kyritz hat gezeigt, dass das funktioniert.

Ich erwarte und hoffe, dass Sie mich wirklich dabei unterstützen, dass wir weiter vorankommen. Letzten Endes, sage ich noch mal, haben wir damit die Chance, tatsächlich auch für mehr Beschäftigung im ländlichen Raum zu sorgen. Und was mich auch mit Freude erfüllt – und da bestätigen sich die Initiativen, die wir ja nicht erst seit gestern vielleicht gemeinsam angeschoben haben, das will ich schon unterstützen –, die Milchproduktion zum Beispiel in Mecklenburg-Vorpommern ist auf dem besten Wege, wirklich wettbewerbsfähig zu sein oder weiter zu werden. Wenn ich sehe, dass unsere Betriebe im letzten Jahr gut zwischen drei und vier oder fünf Pfennig Gewinn vom Liter Milch gemacht haben, dann rechnet sich die Milchproduktion in Mecklenburg-Vorpommern. Das heißt, die tierische Produktion lohnt sich.

(Zuruf von Martin Brick, CDU)

Und wenn ich auch Ihnen etwas sagen darf, es heißt ja immer, hier passiert nichts – Herr Rehberg soll in Rostock auf Ihrem Parteitag gesagt haben: „Tilli, das mag ich sowieso nicht.“ Tilli ist die Frau, die früher ihre Hände in Palmolive gebadet hat. Mein Name ist Till.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und CDU – Martin Brick, CDU: Da hast du wohl einen Spion gehabt.)

Da will ich schon mal sagen, ich bin der Auffassung, dass wir die Rahmenbedingungen einigermaßen so weit ausgerichtet haben, in die Richtung, dass sich Veredlungsproduktion in Mecklenburg-Vorpommern lohnt. Und wenn wir zur Kenntnis zu nehmen haben, dass wir – toi,

toi, toi!, ich klopfe da wirklich dreimal auf Holz – im letzten Jahr sechs Prozent tatsächlichen Zuwachs in der Schweineproduktion in Mecklenburg-Vorpommern hatten, wenn wir einen Zuwachs der Veredlungsproduktion haben, dann hängt das sicherlich auch etwas damit zusammen, dass die Rahmenbedingungen in Mecklenburg-Vorpommern nicht die schlechtesten sind.

Ich will nun kurz einige Dinge zur Bodenpolitik sagen, weil es einfach wichtig ist. Wir bewirtschaften insgesamt knapp 1,4 Millionen Hektar in Mecklenburg-Vorpommern, davon 1,1 Millionen Hektar Ackerland und 300.000 Hektar Grünland. Und wir haben leider zurzeit nur 60.000 Hektar, die sich in Besitz des Landes Mecklenburg-Vorpommern befinden. Wir gehen davon aus, dass sukzessive in den nächsten Jahren noch bis zu 40.000 Hektar dazukommen. Insofern ist es richtig, was Frau Schildt gesagt hat, wir werden perspektivisch etwa zehn Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche im Eigentum des Landes Mecklenburg-Vorpommern haben. Und ich sage es hier an dieser Stelle sehr deutlich, ich werde alles dafür tun, dass das Land Mecklenburg-Vorpommern verlässlicher Partner mit den landeseigenen Flächen bleibt und wir grundsätzlich keine landeseigenen Flächen verkaufen werden. Ich glaube, das ist ein wichtiges Signal für die Landwirtschaft.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Ich betone an dieser Stelle auch noch mal, dass wir uns bemüht haben – und das ist auch ein Beweis dafür, dass wir es ernst meinen mit dem Landeseigentum –, dass wir das Preußenvermögen zum 01.07.2000 endgültig in den Landesbesitz übernehmen. Auch dieses ist ein Signal. Das sind immerhin 17.000 Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche, die wir übernehmen, hauptsächlich im Übrigen auch Ackerland, die 46.000 Hektar Wald, die dazu gehören, und 1.000 Hektar Seefläche oder Wasserfläche. Auch dies ist ein Beweis dafür, dass wir es ernst nehmen. In der Regel sind diese Flächen für zwölf Jahre verpachtet, so dass als solches – und das haben ja schon alle Vordredner gesagt – der Gestaltungsspielraum tatsächlich begrenzt ist und die schnellen Eingriffsmöglichkeiten so nicht vorhanden sind. Trotzdem ist es so, dass ich dankbar bin für die Stellungnahme, die aus dem Agrarausschuss gekommen ist. Wir werden uns daran halten mit der ganz klaren Maßgabe, alles zu tun, um die Veredlungsproduktion weiter voranzubringen.

Ich bin der festen Überzeugung, dass wir – und das sagen ja auch die Zahlen, die ich im Agrarausschuss vorgestellt habe – in den kommenden Jahren zu einer Neuverteilung zugunsten der Veredlungsproduktion kommen werden. Ich möchte und werde – das sage ich in diesem Hohen Hause mit aller Deutlichkeit – alle Möglichkeiten nutzen, wertschöpfungsintensive Betriebskonzepte ganz klar zu unterstützen. Dabei werde ich auch jede Möglichkeit nutzen, um dem Ziel des vorliegenden Landtagsbeschlusses zu entsprechen.

Ich habe deshalb die Landgesellschaft angewiesen, folgendermaßen zu verfahren: Stehen Flächen zur Neuvergabe an, so wird immer in Abstimmung mit den Ämtern für Landwirtschaft überlegt, wer und welches Unternehmen diese Flächen in der Zukunft pachten und bewirtschaften soll. Dabei werden ganz eindeutig Veredlungsbetriebe der tierhaltenden Unternehmen entsprechend ihrem Konzept und ihres Flächenbedarfes vorrangig berücksichtigt. Bei

der Übernahme von Flächen mit bestehenden Pachtverträgen werden schon heute solche Betriebe in Abstimmung mit dem jeweiligen Amt für Landwirtschaft berücksichtigt. Auch bei 12-jährigen Pachtverträgen, die angeboten werden, und bei Investitionen, die sich anbahnen, sind wir bereit, im Einzelfall tatsächlich 18-jährige Pachtverträge abzuschließen. Bei reinen Marktfruchtbetrieben werden die bestehenden Verträge lediglich jetzt übernommen. Das heißt, das Land steigt in die bestehenden Pachtverträge ein und wird diese endgültig mit den reinen Marktfruchtbetrieben auslaufen lassen.

Natürlich müssen bei der Vergabe auch Lage und Größe, das ist ja von Ihnen auch angesprochen worden, Herr Brick, der Flächen betrachtet werden, so dass nicht in jedem Fall an Veredlungsbetriebe verpachtet werden kann. Aus diesem Grunde streben wir im Übrigen auch an, im Austausch mit der BVVG oder tatsächlich mit kommunalen Flächen oder Kirchenländereien zu Tauschmaßnahmen zu kommen. Im Übrigen möchte ich darauf hinweisen, dass ich persönlich auch der Überzeugung bin, dass flächendeckende Flurneuordnungsverfahren eines der besten Instrumente überhaupt sind, die wir haben, und ich werde diese verstärkt in der Zukunft nutzen.

In künftigen Verträgen ist im Übrigen mit dieser neuen Maßnahme ein Sonderkündigungsrecht als Kannbestimmung aufgenommen worden. Voraussetzung für den Pachtzuschlag sind bestimmte Kriterien wie Tierbestand, Milchquote, Veredlungszweig, Anteil und Umfang der Flächen, wie zum Beispiel der sonstigen Veredlungsproduktion von Kartoffeln oder auch sonstige Vermehrungsflächenausstattung, Betriebsgröße und natürlich auch die Beschäftigtenzahlen mit zu berücksichtigen. Diese Kriterien werden zum Gegenstand des Vertrages gemacht und schriftlich ab sofort fixiert, zum Beispiel auch in Form des Betriebsspiegels, also kein ausgefeiltes Betriebskonzept, der als Anlage zum Vertrag genommen wird. Der Verpächter kann kündigen für den Fall, dass der Pächter diese Kriterien nicht mehr erfüllt. Auch dieses ist jetzt so vereinbart worden.

Für die agrarstrukturellen Maßnahmen, um diese flexibel weiter auszugestalten, ist von der vorzeitigen Verlängerung der Pachtverträge auf 18 Jahre, wie derzeit mit der BVVG üblich, mit landeseigenen Flächen abzusehen. Eine Privatisierungsangst, wie bei der BVVG in Bezug auf landeseigene Flächen, ist aus meiner Sicht nicht gegeben. Das habe ich ja schon angedeutet.

Ich möchte aufgrund der besonderen Situation vielleicht noch einige Dinge in diesem Hohen Hause zu der Verpachtung von den BVVG-Flächen sagen, denn dieses ist nach wie vor von erheblichem öffentlichen Interesse. Natürlich kämpfe ich an allen Fronten – und das werde ich auch weiterhin so tun – für die Wertschöpfung in Mecklenburg-Vorpommern. Daher habe ich mit der BVVG-Geschäftsführung Berlin, dem Bundesfinanzminister und dem Bundeslandwirtschaftsminister in langen Verhandlungen eine Vereinbarung geschlossen zur differenzierten Vorgehensweise bei der Verlängerung der BVVG-Pachtverträge auf 18 Jahre. Diese Vereinbarung trifft für Betriebe zu, die eine Betriebsfläche von über 500 Hektar insgesamt bewirtschaften und bei einer BVVG-Fläche eine Flächenausstattung von mindestens 250 Hektar gepachtet haben. Danach sollen nur solche Pachtverträge auf 18 Jahre zu 100 Prozent verlängert werden, die tatsächlich ihr Betriebskonzept eingehalten haben. Ansonsten werden diese Pachtverträge maximal zu 70 Prozent auf

18 Jahre weiter verlängert und die Restflächen werden Veredlungsbetrieben zur Verfügung gestellt. Die Regelung ist dann ...

(Martin Brick, CDU: Da muss aber das Treuhandgesetz geändert werden, Herr Minister, denn der Privatisierungsauftrag der BVVG steht nach wie vor.)

Ja, aber Sie wissen ja aus Ihrer langjährigen Erfahrung, dass tatsächlich Kauf nicht Pacht bricht. Insofern muss der Treuhandgrundsatz nicht geändert werden, sondern das Pachtverhältnis läuft weiter. Und deswegen hat die Landesregierung allergrößten Wert darauf gelegt, tatsächlich auch als Erstes die 18-jährigen Pachtverträge zustande zu bringen. Dies wird im Übrigen mit Erfolg jetzt auch umgesetzt. Darüber sind wir uns einig für die Betriebe, die sich an ihre Betriebskonzepte im Wesentlichen gehalten haben.

(Der Abgeordnete Martin Brick meldet sich für eine Anfrage.)

Hinzu kommt, dass wir auch die Flexibilität brauchen, im Zusammenhang mit der Ausweisung von Naturschutzprojekten, bei der Realisierung von Renaturierungsmaßnahmen oder insbesondere natürlich auch bei Investitionsmaßnahmen des Bundes und der Länder – ich erinnere unter anderem an den Autobahnbau der A 20, ein besonderes Problem – oder im Einzelfall, ...

Präsident Hinrich Kuessner: Herr Minister, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Brick?

Minister Till Backhaus: Ja, gern. Vielleicht darf ich aber den Satz noch zu Ende führen.

... um agrarstrukturelle Maßnahmen zu unterstützen. Dieses halte ich für außerordentlich wichtig.

Präsident Hinrich Kuessner: Bitte sehr, Herr Brick.

Martin Brick, CDU: Herr Minister, gestatten Sie mir die Frage, ob in den 70 Prozent die Anträge auf den Flächenerwerb – das ist ja ein Kauf – schon enthalten sind oder ob diese in die 30 Prozent fallen.

Minister Till Backhaus: Also wir gehen davon aus, dass die landwirtschaftlichen Unternehmen die 6.000 Bodenpunkte oder die 600.000 Ertragsmesszahlen erwerben können. Daran hat sich nichts geändert. Das werden etwa 130 bis 140 Hektar in Mecklenburg-Vorpommern sein. Und diese Flächenausstattung hat mit den langjährigen Pachtverträgen als solches nichts zu tun, denn der Kauf bricht nicht das Pachtgeschehen.

Martin Brick, CDU: Herr Präsident, gestatten Sie eine Nachfrage?

Präsident Hinrich Kuessner: Herr Minister, erlauben Sie eine Nachfrage?

Minister Till Backhaus: Ja.

Präsident Hinrich Kuessner: Bitte sehr, Herr Brick.

Martin Brick, CDU: Ich hatte gefragt, aus welchem Teil diese Kauffläche kommt und ob sie angerechnet wird. Ich stelle die Frage also noch einmal anders: Entfallen sie auf die 70 Prozent oder auf die nicht langfristig verpachteten 30 Prozent?

Minister Till Backhaus: Ich setze voraus, dass wir von den 70 Prozent ausgehen und nicht von den 30 Prozent, denn sonst wäre das ja abwegig, die Maßgaben, die wir

versucht haben jetzt wirklich auch gemeinsam mit dem Bundesfinanzministerium und dem Landwirtschaftsministerium zu erörtern. Wir müssen die Flächen frei kriegen, die 30 Prozent, um sie wirklich für die Veredelungsproduktion zur Verfügung zu stellen. Wenn wir diese dann in den Flächenerwerb mit hineingeben würden, wäre das kontraproduktiv, denn dann würden übermorgen die Flächen ja wieder wegfallen.

Martin Brick, CDU: Gut, danke, ich bin erst mal zufrieden.

(Volker Schlotmann, SPD: Das ist gut.)

Minister Till Backhaus: Insofern, um das abzukürzen, geht es mir wirklich um die Stabilisierung der landwirtschaftlichen Betriebe. Wir werden in dieser Frage auch sensibel mit der Umstellung der Flächenverpachtung umgehen. Wir wollen natürlich auch nicht, das betone ich an dieser Stelle nochmals ausdrücklich, wir wollen nicht gut funktionierende Betriebe schlecht reden oder schlechter stellen, sondern wir wollen versuchen, tatsächlich zu ausgewogenen Verhältnissen in der Veredelungsproduktion in Mecklenburg-Vorpommern zu kommen. Hier gibt es gute Signale. Und ich bitte ausdrücklich um Unterstützung für das Konzept, das wir entwickelt haben, denn dieses führt letzten Endes zu einer höheren Wertschöpfung in Mecklenburg-Vorpommern, sichert Arbeitsplätze und führt auch zu einer besseren Identität des Landes Mecklenburg-Vorpommern. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Schwebs von der PDS-Fraktion. Bitte sehr, Frau Schwebs.

Birgit Schwebs, PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach der Sternstunde des Landwirtschaftsministers am gestrigen Tag bei der Vorstellung des Agrarberichtes 2000 begeben wir uns mit dem heutigen Antrag wieder zu den Mühen der Ebenen.

Der Ihnen vorliegende Antrag über langfristige Verpachtung landeseigener Flächen wurde im Landwirtschaftsausschuss intensiv und auch kontrovers diskutiert und mit einem Expertengespräch fachlich untersetzt. Es wurden Bedenken geäußert, ob und wie eine derartige Verpachtungspraxis praktikabel sein könnte. Weitgehenden Konsens gab es aber darüber, dass die Intention, nämlich Investitionstätigkeit im Bereich Landwirtschaft zu steuern und die Wertschöpfung in der Landwirtschaft zu erhöhen, richtig sei.

Es ist der erklärte Wille dieser Koalition, hier im Lande eine aktive Agrarpolitik zu betreiben und nicht alles nur den Marktmechanismen zu überlassen. Die Verpachtung, und zwar die langfristige Verpachtung der Flächen, vorrangig an Unternehmen mit Tierproduktion oder anderen arbeitsintensiven Produktionsprofilen ist dabei ein Mittel zur Verbesserung der Produktionsgrundlagen unserer Landwirtschaft und damit auch zur Verbesserung der strukturbedingten schlechten Einkommenslage der Landwirte durch eine gezielte Betriebsförderung.

Meine Damen und Herren, der Abgeordnete Markhoff hatte in der Ausschusssitzung, auf der die Problematik diskutiert wurde, für seine Fraktion erklärt, dass sie sich nicht mit der Bindung der Verpachtung an gewisse Kriterien identifizieren könnte, vor allen Dingen nicht, wenn diese Kriterien die Bodenvergabe einengen würden. Und

Herr Grams hat in der ersten Landtagsdebatte dazu ausgeführt, dass seiner Meinung nach die langfristige Verpachtung an arbeitsintensive Unternehmen zu einer Wettbewerbsverzerrung durch einseitige staatliche Bevorzugung oder Benachteiligung landwirtschaftlicher Unternehmen führen würde. Da kann ich nur sagen: Was sind die Mühen der Ebenen gegen die Mühen der Plattheiten?!

(Heiterkeit bei Heinz Müller, SPD, und Heike Lorenz, PDS – Beifall Peter Ritter, PDS)

Denn, meine Damen und Herren, die von Ihnen befürchtete Wettbewerbsverzerrung gibt es doch schon. Die Tierproduktionsbetriebe sind in der Regel schlechter mit Flächen ausgestattet als die Marktfruchtbetriebe. Diese sind doch die eigentlichen Nutznießer der bisherigen Verpachtungspraxis. Aber, und so ist es im Agrarbericht, den der Minister gestern vorstellte, nachzulesen, mehr als ein Fünftel der landwirtschaftlichen Unternehmen erzielte im letzten Jahr keine Rentabilität. Die Tierproduktionsunternehmen haben im letzten Jahr noch mehr Verluste hinnehmen müssen, auch durch die Wirksamkeit der Marktgesetze, auch durch eine einseitige, die marktfruchtproduzierenden Unternehmen bevorzugende EU-Agrarpolitik

(Beifall Dr. Arnold Schoenenburg, PDS)

und auch, und das nicht zuletzt, weil sie hohe arbeitsintensive Produktionskosten haben.

(Martin Brick, CDU: Das gleicht der Boden auch nicht aus, Frau Schwebs.)

Sicher gleicht er das nicht aus. Aber es ist ein Weg, dort einen Kompromiss zu finden.

Sicher ist die angedachte langfristige Verpachtung keine Wunderwaffe zum Abbau der Arbeitslosigkeit auf dem Lande und auch kein Allheilmittel für kränkelnde Landwirtschaftsbetriebe, da gebe ich Ihnen Recht. Aber ihre behutsame und langfristige Durchsetzung ist ein Mittel, aktive nachhaltige Politik im ländlichen Raum zu betreiben, die sich positiv auf die Zukunft der Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern auswirken kann. Und das auf zweierlei Art:

Erstens sollen mit der langfristigen Verpachtung Unternehmen mit arbeitsintensiven Produktionsprofilen bevorzugt werden, wie zum Beispiel die Tierproduktion, so dass auch arbeitsmarktpolitische Effekte eintreten können – direkt oder indirekt. Dass diese Vermutung nicht ganz falsch ist, zeigten uns Gespräche mit Beschäftigten aus der Landwirtschaft, die wir im Rahmen einer öffentlichen Fraktionssitzung der PDS auf der Insel Rügen Anfang Mai durchgeführt haben. Wir konnten uns mit eigenen Augen und Ohren davon überzeugen, wie viele Arbeitsplätze auf dem Lande im vor- und vor allen Dingen im nachgelagerten Bereich indirekt von der Schweine- und Milchproduktion abhängen.

Zweitens bietet die langfristige Verpachtung landeseigener Flächen dem Land eine ganz kleine Möglichkeit, die einseitige Orientierung der EU auf die Förderung weniger Marktfrüchte wie Raps oder Getreide zu korrigieren. Deshalb sollen auch Unternehmen, die nicht Tierproduktion betreiben, aber arbeitsintensiv sind, in den Genuss der langfristigen bevorzugten Verpachtung von Landesflächen kommen. Das sind Unternehmen, die in nicht reglementierten Produktionsbereichen wirtschaften wie etwa im Kartoffelanbau oder in der Obst- und Gemüse-

produktion, was nebenbei gesagt auch verbraucherfreundliche Effekte zur Folge haben könnte – denn die Kartoffeln aus Mecklenburg-Vorpommern, Sie wissen es alle, schmecken nun mal am besten –,

(Beifall Gesine Skrzepski, CDU: Das ist so.)

von der geringeren Umweltbelastung durch minimierte Transportkosten ganz zu schweigen.

Dass uns mit der Durchsetzung des Prinzips der langfristigen Verpachtung an arbeitsintensive Unternehmen nicht der große Wurf bei der Umgestaltung landwirtschaftlicher Strukturen gelingt, geht schon aus den zur Verfügung stehenden Flächen hervor. Vor dem Ablauf der meisten Pachtverträge im Jahre 2005 werden nur 4.680 Hektar für eine zielstrebige Verpachtung unter den im Antrag formulierten Bedingungen frei. Der Herr Minister hat es ja schon explizit ausgeführt. Das scheint recht belanglos zu sein. Doch wurde uns von den meisten Experten bestätigt, dass die Richtung, nämlich arbeitsintensive und Betriebe mit einer hohen Wertschöpfung zu bevorzugen, richtig ist. Umso stichhaltiger müssen die Kriterien sein, die formulieren, wer unter welchen Umständen welche Flächen bevorzugt pachten könnte. Im Ausschuss haben wir entsprechende Grundsätze und Vergabekriterien erarbeitet, an denen sich das Konzept der Landesregierung orientieren soll.

Grundprinzip, und ich wiederhole es noch einmal, bei allen Entscheidungen wird sein, dass in laufende Pachtverträge nicht eingegriffen wird, dass landwirtschaftlichen Unternehmen nicht – egal, wie sich ihre Bilanz gestaltet –, dass diesen Betrieben nicht durch die Hintertür quasi ihr Land entzogen wird.

Der Prozess der Vergabe von Flächen soll ein durchschaubarer und demokratischer Prozess sein. Entscheidungen darüber sollen nicht am grünen Tisch getroffen werden, sondern die kreislichen Pachtprüfungskommissionen müssen als Partner in diesen Prozess einbezogen werden. Ihre Mitglieder, die in der Regel aus dem Bauernverband und aus den Ämtern für Landwirtschaft kommen, kennen die Verhältnisse vor Ort am besten. Die Pachtkommissionen haben in der Vergangenheit gute Arbeit geleistet, ihre Entscheidungen wurden weitestgehend akzeptiert. Gerade deshalb bestehen wir auf ihre Beteiligung und können nicht nachvollziehen, warum beispielsweise die BVVG bei ihren derzeitigen Verhandlungen versucht, die Pachtprüfungskommission bei den Entscheidungen außen vor zu lassen.

Doch langer Rede kurzer Sinn: Für eine aktive Agrarpolitik gibt es nur zwei Steuerungsinstrumente – Förderpolitik und Bodenzugang –, die den Rahmen für die Landwirtschaft im Lande bilden. Und in diesem Sinne, Herr Brick, denke ich, ist es doch eine politische Entscheidung, die wir heute treffen. Wir begründen sie zwar fachlich anders, aber trotzdem entscheiden wir politisch darüber, ob wir diese Instrumente nutzen wollen oder nicht. Ich denke, es gilt, beide Instrumente zu nutzen im Interesse der Landwirte.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Der Landwirtschaftsausschuss empfiehlt, den Antrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 3/731 in

der Fassung seiner Beschlussempfehlung anzunehmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Beschlussempfehlung des Landwirtschaftsausschusses auf Drucksache 3/1280 mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 7:** Beratung des Antrages der Landesregierung – Zustimmung des Landtages zur Mitstiftung des Landes zur Errichtung der Stiftung „Alfried-Krupp-Kolleg Greifswald“, Drucksache 3/1209, hierzu Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Bildung, Wissenschaft und Kultur auf Drucksache 3/1311.

**Antrag der Landesregierung:
Zustimmung des Landtages zur Mitstiftung
des Landes zur Errichtung der Stiftung
„Alfried-Krupp-Kolleg Greifswald“
– Drucksache 3/1209 –**

**Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Bildung,
Wissenschaft und Kultur
– Drucksache 3/1311 –**

Das Wort zur Berichterstattung wird nicht gewünscht.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache nicht vorzusehen. Ich sehe keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Kultur empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung, den Antrag der Landesregierung auf Drucksache 3/1209 unverändert anzunehmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung, Wissenschaft und Kultur auf Drucksache 3/1311 einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 8:** Beratung des Antrages der Landesregierung – Einwilligung des Landtages gemäß § 63 Absatz 1 LHO zur weiteren Beteiligung des Landes an Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Drucksache 3/1210, hierzu Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Bau, Arbeit und Landesentwicklung, Drucksache 3/1309.

**Antrag der Landesregierung:
Einwilligung des Landtages gemäß
§ 63 Absatz 1 LHO zur weiteren
Beteiligung des Landes an Gesellschaften
mit beschränkter Haftung
– Drucksache 3/1210 –**

**Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Bau, Arbeit
und Landesentwicklung
– Drucksache 3/1309 –**

Das Wort zur Berichterstattung hat der Abgeordnete Herr Baunach von der SPD-Fraktion. Bitte sehr, Herr Baunach.

Norbert Baunach, SPD: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Der Landtag hat den Antrag der Landesregierung auf Drucksache 3/1210 in seiner 38. Sitzung am 12. April 2000 beraten und dem Ausschuss für Bau, Arbeit und Landesent-

wicklung zur federführenden Beratung sowie mitberatend an den Finanz- und an den Wirtschaftsausschuss überwiesen.

Der Ausschuss für Bau, Arbeit und Landesentwicklung hat den Antrag in drei Sitzungen beraten, abschließend am 16. Mai 2000.

(Gerd Böttger, PDS: Fleißig, fleißig! – Barbara Borchardt, PDS: Ja, so sind wir.)

Danke, Herr Böttger.

Das Beratungsergebnis des federführenden Ausschusses sieht die Empfehlung an den Landtag vor, den Antrag unverändert anzunehmen. Der Finanzausschuss hat mehrheitlich empfohlen, den Antrag ebenfalls unverändert anzunehmen. Der Wirtschaftsausschuss stimmte dem Antrag einstimmig zu, jedoch machte er darauf aufmerksam, dass es im Rahmen der Tätigkeit der Gesellschaften nicht zu Verzerrungen auf dem ersten Arbeitsmarkt kommen dürfe. Die Überwachung sollte durch das zuständige Ministerium sichergestellt werden.

Nun einige kurze Bemerkungen zu den Beratungen des Ausschusses für Bau, Arbeit und Landesentwicklung:

Die Fraktion der CDU hat im Rahmen dieser Beratungen eine Verlängerung der Beteiligung des Landes an den Gesellschaften TGL MV und TGS Schiffbau bis zum 31.12.2005 abgelehnt.

(Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Durch die Unterrichtung werde nicht die Notwendigkeit noch die Sinnhaftigkeit des Fortbestehens zweier Gesellschaften deutlich gemacht. Es wäre zumindest erforderlich gewesen, so die CDU-Fraktion, beide Gesellschaften zusammenzulegen und damit bestimmte Synergieeffekte zu realisieren.

(Beifall Wolfgang Riemann, CDU)

Unter arbeitsmarktpolitischen Aspekten erscheine darüber hinaus der eingeschlagene Weg, der sich vor allem auf die beschriebenen Aufgaben der Gesellschaften beziehe, stark kritikwürdig. Weiter regte die Fraktion der CDU an, die bis zum Jahre 2005 veranschlagten Mittel für die Fortführung der Beteiligung in Höhe von 17,632 Millionen DM für beschäftigungswirksame investitionsfördernde Maßnahmen im Bereich der Innenstadtsanierung zu verwenden. (Dazu eine kleine persönliche Bemerkung: Das hat natürlich für mich als Städter einen gewissen Charme, genauso wie die heute schon mal in der aktuellen Stunde diskutierte Anspielung auf das Thema Situation der Theater und der heutige Tagesordnungspunkt. Wie gesagt, eine kleine persönliche Bemerkung, die sich heute aus den Reden ergeben hat.) Der ursprüngliche Zweck beider Gesellschaften sei es gewesen, so die CDU-Fraktion weiter, nach der Wende eine Auffanglösung für Beschäftigte in den von der Transformation besonders betroffenen Wirtschaftsbereichen zu schaffen.

Die Koalitionsfraktionen von SPD und PDS begrüßten die – auf der Grundlage der konkreten Beschäftigungslage im Lande und der bisherigen Erfahrungen – weiterentwickelten Unternehmenskonzepte und künftigen Unternehmensschwerpunkte der Gesellschaften. Beide Gesellschaften seien auch weiterhin unverzichtbar für das aktiv gestaltete Engagement des Landes in der Arbeitsmarktpolitik. Die beiden hochgradig spezialisierten Trägergesellschaften müssen auch weiterhin durch kompetente

Beratung der Beschäftigungsgesellschaften und der Kommunen den wirksamen Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente auf hohem Niveau sichern, so die Koalitionsfraktionen von SPD und PDS.

Der Ausschuss für Bau, Arbeit und Landesentwicklung hat mehrheitlich bei einer Stimmenthaltung der Fraktion der PDS und zwei Gegenstimmen der Fraktion der CDU beschlossen, dem Landtag die unveränderte Annahme des Antrages zu empfehlen.

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss sagen, ich hoffe, dass sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt in den nächsten Jahren derart verbessern wird, dass wir im Jahre 2005

(Zuruf von Heike Lorenz, PDS)

nicht mehr über eine Verlängerung einer Beteiligung des Landes an den Gesellschaften beraten müssen. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Zunächst hat um das Wort gebeten die Sozialministerin in Vertretung für den Minister für Arbeit und Bau. Bitte sehr, Frau Ministerin Bunge.

Ministerin Dr. Martina Bunge: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Da ich die Rede des Arbeitsministers vortrage, bitte ich Sie zu beachten, dass Ichaussagen dann jeweils die des Arbeitsministers sind. Ich habe jetzt also nicht versucht, das alles ...

(Wolfgang Riemann, CDU: Stehen Sie nicht dahinter?)

Ja, ich stehe schon dahinter,

(Wolfgang Riemann, CDU: Das ist gut.)

aber ich meine, ich maße mir nicht an,

(Peter Ritter, PDS: Martina, wir werden Herrn Riemann mal verdeutlichen, dass du nicht Herr Holter bist.)

Ausschusseinschätzungen und Gedanken wiederzugeben, bei denen ich nicht dabei war. Deshalb, damit Irritationen nicht aufkommen, das vorab.

(Martin Brick, CDU: Das sind wir nicht gewohnt. Das ist so.)

Als Verantwortliche und Verantwortlicher in der Wirtschaft und in der Politik kommt man manchmal in die Situation, Strukturen, deren Bedeutung als gegeben hingenommen werden, die als unentbehrlich empfunden werden, für die Zukunft in Frage zu stellen. Wenngleich unbequem, ist diese Situation dennoch gut, denn es heißt an dieser Stelle nachzudenken, wie Gutes durch noch Besseres ersetzt werden kann. Das ist Motor von Fortschritt in Wirtschaft und Gesellschaft.

Ich habe daher die im Zusammenhang mit unserem heutigen Verhandlungsgegenstand erforderlichen Untersuchungen und Prüfungen, aber auch die damit verbundenen Diskussionen sehr begrüßt. Ich will an dieser Stelle

nicht all das wiederholen, was ich bereits während der Landtagssitzung im April zu den arbeitsmarktpolitischen Landesgesellschaften und zu deren Fortführung gesagt habe. Aus den vielen Diskussionen möchte ich allerdings einige Eckpunkte festhalten, die nach meinem Eindruck Konsens finden.

Erstens. Wir werden auf absehbare Zeit einen erheblichen arbeitsmarktpolitischen Handlungsbedarf haben. Ich sehe derzeit auch mittelfristig keine Entwicklung, die auf eine so hohe Nachfrage des allgemeinen Arbeitsmarktes hindeutet, dass Vollbeschäftigung darüber zu erzielen wäre. Wir brauchen also vielfältige arbeitsmarktpolitische Instrumente zur Bekämpfung der hohen Arbeitslosigkeit bei uns im Lande. Angesichts der vielen Frauen und Männer, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind, ist mir die pauschale Forderung zu platt, möglichst alles Geld in die Wirtschaft zu pumpen.

Ich meine, es gibt keinen Königsweg zur Bekämpfung von Massenarbeitslosigkeit. Wirtschaft und Politik müssen jeweils ihren Beitrag für mehr Beschäftigung leisten. Wir müssen daher auch landespolitisch nach neuen Wegen aus der Arbeitslosigkeit suchen. Das heißt, wir haben einen erhöhten Umsetzungsbedarf für die Arbeitsmarktpolitik unseres Landes bei der Regionalisierung, bei neuen Beschäftigungsmodellen, aber auch bei besonderen aktuellen Interventionslagen, bei Unternehmenskrisen oder bei neuen Qualifizierungsschwerpunkten wie zum Beispiel bei den modernen Informationstechnologien.

Zweitens. Daraus wird deutlich, es geht also nicht um „Weiter so!“,

(Wolfgang Riemann, CDU:
Natürlich geht es um „Weiter so!“.)

sondern um neue Inhalte mit innovativen Köpfen. Die Gesellschaften TGL und TGS haben dazu neue und, wie ich meine, anspruchsvolle Unternehmenskonzepte vorgelegt,

(Wolfgang Riemann, CDU:
Wo? Im Finanzausschuss nicht.)

die trennscharf voneinander abgegrenzt sind und sehr wohl auf Effizienz achten.

Drittens. Anspruchsvolle Arbeitsmarktpolitik muss vor Ort umgesetzt werden.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das ist richtig. Dafür haben wir die Beschäftigungsgesellschaften.)

Unsere Erfahrungen zeigen, dass dieser Beratungs- und Umsetzungsbedarf umso höher ist, je zielgerichteter die Politik sein soll. Dabei verbietet es sich schon aus Kostengründen, diese Strukturen im Landesdienst zu schaffen.

Und letztens. Wir verfügen mit den beiden arbeitsmarktpolitischen Landesgesellschaften über Instrumente, um die uns andere Bundesländer beneiden. Jede Gesellschaft wird in ihrem jeweiligen Aufgabengebiet von einem repräsentativen und hochwirksamen Gesellschafterkreis getragen.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Außer Tarif! Außer Tarif!)

Die involvierten Kräfte wären für jeden Runden Tisch der Arbeitsmarktpolitik unentbehrlich. Tendenzen, aber auch aktuelle Bedarfe können mit der durch das Gesell-

schaftsrecht gegebenen Verbindlichkeit zum Beispiel zwischen den Sozialpartnern oder zwischen kommunalen Spitzenverbänden und dem Land abgesprochen werden. Dies gibt es in keinem anderen Bundesland. Darum ist für mich der Wunsch der Gesellschafter, zwei klar abgegrenzte Gesellschaften auch in Zukunft aufrechtzuerhalten, eine nicht zu vernachlässigende politische Botschaft, die ernst genommen werden muss. Beide Gesellschaften zu fusionieren würde kaum mit einem Einspareffekt verbunden sein,

(Wolfgang Riemann, CDU: Nein!)

weil beide Gesellschaften ganz unterschiedliche Handlungsfelder abdecken. Ihre Zusammenlegung würde also die Addition beider Handlungsfelder und der dafür erforderlichen Ressourcen bedeuten. Allenfalls ein Geschäftsführer könnte eingespart werden. Dafür wäre aber organisatorisch eine Kraft im mittleren Management einzuplanen. Eine Fusion würden weder die IG Metall noch Nord Metall mittragen,

(Wolfgang Riemann, CDU: Die geben das Geld.)

weil beide im klar abgegrenzten Bereich ihrer Zuständigkeit arbeitsmarktpolitisch aktiv werden wollen. Für mich ist das eine nachvollziehbare Position, die wir gemeinsam akzeptieren sollten.

Lassen Sie mich noch auf einige Detailpunkte eingehen, die in den Ausschussberatungen aufgetaucht sind:

Missstände, die – aus welchen Gründen auch immer – im Einzelfall auf dem zweiten Arbeitsmarkt zu beobachten sind, sind nicht zu akzeptieren. Die Trägergesellschaften haben sich beide dazu bekannt, durch Beratung, Schulung und Controlling den Beschäftigungsträgern zur Vermeidung von Fehlsteuerungen zur Seite zu stehen. Dies gilt auch für die Vermeidung von Wettbewerbsstörungen durch Beschäftigungsträger des zweiten Arbeitsmarktes auf dem allgemeinen Waren- und Dienstleistungsmarkt. Die Trägergesellschaften werden künftig selbst nicht mehr Träger von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen sein. Das Dienstleistungsangebot der Gesellschaften selbst ist eindeutig so ausgerichtet, dass Wettbewerbssituationen zum Beispiel mit Unternehmensberatungen in unserem Lande nicht stattfinden.

Die Förderung von Unternehmensgründungen wird auch künftig ein Schwerpunkt der Arbeit der TGS sein. Auch hier gibt es keinen unlauteren Wettbewerb. Es werden ausschließlich arbeitslose Existenzgründerinnen und -gründer beraten, die keine Mittel haben, um kommerzielle Anbieter einschalten zu können. Dieses Beratungsfeld betreut die TGS in ausdrücklicher Abstimmung mit den IHKs, teilweise sogar in deren Räumen.

Zu der in den Ausschussberatungen angesprochenen Nachhaltigkeit von Ausgründungen konnte ich mich im Ergebnis einer Kurzerhebung bei der TGS überzeugen. Bis Ende Februar dieses Jahres wurden aus den ABS-Gesellschaften, die von der TGS betreut wurden, insgesamt 65 Unternehmen ausgegründet. Derzeit sind weitere Ausgründungen in der Realisierungsphase, so dass bis zum Sommer 2000 die Zahl von 70 Gründungen erreicht werden kann. Die Ausgründungen haben sich als durchweg nachhaltig erwiesen. Lediglich in zwei Fällen kam es zu Insolvenzen und damit verbunden zur Einstellung der Geschäftstätigkeit.

Nicht eingerechnet sind die im Rahmen der Krisenintervention gesicherten Arbeitsplätze bei übertragenen

Sanierungen, zum Beispiel bei der Mineralwolle Lüz mit 70 Mitarbeitern, oder die Ankopplung von Betriebsabteilungen während struktureller Kurzarbeit an existierende Unternehmen. Das sind etwa zehn Fälle mit über 100 gesicherten oder geschaffenen Arbeitsplätzen. Diese Bilanz kann sich sehen lassen. Dieser Tätigkeitsschwerpunkt wird weiter vertieft.

Lassen Sie mich abschließend auch noch einige Worte zu den Finanzen sagen. Wir nehmen die Gesellschaften künftig noch stärker an die kurze Leine. Wenn in der Vergangenheit manchmal auch ein gegenteiliger Eindruck entstanden sein mag, künftig werden die Gesellschaften sich in ihrer Beschäftigungsstruktur, hoffentlich auch in ihrem Image nicht als ABM-Gesellschaften des Landes verstehen oder darstellen können. Daher bleiben sämtliche Beschäftigungsverhältnisse in den Gesellschaften befristet, auch die der Geschäftsführer.

(Vizepräsidentin Renate Holznagel übernimmt den Vorsitz.)

Die Gesellschaften werden sich künftig als privatwirtschaftlich agierende Leistungserbringer verstehen müssen. Ohne effiziente Beratungsergebnisse bin ich zumindest nicht bereit, die Gesellschaften unverändert weiterlaufen zu lassen. Dafür soll 2003 eine Zwischenbilanz gezogen werden. Die Gesellschaften von vornherein auf diesen Zeitpunkt zu befristen wäre allerdings kontraproduktiv, weil für derartig kurze Einstellungszeiträume kaum qualifiziertes Personal zu bekommen wäre

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

und somit gleich zu Beginn Abstriche an der Qualität der Arbeit gemacht werden müssten.

Ich bitte Sie um Ihre Einwilligung zur weiteren Beteiligung des Landes an der TGL und der TGS. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Gerd Böttger, PDS: Gut, Helmut.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Frau Ministerin.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Kleedehn von der Fraktion der CDU.

(Angelika Gramkow, PDS:
Da bin ich ja mal gespannt.)

Bärbel Kleedehn, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zunächst einmal, Frau Ministerin Bunge, in der Rede von Herrn Minister Holter habe ich viele positive Ansätze gefunden, aber die Schlussfolgerung daraus fehlt uns natürlich in der CDU-Fraktion. Und wenn wir damit bis zum Jahre 2005 warten sollen, ist das ein bisschen viel verlangt von uns.

(Angelika Gramkow, PDS: Wir überprüfen das schon 2003, Frau Kleedehn.)

Die Fortführung der Gesellschaften ist bis zum Jahre 2005 nach Ihrem Antrag vorgesehen, ne?

(Angelika Gramkow, PDS: Befristet, aber die Überprüfung steht auch schon drin. – Zuruf von Heidemarie Beyer, SPD)

Genau.

Meine Damen und Herren Abgeordnete, die Fraktion der CDU hat zu diesem Tagesordnungspunkt Redebedarf angemeldet. Hintergrund waren insbesondere auch die jüngst vom Landesarbeitsamt Nord veröffentlichten Daten zum Arbeitsmarkt in Mecklenburg-Vorpommern. Wie stellt sich die Situation im Einzelnen dar?

Die Zahl der Arbeitslosen stieg im Vergleich zum Vorjahresmonat um 1.461 Personen. Besonders betroffen waren hiervon Jugendliche unter 20 Jahren mit einem Anstieg um sage und schreibe 19,6 Prozent und Jüngere zwischen 20 und 25 Jahren, bei denen der Zuwachs immerhin noch 15,8 Prozent betrug. Sowohl der Bereich der Arbeitsmarktpolitik als auch der Sozialpolitik wird von PDS-Ministern verantwortet. Das Ergebnis Ihrer Politik: eine Zunahme bei den arbeitslosen Schwerbehinderten von geradezu deprimierenden 11,7 Prozent!

(Wolfgang Riemann, CDU: Dafür haben wir den Integrationsförderrat.)

All dies geht einher mit einer Abnahme der offenen Stellen um 20,6 Prozent. Und wenn auf eine offiziell gemeldete Stelle noch zwei zusätzliche nicht gemeldete Stellen kommen, ist dies eine Vernichtung von sage und schreibe 6.500 Stellen binnen zwölf Monaten. Zugleich ist der Beschäftigungsstand im Januar 2000 mit 571.500 Personen der niedrigste seit Erhebungsbeginn überhaupt. Allein im Verlauf des Jahres 1999 ist er demnach um 3,5 Prozent gefallen. Das ist das Ergebnis Ihrer Politik.

(Wolfgang Riemann, CDU: Prima-Klima.)

Aber auch regional, meine Damen und Herren, wird es nicht besser. Ein Beispiel aus einer Region, die, wie Sie nicht unerwähnt lassen werden, gerade keinen schwarzen Landrat hat: Beim Arbeitsamtsbereich Hagenow gab es Anfang Mai 4.312 Arbeitslose.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Die Zahlen liegen ja noch nicht mal vor, Mensch!)

Die Zahl liegt damit höher als zu Jahresbeginn. Davon waren 2.224 Frauen. Auch hier gibt es einen Anstieg zu verzeichnen. Selbiges gilt für die Entwicklung bei den Langzeitarbeitslosen, während die Anzahl der arbeitslosen Schwerbehinderten in den letzten zwei Jahren hier sogar um 7,8 Prozent gestiegen ist.

Ich habe wirklich Schwierigkeiten, bei dieser Regierung nur den Hauch von arbeitsmarktpolitischer Sachkompetenz zu erkennen.

(Beifall Wolfgang Riemann, CDU)

Und noch schlimmer: Der Anteil der Jüngeren – und da meine ich die unter 25-Jährigen – ist im Vergleich zum Vorjahr um 7 Prozent und im Vergleich zum Jahr 1998 um 8,9 Prozent gestiegen.

Frau Dr. Seemann, wenn Sie mir den Vergleich mit Äpfeln und Birnen vorhalten,

(Sylvia Bretschneider, SPD: Das ist sehr schmeichelhaft gewesen.)

dann gebe ich Ihnen dazu die aktuelle Presseinformation „Arbeitsamtsbereich“ vom Stand April, Erscheinungsdatum 9. Mai 2000, nachzulesen auf Seite 17.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Frau Kleedehn, deswegen handelt es sich um Aprilzahlen und selbst das haben Sie nicht begriffen. Wir reden vom Mai. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Deswegen können Sie diese Dinge so darstellen. Ich würde Ihnen nachher die Zahlen zum Nachlesen herübergeben.

Meine Damen und Herren! Ihre Beschäftigungspolitik ist auf ganzer Linie gescheitert. Selbst wenn ich mir Ihre Drucksachen 3/1226 und 3/1309 anschau, sehe ich für die nächsten Jahre keine Besserung. Ihre Problembeschreibung ist nichts anderes als das Eingeständnis, dass Sie am Arbeitsmarkt mit Ihrem Latein am Ende sind.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Nicht nur am Arbeitsmarkt.)

Dort heißt es: „... dass die Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland, normales Wirtschaftswachstum vorausgesetzt, bis etwa 2005/2007 auf hohem Niveau bleiben wird.“ Das ist Kapitulation pur.

(Angelika Gramkow, PDS: Nein, das ist Orientierung an den Realitäten und für diese Realitäten haben Sie gesorgt in 18 Jahren Regierungspolitik.)

Meine Damen und Herren! Anstatt zu überlegen, wie durch investitionsfördernde Maßnahmen ein wirklicher Wachstums- und Beschäftigungsimpuls initiiert werden kann,

(Heike Lorenz, PDS: Das ist genau das Problem. Allein durch Wachstum wird man gar nichts lösen, da muss man ganz umsteuern.)

zeugt die Unterrichtung dieser Landesregierung davon, dass sie ihr Heil weiterhin in untauglichen Rezepten sucht.

(Zurufe von Volker Schlotmann, SPD,
und Heike Lorenz, PDS)

Sie wollen den von Ihnen mit verursachten Mangel an freien Stellen auf dem so entscheidenden ersten Arbeitsmarkt durch ein großes planwirtschaftliches Brimborium kompensieren beziehungsweise die Statistik schönen.

(Angelika Gramkow, PDS:
Was meinen Sie denn damit?)

Sie verherrlichen die arbeitsmarktpolitischen Instrumente – ich komme dazu –, mit denen Sie glauben, die Arbeitslosenquote um 5,5 Prozent gesenkt zu haben.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Sie haben doch ganz einfach bei uns die Arbeitsplätze abgebaut, Frau Kleedehn, das ist doch ganz übersichtlich.)

Statistisch mag dies sogar zutreffen, Herr Dr. Schoenenburg. In Wahrheit sorgen Sie aber dafür, dass das wahre Ausmaß der Arbeitslosigkeit verschleiert und heruntergerechnet wird.

(Heike Lorenz, PDS: Ach!)

So geht man nicht mit dem Schicksal der Arbeitslosen um.

(Volker Schlotmann, SPD:
Da haben Sie doch Übung drin!)

Diese wollen eine echte und dauerhafte Perspektive.

(Volker Schlotmann, SPD: Das haben Sie
16 Jahre lang hervorragend gekonnt.)

Sie haben es nicht verdient, mit bürokratischen Beschäftigungstherapien abgespist und getröstet zu werden.

Meine Damen und Herren! In Wahrheit stehlen Sie sich aus der Verantwortung und hoffen auf ein statistisches Beschäftigungswunder, weil immer mehr Menschen in das Rentenalter kommen. Im Gegensatz zu Ihnen hat Herr Bundeskanzler Schröder dieses in seiner jüngsten Regierungserklärung immerhin auch so offen ausgesprochen.

Die Fortführung der Landesbeteiligung an beiden Trägergesellschaften wird den Steuerzahler bis zum Jahr 2005 wenigstens 18 Millionen DM kosten – Geld, das im Bauministerium wesentlich beschäftigungsfördernder verwendet werden könnte. Jeder weiß, dass der Sanierungsbedarf in unseren Städten und Gemeinden nach wie vor groß ist. Deshalb ist es unsinnig, öffentliche Investitionsmittel gerade im Bereich des Einzelplans 15 in dreistelliger Millionenhöhe herunterzu- und die Bauwirtschaft vor die Wand fahren zu lassen, um dann als vermeintlicher Retter in der Not vollmundig neue Wege in der Arbeitsmarktpolitik anzukündigen.

(Beifall Dr. Armin Jäger, CDU –
Kerstin Kassner, PDS: Das dachte ich gerade bei Ihrer Rede. Das dachte ich gerade bei Ihrer Rede. – Heiterkeit bei Sylvia Bretschneider, SPD:
Welche Rede? – Kerstin Kassner, PDS:
Das ist auch wieder wahr.)

Hier schwingt sich doch der Brandstifter zum Feuerwehrmann auf.

Meine Damen und Herren! Sie legen eine Unterrichtung vor, in der es von Phrasen nur so wimmelt, Initiierungen und Koordinierung gemeinwohlorientierter Arbeitsförderprojekte, Monitoringsysteme, Controllingsysteme, Qualitätssicherungssysteme, Bottom-up-Prozesse und so weiter. Welcher normale Mensch soll dieses noch verstehen im Lande?

Gleichzeitig rühmen Sie die Bedeutung von Existenzgründerberatung. Doch den Antrag der CDU, im Haushalt zum Jahr 2000 Mittel im Rahmen des AQMV hierfür zu verstärken, haben Sie abgelehnt. Das ist auch eine Art der Logik. Sie reden bei der Betrachtung Ihrer Beschäftigungspolitik von Krisenintervention, doch wir müssen unseren Bürgern immer wieder sagen, die größte Krise für die Arbeitslosen in diesem Land ist diese Landesregierung selbst.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Was die Effektivität der Gesellschaften betrifft, sind ja auch einige bestechende Sachverhalte erkennbar. Danach hat beispielsweise die TGL Mecklenburg-Vorpommern im Rahmen ihrer so genannten arbeitsmarktpolitischen Dienstleistung für Unternehmen 6.000 Langzeitarbeitslose an einem Kurssystem teilnehmen lassen.

Nachdem nun selbst die Unterrichtung den Eindruck zu erwecken versucht, dass alles Bestreben der Wiedereingliederung von Arbeitslosen auf den ersten Arbeitsmarkt gilt, fragt man sich natürlich, wie viele von den 6.000 Betroffenen tatsächlich wieder eingegliedert werden konnten. Es sind gerade mal 27 Prozent. Das heißt, dass fast drei Viertel dieses Ziel nicht erreicht haben. Wenn ein Schüler in einer Klassenarbeit eine Punktzahl von 27 Prozent erreicht, erhält er in der Regel die Note 5. So ist Ihre Politik! Fragen Sie sich doch endlich mal, ob beispielsweise Beratungstätigkeiten durch Kammern, Verbände und Landesförderinstitut nicht wesentlich leistungsfähiger und effektiver erfolgen können. Ausgerech-

net Sie glauben aber immer noch, die Zukunft des Arbeitsmarktes besser einschätzen zu können als die Praktiker vor Ort.

Ebenso fragwürdig sind Ihre Angaben zu den veranschlagten Mitteln im Personalbereich der TGL. War in einer Kurzübersicht des Wirtschaftsplanes als Anhang zum Einzelplan 15 noch von einem Betrag von 3,6 Millionen DM die Rede, sind es in Ihrer Unterrichtung nun auf einmal nur noch 1,67 Millionen DM. Einmal sprechen Sie zudem vom Personalaufwand, zum anderen wieder von Personalkosten, was von der Terminologie faktisch nicht dasselbe sein kann.

(Angelika Gramkow, PDS: Wenn Sie im Finanzausschuss gewesen wären, dann wüssten Sie, worüber Sie reden, Frau Kleedehn!)

Und wo kommen auf einmal die 2 Millionen DM her?

Als unsere Fraktion letztes Jahr Anträge auf zwei Sperrvermerke in Höhe von 1,5 Millionen DM stellte, wurde dieses abgelehnt, offenbar aber war genügend Luft in den entsprechenden Haushaltstiteln enthalten, wie sich jetzt herausstellte.

(Wolfgang Riemann, CDU: Richtig, richtig! Auch da wurde schon die Unwahrheit gesagt.)

Vielleicht hat diese Differenz ja etwas mit bestimmten Veränderungen in der Konzeption der Gesellschaften zu tun. Dieses war jedoch nicht die damalige Begründung für die Ablehnung unseres Antrages.

Meine Damen und Herren! Die Zustimmung des Landtages zum Antrag der rot-roten Landesregierung wäre ein weiterer fataler Schritt in die beschäftigungspolitische Sackgasse.

(Angelika Gramkow, PDS: O Gott!)

Das haben unsere Bürger nicht verdient.

(Heiterkeit bei Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Na, Ihre Bürger sicher nicht, Ihre nicht!)

Wir von der CDU appellieren deshalb eindringlich an Sie: Steuern Sie endlich um!

(Minister Till Backhaus: Leibeigenschaft ist abgeschafft. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS und Minister Till Backhaus – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Wer sind denn Ihre Bürger?)

Verlassen Sie den Irrweg und fördern Sie die rentable Investition in unserem Land! Es reicht eben nicht, sich überall mit der Rolle des zweiten Siegers zu begnügen, beim Transrapid, beim A3XX und bei vielen anderen Projekten.

(Heike Lorenz, PDS: Bitte? Was war? – Angelika Gramkow, PDS: Und wo sind die Alternativen, Frau Kleedehn? – Heinz Müller, SPD: Mein Gott! – Sylvia Bretschneider, SPD: Da muss Sie selber lachen.)

Meine Damen und Herren! Verlassen Sie den Irrweg und fördern Sie wie gesagt rentable Investitionen in unserem Land. Nur dies bringt die Menschen auf den ersten Arbeitsmarkt.

(Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Dafür werden wir weiterhin massiv eintreten

(Heike Lorenz, PDS: Was machen wir eigentlich, wenn jeder ein Haus hat?)

und nur an einer echten Beschäftigungszunahme werden wir Sie am Ende der Legislaturperiode messen. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Angelika Gramkow, PDS: Sie haben keinen konstruktiven Beitrag gebracht.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Frage der Abgeordneten Frau Dr. Seemann?

Bärbel Kleedehn, CDU: Nein danke. Ich bedanke mich für die Zwischenrufe.

(Heinz Müller, SPD: Ach du liebe Güte!)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Frau Kleedehn.

Um das Wort hat jetzt der Ministerpräsident Herr Dr. Ringstorff gebeten. Bitte, Herr Dr. Ringstorff.

Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Meine Vorrednerin hat hier ein Zitat gebracht. Sie sagten, Frau Kleedehn: „Der Brandstifter schwingt sich zum Feuerwehrmann auf.“ Ich glaube, bei dem ausgestreckten Finger haben drei Finger auf sie selbst zurückgezeigt, denn Sie haben sich hier als Brandstifterin aufgeführt

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

und machen weiter mit einer Ablenkungspolitik und machen vor allen Dingen weiter auf dem Weg, unser Land schlecht zu machen.

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD, CDU und PDS – Wolfgang Riemann, CDU: Wir machen das Land nicht schlecht. Die Regierung ist schlecht, Herr Ministerpräsident, nicht das Land. Da haben Sie wohl nicht zugehört. – Zuruf von Gerd Böttger, PDS)

Gestatten Sie, Herr Schreihals, dass ich Ihnen einige Fakten hier nenne, welche Veränderungen es seit 1998, seit der rot-roten Regierung gegeben hat.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Der Schreihals ist eine Frechheit.)

Mecklenburg-Vorpommern war 1998, als diese Regierung an die Macht kam, im Wirtschaftswachstum Schlusslicht.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Hört, hört!)

Mecklenburg-Vorpommern war schon nach einem Jahr rot-roter Regierung zusammen mit Thüringen Spitzenreiter im Wirtschaftswachstum.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Unser Wirtschaftswachstum ...

(Wolfgang Riemann, CDU: Haben wir drei Schiffe mehr abgeliefert, Herr Ringstorff, zufällig? Sie wissen genau welchen Einfluss das hat. – Zuruf von Harry Glawe, CDU – Glocke der Vizepräsidentin)

Ich weiß, meine Damen und Herren von der CDU, dass Sie alles andere wünschen als Erfolge für dieses Land. Sie reden dieses Land permanent schlecht. Aber das sind Angaben des Statistischen Landesamtes, Herr Riemann,

(Beifall Dr. Margret Seemann, SPD:
Das ist richtig.)

und ich weiß nicht, ob Sie auch dem Statistischen Landesamt unterstellen, dass es die Statistiken fälscht. Also Tatsache ist: Wir waren in Mecklenburg-Vorpommern Schlusslicht unter einem CDU-Wirtschaftsminister.

(Harry Glawe, CDU: Ja, ja.)

1999 waren wir Spitze zusammen mit Thüringen. Unser Wirtschaftswachstum lag deutlich über dem Durchschnitt

(Harry Glawe, CDU: Jaja, da waren wir Spitze.)

im Osten und lag auch über dem Durchschnitt des Gesamtwirtschaftswachstums in der Bundesrepublik im Jahr 1999.

(Harry Glawe, CDU: Nur ist die Beschäftigungsquote mittlerweile zurückgegangen, Herr Ringstorff. –

Angelika Gramkow, PDS: Was soll denn das Gebrubbel? Können Sie uns das mal erklären!)

Wir haben seit der Regierungsübernahme etwa 23.000 Arbeitslose weniger in diesem Land. Auch das ist eine Tatsache. Ich gebe allerdings zu, dass ein Bevölkerungsrückgang dabei auch eine gewisse Rolle spielt.

Ich will auf einen zweiten Punkt kommen.

Frau Kleedehn, Sie monieren, dass es zu wenig Investitionen gibt. Ich glaube, das Land hat entscheidende Fortschritte gemacht in diesem Bereich, denn ansonsten wären wir nicht im Jahr 1999 Spitzenreiter in Gesamtdeutschland unter allen 16 Bundesländern beim Wachstum der gewerblichen Wirtschaft gewesen. 6,9 Prozent Wachstum! Und glücklicherweise hat sich das auch auf dem Arbeitsmarkt niedergeschlagen. Wir haben 5,3 Prozent mehr Beschäftigte in der gewerblichen Wirtschaft gehabt im Jahr 1999 im Vergleich zu 1998.

(Wolfgang Riemann, CDU: Und in der Gesamtwirtschaft, Herr Ministerpräsident, und in der Gesamtwirtschaft?)

Und das ist nicht zuletzt auch ein Erfolg dieser Regierung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Unruhe bei Harry Glawe, CDU)

Wie unruhig Sie diese Erfolge machen, Herr Riemann und Herr Glawe, zeigen doch Ihre aufgeregten Zwischenrufe. Sie mögen nichts hören von Erfolgen in diesem Land,

(Harry Glawe, CDU: Wir haben doch keine!)

weil Sie sie dieser Regierung nicht gönnen. Das ist die Tatsache.

(Wolfgang Riemann, CDU: Sie sind doch aufgereggt, weil Sie die Wahrheit nicht ertragen können!)

Nein, ich will nur einige Dinge geraderücken.

(Harry Glawe, CDU: Wir haben 30 Prozent Arbeitslose im Land. Das wissen Sie doch! – Die Abgeordnete Bärbel Kleedehn meldet sich für eine Anfrage.)

Eine weitere Tatsache, die ich Ihnen nennen möchte, ...

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Kleedehn?

Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff: Ich möchte gerne erst zu Ende kommen, dann, Frau Kleedehn, gerne.

Ich möchte Ihnen einen anderen Punkt nennen. Als diese rot-rote Regierung hier an die Macht kam, gab es Unkenrufe noch und noch, und Sie haben versucht, den Urlaubern unser schönes Land zu vergraulen. Sie haben gesagt, sie würden dem Land den Rücken kehren. Die Tatsachen, Herr Riemann, kennen Sie selbst.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU, und Wolfgang Riemann, CDU)

Wir sind die Wachstumsregion Nummer 1 im Tourismusbereich:

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

17,6 Prozent Wachstum bei den Übernachtungen. Und der Vorbuchungsstand in diesem Jahr ist so hoch wie nie zuvor,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

in den ersten drei Monaten plus 20,8 Prozent Übernachtungen. Ich weiß, dass Sie auch das nicht gerne hören,

(Wolfgang Riemann, CDU: Doch, das hören wir gerne. Aber das ist keine Plakette, die Sie sich an die Brust heften können. – Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Gerd Böttger, PDS: Aber Sie!)

aber das sind die Zahlen, die das Statistische Landesamt ausgewiesen hat.

Und nun, Frau Kleedehn, möchte ich noch etwas zum Baubereich sagen, der Ihnen ja immer sehr am Herzen lag.

(Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Das Land Mecklenburg-Vorpommern hat die höchsten Investitionen pro Kopf im Baubereich.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU, und Wolfgang Riemann, CDU – Harry Glawe, CDU: Pro Kopf, pro Besucher! Das haben wir heute früh schon gehört. – Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Aber Sie werden doch nicht von der Landesregierung verlangen, dass sie angesichts von 40.000 leer stehenden Wohnungen zu der Förderung des Bundes noch zusätzlich etwas tut,

(Unruhe bei Harry Glawe, CDU)

um weitere Leerstände zu provozieren und diesen Bereich noch weiter anzukurbeln.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Gerd Böttger, PDS – Gerd Böttger, PDS: Richtig.)

Es ist nämlich ein Problem, mit dem wir es heute noch zu tun haben, Frau Kleedehn, dass die Wirtschaft auch durch bestimmte Förderungen eine falsche Struktur bekommen hat.

(Heike Lorenz, PDS: Richtig. – Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

Wir haben dreimal so viel Kapazitäten im Baubereich wie vergleichbare Flächenländer im alten Bundesgebiet. Und ein wesentlicher Teil des Nachholbedarfes ist abgearbeitet. Ihre Intentionen gehen dahin, gegen notwendige Strukturveränderungen an zu subventionieren. Es sagt Ihnen jeder Wirtschaftswissenschaftler, dass das der falsche Weg ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Unruhe bei Harry Glawe, CDU)

Es führt nun einmal kein Weg daran vorbei,

(Harry Glawe, CDU: Sie müssen mal auf
die Baustellen im Land gehen und mit den
Bauarbeitern reden, Herr Ministerpräsident!)

dass in Mecklenburg-Vorpommern wie auch in allen anderen ostdeutschen Ländern ein gewisser Schrumpfungsprozess der Bauwirtschaft zu verzeichnen ist. Wäre das nicht der Fall, dann hätten wir natürlich auf dem Arbeitsmarkt ein viel besseres Ergebnis. Aber nehmen Sie auch zur Kenntnis, dass Mecklenburg-Vorpommern das einzige der ostdeutschen Bundesländer ist, in dem im letzten Jahr die Arbeitslosigkeit zurückgegangen ist. Das sind Erfolge dieser Landesregierung.

(Harry Glawe, CDU: Jetzt steigt sie wieder.)

In einem gebe ich Ihnen allerdings Recht: Es dauert viel, viel länger, als Ihr Kanzler ehemals gesagt hat, der schon nach drei, vier Jahren die blühenden Landschaften versprochen hat.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Aber sollen wir mit genauso nicht zu haltenden Versprechungen unsere Wähler und unsere Bürger täuschen? Nein, es ist noch ein schwerer Weg, den wir vor uns haben, aber wir sind auf einem guten Wege.

(Wolfgang Riemann, CDU: Bitterfelder Weg. –
Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Birgit Schwebs, PDS: Was für Kenntnisse!)

Ich will Ihnen eine weitere Zahl nennen. In der Legislaturperiode 1994 bis 1998 hatten wir für den Autobahnbau 333 Millionen DM zur Verfügung. In dieser Legislaturperiode sind es 1,85 Milliarden DM, mehr als fünfeinhalbmal so viel wie in der vergangenen Legislaturperiode.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU –
Harry Glawe, CDU: Das ist
doch nicht Ihr Verdienst!)

Ich weiß, dass ...

(Harry Glawe, CDU: Das hätten Sie
doch ohne uns gar nicht gemacht.)

Ja, Herr Glawe und Herr Riemann, wenn die Sonne scheint, ist dafür die CDU verantwortlich

(Harry Glawe, CDU: Ja, so ist das!)

und wenn es regnet die rot-rote Koalition.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Lorenz Caffier, CDU: Genauso ist es!)

Aber ich denke, ...

Ja, Sie waren ja in diesem Wirtschaftszweig beschäftigt früher als sozialistischer Leiter, deshalb kennen Sie diese Sprüche noch sehr gut, Herr Riemann. Ich würde Sie bit-

ten, doch dem Ansinnen Ihrer neuen Landesvorsitzenden zu folgen und sich konstruktiver hier einzubringen und vor allen Dingen mit uns gemeinsam daran zu arbeiten, dass dieses Land weiter vorankommt, anstatt es ständig schlecht zu reden.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Wir machen dieses Land nicht schlecht,
Herr Ministerpräsident! – Harry Glawe, CDU:
Rot-Rot organisiert den Stillstand!)

Sie sollten sich genauso wie die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes über Erfolge in unserem Land freuen,

(Wolfgang Riemann, CDU: Wir machen dieses
Land nicht schlecht, die Regierung ist schlecht! –
Harry Glawe, CDU: Sie beschäftigen sich nur noch
mit sich selbst. – Glocke der Vizepräsidentin)

es sollte Ihnen nicht immer ein Dorn im Auge sein.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS –
Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vielen Dank fürs Zuhören.

(Wolfgang Riemann, CDU: Vielen Dank
für die Arbeitslosen in Vorpommern!)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Gestatten Sie jetzt die Anfrage der Abgeordneten Kleedehn?

Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff: Jetzt bin ich gern bereit, Ihre Fragen zu beantworten.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Bitte, Frau Abgeordnete.

Bärbel Kleedehn, CDU: Herr Ministerpräsident, geben Sie mir Recht, dass die Erfolge in der Wirtschaftspolitik im Jahr 1999 – also die Zuwachsraten – und auch die Erfolge in der Arbeitsmarktpolitik im vergangenen Jahr, was den Rückgang der Arbeitslosigkeit in Mecklenburg-Vorpommern betrifft, auch der erfolgreichen achtjährigen Politik der vorigen Landesregierung,

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

die Sie zum Teil ja mitgestaltet haben,

(Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU:
Nur die SPD-Ressorts waren gut! –
Volker Schlotmann, SPD: Ja,
die SPD-Ressorts waren gut!)

geschuldet gewesen ist, oder war das ein Erfolg aus dem Stand?

Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff: Frau Kleedehn, acht Jahre davor, zumindest die ersten Jahre, hängen uns wie ein Klotz am Bein, weil ...

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Gerd Böttger, PDS)

Bärbel Kleedehn, CDU: Aber Sie waren in der Regierung, ja?

Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff: Nein, in den ersten vier Jahren waren wir nicht in der Regierung, als Sie den Grundstein dafür gelegt haben, dass unsere Zinslastquote heute so hoch ist wie in den Altbundesländern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS –
Dr. Henning Klostermann, SPD: So ist das!)

Sie haben mit vollen Händen in den Verschuldungstopf gegriffen und wir haben nachher, seit wir 1996 das Finanzministerium von Ihnen übernommen haben, dieses Land auf einen Konsolidierungspfad geführt.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ja, und heute eine höhere Nettoneuverschuldung angekündigt.)

1994, Frau Kleedehn, war das Land auf dem vorletzten Platz im Wirtschaftswachstum und solange, wie ich Wirtschaftsminister war, ist es auf den zweiten Platz gekommen.

(Heiterkeit bei der CDU –
Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Nachher sind wir wieder ...

Das sind die Tatsachen, das sind die Statistiken. Auch wenn Sie lächeln, aber es ist tatsächlich so. Das kann doch alles kein Zufall sein. Wir haben uns mit vielen Problemen herumzuschlagen, Frau Kleedehn, die nach der Deutschen Einheit nicht optimal gelaufen sind.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Supermann Ringstorff.)

Ich gebe allerdings zu, dass, wo gehobelt wird, auch Späne fallen. Und vielleicht ließ sich der eine oder andere Fehler auch nicht vermeiden. Aber was Sie hier tun, ist unredlich, Sie reden das Land schlecht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Wolfgang Riemann, CDU: Wir reden das Land
nicht schlecht! Begreifen Sie das doch mal,
Herr Ringstorff! – Minister Till Backhaus:
Natürlich macht er das! –
Glocke der Vizepräsidentin)

Sie versuchen, das Land herunterzuziehen. Und wenn die Sonne scheint – das wissen wir –, ist dafür die CDU verantwortlich.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine Zusatzfrage der Abgeordneten Frau Kleedehn?

Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff: Ja, aber sehr gerne.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Bitte, Frau Kleedehn, fragen Sie.

Bärbel Kleedehn, CDU: Nur eine Frage noch: Stimmt es, dass die SPD von 1994 bis 1998 an der Regierung beteiligt gewesen ist?

Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff: Sicherlich ...

(Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU)

Bärbel Kleedehn, CDU: Danke.

Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff: ... war die SPD an der Regierung beteiligt.

(Minister Till Backhaus: Oh, das ist ja wohl ...!)

Bleiben Sie bitte stehen, solange ich antworte, Frau Kleedehn!

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Frau Kleedehn, bleiben Sie bitte stehen!

Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff: Sie war daran beteiligt und ich habe Ihnen ja auch gesagt, wie die Wirtschaft in diesem Land, als ich Wirtschaftsminister war, vorangekommen ist.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU –
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Sie können das nachlesen. Das war die einzige Zeit in dieser zweiten Legislaturperiode, in der die Beschäftigungsquote in diesem Land gestiegen ist, Frau Kleedehn.

Bärbel Kleedehn, CDU: Wunderbar, wunderbar.

Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff: So ist das leider. Ich muss Ihnen das sagen, auch wenn Ihnen diese Zahlen wiederum nicht gefallen werden.

(Beifall Heike Lorenz, PDS)

Bärbel Kleedehn, CDU: Aber mir gefallen diese Zahlen schon.

Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff: Falls Sie noch eine weitere Frage haben, ich bin gern bereit, noch weitere Fragen zu beantworten.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Ich würde noch eine Zusatzfrage zulassen, aber Frau Kleedehn möchte nicht mehr. Vielen Dank, Herr Ministerpräsident.

(Minister Till Backhaus: Sehr gut, Harald!)

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Beyer von der Fraktion der SPD.

Heidemarie Beyer, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Frau Kleedehn, ich möchte Ihren vielen Zahlen eigentlich nur eine entgegensetzen, und zwar die 15.000 Wahlkampf-ABM, mit denen der Bundeskanzler Kohl 1998

(Beifall bei Abgeordneten der PDS –
Heike Lorenz, PDS: Genau so! –
Zuruf von Bärbel Kleedehn, CDU)

den Menschen Sand in die Augen streuen wollte, sind aufgefangen worden und ich frage Sie: Wo denn, wenn nicht auf dem ersten Arbeitsmarkt?

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Die Situation auf dem Arbeitsmarkt unseres Landes lässt es nicht zu, die bisherigen Anstrengungen bei der Arbeitsmarktförderung zu reduzieren.

(Harry Glawe, CDU: Das machen Sie doch aber gerade! Wissen Sie denn nicht, was los ist?!)

Das ist eben in den Diskussionen auch deutlich geworden. Auch wenn sich die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt in Mecklenburg-Vorpommern im vergangenen Monat im Vergleich zu den anderen ostdeutschen Bundesländern günstiger darstellt, gibt es für uns keinen Anlass, die klare Linie unserer Politik für mehr Wachstum und Beschäftigung in Mecklenburg-Vorpommern zu verändern.

Neben den wichtigen Impulsen einer aktivierenden Wirtschaftspolitik mit dem Ausbau des Technologiestandortes Mecklenburg-Vorpommern, der Verbesserung der Zusammenarbeit von Forschung und Wirtschaft und dem Ausbau der Verkehrsinfrastruktur ist für uns Sozialdemo-

kraten jedoch auch die Fortsetzung und die Fortentwicklung der Arbeit der Trägergesellschaften wichtig. Ohne diese Gesellschaften ist das aktiv gestaltende und immer noch verzichtbare Engagement des Landes in der Arbeitsmarktpolitik nicht möglich. Daher ist ihr Fortbestand für uns Sozialdemokraten unstrittig. Da sich die Rahmenbedingungen unseres Arbeitsmarktes ständig ändern, war die Weiterentwicklung der Gesellschaften von Instrumenten zur Initiierung beschäftigungspolitischer Auffanglösungen zu modernen, lang angepassten Trägern arbeitsmarktpolitischer Dienstleistungen für Beschäftigungsträger, Kommunen und das Land notwendig, und, wie die klaren Aufgabenprofile beider Gesellschaften heute zeigen, auch erfolgreich.

Dabei ist es im Hinblick auf die sich ändernden Anforderungen des Arbeitsmarktes ebenfalls folgerichtig und erforderlich, auf folgende Schwerpunkte zu achten:

1. die koordinierende und moderierende Unterstützung regionaler Akteure
2. die Beratung der Kommunen zur wirksamen Entwicklung von Beschäftigungsförderung
3. die Ausrichtung der Dienstleistungen auf die Anforderungen des allgemeinen Arbeitsmarktes, besonders im ländlichen Raum
4. die Ausprägung der Beschäftigungsgesellschaften auf ihre Brückenfunktion zum allgemeinen Arbeitsmarkt
5. Projektkoordination und Controlling bei der Umsetzung der arbeitsmarktpolitischen Zielvorgaben für Beschäftigungsträger im Auftrag des Landes als dessen Geschäftsbesorger
6. die Beratung von Arbeitslosen bei Existenzgründungen, die aufgrund ihres finanziellen Hintergrundes keinen Zugang zu gewerblich tätigen Beratungsunternehmen haben
7. die Weiterentwicklung der Arbeit im Bereich der Krisenintervention durch Beratungen bei der Neuordnung beziehungsweise Neuausrichtung von betroffenen Unternehmen sowie
8. die Entwicklung von Projekten mit strukturpolitischer Bedeutung

Im Übrigen vermeiden diese Kernaufgaben aus unserer Sicht auch die von der Opposition befürchteten Verzerrungen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt.

Meine Damen und Herren! Mit der nun festgelegten Neuausrichtung der Trägergesellschaften und der Beibehaltung ihrer nach wie vor notwendigen Selbständigkeit unter Vermeidung von Doppelstrukturen werden die Unternehmen organisatorisch gestrafft und finanziell sowie personell angemessen ausgestattet.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Glawe?

Heidmarie Beyer, SPD: Nein.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Glawe, nein.
(Harry Glawe, CDU: Schade.)

Heidmarie Beyer, SPD: Sie sind damit nach unseren Vorstellungen fit für die künftigen beschäftigungspolitischen Anforderungen des Arbeitsmarktes in unserem Land und sie werden rechtzeitig vor ihrem Auslaufen

bereits in drei Jahren erneut überprüft. Die SPD-Fraktion wird daher dem vorliegenden Antrag der Landesregierung zustimmen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Anfrage der Abgeordneten Frau Dr. Seemann?

(Dr. Armin Jäger, CDU: Kann man sich das jetzt aussuchen?)

Heidmarie Beyer, SPD: Ich habe keine Zwischenfrage erlaubt, nein.

(Unruhe bei den Abgeordneten –
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Wollen Sie etwa die Präsidentin kritisieren, Herr Jäger? –
Dr. Armin Jäger, CDU: Nein, ich kritisiere die Kollegin, dass man sich aussuchen kann, wer fragen darf.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Frau Abgeordnete Dr. Seemann, fragen Sie bitte!

Dr. Margret Seemann, SPD: Frau Beyer, die Abgeordnete Frau Kleedehn hat anhand des Dienststellenbereiches Hagenow versucht deutlich zu machen, dass die Anzahl der Arbeitslosen angestiegen ist. Ich habe jetzt Fragen, die im Zusammenhang damit stehen. Die erste Frage lautet: Ist Ihnen bekannt, dass die Zahlen nicht nach Arbeitsambereichen, sondern nach Dienststellenbereichen erhoben werden?

Heidmarie Beyer, SPD: Ja, das ist mir bekannt, aber offensichtlich nicht Frau Kleedehn.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Dr. Margret Seemann, SPD: Gut.

Frau Abgeordnete, wie würden Sie folgende Entwicklung bewerten? Also mal vorneweg: Frau Kleedehn hat immer von den Zahlen im Mai gesprochen.

(Bärbel Kleedehn, CDU:
Anfang Mai! Anfang Mai!)

Diese liegen noch nicht vor. Das war die Statistik von April. In diesem Zusammenhang: Wie würden Sie folgende Entwicklung im Dienststellenbereich Hagenow bewerten? Hier gab es im Februar 4.605 Arbeitslose, im März 4.524 Arbeitslose und im April 4.312 Arbeitslose, das heißt ein Absenken um 6,4 Prozent? Man vergleicht so etwas ja immer mit den Vorjahreszahlen, das wusste Frau Kleedehn wohl nicht besser.

(Martin Brick, CDU: Fragen stellen! Sie sollen Fragen stellen!)

Im März 1998 waren die Zahlen um 9,5 Prozent höher

(Martin Brick, CDU: Fragen!)

und im April um 11,4 Prozent. Bewerten Sie diese Entwicklung als eine Verschlechterung?

Heidmarie Beyer, SPD: Nein. Ich denke schon, dass das deutlich ist, dass es zu einer Absenkung der Arbeitslosigkeit gekommen ist.

(Zuruf von Bärbel Kleedehn, CDU)

Dr. Margret Seemann, SPD: Ich vermute, Frau Kleedehn hat die Tabelle verkehrt herum gelesen.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Ich bitte um Fragestellung.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Danke schön, Frau Beyer.

(Harry Glawe, CDU: Na ja, ist ja gut.)

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Borchardt von der Fraktion der PDS.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

Barbara Borchardt, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Bevor ich mit meiner Rede beginne, ein paar Bemerkungen zur Rede der Abgeordneten Frau Kleedehn: Ich erinnere mich noch sehr wohl an die vollmundigen Versprechungen des CDU-Kanzlers Kohl, eine Halbierung der Arbeitslosenzahl vorzunehmen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS –
Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

Und wenn wir uns einmal genau angucken, was in Vorbereitung 1998 gekommen ist, war da nichts weiter als vollmundige Versprechungen.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Wir, SPD und PDS, haben uns bekannt dazu, dass wir die Arbeitslosenquote in Mecklenburg-Vorpommern senken wollen. Aber wir kennen auch die diesbezüglichen Probleme.

(Zuruf von Martin Brick, CDU)

Und noch eins: Wir haben nie verschwiegen, dass wir natürlich die arbeitsmarktpolitischen Instrumente nicht als die Lösung anerkennen

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

und nicht nur immer die Brückenfunktion sehen, weil die Brückenfunktion einfach nicht funktioniert. Aber fest steht auch, dass wir ohne diese arbeitsmarktpolitischen Instrumente keine Entlastung des Arbeitsmarktes erreichen werden,

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

weil die Wirtschaft die Arbeitsplätze zur Zeit nicht schaffen kann.

Nun kann man uns ja permanent vorwerfen, wir wollen die Wirtschaft nicht fördern und wir sollten noch mehr Geld da hineinstecken.

(Minister Till Backhaus: Nicht, dass
Ihr Euch jetzt noch das Kratzen kriegt.)

Gucken Sie sich bitte die Zahlen in Sachsen an, wo absolut nur darauf gesetzt wird, die Wirtschaft zu fördern. Da gibt es einen rasanten Anstieg der Arbeitslosigkeit. Auch dazu sollten Sie mal Stellung nehmen.

Zu den Steuergeldern: Gucken wir uns an, was in den ersten Jahren passiert ist mit Steuergeldern, die nämlich durch die Treuhand und durch die Regierung ausgegeben wurden bei der gesamten Frage der Umstrukturierung der Betriebe. Da haben Sie nicht danach gefragt. Hier, bei 3 Millionen DM, wird danach gefragt,

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

wie denn unsere BürgerInnen dazu stehen. Auch dazu sollten Sie sich bekennen.

Nach der Behandlung des Antrages der Landesregierung zur weiteren Beteiligung des Landes an Gesellschaften mit beschränkter Haftung in den Ausschüssen kommen wir heute zur Abstimmung. Das Ergebnis der Beratungen wurde vom Kollegen Baunach hier ausführlich dargestellt, dem ist wohl kaum etwas hinzuzufügen. Dennoch gestatten Sie mir ein paar Worte.

Es ist wohl ein offenes Geheimnis, dass der vorliegende Antrag quer durch alle Fraktionen umstritten war. Das spiegelt sich auch im Abstimmungsverhalten in den einzelnen Ausschüssen wider. Dabei spielen sicherlich die unterschiedlichsten Gründe eine Rolle.

Nun habe ich gehofft, dass insbesondere von der CDU-Fraktion dargestellt wird, welche Alternativen es denn nun zur Weiterführung der Gesellschaften gibt. Allein nur die Fusion beider Gesellschaften zu fordern ist wohl ein bisschen wenig. Wenn, wie im Bericht des Ausschusses dargestellt, die CDU-Fraktion der Auffassung ist, „Die Unterrichtung der Landesregierung auf Drucksache 3/1226 habe weder die Notwendigkeit noch die Sinnhaftigkeit des Fortbestehens zweier Gesellschaften deutlich machen können.“, dann hätte ich zumindest erwartet, dass Sie dies auch in der Diskussion inhaltlich untersetzen. Aber – und das ist leider nichts Neues und begleitet uns ja in jeder Landtagssitzung – erst wird heiße Luft produziert und dann kommt nur kaltes Wasser.

(Martin Brick, CDU: Das ist so, ja?)

Und zum wiederholten Male wird versucht darzustellen, dass die Landesregierung falsche Schwerpunkte in Bezug auf die Schaffung von Arbeitsplätzen setzt.

(Harry Glawe, CDU: Stimmt das nicht?)

Warum, meine Damen und Herren von der CDU, nehmen Sie nicht zur Kenntnis, dass wir nach wie vor noch auf die Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik angewiesen sind?

(Harry Glawe, CDU: Aber die
schlagen doch jetzt zurück.)

Warum nehmen Sie nicht zur Kenntnis, dass die Politik der Regierung auf die Schaffung von Arbeitsplätzen auf dem so genannten ersten Arbeitsmarkt ausgerichtet ist? Hier werden nur wurden nur andere Akzente und Ansprüche gesetzt, die auf den Bedarf und die Anforderungen der unterschiedlichen Akteure auf dem Arbeitsmarkt gerichtet sind, eben nicht wie in den vergangenen Jahren nach dem Gießkannenprinzip.

(Harry Glawe, CDU: Aua, aua, aua!)

Und dazu brauchen wir in unserem Land Strukturen. Aber nicht nur das. Wir brauchen Indikatoren zur Effizienzkontrolle der einzelnen Programme, wir brauchen Konzepte, wie wir denn dem Anspruch der Regionalisierung gerecht werden können. Und da reicht mir das, was in den Konzepten festgeschrieben wurde, nicht aus. Aber – und das sage ich nicht in Richtung Verantwortung der Regierung, sondern an uns als Abgeordnete – konkrete Ansprüche an die Arbeit der Trägergesellschaften wurden von uns nicht diskutiert, weder in den Beratungen der Ausschüsse noch in den Fraktionen.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Glawe?

Barbara Borchardt, PDS: Ja.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Bitte, Herr Glawe, fragen Sie.

Harry Glawe, CDU: Frau Borchardt, können Sie uns Auskunft geben, wie viele Ausgründungen geplant sind auf den ersten Arbeitsmarkt, um sozusagen Personen aus diesen Beschäftigungsgesellschaften auf den ersten Arbeitsmarkt auszugründen? Können Sie das beziffern?

Barbara Borchardt, PDS: Das kann ich jetzt nicht.

Harry Glawe, CDU: Aber das wäre doch ein interessantes Argument.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Ist das denn eine Frage?)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Bitte Fragestellung!

Harry Glawe, CDU: Aufgrund Ihrer Rede, die Sie jetzt vorgetragen haben,

(Gerd Böttger, PDS: Frage!)

müssten Sie eigentlich die Zahlen haben, die Ziele beschreiben können, mit denen Sie jetzt

(Kerstin Kassner, PDS: Das ist keine Frage. –
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Was ist denn hier los?!)

den Arbeitsmarkt beleben wollen.

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Barbara Borchardt, PDS: Ich kann nur feststellen, dass es sehr, sehr schwierig wird – und das haben wir auch immer betont –, Ausgründungen vorzunehmen. Und Sie werfen uns vor, dass wir jetzt planwirtschaftlich vorgehen wollen, und sagen, also wir machen jetzt 20 Betriebe, die wollen rein. Und dann fragen Sie uns, ob uns das geglückt ist. Ich denke, man sollte versuchen, die Initiativen, die es gibt, die Ideen, die letztendlich auf den unterschiedlichsten Ebenen vorhanden sind, zu bündeln und Ausgründungen in den unterschiedlichsten Bereichen vorzunehmen.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Ich glaube, da liegen genug Vorschläge vor.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Gestatten Sie noch eine Zusatzfrage, Frau Abgeordnete?

Barbara Borchardt, PDS: Ja.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Bitte, Herr Glawe.

(Angelika Gramkow, PDS: Und die Namen für die Ausgründungen der TGS, die stelle ich Ihnen gerne zur Verfügung. –
Zuruf von Ministerin Dr. Martina Bunge)

Harry Glawe, CDU: Ist Ihnen bekannt, dass zurzeit ABM- und SAM-Stellen gekürzt werden im Land?

Barbara Borchardt, PDS: Nein, ABM- und SAM-Stellen werden nicht gekürzt.

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Das Problem, das wir haben, ist zurzeit, dass wir nicht mehr die finanziellen Mittel zur Verfügung haben durch die Bundesanstalt für Arbeit, die wir in dem Wahljahr gehabt haben,

(Angelika Gramkow, PDS: Richtig, weil die Wahl-ABM gestrichen worden sind.)

da es nämlich die Reduzierung gegeben hat. Jetzt wird im Grunde genommen versucht, das wieder auf die ganz normale Ebene zu bringen.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Und daran knastern wir im Land, aber nur daran.

(Dr. Martina Bunge, PDS: Und außerdem kommen 70 Ausgründungen bis zum Sommer. Das hat der Minister vorhin erläutert. Sie haben nicht zugehört. – Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Die sind vorgesehen. Aber für die fünf Jahre, wie gesagt, kann ich ...

Harry Glawe, CDU: Würden Sie es als günstig bezeichnen, wenn wir, ich sage mal, rund 55.000 Langzeitarbeitslose im Land haben und dagegen, wie Frau Ministerin gerade ausgeführt hat, 70 Neueinstellungen haben? Ist das in Ordnung?

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der PDS –
Kerstin Kassner, PDS: Ausgründungen, nicht immer einzelne Personen, Herr Glawe!
Das müssen Sie doch wissen!)

Oder Ausgründungen haben. Ist das ein gesundes Verhältnis?

(Angelika Gramkow, PDS: Das ist ein guter Ansatz, Herr Glawe.)

Barbara Borchardt, PDS: Es ist zumindest etwas. Ich glaube, wir sind uns darüber einig, dass jeder Arbeitsplatz, der existenzsichernd hier geschaffen wird, wichtig ist für dieses Land.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und einzelnen Abgeordneten der SPD –
Heinz Müller, SPD: Sehr richtig. Sehr richtig.)

Jeder Arbeitsplatz! Und daran würde ich das auch messen und nicht nur daran, ob das ein Verhältnis ist. Ich habe vorhin gesagt, wir sind uns darüber einig und das haben wir als PDS immer kritisiert. Und Ihre Bundesregierung hat es forciert, die arbeitsmarktpolitischen Instrumente als Brückenfunktion zu verfestigen. Wir haben immer gesagt, es ist nicht die Brückenfunktion, es ist nicht die Lösung. ABM ein Jahr, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Projekten, auch SAM kann nicht die Lösung für die Zukunft sein.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS: Richtig.)

Es ist im Grunde genommen nur ein Verschiebebahnhof

(Beifall Monty Schädel, PDS)

und es ist auch nicht die Zukunft für die Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD:
Das ist richtig.)

Darüber sind wir uns auch einig und das habe ich hier auch immer wieder gesagt. Es ist wichtig für den Einzelnen, für die soziale Situation, in dem der Einzelne ist, aber nicht die Endlösung.

(Peter Ritter, PDS: Wie für die 650, die Sie im Landkreis Demmin berechnet haben.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Glawe, ich habe drei Zwischenfragen zugelassen und ...

Harry Glawe, CDU: Schade, Frau Präsidentin.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:

Es kommt ja auch nichts bei raus. –

Gerd Böttger, PDS: Sie können ja ein Bier trinken und dann können Sie die Frage ja stellen.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Bitte, Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort.

Barbara Borchardt, PDS: Kann er mir ja spendieren und dann erkläre ich ihm das.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der

SPD und PDS – Kerstin Kassner, PDS:

Frau Borchardt klärt Sie auf.)

Zum Abschluss: Wir haben alle gewusst, dass die heute zu treffende Entscheidung auf uns zukommt. Wir haben alle gewusst, dass es über die Beibehaltung der Trägergesellschaften schon immer unterschiedliche Aussagen gegeben hat, nicht erst in dieser Wahlperiode, nein, und auch nicht nur aus Sicht der PDS-Fraktion. Ich hoffe, dass wir gemeinsam diese Problematik nicht aus den Augen verlieren, dass wir auch durch unser Wirken in den Wahlkreisen die Umsetzung der Konzepte kritisch begleiten, Unterstützung geben und somit auch einen Beitrag leisten werden, um der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit nicht nur mit Worten zu begegnen. Die PDS-Fraktion stimmt der Vorlage zu. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS

und einzelnen Abgeordneten der SPD –

Angelika Gramkow, PDS: Ganz stark hast du das gemacht.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Borchardt.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Bau, Arbeit und Landesentwicklung empfiehlt, den Antrag der Landesregierung auf Drucksache 3/1210 unverändert anzunehmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenprobe. – Danke.

(Lutz Brauer, CDU: Nach solch einer Rede können wir nicht anders.)

Stimmhaltungen? – Danke. Damit ist die Empfehlung des Ausschusses für Bau, Arbeit und Landesentwicklung auf Drucksache 3/1309 mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der PDS, bei vier Stimmhaltungen, gegen die Stimmen der Fraktion der CDU angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 9:** Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD, CDU und PDS: Behandlung von Unterrichtungen aus der zweiten und dritten Wahlperiode, Drucksache 3/1290.

Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und PDS: Behandlung von Unterrichtungen aus der zweiten und dritten Wahlperiode – Drucksache 3/1290 –

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache nicht vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und PDS auf Drucksache 3/1290. Wer diesem Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenprobe. – Stimmhaltungen? – Danke. Der Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und PDS auf Drucksache 3/1290 ist mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der PDS, der Fraktion der CDU bei einer Gegenstimme angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 10:** Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD und PDS – Armuts- und Reichtumsberichterstattung, Drucksache 3/1297.

Antrag der Fraktionen der SPD und PDS: Armuts- und Reichtumsberichterstattung – Drucksache 3/1297 –

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Dr. Seemann von der Fraktion der SPD.

Dr. Margret Seemann, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Schon auf der Landesarmutskonferenz 1996 wurde zu Recht bemängelt, dass statistisches Material, zum Beispiel bezogen auf die Einkommensverhältnisse in Mecklenburg-Vorpommern, bisher noch nicht in notwendiger Qualität und Quantität vorliegt, und deshalb wurden die politischen Instanzen aufgefordert, für entsprechendes detailliertes empirisches Material zu sorgen. Dies kam auch in Gesprächen der Koalitionsfraktionen mit Experten zutage.

Zahlreiche Kommunen und Bundesländer haben mit einer regelmäßigen Berichterstattung über die Entwicklung sozialer Benachteiligung und Ausgrenzung in ihrem Verwaltungsgebiet begonnen. Vielerorts ist ein Sozial- oder Armutsbericht zu einer festen Einrichtung geworden. Neben den Gebietskörperschaften publizierten Verbände der Freien Wohlfahrtspflege auf örtlicher, Landes- und Bundesebene sowie die Kirchen eigene Armuts- und Sozialberichte. Auch die SPD-geführte Bundesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag eine Armuts- und Reichtumsberichterstattung aufgenommen.

Meine Damen und Herren, die nationale Armuts- und Reichtumsberichterstattung des Bundes ist jetzt in Arbeit. Damit ist ein Projekt auf den Weg gebracht, das von der alten Bundesregierung stets mit dem Hinweis verweigert wurde, dass Armut in der Bundesrepublik ja kein Problem sei, weil der Sozialstaat Armut verhindert beziehungsweise mildert. Doch auch Hilfen des Sozialamtes, die vor kurzem noch als soziale Hängematte diffamiert wurden, kaschieren nur reale Armut. Angesichts der rund 50.800 Hilfeempfänger am Jahresende 1998, von denen 19.300 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren und 12.700 Frauen und Männer im Alter von 18 bis 29 Jahren waren, bin ich deshalb anderer Meinung.

Armut hat sich im Verlauf der letzten Jahre von der klassischen Fallgruppe „alte Menschen“ auf „junge Menschen“ verlagert. Armut ist jünger geworden. Das Durchschnittsalter der Sozialhilfeempfänger ist in unserem Bundesland mit 33 Jahren bei laufender Hilfe zum Lebensunterhalt bundesweit am niedrigsten. Am weitest stärksten sind inzwischen Kinder und Jugendliche betroffen. Das außergewöhnlich hohe Sozialhilferisiko der jüngeren Bevölkerung wird außerdem in den altersbezogenen Empfängerquoten deutlich. Demnach sind Kinder unter 3 Jahren und im Alter von 3 bis 6 Jahren sowie junge Frauen von 18 bis 29 Jahren extrem häufig auf Sozialhilfe

angewiesen. Nach Darstellung der Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände und einiger Wohlfahrtsverbände sind etwa sieben Prozent aller Privathaushalte in Deutschland – in Mecklenburg-Vorpommern sogar neun bis zehn Prozent – überschuldet. Bundesweit davon betroffen sind vor allem Geschiedene, Alleinerziehende und junge Familien.

Die nationale Armuts- und Reichtumsberichterstattung wird die Datengrundlage für politische Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut in Deutschland liefern. Dass sie auch Informationen zum Reichtum unserer Gesellschaft enthalten wird, halte ich für selbstverständlich, da Armut und Reichtum untrennbar zusammenspielen. Für die Erhebung einer nationalen Armuts- und Reichtumsberichterstattung, die in den Koalitionsverträgen auf Bundes- und Landesebene aufgenommen wurde, ist eine Verknüpfung der Ebenen Kommune, Land, Bund Voraussetzung. Darüber hinaus wäre es wünschenswert, wenn auch der europäische Vergleich mit bedacht werden könnte.

Die nationale Armuts- und Reichtumsberichterstattung sowie die von uns auf Landesebene im Koalitionsvertrag benannte sollen kein Zahlengrab werden, sondern eine Berichterstattung gewährleisten, die über die Lebenslagen der Betroffenen zuverlässig und regelmäßig Auskunft gibt. Deswegen muss die Armutsberichterstattung auf eine qualifizierte Datengrundlage mit einem aussagefähigen Indikatortableau für die kleinräumige Analyse von Lebenswelten zurückgreifen können. Für die Erstellung der Indikatoren wird jedoch zunächst ein effektives Verfahren benötigt.

Wenn man sich allein die Antwort der Landesregierung auf Drucksache 2/3299 zur Armut bei Kindern und Jugendlichen ansieht, werden die Probleme bei der Erfassung von Daten deutlich. Weder liegen der Landesregierung Daten vor, wie viele Familien gleichzeitig Leistungen nach dem KJHG und dem BSHG erhalten, noch wie hoch die Zahl der Kinder und Jugendlichen zwischen 12 und 18 Jahren ist, die Sozialhilfe beziehen, weil der Unterhalt gar nicht oder unzureichend gezahlt wird. Weiterhin gibt es keine Daten, wie viele Kinder trotz Unterhaltsvorschuss Sozialhilfe beziehen.

Wie ich schon in der Debatte zu den Sozialdaten erwähnte, bleibt der Forschung somit nur der Weg über Umfrageergebnisse, wie zum Beispiel die alle drei Jahre stattfindende Einkommens- und Verbraucherstatistik, in die aber die Bezieher von monatlichen Einnahmen von mehr als 35.000 DM gar nicht erst einbezogen werden. Auf der Basis von Umfrageergebnissen kann man jedoch keine sinnvolle Armuts- und Reichtumsberichterstattung gründen.

Auch der Mikrozensus in Mecklenburg-Vorpommern macht bei 6.000 DM Monatsfamiliennettoeinkommen mit der Differenzierung Schluss, zumindest in der Veröffentlichung im Statistischen Jahrbuch. Zwar haben circa 5,2 Prozent unserer Haushalte dieses Einkommen, aber wie viele davon über 10.000 DM oder 20.000 DM Einkommen verfügen, bleibt unklar. Klar ist nur, dass 12,3 Prozent unter 1.400 DM haben, also mehr als doppelt so viele wie Verdienende mit 6.000 DM.

Trotz des überwiegenden Einvernehmens über die mit einer Armuts- und Reichtumsberichterstattung verbundenen Ziele und Aufgaben bestehen über Methodik und Vorgehensweise verschiedene Auffassungen. Schon der Begriff „Armut“ selbst, seine Definition und der Umgang

sowie die Reichweite einer Berichterstattung über Armut werden kontrovers diskutiert. Weder die Sozialwissenschaftler noch die Sozialpolitiker können sich auf ein einheitliches Verständnis der Begriffe und eine annähernd exakte Begrenzung des Themengebietes Armut, soziale Benachteiligung und soziale Ausgrenzung beziehen. Selbst Definitionen, die sich weitgehend durchgesetzt haben, erweisen sich für eine empirische Analyse als nur begrenzt geeignet.

Der lückenhafte Zustand vorhandener Statistiken, zum Beispiel bei der Einkommens- und Vermögensstatistik, schränkt die Möglichkeiten, zu empirisch gesicherten Erkenntnissen zu gelangen, zusätzlich ein. So sagte die damalige Kultusministerin Marquardt anlässlich der 2. Schweriner Wissenschaftstage zum Thema „Armut – die Herausforderung“ sehr zutreffend: „Es wird nicht reichen, die Armut in ‚relative‘ oder ‚absolute‘, in ‚verdeckte‘ und ‚bekämpfte‘ oder in ‚prekären Wohlstand‘ zu differenzieren. Auch eine Typologie von ‚Armutskarrieren‘, so erhellend die Daten sind, bleibt noch in dem wichtigen und unerlässlichen Bereich der Vorklärunge. Wie sich der Umgang mit dem Phänomen Armut künftig gestalten soll, das ist die eigentliche Kulturfrage, die vor uns steht. Sie steht vor uns, weil soziale Solidarität keine naturwüchsige Selbstverständlichkeit ist.“

Meine Damen und Herren, um den von mir benannten Missstand auszuräumen, wird ein Verfahren benötigt, wie und welche Indikatoren zu erfassen sind. Vor einer Analyse und dem Ableiten von Konsequenzen muss eine sinnvolle Erfassung erfolgen. Zunächst muss geklärt werden, welche Daten auf Grundlage welcher Indikatoren im Lande erstellt werden. Eine Vergleichbarkeit anscheinend gleicher Statistiken ist sonst häufig aufgrund unterschiedlicher Indikatoren nicht möglich. Zudem sollten die Indikatoren der Armuts- und Reichtumsberichterstattung Mecklenburg-Vorpommerns und die des Bundes aufeinander abgestimmt sein, so dass auch hier eine Vergleichbarkeit möglich ist. Denn was nützt uns ein Bericht, wenn wir die darin enthaltenen Daten mit nichts vergleichen können?

Gleiches ist übrigens auch über die nationale Armutsberichterstattung zu sagen, denn diese soll sich an die Systematik und Methodik schon vorhandener Armutsberichterstattungen auf Ebene der Kommunen und der Länder anlehnen. Das gegenseitige Abgleichen der Verfahren ermöglicht effektives Arbeiten mit den Berichterstattungen.

Meine Damen und Herren, aus den vorgenannten Gründen bitte ich um Zustimmung zu dem Ihnen vorliegenden Antrag. – Danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Dr. Seemann.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Glawe von der Fraktion der CDU.

Harry Glawe, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Armuts- und Reichtumsberichterstattung ist ein Thema, das schon seit Jahren in der

Bundesrepublik Deutschland diskutiert wird und auch in Mecklenburg-Vorpommern. Die Wohlfahrtsverbände haben sie in besonderer Weise immer wieder angemahnt, aber auch die Kirchen haben diese Berichterstattung als ein wichtiges Element betrachtet.

Das Entscheidende, so scheint es mir aber, ist, dass wir hier heute eigentlich viel zu früh über die Dinge diskutieren, denn ich hätte mir eher gewünscht, dass man so etwas in den Ausschüssen diskutiert hätte, um das Parlament von diesen peinlichen Dingen erst einmal freizuhalten.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Was ist denn daran peinlich?)

Denn immerhin meine ich schon, dass es angezeigt ist, in Ausschüssen darüber zu reden, welche Daten, Strukturen, Berichte und Datenlagen zu den einzelnen Dingen aufgerufen werden sollen.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Aber das muss doch öffentlich diskutiert werden.)

Fakt ist eins: Wir haben über 55.000 Sozialhilfeempfänger. Das ist völlig richtig. Nur ist der Maßstab, Sozialhilfeempfänger zu sein, der einzige Maßstab. Die nächste Frage ist dann: Sind nicht auch Rentner oder in besonderer Weise Frauen, die 800 DM Rente bekommen, genauso dazuzurechnen? Also über die Datenlage muss man diskutieren.

Ich halte es allerdings nicht für richtig, dass man heute wieder den Landtag mit einem Sachstandsbericht befasst, der ein Verfahren klären soll, und anschließend noch Indikatoren festlegt. Auf der anderen Seite wissen wir alle, dass derzeit in Berlin auf Bundesebene Gleiches passiert. Also will ich auch davor warnen, dass man jetzt in Aktionismus verfällt, um sich gegenseitig hier sozusagen den Rang abzulaufen.

Meine Damen und Herren, das Thema ist wichtig, allerdings halten wir die Art und Weise der Koalitionäre für wenig geeignet,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Aha!)

hier und heute die Dinge auf den Weg zu bringen, denn es muss letzten Endes gesellschaftlicher Wille sein, Armutsstrukturen abzubauen,

(Heike Lorenz, PDS: Und Reichtumsstrukturen.)

nicht zu verstärken. Und Auffangbecken für sozialistische Träumereien wollen wir natürlich auch nicht zulassen. Meine Damen und Herren, die CDU-Fraktion wird diesen Antrag ablehnen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –

Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Aha! –

Dr. Margret Seemann, SPD: Gibt es auch

Gründe dafür? – Angelika Gramkow, PDS:

Es könnten ja auch Tatsachen ans Licht kommen.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Glawe.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Koplin von der Fraktion der PDS.

Torsten Koplin, PDS: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich habe mir vorhin, bevor Sie gesprochen haben, Herr Glawe, einen kleinen Zettel hingelegt und wollte ein paar

Sachen aufnehmen, auf die ich Bezug nehmend auf Ihre Rede dann eingehen wollte.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS und Dr. Margret Seemann, SPD)

Nur, es ist so schwer, jetzt darauf etwas zu erwidern, weil der Sinn Ihrer Worte, der bleibt mir irgendwie unerschlossen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Was nur an dem Antrag, frage ich Sie, ist denn eigentlich peinlich?

(Harry Glawe, CDU: Dann müssen Sie nachdenken.)

Ja, ich will ja nachdenken. Ich will mich gerne mit Ihnen auseinander setzen. Was Frau Schnoor sagte, halte ich ja für durchaus respektabel. Wir wollen uns doch sachlich auseinander setzen im Interesse der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes. Und wenn Sie sagen – seit Jahren in der BRD oder, beim Nachlesen ist mir aufgefallen, seit 1968, auch mit Verabschiedung eines Beschlusses im Bundestag, ist eine Armuts- und Reichtumsberichterstattung gefordert worden –, wenn Sie hier wortwörtlich sagen:

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Das hat wohl die CDU immer verhindert, was?)

„Fakt ist eins: Sie haben“ – mit Adresse an uns – „55.000 Sozialhilfeempfänger ...“, das Schicksal dieser Menschen geht uns doch alle an und sollte uns alle umtreiben. Das ist hier eine Zuweisung von Ergebnissen der Politik der Opposition an die Regierungsparteien, die halte ich einfach für unakzeptabel und das muss ich aufs Schärfste zurückweisen.

Sehr geehrte Damen und Herren, seit biblischer Zeit spielen die Phänomene Armut und Reichtum eine Rolle im Zusammenleben der Menschen. So heißt es zum Beispiel in der Heiligen Schrift, Lukas 18, 25: „Eher kommt ein Kamel durch ein Nadelöhr als ein Reicher in Gottes neue Welt.“ Und in der Bergpredigt wird gesagt: „Behandelt die Menschen so, wie ihr selbst von ihnen behandelt werden wollt ...“ Matthäus 7, 12. Zwei Aussagen, die beweisen, dass seit jeher Reichtum durchaus als etwas nicht Seligmachendes gilt und Solidarität etwas zutiefst Mitmenschliches ist. Weder in biblischer Vorzeit noch heute sind Armut und Reichtum etwas, was einer Naturgewalt gleichkommt. Armut und Reichtum sind zwei Seiten einer Medaille,

(Beifall Heike Lorenz, PDS)

Frau Dr. Seemann sagte es bereits. Sie haben ihre Ursachen in der Ökonomie der gesellschaftlichen Verhältnisse, also in der Art und Weise, wie Waren und Dienstleistungen produziert, ausgetauscht und verteilt werden. Insofern ist für die PDS die Erarbeitung eines Armuts- und Reichtumsberichtes kein Dokument zur Darstellung der sozialen Situation schlechthin. Es ist ein Dokument, das gesellschaftliche Zusammenhänge auf die Situation bezogen offenbart. Es ist kein Papier, das lediglich für moralische Appelle und sittliche Entrüstung genutzt werden soll.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Heike Lorenz, PDS)

Das darf es auch nicht.

Seitens der PDS sehen wir in einer Armut- und Reichtumsberichterstattung ein Instrument für die Zukunftsgestaltung unseres Landes. Mit dem dann vorhandenen Wissen um Fakten und Zusammenhänge gilt es, Instrumente zu benutzen, um verfassungsrechtliche Grundsätze zu verwirklichen, so das Recht auf die Würde des Menschen, das Recht auf die freie Entfaltung der Persönlichkeit und das Recht auf Leben und die körperliche Unversehrtheit.

Für uns demokratische Sozialisten ist eine Armut- und Reichtumsberichterstattung erklärtermaßen Mittel zum Zweck. Das Mittel ist der Bericht selbst. Zweck ist es, durch organisiertes Vorgehen allen Bewohnern unseres Landes die Mittel für ein selbstbestimmtes Leben und zur freien Entwicklung ihrer Fähigkeiten zu sichern, und das in stets wachsendem Maße.

Sehr geehrte Damen und Herren, zum ...

Entschuldigung, ich bin noch so aufgeregt. Dass das eine Peinlichkeit ist,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

wissen Sie, das macht mich so betroffen. Wir müssen uns gemeinsam bemühen, Arbeitslosigkeit abzubauen.

(Harry Glawe, CDU:
Haben Sie die Zahlen nicht?)

Wir müssen uns gemeinsam bemühen, der Armut Herr zu werden, die Armut zu bekämpfen. Das ist unser gemeinsames Anliegen.

(Harry Glawe, CDU: Denken Sie mal an die Frauen, die 500 Mark Rente haben und weniger!)

Alles schlägt fehl, wenn wir dahin kommen, dass wir uns an solchen Sachen, nämlich auf dem Rücken der Betroffenen, derartig auseinander setzen. Das treibt mich einfach um.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Harry Glawe, CDU: Jaja.)

Also, zum einen ermöglicht eine Armut- und Reichtumsberichterstattung konkrete Aussagen zur Lebenssituation von Menschen in sozialer Notlage.

(Harry Glawe, CDU: Sie können sich hinstellen und in der Regierung alles abstimmen. Dann brauchen Sie sich hier im Parlament nicht hinzustellen. – Heike Lorenz, PDS: Das mussten Sie aber auch schon.)

Zum anderen kann sie Auskunft zur Dimension überdurchschnittlichen Wohlstandes geben.

Uns allen ist wohl schon die landläufige Auffassung begegnet, dass dort, wo es Armut gäbe, dieselbe offenkundig wäre und dort, wo es Reichtum, sprich auch Kapital, gäbe, es scheu wie ein Reh sei. Ich denke, dem ist nicht so. Eine solche Auffassung ist viel zu einseitig. Armut ist viel mehr als auffällige Erscheinung wie ungepflegtes Äußeres, schlechte Zähne, üble Gerüche, verwahrloste Kleidung und so weiter. Ich behaupte, dass Armut auch als Resignation, als Rückzug auf das Fernsehprogramm als gesellschaftliches Ereignis, als Einsamkeit, Krankheit oder Aggressivität daherkommt. Armut hat also viele Facetten, sichtbare wie verschämte.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Reichtum wiederum wird als Kontrast zur Armut betrachtet. Einkommens- und Vermögensreichtum sieht, wer offenen Auges durchs Leben geht. Symbole von Reichtumskarrieren sind durchaus erkennbar.

Sehr geehrte Damen und Herren, es gibt seit 1993 im Landtag die verschiedensten Bestrebungen, ein Instrument zu erhalten, das als Grundlage für fundierte Schlussfolgerungen zur Entwicklung in unserem Land dienen kann. Damals entschied man sich für eine Sozialberichterstattung über ausgesuchte Problemlagen, das heißt für eine qualitative Berichterstattung. Die Quantitäten einzelner Tatbestände stehen dem interessierten Politiker schließlich in zahlreichen Quellen zur Verfügung. Aber zielgerichtete Politik erfordert ein regelmäßig eingesetztes Beobachtungsinstrument, das nicht nur punktuell, sondern lebenslagenorientiert widerspiegelt, das nicht auf der Grundlage veralteter Daten nur Analysen längst vergangenen Handelns bietet, sondern das echtes, vorausschauendes Agieren und damit Politik im wahrsten Sinne des Wortes möglich macht.

In einer Einschätzung zur bisherigen Landessozialberichterstattung durch das Sozialministerium heißt es – und auch das ist eben ein Grund, warum wir das hier zur Sprache bringen wollen:

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

„Wichtige politische Entscheidungen werden auf einer empirischen Basis getroffen, die nicht notwendigerweise die Problemlage im Land widerspiegeln. So werden Verteilungsmaßstäbe für Fördermittel im sozialen Bereich aufgrund einer Pro-Kopf-Verteilung ausgereicht, ohne eine tatsächlich proportionale Verteilung der Problemlagen nachgewiesen zu haben, territoriale Disproportionen und Disparitäten bleiben unbeachtet.“

Es muss unser gemeinsames Ziel, Herr Glawe, sein – aller politischen Ebenen, vom ehrenamtlichen Bürgermeister bis zum Mitglied des Landtages –, im Interesse der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes an einem Strang zu ziehen und in eine Richtung. Bisher scheint es jedoch zuweilen an einer einheitlichen Sprache zu mangeln. Anders kann ich mir eine kürzlich ausgesprochene Ablehnung des Städte- und Gemeindetages Mecklenburg-Vorpommern am Mitwirken des Zusammentragens von Sozialdaten nicht erklären.

Anliegen eines Armut- und Reichtumsberichtes für unser Land ist es eben nicht, neue Datenfriedhöfe zu schaffen, noch mehr Arbeitskraft in ungelesenes Papier zu verschwenden. Ganz im Gegenteil, es geht uns darum, die auf den unterschiedlichen Ebenen vorhandenen Datensammlungen dergestalt zusammenzuführen, dass wiederum alle Ebenen auch einen Nutzen für ihre Aufgaben daraus ableiten können. Schließlich ist es doch so, dass es ohnehin in den meisten Kommunen – wenn auch nicht eine systematische Sozialplanung, so doch nach gesetzlichen und kommunalpolitischen Vorgaben – eine Vielzahl von Datenerfassungen gibt, für die kein zusätzliches Personal zur Verfügung gestellt werden müsste.

Ergebnis einer Abstimmung der zu erfassenden Daten könnte auch sein, dass Kommunen bisher nicht zentral erfasste Daten dem Land zur Verfügung stellen und im Gegenzug dafür zum Beispiel der jährlich durchgeführte Mikrozensus auch auf die kommunale Ebene bezogen ausgewertet werden kann. Bisher erfolgt dieses nur für das Land selbst und für die Großstädte, denn gerade im

Rahmen des Mikrozensus, deswegen sage ich das, werden solche Angaben erhoben, zu denen Kommunen sonst keinerlei Zugang haben, wie zu Angaben zu Haushalts- und Familienzusammenhängen, Renten- und Pflegeversicherung, Quellen des Lebensunterhaltes, der Wohnsituation, der Gesundheit und vieles andere mehr. Es kann beispielsweise für die Kommunen nicht uninteressant sein zu erfahren, wie sich die Kaufkraft in ihrem Zuständigkeitsbereich entwickelt, ob durch den so genannten Speckgürtel-effekt und dessen Umkehrung auch für die Städte unseres Landes Tendenzen der Verarmung drohen. Bisher liefert lediglich die Sozialhilfestatistik Anhaltspunkte, die auf bundesweit einheitlicher Basis erhoben wird, aber auch nur eine Stichtagserhebung zum 31. Dezember eines Jahres darstellt.

Ich denke, sehr geehrte Damen und Herren, dass daran deutlich wird, wie komplex die Betrachtung zu einer Armuts- und Reichtumsberichterstattung sein muss. Das politisch Wertvolle besteht darin, dass eine Armuts- und Reichtumsberichterstattung sowohl im Bund, woran ja ebenfalls gearbeitet wurde, Frau Dr. Seemann nannte es, als auch in unserem Land etwas in seiner Umfänglichkeit Neuartiges darstellt. Für die PDS ist dieser Umstand ein Aspekt einer neuen, einer anderen Politik, die sich von der der Vorgängerregierung bewusst abhebt.

(Präsident Hinrich Kuessner
übernimmt den Vorsitz.)

Sehr geehrte Damen und Herren, mit Blick auf die aktuelle Diskussion über die Steuergesetzgebung sehen wir seitens der PDS im Zusammenhang mit dem Thema Armut und Reichtum den Umstand als kritisch an, dass die Absicht besteht, neben dem Eingangssteuersatz und einer Erhöhung des Existenzminimums, was wir ausdrücklich begrüßen, allerdings noch für zu gering halten, auch den Spitzensteuersatz zu senken. Es wird auch gewollt, große Unternehmensverkäufe nur halb zu versteuern, während der kleine Bäcker um die Ecke, ich nehme mal dieses Beispiel, im Fall der Unternehmensveräußerung voll besteuert werden soll. Diese Vorhaben verstärken aus unserer Sicht Mechanismen, die bewirken, dass die Reichen immer reicher werden und die Armen keine merkliche Minderung ihres Schicksals erfahren.

Insofern bleibt der Zustand bestehen, dass die Reichen in unserem Land mit staatlichem Wohlwollen keinen adäquaten Anteil an der so notwendigen Solidarität leisten, ganz zu schweigen davon, dass das Verfassungsgebot des Artikels 14 des Grundgesetzes nicht erfüllt ist, in dem es heißt „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich“ – und ich betone das „zugleich“, denn es heißt „zugleich“ und nicht „später“ oder „irgendwann“ – „dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“

Sehr geehrte Damen und Herren, der Armuts- und Reichtumsbericht soll ein differenziertes Bild der sozialen Lage unter Verteilung materieller Ressourcen im Land zeichnen und damit für alle Entscheidungsebenen eine kompetente Grundlage liefern.

Lassen Sie mich abschließend auf den Sozialwissenschaftler Dr. Rosenbrock verweisen. Er belegte im vergangenen Dezember auf dem Kongress „Armut und Gesundheit“ in Berlin anhand empirischer Untersuchungen, dass arme Menschen eine um etwa sieben Jahre kürzere Lebenserwartung haben als reiche Menschen. Ein Zustand, der aufgrund der sozialen Stellung bewirkt, dass beispielsweise ein Professor eine um sieben Jahre höhe-

re Lebenserwartung hat als ein Sozialhilfeempfänger, ist inhuman, verfassungswidrig und unseres Landes unwürdig.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Eine Armuts- und Reichtumsberichterstattung muss Hilfsmittel zur gezielten Bekämpfung von Armut sein. – Ich danke Ihnen für das Interesse.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Dr. Seemann von der SPD-Fraktion.

Dr. Margret Seemann, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete!

Herr Kollege Glawe, ich habe zwar vernommen, dass Ihre Fraktion dem Antrag nicht zustimmen will, aber die Gründe konnte ich beim besten Willen Ihrer Rede nicht entnehmen. Ich möchte aber vorneweg gleich betonen, dass die Fraktion der SPD eine Abstimmung in der Sache hier heute im Parlament und keine Überweisung in den Ausschuss haben möchte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ein Problem der Armutsberichterstattung ist die unterschiedliche konzeptionelle Anforderung. So wird in den meisten Fällen erwartet, dass auch praktische Konsequenzen und notwendige Handlungskonzepte in die Berichterstattung einbezogen werden. Dazu könnte die Formulierung von Handlungszielen, die Definition von Indikatoren, das hatte ich vorhin schon gesagt, aber auch die Erfolgskontrolle von Maßnahmen gehören. Ein solches Vorgehen wird vor allem auch in der Gesundheitsberichterstattung in den Ländern erörtert.

Das Land Nordrhein-Westfalen hat zum Beispiel für die Gesundheit bereits die Definition von Politikzielen vorgenommen und eine Berichterstattung auf der Basis von Indikatoren begonnen. Entscheidend für die Konzeption einer Armutsberichterstattung ist meines Erachtens aber auch die Berücksichtigung der Lebenslagen der mutmaßlich von Armut oder sozialer Benachteiligung betroffenen Personen und Familien. Herr Koplín ist darauf ja auch schon eingegangen. Allein mit statistischen Indikatoren lässt sich die Situation nur unzureichend beschreiben. Jede statistische Darstellung, meist auf der Basis der Erhebung zu einem bestimmten Zeitpunkt, muss gegenüber dem alltäglichen Leben und den Übergängen zwischen akuter Armut, Armutsgefährdung und potentieller Armut abstrakt bleiben. Vor diesem Hintergrund wird das gesellschaftlich und politisch sensible Thema Armut zwangsläufig immer wieder zum Gegenstand häufiger Kontroversen über Datengrundlagen und Definitionen. Aus diesem Grunde plädiere ich für die Verbindung von klar bestimmter quantitativer Analyse mit einer wissenschaftlich sauberen deskriptiven Analyse, aus der Handlungsleitlinien für unterschiedliche politische und gesetzgeberische Maßnahmen abgeleitet werden können.

Meine Damen und Herren, eine Armutsberichterstattung, die der Entwicklung und Realität von Armut und sozialer Benachteiligung möglichst nahe kommen will, kann sich aber nicht allein auf die Wiedergabe verfügbarer statistischer Daten oder aktueller Forschungsbefunde beschränken. Was Armut heute bedeuten kann und welche Schlussfolgerungen für politisches Handeln sich daraus ergeben, sollte zudem durch verschiedene Wege der

Wahrnehmung ergründet werden. Individuelle Armut wird unabhängig von amtlich gesetzten Werten gefühlt und erlebt. Nicht selten reicht das Erlebnis einer alleinstehenden Mutter, dem Kind den Schulausflug aufgrund der anfallenden Kosten zum Beispiel nicht ermöglichen zu können. Aus der theoretischen Armutsdiskussion abgeleitete und für die empirische Forschung operationalisierte Armutsgrenzen müssten weit über die Dimension der Einkommen hinaus Prozesse sozialer Ausgrenzung einbeziehen.

Es ist mittlerweile allgemein bekannt, dass Armut kein rein finanziell-materielles Problem ist, sondern vor allem ein sozial-strukturelles und sozial-psychologisches. Dementsprechend sollte der Aspekt der Dynamik von Armut mit untersucht werden, denn qualitativ ist eine Armutssituation mit einer Dauer von wenigen Monaten etwas völlig anderes als jahrelanges Verharren in einer als arm zu klassifizierenden Lebenslage. Diese Anforderungen sind derzeit in der empirischen Forschung kaum umsetzbar. Sie machen jedoch deutlich, dass Armut vermutlich mit einer einfachen Armutsgrenze kaum adäquat zu erfassen sein wird. Die Notwendigkeit der Verfeinerung empirischer Messinstrumente zur Erfassung von Armut wird auch in Expertenkreisen diskutiert. Die eigentliche Schwierigkeit besteht jedoch darin, eine der Komplexität des Problems gerecht werdende Lösung zu finden.

Meine Damen und Herren, in unserer Gesellschaft ist die zunehmende Armut vieler Menschen immer noch ein verdrängtes Thema. Herr Glawe, und den Eindruck hatte ich bei Ihnen auch, wenn wir das mal still und heimlich im Ausschuss beraten sollen.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Existenzielle Nöte von Frauen, Männern, Jugendlichen und immer mehr Kindern gehören zu den Tabus unserer Zeit, an die sich kaum jemand traut. Wir mussten in den letzten Jahren zur Kenntnis nehmen, dass die Armut als Massenerscheinung wieder Einzug in Deutschland gehalten hat. Statt zu verschleiern, Herr Glawe, müssen wir uns diesem Problem widmen und konkrete Lösungen entwickeln. Dafür brauchen wir ein Zusammenwirken der verschiedenen Politikbereiche und die Kooperation aller gesellschaftlichen Gruppen.

Meine Damen und Herren, die CDU-geführte Bundesregierung hatte mit ihrer Politik der Umverteilung zur Verarmung breiter Schichten der Bevölkerung beigetragen. Reiche wurden überdurchschnittlich begünstigt und Arme zunehmend an den Rand verwiesen. Als Ergebnis hatten wir am Ende der Regierungszeit Kohls eine soziale Lage, in der Sprengstoff lag. Ich hoffe, meine Damen und Herren von der CDU, Sie haben daraus gelernt, und vielleicht überlegen Sie sich ja doch, Herr Glawe, diesem Antrag zuzustimmen, denn was wir heute versäumen, lässt sich morgen nur schwer nachholen.

Meine Damen und Herren, wir wollen keine Armutspolitik im Blindflug à la Kohl. Ein Armuts- und Reichtumsbericht ist dafür die Voraussetzung. Es ist wohl heute auch in der Debatte deutlich geworden, dass schon allein die Entwicklung des Verfahrens zur Armutsbereitschaft sehr aufwendig und kompliziert ist. Deshalb haben wir dies auch der Armuts- und Reichtumsberichterstattung als Antrag vorangestellt. Ich hoffe, dass der Zeithorizont dabei ausreichend sein wird.

Ich bitte nochmals um Zustimmung heute hier im Parlament und nicht zur Überweisung und bedanke mich bei Ihnen für die Aufmerksamkeit. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Heike Lorenz, PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 3/1297. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 3/1297 mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 11:** a) Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Personalentwicklungsprogramm für Lehrkräfte an allgemein bildenden und beruflichen Schulen in Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 3/1296, in Verbindung mit b) Beratung des Antrages der Fraktionen der PDS und SPD – Umsetzung des Lehrpersonalkonzeptes, Drucksache 3/1302.

**Antrag der Fraktion der CDU:
Personalentwicklungsprogramm für Lehrkräfte an allgemein bildenden und beruflichen Schulen in Mecklenburg-Vorpommern – Drucksache 3/1296 –**

**Antrag der Fraktionen der PDS und SPD:
Umsetzung des Lehrpersonalkonzeptes – Drucksache 3/1302 –**

Das Wort zur Begründung des Antrages der Fraktion der CDU hat der Abgeordnete Herr Vierkant. Bitte sehr, Herr Vierkant.

Jörg Vierkant, CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ja, Bildung ist ein Megathema. Das demonstriert dieser Landtag in einer eindrucksvollen Art und Weise. Nicht zuletzt ist die Opposition wirklich darum bemüht, dieses Thema auch lebhaft mit zu gestalten, unter anderem auch dadurch, dass wir keine Gelegenheit in diesem Hause auslassen möchten, um dieses Thema zu debattieren. So manches Mal konnte man in den letzten Monaten den Eindruck gewinnen, dass die Koalition an dieser Sollbruchstelle Bildung die Debatte lieber gemieden hätte, da ihre Konzeptionslosigkeit gar zu offenkundig war.

Meine Damen und Herren, dass sich nun heute gerade Anträge von Opposition und Koalition, hierbei getrieben von der PDS, zu ein und demselben Thema auf der Tagesordnung befinden, zeigt anschaulich, dass scheinbar nicht nur die Opposition die Probleme im Land wahrnimmt und thematisiert, sondern dass auch wenigstens eine Regierungspartei langsam wieder Zugang zu den Problemen findet, sehr halbherzig und wieder nur mit einem Berichtsantrag zwar, aber immerhin. Dabei hat die PDS wieder einmal nicht auf ihren Vorsitzenden gehört, der gerade noch vor einigen Wochen in dieser Runde das Parlament und insbesondere die Opposition inständig angefleht hatte, die Landesregierung doch nicht immerzu mit Berichtsansträgen und Berichtsunwesen zu nerven.

Meine Damen und Herren, die CDU steht weiterhin zum Lehrpersonalkonzept. Das steht außer Frage, denn ...

(Andreas Bluhm, PDS: Das hat Herr Rehberg gestern aber anders formuliert.)

Ja, wir müssen über die Ausgestaltung dieser ganzen Geschichte nachdenken, Herr Bluhm,

(Andreas Bluhm, PDS: Aha!)

da haben Sie Recht. Aber vom Grundsatz her stehen wir natürlich zum Lehrpersonal-konzept, denn wir haben dieses ja schließlich auch mit unterzeichnet.

Das Lehrpersonal-konzept vermeidet so genannte betriebsbedingte Kündigungen und schafft für die Lehrer dieses Landes eine vielbenedete Arbeitsplatzsicherheit beziehungsweise die Möglichkeit eines würdevollen vorzeitigen Ausscheidens aus dem Arbeitsleben, auch wenn das von manchem Arbeitsamt anders gesehen wurde. Diese Sicherheit braucht der Lehrer, damit er den Kopf frei hat für seine wesentliche Aufgabe, Schüler zu erziehen und zu bilden.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, im Lehrpersonal-konzept steht eben auch der Passus, dass „bei wesentlichen Änderungen der zugrunde gelegten Sach- und Gesetzeslage oder auf Wunsch einer Seite ...“ einvernehmliche Änderungen beziehungsweise Ergänzungen des Lehrpersonal-konzeptes vorgenommen werden können. Und, Herr Bluhm, jetzt sind wir, glaube ich, an diesem Punkt, die Gesetzeslage hat sich nicht verändert, sehr wohl aber die Sachlage. Mit Inkrafttreten des Lehrpersonal-konzeptes Anfang 1996 mussten circa 11.000 Lehrerstellen abgebaut werden, um den Personalbestand der demographischen Entwicklung anzupassen. In den vergangenen Jahren haben wir dazu gute Fortschritte gemacht, dabei aber geflissentlich die negativen Auswirkungen dieses Konzeptes für die Zukunft ignoriert. Die Altersstruktur der Lehrkräfte in Mecklenburg-Vorpommern weist deutlich darauf hin, dass wir in naher Zukunft nicht mehr ausreichend Lehrer haben werden. Ja, das ist ein Paradoxon! Heute bauen wir Stellen ab, um morgen zu beklagen, dass wir nicht ausreichend qualifizierte Lehrer haben, um die noch vorhandenen Stellen zu besetzen. Die Zahlen der Lehrer unter 35 Jahre und der Lehramtsstudenten an den Universitäten zeigen aber, dass wir ähnlich zum Informatikerproblem von heute ein Lehrerproblem von morgen bekommen werden. Die Sachlage hat sich also grundlegend verändert.

Das Lehrpersonal-konzept muss in der Konsequenz so fortgeschrieben werden, dass erstens betriebsbedingte Kündigungen weiterhin eine Ausnahme bleiben, zweitens mit einer leistungsorientierten Umsetzung des Konzeptes für engagierte Lehrerinnen und Lehrer Anreize geschaffen werden und drittens junge Menschen mittelbar ermuntert werden, den Lehrerberuf anzustreben. Das alles wird das Lehrpersonal-konzept nicht leisten können. Daher ist die CDU der festen Überzeugung, dass unser Land parallel zum Lehrpersonal-konzept unbedingt ein Personalentwicklungsprogramm benötigt, um die scheinwidersprüchliche Situation aufzulösen.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie daher, dem weitergehenden Antrag der CDU zuzustimmen und den Antrag der Koalition für erledigt zu erklären. Der hier geforderte Bericht wurde übrigens durch den Bildungsminister Herrn Professor Dr. Peter Kauffold bereits umfänglich am 8. März 2000 im Bildungsausschuss gegeben und kann von jedem Abgeordneten in den Ausschussprotokollen eingesehen werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort zur Begründung des Antrages der Fraktionen der PDS und SPD hat der Abgeordnete Herr Bluhm von der PDS-Fraktion. Bitte sehr, Herr Bluhm.

Andreas Bluhm, PDS: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Koalitionsfraktionen beantragen eine Unterrichtung des Landtages über den Stand der Umsetzung und die Anpassung des Lehrpersonal-konzeptes durch die Landesregierung. Ziel der Unterrichtung ist eine umfassende Analyse der erreichten Ergebnisse, Entwicklungen und Erfahrungen, denn seit der Unterzeichnung des Vertrages durch die Landesregierung und die Vertreter der Gewerkschaften und Lehrerverbände am 08.12.1995 sind ja fast fünf Jahre vergangen. Und, Herr Vierkant, da möchte ich es dann nicht einfach allein nur auf Personalentwicklungen beschränken. Auch im inhaltlichen Bereich hat sich in dieser Zeit in der Schule viel getan und neue Erfordernisse stehen auf der Tagesordnung.

Diese Unterrichtung verstehen wir auch als einen Beitrag zur Transparenz der Arbeit beider Fraktionen mit der Koalitionsvereinbarung und der Landesregierung in Umsetzung des Lehrpersonal-konzeptes. In Ziffer 134 der Koalitionsvereinbarung ist festgelegt, dass das Lehrpersonal-konzept in regelmäßigen Abständen unter Berücksichtigung qualitativer Verbesserungen und der demographischen Entwicklung angepasst und dementsprechend umgesetzt werden soll. Im Hinblick auf die große Zahl der von den Maßnahmen betroffenen Lehrerinnen und Lehrern, Schülerinnen und Schülern sowie den Eltern ist eine hohe Transparenz und Öffentlichkeit der anschließenden Diskussions- und Entscheidungsprozesse notwendig. Auch diesem Anspruch wollen wir mit dem vorliegenden Antrag folgen.

Nun, die PDS hatte zum Lehrpersonal-konzept stets eine kritische Haltung, und das vor allem deshalb, weil die Schülerzahlen und geltenden Rahmenbedingungen von damals als Berechnungsgrundlagen für die Stellenausstattung rein statisch festgestellt und dauerhaft festgeschrieben wurden. Die Gelegenheit, die Verbesserung von Rahmenbedingungen, die durch die bildungspolitischen Entscheidungen der CDU/F.D.P.-Koalition in der ersten Legislaturperiode gegen massive Proteste rapide verschlechtert wurden, herbeizuführen, wurde nur marginal genutzt. Die Koalitionsfraktionen der SPD und PDS haben in dieser Legislaturperiode den bildungspolitischen Kahl-schlag der CDU bei den Rahmenbedingungen in der Schule ein wenig gemildert und mit dem Aufforsten begonnen.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Dazu zähle ich unter anderem:

- die Gewährleistung einer rechnerischen Unterrichtsversorgung von 100 Prozent bei all den Problemen, wie sie sich aus der Umstrukturierung der Schulämter ergeben
- die Aufstockung der Stundentafel in den Fächern Deutsch und Mathematik in den Jahrgangsstufen 1 und 2 der Grundschule
- die Parameterverbesserungen im Bereich der Ganztags-schulangebote, der Sportgymnasien und der Gesamtschulen

Auch damit wurden schon ausgebrachte so genannte kw-Vermerke für 450 Stellen verschoben.

Ich weiß, das alles reicht nicht aus, um die Defizite auszugleichen, aber es sind erste entscheidende Verbesserungen seit vielen Jahren entgegen der anzutreffenden Tendenz von Kürzungen und Abbau.

Ich möchte an dieser Stelle kurz noch einmal auf die Ziele des Lehrpersonalkonzeptes eingehen, die manchmal bei den Diskussionen um die nun nicht mehr zu vermeidenden Teilzeitregelungen vergessen werden. Ausgehend von den objektiv zurückgehenden Schülerzahlen sollen

1. der erforderliche Stellenabbau sozialverträglich gestaltet werden,
2. die vorhandenen Arbeitsplätze gesichert,
3. betriebsbedingte Kündigungen vermieden und
4. pädagogische Verbesserungen erreicht werden.

Zur Verhinderung von betriebsbedingten Kündigungen wurden 1995 vier Maßnahmen vertraglich vereinbart:

- Auflösungsvertrag mit Abfindung
- Vorruhestandsregelung
- Teilzeitvertrag 50 plus x
- Wechsel von allgemein bildenden an berufliche Schulen dieses Landes

Seit einigen Wochen liegt ja die Ergänzung des fünften Punktes „Einführung des Sabbaticals“ auf dem Tisch und befindet sich in der Umsetzung.

Die Dimensionen der Personalanpassung in diesem Bereich werden deutlich, wenn man sich die bisher vorliegenden Zahlen vor Augen führt. So sind von 1996 bis 1999 im Lehrerbereich 1.780 Stellen weggefallen. Dieses erfolgte fast ausschließlich über Maßnahmen der Abfindung beziehungsweise mit Vorruhestandsregelungen. Davon machten insgesamt 2.395 teil- beziehungsweise vollzeitbeschäftigte Lehrkräfte Gebrauch. 283 Lehrkräfte wechselten von den allgemein bildenden an berufliche Schulen. Dieser Beweis solidarischen Verhaltens der Lehrerinnen und Lehrer in diesem Land kann in einer Welt der zunehmenden Individualisierung und Ichbezogenheit nicht hoch genug geschätzt werden und dafür möchte ich mich an dieser Stelle bei den Lehrerinnen und Lehrern dieses Landes ausdrücklich bedanken.

Und nun sei mir denn doch an dieser Stelle gestattet, selbst wenn Herr Vierkant eben versucht hat, das, was Herr Rehberg gestern gesagt hat, zu relativieren, auf Herrn Rehberg von gestern noch einmal kurz einzugehen – ich zitiere aus der Pressemitteilung von dpa –, er stellte nämlich fest, „das Lehrpersonalkonzept stelle für die Union nicht die geeignete Lösung für demografische Probleme an den Schulen dar. Die Teilzeitarbeit soll nach Auffassung der Union lediglich Lehrern angeboten werden, aber nicht erzwungen werden. Das biete jüngeren Lehrern nach wie vor die Perspektive, in Mecklenburg-Vorpommern Vollzeit zu arbeiten. Ältere Lehrer könnten dagegen kürzer treten. Dafür müssten dann aber auch Entlassungen hingenommen werden.“

Das nun, meine Damen und Herren, ist wohl an Populismus kaum noch zu überbieten, denn gerade die CDU als große Fraktion in der Regierung seit 1994 hat mit dem Ministerpräsidenten und der Finanzministerin zwei der entscheidenden Verantwortlichen für das vorliegende Personalkonzept gestellt. Sie versuchen sich jetzt klammheimlich aus der Verantwortung zu stehlen und, was noch viel schlimmer ist, offensichtlich kündigt Herr Rehberg den Solidarpakt zwischen den Lehrerinnen und Lehrern auf. Um es deutlich zu sagen: Sie wollen Lehrer entlassen!

Sie wollen jüngere Kolleginnen und Kollegen gegen ältere ausspielen, Sie wollen statt Solidarität und Gemeinsamkeit Gegensätze und ungesunde Konkurrenz. Dafür sollten Sie sich schämen! Erklären Sie doch den Lehrern in diesem Land, wer aus Ihrer Sicht nicht mehr gebraucht wird, wen Sie in die Arbeitslosigkeit und eine unsichere Zukunft schicken wollen!

Ich hoffe sehr, dass die Lehrerinnen und Lehrer diese Intention wahrnehmen, denn die zu lösenden Aufgaben im Schulbereich sind ja nun in diesem Hause mehrfach ausgiebig diskutiert worden. Ganz nebenbei hätten Sie dann dafür auch noch nicht mal die Verantwortung, sie läge ja bei der Landesregierung als einem der Vertragspartner. Sie werfen der Landesregierung permanent vor, nicht genug für den Erhalt von Arbeitsplätzen zu tun, und andererseits empfehlen Sie dann, Entlassungen hinzunehmen. Das halte ich für einen schlechten Stil.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Und von Jung und Alt, von Frau und Mann und im Laufe der Zeit auch in allen Bildungsgängen werden diese Fragen zu berücksichtigen sein. Ihnen, die das christliche „C“ im Namen führen, sollte ein Atheist nicht sagen müssen, dass die Bibel mit den Worten „Einer trage des anderen Last.“ auch Solidarität in schweren Zeiten meint.

Was nicht verschwiegen werden darf, natürlich sind wir am Anfang eines langen Weges. Hatten wir in den Jahren 1991 bis 1995 jährlich über 25.000 Einschulungen, so wird im Jahr 2001 ein Tiefpunkt mit unter 8.000 Einschulungen zu verzeichnen sein. Das bedeutet einen Rückgang auf circa 32 Prozent. Positiv ist, dass ab 2004 die prognostizierten Werte von damals überschritten werden. Die Unsicherheiten allerdings durch den immer noch anhaltenden Bevölkerungsschwund in Mecklenburg-Vorpommern bleiben erhalten. Ein Aufschub der schon für das Schuljahr 1999/2000 vorgesehenen Einführung von Teilzeit an den Grundschulen konnte durch die schon genannten Qualitätsverbesserungen erreicht werden. Dieses ist ein zusätzlicher positiver Effekt. Es wurde ein Jahr gewonnen, das mag man kleinreden, aber es war für die Beschäftigten ein gewonnenes Jahr.

Zum 31. Juli dieses Jahres werden allein im Grundschulbereich fast 1.000 Stellen vakant, weitere 120 müssen für den Einstellungskorridor bei den allgemein bildenden Schulen freigehalten werden, also zusammen fast 1.100 Stellen. Von daher ist jetzt die Einführung der Teilzeitregelung 50 plus x zum 1. August nicht mehr zu umgehen. Aber das Ende der Fahnenstange ist in zweierlei Hinsicht noch nicht erreicht:

Erstens. Das Schülertal ist noch nicht durchschritten.

Zweitens. Die Teilzeitregelungen werden nach der Grundschule die weiterführenden Schulen erfassen.

Bis 2010 sind zu den jetzt wegfallenden Stellen noch insgesamt 8.119 Stellen abzubauen. Was das bedeutet, macht der Vergleich mit der Stellenausstattung nach dem Haushaltsplan 2000 deutlich. Dort sind zurzeit 16.298 Stellen an den allgemein bildenden Schulen und 2.388 Stellen an den beruflichen Schulen ausgewiesen.

Obwohl das eigentlich jedem in diesem Land bekannt ist, ist der Gedanke daran, was da noch vor uns liegt, erschreckend. Klar muss sein, dass die Verbesserungen von Rahmenbedingungen zwar eine Entlastung bringen können, das Problem als solches aber nicht beseitigen.

Trotzdem, diese Entwicklung kann als gottgegeben angesehen werden, der man sich einfach zu ergeben hat. Sie kann aber gleichzeitig auch als Chance begriffen werden, mit grundlegenden Reformen und Verbesserungen im Bildungswesen zu beginnen.

Wenn wir die Zeitung aufschlagen, Rundfunk hören oder fernsehen – allgegenwärtig ist die Diskussion um die Bildung:

- Bildung als entscheidender Zukunftsfaktor
- Bildung als Standortfaktor
- Bildung als Zukunftsvorsorge
- Bildung und ihre Qualität mit ihren Ergebnissen
- Bildung und lebensbegleitendes Lernen
- Bildung und die Sparzwänge öffentlicher Haushalte

Das sind nur einige Stichworte. Sie machen deutlich, dass ein Diskussionsprozess in Gang gekommen ist, der die gesellschaftliche Bedeutung der Bildung nach vielen Jahren des Stillstands und der Stagnation bis hin zur Ignoranz in das Bewusstsein der Öffentlichkeit zurückgerückt hat. Und auch der letzte OECD-Bericht wirft ja nun ein beredtes Bild auf die Situation von Bildung in Deutschland. Bildung ist wieder ein gesellschaftliches Thema und das ist gut so. Der Streit darum kann uns nur helfen, auch dann, wenn wir häufig der Adressat der Kritik sind, liebe Kolleginnen und Kollegen aller Fraktionen dieses Hauses. Darum möchte ich Sie parteiübergreifend dafür gewinnen, diese Aufgabe anzupacken, über die Ziele, Wege und Konzepte zu diskutieren und zu streiten. Es geht nicht um uns, es geht um die Zukunft der Kinder dieses Landes.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Und so pathetisch sich das anhört, genau da liegt der Punkt.

Wenn wir heute ausländische Spezialisten anwerben müssen oder, wie kürzlich im Max-Planck-Institut, beklagt wird, dass Hochschulabsolventen im Fach Physik Mangelware sind, und Betriebe über fehlende Ingenieure klagen, dann ist wohl doch etwas falsch gelaufen. Es ist aber auch ein Beweis für die langfristigen Wirkungen, die schnelle, häufig finanziell oder betriebs- und volkswirtschaftlich determinierte Entscheidungen in der Ausstattung der Bildung mit Finanzmitteln und Stellen nach sich ziehen. Wir dürfen nicht länger bei der Bildung ausschließlich in konjunkturellen Zyklen oder mittelfristigen Angebotsformen denken. Bildung muss Grundlage und Basis für eine Zukunft liefern, von der wir ja noch nicht einmal wissen, wie sie genau aussehen wird. Dabei kann man nur dem Grundsatz folgen: Zu viel Bildung kann nicht schaden, zu wenig schadet immer.

Die Konsequenz, die sich aus den Anforderungen an Bildung ergibt, heißt für das Lehrpersonalkonzept und die Personalentwicklung im Bereich der Lehrkräfte, dass die Durchsetzung der Qualitätsentwicklung und -sicherung, so, wie es im Konzept niedergeschrieben ist, nach diesen Prämissen neu geprüft und, wie in Ziffer 134 des Koalitionsvertrages festgeschrieben, positiv angepasst werden muss. Unbeschadet der vorhandenen Regelung im Lehrpersonalkonzept, die besagt, dass ab dem Schuljahr 2001/2002 dem rechnerischen Mindestbedarf im Durchschnitt ein zehnzehntiger höherer Lehrbedarf

anerkannt wird, müssen wir jetzt über die Einbeziehung von Rahmenparametern in die Qualitätsentwicklung entscheiden. Und dazu, meine Damen und Herren, sind aus unserer Sicht folgende Maßnahmen notwendig:

1. Notwendig ist eine Befristung von Teilzeitregelungen für die einzelnen Schularten, beginnend mit dem Grundschulbereich. Die Lehrerinnen und Lehrer in diesem Lande brauchen die klare Aussage von Politik, ab wann wieder Vollbeschäftigung im Rahmen der entsprechenden geltenden Rahmenverordnungen möglich sein wird.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

2. Wir brauchen eine weitere Aufstockung der Stundentafel im Fach Deutsch um jeweils eine Stunde zunächst in der Klassenstufe 3 und nachfolgend in der Klassenstufe 4.

(Wolfgang Riemann, CDU: Haben Sie Frau Finanzministerin schon gefragt?)

Herr Riemann, das wird alles nicht möglich sein mit dem Haushalt 2001,

(Harry Glawe, CDU: Was?! Das musste vorher passieren.)

aber Sie wissen doch viel besser als ich, was mit Mittelfristiger Finanzplanung gemeint ist. Wenn wir diese Fragen nicht jetzt entscheiden, dann kriegen wir das nie.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS –

Harry Glawe, CDU: So ist es. –

Wolfgang Riemann, CDU: Da haben Sie Recht.)

3. Es geht um die Verstärkung des Stundenvolumens für Ganztagschulen, um die Öffnung von Schule zu fördern und die Qualität zu erhöhen.

(Harry Glawe, CDU: Sehr richtig.)

4. Es geht um die Wiedereinführung von Klassenleiterstunden.

5. Es geht in Umsetzung des Qualitätssicherungskonzeptes um die personelle Stärkung der Schulaufsicht zur Einführung der vorgesehenen Beratungslehrer für Qualitätskontrolle, Evaluation und Profilbildung der Schulen in unserem Land.

6. Und es geht um die personelle Untersetzung, der mit dem Programm „Schulen ans Netz“ verbundenen neuen Aufgaben an Pflege, Wartung und Betrieb der Software und Hardware gemeinsam mit den Trägern von Schule in den Kreisen.

(Harry Glawe, CDU: Sehr gut.)

Mit Blick auf die sich immer weiter verschärfende Haushaltslage wird es heftigen Gegenwind geben, dessen bin ich mir sicher.

Seit Jahren ist der Bildungsminister nicht in der Lage, die von allen – und das parteiübergreifend – geforderten Ansprüche an Bildungsqualität zu erfüllen, weil es dort in dem Haushalt keine Spielräume mehr gibt,

(Beifall Heike Polzin, SPD)

die diesen Ansprüchen gerecht werden können. Anders gesagt, wir müssen den Punkt setzen und sagen: Schluss mit Mangelverwaltung! Hin zu mehr Möglichkeiten zur

Gestaltung progressiver Schule in Mecklenburg-Vorpommern!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Und wenn Einigkeit darin besteht, dass die Verbesserung der Qualität und Effektivität von Bildung ein gesamtgesellschaftliches Anliegen ist

(Wolfgang Riemann, CDU: Wo ist denn Frau Keler bei diesem Thema? –
Harry Glawe, CDU: Wo ist Frau Keler denn?
Müssen wir gleich mal mit ihr diskutieren.)

und eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung, dann werden wir sie mit der Strategie der Besitzstandswahrung einzelplanerischer Erbhöfe nicht lösen. Allorts wird bei knappen Kassen die Schwerpunktsetzung als ein möglicher Weg des effizienten und erfolgsorientierten Ressourceneinsatzes gepriesen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Selbst den Ministerpräsidenten interessiert das Thema nicht.)

Dass Schwerpunktsetzung bedeutet, dass andere Bereiche eingeschränkt werden müssen, wird häufig verschwiegen.

(Harry Glawe, CDU: Was?)

Aber Schwerpunkt bedeutet im wörtlichen Sinn, es ist ein schwerer Punkt, und damit sind andere Punkte leichter. Alle – teilweise widerstreitenden – Interessen auf ein oder mehrere Schwerpunkte zu verteilen

(Harry Glawe, CDU: Alles nach Vorpommern.)

und trotzdem an einer gemeinsamen Umsetzung zu arbeiten, das ist Aufgabe und Kunst von Politik. Wir sollten gemeinsam versuchen, diese Kunst zu lernen, nicht nur für uns, sondern für die Zukunft unseres Landes,

(Beifall Wolfgang Riemann, CDU)

die in der Zukunft kommender Generationen liegt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD,
PDS und Wolfgang Riemann, CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Zunächst hat der Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur um das Wort gebeten. Bitte sehr, Herr Minister Kauffold.

Minister Dr. Peter Kauffold: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich bedanke mich sehr bei Ihnen, Herr Bluhm, für Ihren engagierten, inhaltsreichen Beitrag, dem ich in vielen Punkten nichts hinzuzufügen habe. Und ich freue mich über das klare Bekenntnis des Koalitionspartners zur Bildungspolitik in unserem Lande.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Das Lehrpersonalkonzept ist eine komplexe und sehr komplizierte politische Materie und Handlungsgrundlage und erfordert bei der Handhabung und Durchsetzung sehr viel Insiderkenntnisse, muss ich sagen. Und wir haben mit dem Konzept beständig zu leben, wir haben es umzuset-

zen, wir haben es fortzuschreiben und das geschieht. Also die Fortschreibung und Umsetzung geschieht beständig und dieses Konzept wird von einer Gruppe begleitet, zu der auch die Partner gehören, die Interessenvertreter, die Vertreter von Lehrerverbänden. Das geschieht also regelmäßig und lege artis und in sehr, sehr schwierigen, auf konstruktive Lösungen bedachten Ansätzen und Beratungen. So ist das auch jetzt geschehen, zu dem Zeitpunkt, wo die Teilzeit ernst wird.

Herr Bluhm hat neben seinen grundsätzlichen Einlassungen schon sehr viele Details genannt, auf die ich mich ebenfalls vorbereitet hatte. Ich möchte hier deswegen etwas kürzen und überspringen.

Auf jeden Fall möchte ich zum Antrag der CDU auf Drucksache 3/1296 sagen, dass es dieses Antrages nicht bedarf,

(Harry Glawe, CDU: Was?)

weil die angesprochene Thematik ständiger Bestandteil der Umsetzung und Fortschreibung des Lehrpersonalkonzeptes ist, auch unter dem Gesichtspunkt der Veränderung der Altersstruktur. Die Altersstruktur bedrückt uns natürlich und die Problematik drückt uns auch, aber wir müssen mit den Fakten leben. Darauf hat Herr Bluhm schon hingewiesen. Von 1994 bis 1996, also vor der Umsetzung des Lehrpersonalkonzeptes, erhöhte sich das Durchschnittsalter der Lehrkräfte von 42,3 auf 44,1 Jahre. Von 1996 bis 1998, also seit Beginn der Umsetzung der Maßnahmen, haben wir einen leichten Rückgang von 44,1 auf 43,8 Jahre. Das ist natürlich noch nicht umwerfend, Herr Jäger, aber es ist auf jeden Fall kein dramatischer Anstieg zu bemerken. Aber der Lehrbestand ist im Altersaufbau nicht so, wie man sich das wünschen möchte. Das ist uns allen ganz klar.

Aber für, ich will mal sagen, dieses Konstanthalten dieser Linie gibt es zwei Ursachen: Erstens sind im Rahmen der Vorruhestandsregelung als einer tragenden Säule dieses Konzeptes ältere Lehrkräfte ausgeschieden. Und zweitens haben wir den Einstellungskorridor von jährlich 170 Stellen, der vor allem Berufsanfängern vorbehalten ist und vorrangig für Mangelfächer eingesetzt wird. An dieser Stelle möchte ich jedoch deutlich sagen, dass nur dieses Lehrpersonalkonzept es ermöglicht, trotz des Bedarfsrückganges diesen jährlichen Einstellungskorridor vorzuhalten und auf diesem Wege, soweit wir es vermögen, junge Leute in das System zu bringen. Junge Lehrkräfte mit Bedarfsfächern stabilisieren nicht nur die Altersstruktur, sondern sie verbessern die Unterrichtsversorgung in Fächern wie beispielsweise Englisch oder Informatik.

Das Lehrpersonalkonzept ist außerhalb unseres Bundeslandes mit viel Skepsis verfolgt worden. Wie wir aber feststellen können, machen andere Bundesländer nun Ähnliches. Mittlerweile haben alle neuen Bundesländer ähnliche Konzepte.

Ich möchte auch noch erwähnen, dass unser Bundesland im Rahmen des Lehrpersonalkonzeptes umfangreiche Mittel aufgewendet hat. Bis zum 31.07.1999 sind für die ausscheidenden Lehrkräfte durch den Vorruhestand Verpflichtungen des Landes in Höhe von insgesamt 200 Millionen DM entstanden. Das ist also ein nicht unerheblicher Aufwand, den das Land einbringt, um diese vertraglich vereinbarten Regulierungen vorzunehmen. Der Vorruhestand wird tatsächlich auch am meisten von den vorgesehenen Maßnahmen angenommen. Die ursprüngli-

chen Kosten für einen Vorruehändler wurden 1996 mit circa 80.000 DM veranschlagt. Die Kosten liegen heute bei 150.000 bis 200.000 DM. Sie sehen also, dass die Leistungen des Landes hier auch angestiegen sind.

Es wird von verschiedenen Seiten immer wieder versucht, den Eindruck zu erwecken, als würden das Lehrpersonalkonzept und das ebenfalls im Bildungsministerium angesiedelte Konzept zur Qualitätssicherung an zwei unterschiedlichen Enden des Tischtuches ziehen. Das ist nicht so. Das Lehrpersonalkonzept beinhaltet von Anfang an Maßnahmen zur Verbesserung der Unterrichtssituation und es werden selbstverständlich auch aktuelle Entwicklungen aufgegriffen. Ich möchte die Beispiele noch mal aus meiner Sicht akzentuieren:

Erstens. Seit diesem Schuljahr wird in den Jahrgangsstufen 1 und 2 in den Fächern Deutsch und Mathematik jeweils eine Stunde zusätzlich unterrichtet.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das haben wir in der letzten Legislaturperiode schon beschlossen.)

Die Abgeordnete Schnoor hat schon mal reklamiert, dass das eigentlich eine CDU-Initiative ist. Es ist mir völlig schnurz, wessen Initiative das ist, entscheidend ist, dass wir die Stunden mehr haben, um die Qualität des Unterrichtes in diesem sensiblen Bereich zu verbessern.

Zweitens. Circa 90 Prozent unserer Grundschüler erlernen zurzeit ab der 3. Klasse Englisch. In zwei Jahren werden wir dieses Angebot allen unseren Schülern machen können.

Drittens. In diesem Schuljahr ist der weitere Ausbau der Ganztagsbeschulung betrieben worden. Ich glaube, das hatte Herr Bluhm schon erwähnt. Im laufenden Schuljahr bieten landesweit 38 Schulen Ganztagsbeschulung an.

Viertens. Landesweit sind inzwischen 58 öffentliche volle Halbtagsgrundschulen mit festen Öffnungszeiten eingerichtet worden. Ich wünsche mir, dass es noch mehr werden.

Und dann haben wir schließlich auch im Ergebnis der Bildungspolitik der letzten Legislaturperiode die Kleinen Grundschulen auf dem Lande. Das ist eine sehr sympathische Maßnahme in unserem Flächenland, in dem Grundschüler jahrgangsübergreifend unterrichtet werden. Und das werden wir auch noch aufrechterhalten. Diese Kleinen Grundschulen werden in den ländlichen Räumen gebraucht.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Jetzt erst recht.)

Bitte?

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
In Zukunft erst recht.)

In Zukunft erst recht.

Unabhängig davon orientieren wir in Ballungsgebieten auf mehrzügige Schulen, denn wir müssen Ressourcen freisetzen, die dem Bildungssystem dann in dem von Herrn Bluhm geforderten Sinne wieder zugute kommen.

(Harry Glawe, CDU: Der hat aber von Schwerpunkten gesprochen.)

Und darauf müssen wir sehr sorgfältig achten, dass diese darin bleiben.

Was meinen Sie, Herr Glawe?

(Harry Glawe, CDU: Der hat von Schwerpunkten gesprochen.)

Ich habe Sie jetzt nicht ...

(Harry Glawe, CDU: Schwerpunktsetzung und dann Geld bereitstellen.)

Ja, ja, ja. Ja, ja, das habe ich wohl gehört, Herr Glawe.

(Harry Glawe, CDU: Ja, Sie haben aber noch keine Antwort gegeben. – Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU, und Harry Glawe, CDU)

Aber ich möchte auf noch einen Umstand hinweisen: Mit 19,4 Schülern pro Klasse hat Mecklenburg-Vorpommern im Grundschulbereich im Vergleich mit den anderen Bundesländern bisher die kleinsten Klassen. Das ist ja auch eine Maßnahme, die qualitativ nicht uninteressant ist, aber diese Größe werden wir nicht halten.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Was heißt das?)

Herr Bluhm hat schon darauf hingewiesen, dass es jetzt im Rahmen des Lehrpersonalkonzeptes erstmalig gelungen ist, über die planerischen Ansätze eine hundertprozentige Unterrichtsversorgung allein über Stellen zu gewährleisten und nicht nur über Stellen und Vertretungsmittel. Und ich möchte hier erwähnen, dass wir im ersten Halbjahr des laufenden Schuljahres den Unterrichtsausfall auf 2,7 Prozent haben begrenzen können. Das ist im Vergleich zu anderen Bundesländern ja keine schlechte Zahl, wenngleich uns natürlich entgegengehalten wird, dass punktuell in bestimmten Regionen und bei bestimmten Fächern der Unterricht in unvertretbarer Weise ausfällt. Ich sehe das auch. Mit diesem Problem werden wir aber wahrscheinlich, wie andere Bundesländer auch, permanent zu ringen haben.

Über die jetzt erfolgte Umsetzung des Lehrpersonalkonzeptes sind die Lehrer im Grundschulbereich bereits ausführlich informiert worden. Der Umfang der Beschäftigung im Grundschulbereich wird im kommenden Schuljahr in den staatlichen Schulämtern Schwerin und Rostock jeweils 20 Stunden und in den staatlichen Schulämtern Greifswald und Neubrandenburg jeweils 21 Stunden betragen. Das entspricht einer Beschäftigung von 74 beziehungsweise 78 Prozent einer vollbeschäftigten Lehrkraft.

Im Vergleich wären Zahlen aus anderen neuen Bundesländern nicht uninteressant. In Sachsen beträgt der Beschäftigungsumfang der Grundschullehrer zurzeit 57 Prozent, in Sachsen-Anhalt bei Grundschullehrern 81 Prozent. Dieser Anteil wird jedoch nur dadurch erreicht, dass Grundschullehrkräfte in erheblichem Umfang an weiterführenden Schulen tätig sind, und das führt zu Teilzeitbeschäftigung für Lehrer an den weiterführenden Schulen. Also das, was bei uns jetzt im Grundschulbereich einsetzt und dann in die weiterführenden Schulen übergeht, das ist in Sachsen-Anhalt bereits jetzt auf alle Schulen verteilt. In Thüringen beträgt der Beschäftigungsumfang der Grundschullehrer zurzeit 60 Prozent und in Brandenburg circa 80 Prozent. Aber das gilt dann bis zur Klasse 6. So sind also die Zahlen und Sie sehen, dass wir da auch einen Vergleich mit Sachsen – das ist ja ein von der Opposition häufig zitiertes Land – nicht zu scheuen brauchen,

(Wolfgang Riemann, CDU: Wir haben ja auch einwohnerbezogen mehr Kinder, Herr Professor.)

obwohl uns natürlich die ganze Teilzeitgeschichte große Probleme macht.

(Harry Glawe, CDU: Richtig. Ist nicht akzeptiert.)

Allen Grundschullehrkräften, die ihre Teilnahme am Lehrpersonal-konzept erklärt und durch die Unterzeichnung der entsprechenden Änderungsverträge aufrechterhalten haben, erhalten einen unbefristeten Kündigungsschutz im Umfang einer halben Stelle. Lehrkräfte, die dieses Vertragsangebot nicht angenommen haben, werden entsprechend den Bestimmungen des Lehrpersonal-konzeptes als Nichtteilnehmer gewertet und erhalten zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine Beendigungskündigung. Darüber hatten wir uns ja auch schon im Bildungsausschuss verständigt. Das hat dort allgemeine Zustimmung gefunden.

(Wolfgang Riemann, CDU: Sie werden sozialverträglich entlassen.)

Erkundigen Sie sich bei Ihren Mitgliedern aus dem Bildungsausschuss, Herr Riemann, die haben das für notwendig gehalten, dass das passiert, dass nämlich Lehrkräfte, die nicht die Solidarität mittragen, auch keinen Anspruch auf Solidarität haben.

Die Umsetzung des Lehrpersonal-konzeptes sieht vor, dass ausnahmslos alle Lehrkräfte von der Maßnahme Teilzeit erfasst werden. Betroffen sind somit auch Schulleiter und stellvertretende Schulleiter. Für diesen Personenkreis ist jedoch in Abhängigkeit von der Schulgröße ein Mindestbeschäftigungsumfang festgelegt worden, der es dem Schulleiter und dem Stellvertreter einerseits ermöglicht, ihren Leitungsaufgaben gerecht zu werden, andererseits einen solidarischen Beitrag für den erforderlichen Stellenabbau zu leisten.

Im Berufsschulbereich betrifft uns diese Problematik noch nicht aktuell, aber das Problem wächst in den Berufsschulbereich hinein. Zurzeit werden an den öffentlichen beruflichen Schulen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums 70.200 Schüler unterrichtet. Dafür stehen 2.361 hauptberufliche Vollzeit- und Teilzeitlehrkräfte und einige sonstige teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte – Honorar-lehrkräfte – zur Verfügung. Angesichts des auch hier unvermeidlichen Strukturwandels in den nächsten zehn Jahren infolge zurückgehender Schülerzahlen auf ein Drittel des heutigen Standes und der demographischen Entwicklung der Altersstruktur der Lehrkräfte ist bereits jetzt eine systematische Anpassung des Lehrkräftebedarfes zwingend notwendig. Hier ist die Altersstruktur der Lehrer ungünstiger. Sie liegt derzeit bei den hauptberuflichen Lehrkräften bei 47,3 Jahren. Das ist natürlich eine alarmierende Botschaft.

(Zuruf von Dr. Arnold Schoenenburg, PDS)

Beide Entwicklungen, das heißt Schülerrückgang und Rückgang der Zahl der Lehrkräfte durch normalen Altersübergang, verlaufen nicht parallel. Ab dem Schuljahr 2007/08 kommt es unter der Voraussetzung der Beibehaltung der jetzigen Bedingungen für die Klassenbildung und der Klassengrößen zu einem Überhang an Lehrkräften im Bereich der beruflichen Schulen, also trotz ungünstiger Altersstruktur noch ein Überhang an Lehrkräften.

Damit eine kontinuierliche Führung dieses Prozesses über den gesamten Zeitraum möglich ist, wird der Personalentwicklung hohe Priorität eingeräumt. So können Kontinuität und Qualität in der beruflichen Bildung im Rahmen der notwendigen strukturellen Anpassung gesichert und die beruflichen Schulen systematisch und zielgerichtet entsprechend den künftigen Anforderungen entwickelt

werden. Mittel- und langfristig muss es uns gelingen, diesen Prozess des Lehrerabbaus nicht zuletzt durch das Lehrpersonal-konzept, die Anwendung der Alters-telzeit und die Einführung von Arbeitszeitkonten zu regeln.

Natürlich ist es problematisch, im Berufsschulbereich, insbesondere dort, ausreichend junge qualifizierte Lehrkräfte zu gewinnen, weil die anderen Bundesländer weit attraktivere Angebote machen, als wir sie jemals machen können. Wir halten einen Einstellungskorridor von 50 Lehrern bereit. Wir versuchen, über sozusagen bundesweite öffentliche Ausschreibungen in Tages- und Wochenzeitungen, bei Arbeitsämtern und im Internet junge Absolventen für eine Lehrertätigkeit in Mecklenburg-Vorpommern zu gewinnen. Erschwerend wirkt dabei, dass die Einsatzgebiete der Lehrer an beruflichen Schulen mittel- und langfristig wegen der sich dynamisch verändernden Wirtschaft heute noch nicht verlässlich prognostiziert werden können. Es wird umso wichtiger sein, dass wir neben der Gewinnung von jungen qualifizierten Lehrkräften so genannte Seiteneinsteiger pädagogisch qualifizieren. Das betrifft einerseits die bereits an den beruflichen Schulen ohne pädagogischen Lehrerabschluss tätigen Lehrkräfte, andererseits ist es notwendig, junge wissenschaftlich ausgebildete Hochschulabsolventen, die in den Schuldienst übernommen werden, berufsbegleitend zu qualifizieren.

Meine Damen und Herren, im zweiten Teil des CDU-Antrages wird ein Thema berührt, das nach dem jüngsten OECD-Bericht besonders aktuell ist. Wenn die CDU verstärkte Werbemaßnahmen für den Beruf des Lehrers fordert, so muss sie sich zuallererst an den Fakten orientieren. Das scheint in der Opposition niemand getan zu haben.

(Wolfgang Riemann, CDU: Na, na, na!)

Sowohl die Planungsgrundlagen von 1995 als auch die aktuellen Zahlen verdeutlichen, dass wir bis zum Jahre 2010 mit einem deutlichen Überhang an Lehrern zu rechnen haben. Herr Bluhm hat ja darauf auch schon sorgenvoll hingewiesen. Gegenwärtige Prognosen sagen für das Jahr 2010 beispielsweise für den Grundschulbereich einen durchschnittlichen Beschäftigungsumfang voraus, der unter dem gegenwärtigen durchschnittlichen Umfang von circa 80 Prozent liegen wird. In den übrigen Schularten ist der Rückgang des durchschnittlichen Beschäftigungsumfanges zeitverzögert, aber keineswegs weniger drastisch.

Natürlich werden neue Lehrer gebraucht, aber eben nicht für alle Fächer, nicht für alle Bereiche. Hier wird man ganz genau analysieren müssen, welche Fächer dies in zehn Jahren und noch später unter Beachtung sich wandelnder Anforderungen sein werden. Eine pauschale Werbung jedenfalls würde Hoffnungen bei jungen Menschen wecken, die dann nach ihrem Examen nicht eingehalten werden können. Hier ist eben die Kontinuität demokratischer Regierungen gefragt. Wir müssen über die Wahlperiode hinaus an die Zukunft denken, ebenso wie ich dieses Lehrpersonal-konzept nicht erfunden habe, sondern wie ich es als Minister geerbt habe, wie ich es zu exekutieren, umzusetzen, fortzuschreiben habe.

Wodurch wird ein Beruf attraktiv? – Durch eine gute berufliche Perspektive, durch attraktive Vergütung. Machen wir uns nichts vor! Mecklenburg-Vorpommern kann in der gegenwärtigen Lage nicht den Eindruck ver-

mitteln, Lehrer würden hier einer finanziell rosigen Zukunft entgegensehen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das klingt ja fast wie die Finanzministerin.)

Was meinen Sie, Herr Riemann?

(Wolfgang Riemann, CDU: Das klingt ja fast wie die Finanzministerin.)

Ach, Herr Riemann, erzählen Sie doch hier keinen Schnee!

Die Attraktivität würde nur mit zusätzlichen finanziellen Anreizen von nicht geringer Größenordnung zu erhöhen sein.

(Harry Glawe, CDU: Jetzt kommen wir zum Thema.)

Wir müssen uns überlegen, wie und ob wir zu solchen Anreizen kommen. Mal eben beispielsweise die Umzugskosten zu finanzieren reicht nicht aus angesichts dessen, dass Lehrer anderer Bundesländer nicht von Teilzeitregelungen betroffen sind und deshalb bis zu doppelt so viel verdienen wie in unserem Bundesland.

Was bleibt also von dem Antrag der Opposition? Die Begründung geht von falschen Voraussetzungen aus. Die Bedingungen sind kompliziert. Ein Personalentwicklungsprogramm gibt es bereits in Gestalt des Lehrerpersonalkonzeptes, an dem wir ständig arbeiten. Es wird ständig der Entwicklung angepasst. Für Werbemaßnahmen ist die Situation in einer Weise, wie Sie sich das vorstellen, nicht geeignet.

Es gibt Situationen, in denen man nur zwischen zwei Alternativen wählen kann.

(Wolfgang Riemann, CDU: Pest und Cholera.)

Die Alternative zum Lehrerpersonalkonzept ist die Bedarfskündigung. Das ist zu Zeiten einer Kultusministerin in diesem Lande geschehen. Wir setzen auf die Solidarität und auf dieses Konzept, wenn wir uns auch alle im Prinzip und grundsätzlich darüber im Klaren sind, dass die Teilzeit für Lehrer nicht gerade größte Motivationsschübe setzt. Aber wir müssen uns immer wieder bemühen, mit den Menschen zu reden und ihnen deutlich zu machen, dass ein sicherer Arbeitsplatz auch eine gute Voraussetzung ist für eine kontinuierliche Arbeit im pädagogischen Beruf, der hohe Kontinuität verlangt. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Schnoor von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Frau Schnoor.

(Harry Glawe, CDU: Von den Finanzen habe ich gar nichts gehört. – Wolfgang Riemann, CDU: Steffie, jetzt kannst du den Vorruhestand für die Landesregierung fordern.)

Steffie Schnoor, CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mir scheint, wir haben nicht nur ein Problem.

(Volker Schlotmann, SPD: Die CDU.)

Aber vielleicht darf ich erst etwas auf die Vorredner eingehen. Herr Bluhm, ich finde es toll, dass Sie den Berichtsauftrag, den Sie an die Landesregierung gestellt haben, schon selber erfüllt haben. Vielen Dank dafür.

(Heiterkeit bei Angelika Gramkow, PDS – Andreas Bluhm, PDS: Ich weiß ja gar nicht, was Sie von einem solchen Bericht erwarten, aber ich verlange schon ein bisschen mehr als das, was Sie gesagt haben.)

Ja, aber ich finde toll, dass Sie uns diesen Bericht bereits gegeben haben. Damit könnte man diesen Tagesordnungspunkt in dem einen Teil als erledigt betrachten.

Sie haben – und das habe ich mit Freude gehört – in Ihren Ausführungen Forderungen an die Bildungspolitik hier kundgetan, die auch schon seit langem die Forderungen der CDU sind. Das freut mich sehr zu hören, denn es geht um unsere Kinder hier in diesem Land und es ist gut, wenn diese Kinder eine gute Bildungspolitik bekommen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Herr Bluhm, bei Ihren Verhandlungen zum Umsetzen Ihrer Forderungen mit der Frau Finanzministerin wünsche ich Ihnen viel Glück. Wir werden Sie dabei unterstützen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Wir drücken alle Daumen.)

Herr Bluhm, ich darf noch weitere Anmerkungen zu Ihren Ausführungen machen. Sie sagen, es gibt die rechnerisch hundertprozentige Unterrichtsversorgung. Diese rechnerisch hundertprozentige Unterrichtsversorgung führt zum Beispiel dazu, dass Eltern in einer Schule über ihre Kinder einen Brief mitgebracht bekommen, in dem dann steht: „Da Frau Soundso weiterhin ausfällt, steht kein Ersatzlehrer zur Verfügung. Die Eltern der betroffenen Klassen haben beantragt, den Unterricht planmäßig durchzuführen. Das bedeutet, dass tageweise eine Grundschulklasse zu Hause bleiben muss. Die betroffenen Schüler werden am Tag vorher eine Information erhalten.“ Und am Ende des Briefes: „Die Klasse 1 bleibt an diesem Tag zu Hause.“ Das ist die rechnerisch hundertprozentige Unterrichtsversorgung.

(Andreas Bluhm, PDS: Na ja, mit den Einzelbeispielen ist das so eine Sache. – Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU und PDS – Harry Glawe, CDU: Das ist ja ein dolles Ding! Das ist ja ein dolles Ding! – Zurufe von Jörg Vierkant, CDU, und Wolfgang Riemann, CDU)

Aber das ist das, was zählt, nämlich dass diese Kinder, dass jede Klasse an einem Tag in der Woche keinen Unterricht hat. Das ist das, was zählt.

(Harry Glawe, CDU: Kriegen wir zu Hause Privatunterricht, Herr Kauffold?)

Und, Herr Minister, wenn Sie darstellen, dass das Verfahren zur Umsetzung des Lehrerpersonalkonzeptes so klar ist und so gut läuft, dann frage ich mich allerdings: Was geschieht mit den derzeit anhängigen Klagen und wie werden sie wohl ausgehen? Wird dann dieses Konzept in der gleichen Form weiter umgesetzt werden?

Aber gehen wir erst mal auf andere Dinge ein. Wir haben also alle gemeinsam festgestellt, es gibt ein Problem,

(Harry Glawe, CDU: Haben wir nicht.)

und dieses Problem müssen wir heute lösen. Es ist nämlich kein Problem für morgen, denn jeder von uns wird

den einen oder anderen Schulrat seiner Region kennen, der händerringend nach qualifizierten Lehrkräften für seine Schule sucht, um regulär oder für Vertretungen einzustellen. Es geht partiell schon so weit, dass Eltern in Zeitungen inserieren, um Lehrer für ihre Kinder zu finden. Mein Kollege Rehberg hat in einer der letzten Debatten einen solchen Fall aus der „Ostsee-Zeitung“ zitiert. Und, meine Damen und Herren, das ist kein Einzelfall.

Ein Problem habe also nicht nur ich, wenn wir feststellen müssen, dass frisch eingestellte Lehrer mit unbefristeten Arbeitsverträgen ihren Dienst nicht antreten und ihre Arbeitsverträge zurückgeben. Das tun sie mitunter mit dem Hinweis, dass man ihnen beim Unterschreiben der Papiere auch noch die Verpflichtungserklärung zum Lehrpersonalkonzept untergejubelt hat. Das ist eine Situation, die nicht nur unbefriedigend, sondern für die Entwicklung des Landes geradezu schädlich ist.

Wie es mein Kollege Jörg Vierkant bei der Einbringung schon zum Ausdruck brachte, bei der Unterzeichnung des Lehrpersonalkonzepts 1995 waren SPD und CDU vor allem darauf bedacht, betriebsbedingte Kündigungen zu vermeiden. Das Lehrpersonalkonzept wurde damals von allen Seiten so interpretiert, dass es durchaus motivierend wirken könnte, Lehrern über ein solches Konzept Arbeitsplatzsicherheit zu gewährleisten. Aber, meine Damen und Herren, das Gegenteil ist eingetreten. Das Lehrpersonalkonzept demotiviert den engagierten Lehrer und wiegt den Lehrer, der vormittags Recht und nachmittags frei hat, in Sicherheit.

Wir haben die Erfahrungen aus 40 Jahren Gleichmacherei nicht berücksichtigt, haben wieder versucht, mit kollektiver Solidarität eigentlich Unausweichliches zu verhindern. Konkurrenz belebt bekanntlich das Geschäft. Konkurrenz und Wettbewerb auch in der Schule hätte bei der Anwendung geeigneter Mittel für die Schüler mehr gebracht als die hier praktizierte Gleichmacherei, die auch vor den Schulleitern – und das sind die Leistungsträger an den Schulen – nicht Halt macht. Daher habe ich das Lehrpersonalkonzept 1995 und 1996 mit einem lachenden und einem weinenden Auge gesehen. Es hat mich gefreut, dass die Sozialpartner im Jahr 1995 mit dem Lehrpersonalkonzept eine Möglichkeit fanden, betriebsbedingte Kündigungen zu vermeiden. Das sah das lachende Auge. Aber was ich von Anfang an kritisiert habe, ist der Umstand, dass die Qualität der Arbeit des einzelnen Lehrers in keiner Weise bei der Bemessung der Teilzeit als auch anderer Varianten des Konzepts Berücksichtigung fand. Das Konzept der Gleichmacherei führt das Lehrpersonalkonzept auf die Verliererstraße. Und das sah und sehe ich mit dem weinenden Auge.

Die Verlierer sind hierbei nicht in erster Linie die Lehrer, nein, die wahren Verlierer sind wieder einmal die Schüler.

(Dr. Ulrich Born, CDU: So ist es.)

Sie müssen sich nämlich jeden Tag mit ausgebrannten Lehrern rumplagen oder mit Lehrern, die sich sagen, ob ich nun dies oder jenes tue, mich um den oder jenen Schüler kümmerge, die Interessengemeinschaft oder den Klassenausflug organisiere, es ist gleich, ich bekomme eh nicht mehr Stunden, quasi, die Leistung wird nicht honoriert – also, was soll's?

Aber ich will mich hier nicht in Pauschalurteilen ergehen.

(Angelika Gramkow, PDS: Das ist auch besser.)

Es gibt sie noch. Es gibt noch den geborenen Lehrer, der die Schüler nicht spüren lässt, unter welchen widrigen Rahmenbedingungen er arbeiten muss und welche Probleme er vor sich herschiebt. Aber, meine Damen und Herren, diese Lehrer werden immer weniger. Und vor allem, es kommen immer weniger junge und motivierte Lehrer nach. Ein paar Zahlen, die das unterstreichen:

Meine Damen und Herren, die Antwort auf die Kleine Anfrage vom Kollegen Vierkant vom 28. Februar dieses Jahres auf Drucksache 3/1125 zeigt es deutlich. Die Brüche in den Altersgruppen sind gewaltig und in den allgemein bildenden Schulen unterrichteten im Schuljahr 1998/99 in der Altersgruppe 30 bis 35 Jahre noch 2.138 Lehrer. Das ist eine vertretbare Zahl. Aber Lehrer unter 30 Jahren hatten wir nur noch 727.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist nicht viel.)

Selbst wenn man dieser Zahl noch abrechnet, dass der Erfassungszeitraum ein geringerer ist, sehen wir in den einzelnen Schularten im Detail, dass selbst, wenn man die Referendare in den einzelnen Schularten dazurechnet, die Zahlen nicht besser werden. In der Grundschule unterrichteten 1998/99 in der Altersgruppe 30 bis 35 Jahre noch 602 Lehrer. Bei den unter 30-jährigen Lehrern waren es lediglich 214. Im Referendariat befinden sich ganze 16 Lehramtsanwärter.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Was? – Harry Glawe, CDU: Was? Da stimmt die Altersstruktur überhaupt nicht.)

Zählt man diese in der Altersgruppe der unter 30-jährigen Lehrer dazu, dann haben wir immer noch nicht, auch nicht annähernd, mit 230 Lehrern unter 30 Jahren ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen Jung und Alt.

(Harry Glawe, CDU: Wie kommt denn das?)

Aber, meine Damen und Herren, es kommt noch schlimmer. Im ersten Fachsemester für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen haben sich 1999 ganze 75 Studenten eingeschrieben.

(Dr. Ulrich Born, CDU, und Harry Glawe, CDU: Oh!)

Aber ob die hier ihr Studium beenden und dann Mecklenburg-Vorpommern als Lehrer zur Verfügung stehen, das steht noch auf einem ganz anderen Blatt. Unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen ist das kaum zu erwarten.

Das widerspiegelt auch die Zahl der Referendare. Mit der Einstellung von Referendaren sah es zum 1. Februar 2000 auch nicht besser aus. Von 50 möglichen Referendarstellen im Haupt- und Realschulbereich konnten nur 7 besetzt werden.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Was? – Harry Glawe, CDU: Das wird ja immer schlimmer. Wie kommt denn das?)

In diesem Bereich sind die Umbrüche noch gravierender als im Grundschulbereich. Haben wir da noch 1.011 Lehrer im Alter von 30 bis 35 Jahren, so sind es nur noch 381 bei den unter 30-jährigen plus 21 Referendare. Das heißt, es sind 402 junge Lehrer im Haupt- und Realschulbereich. Anzumerken dabei ist natürlich, dass gerade diese Schulart mit Abstand die meisten Schüler hat. Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, nur 70 Studenten haben sich 1999 für ein Lehramtsstudium im

Haupt- und Realschulbereich eingeschrieben, wohlge-
merkt, an beiden Universitäten unseres Landes.

(Harry Glawe, CDU: Wie viel
werden denn davon fertig?)

Aber auch hier spiegelt das Verhältnis Student/Refe-
rendar wider, welchen Anteil wir von diesen Studenten
denn letztendlich im L.I.S.A. nach dem ersten Staats-
examen wieder begrüßen können. Und, Herr Bluhm, Herr
Minister, dann nutzt uns auch der beste Einstellungskorri-
dor nichts, wenn wir ihn nicht erfüllen können.

(Vizepräsidentin Renate Holznel
übernimmt den Vorsitz.)

Meine Damen und Herren, wenn ich schon die
Umbrüche in den Haupt- und Realschulen beklage, dann
finde ich für die Situation an den Berufsschulen eigentlich
keine Steigerungsform mehr. Der Bildungsminister ist ja
der Meinung, dass die demographische Entwicklung die
Wunden in den Berufsschulen heilen wird.

(Harry Glawe, CDU: Ja.)

Aber für alles kann nun die demographische Entwick-
lung wirklich nicht herhalten,

(Harry Glawe, CDU: 2008.)

schon gar nicht für die Politik der Vernachlässigung, die
auf diesem Feld seit 1994 betrieben wird. Seit In-Kraft-
Treten des Lehrpersonalkonzepts hat die CDU, haben die
betroffenen Verbände auf die Nachteiligkeit des Lehr-
personalkonzepts bei der Einstellung von Berufsschul-
lehrern immer wieder hingewiesen. Mit der gleichen
Beharrlichkeit, wie diese Kritik vorgetragen wurde, wurde
sie damals von Frau Marquardt mit statistischen Taschen-
spielertricks immer wieder vom Tisch gewischt. Der Fair-
ness geschuldet allerdings muss ich an dieser Stelle ein-
räumen, dass Herr Professor Kauffold mittlerweile auch
seinerseits diesen Negativeffekt öffentlich zugegeben hat.
Aber nichtsdestotrotz ist er der Meinung, dass heute Neu-
einstellungen im Berufsschulbereich zukünftig zwangs-
läufig zu Entlassungen führen würden.

Aber schauen wir uns einmal die Altersstruktur der
Lehrkräfte in den beruflichen Schulen an! 63 Prozent der
Berufsschullehrer sind älter als 45.

(Norbert Baunach, SPD: Das ist doch kein Alter.)

Die Zahl der Lehrkräfte von der Altersgruppe 35 bis
40 Jahre zur Altersgruppe 30 bis 35 hat sich mehr als hal-
biert. In der letzten Gruppe haben wir nur noch 160 Lehr-
er.

(Harry Glawe, CDU: Das ist zu wenig.)

Unter 30-jährige Berufsschullehrer gibt es in ganz
Mecklenburg-Vorpommern 22.

Ich würde diese Zahlen nicht so dramatisch sehen,
wenn das Lehrpersonalkonzept perspektivisch eine
andere Sprache sprechen würde. Angesichts der berufli-
chen Perspektiven in diesem Bereich erscheint es mehr
als unwahrscheinlich, dass die viel gewünschten Praktiker
aus dem Betrieb in die Berufsschule gehen.

(Andreas Bluhm, PDS: Das liegt aber nicht nur
am Lehrpersonalkonzept, Frau Schnoor. Da
gibt es auch noch ein paar andere Ursachen für.)

Auch die derzeit 39 Referendare orientieren sich schon
während der Ausbildung zum zweiten Staatsexamen um

und haben dann meist mit dem Abschluss schon die Ver-
beamtung in Niedersachsen oder Hessen in der Tasche.

(Wolfgang Riemann, CDU: 16 Jahre Helmut
Kohl würde ich vorschlagen als Ursache. –
Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Bluhm,
die Zahlen liegen auf dem Tisch.

(Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU: Selbst
Gysi hat gesagt, unter Kohl wäre das nicht pas-
siert, als er zur Steuerreform gesprochen hat.)

Wir kennen die Situation zum Lehrpersonalkonzept
und auch die Ergänzung durch das Sabbatjahr hat das
Lehrpersonalkonzept in seinen Grundlagen nicht verän-
dert. Der Bericht der Landesregierung wird nicht über das
hinausgehen, was uns im Bildungsausschuss schon
berichtet worden ist oder was Herr Bluhm uns hier berich-
tet hat. Das wissen wir sicherlich gemeinsam.

(Angelika Gramkow, PDS:
Also wir erwarten mehr.)

Sie täuschen hier Aktionismus vor, obwohl Sie die
Probleme genau kennen, den Bericht eigentlich nicht
brauchen, weil er nämlich schon gegeben ist, haben Sie
sich mit der SPD nur auf diese Minimalvariante verständi-
gen können. Sie wissen auch, ein Bericht bringt uns gar
nichts, denn die Fakten und Zahlen liegen vor.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Dr. Ulrich Born, CDU: Neue Leute brauchen
wir. – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Sicher, der Punkt zum Personalentwicklungsprogramm
ließe sich beliebig erweitern. Wir haben hier nur zwei
Aspekte aufgeführt, die als besonders beachtungswürdig
einer Entwicklung bedürfen. Denn Karl Jaspers hat es
richtig erkannt: „Es ist das Schicksal eines Volkes, welche
Lehrer es hervorbringt und wie es seine Lehrer achtet.“
Meine Damen und Herren, das ist der Leitsatz für die Fort-
schreibung des Lehrpersonalkonzepts

(Dr. Ulrich Born, CDU, und
Dr. Berndt Seite, CDU: Sehr gut!)

und für ein Personalentwicklungsprogramm, was wir
dringend benötigen, und ich wäre froh, wenn wir dazu
auch einige Aussagen hören könnten. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Dr. Ulrich Born, CDU, und
Harry Glawe, CDU: Sehr gut! Sehr gut!)

Vizepräsidentin Renate Holznel: Danke schön,
Frau Schnoor.

(Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU:
Herzlicher und stürmischer Beifall –
bitte ins Protokoll! – Peter Ritter, PDS:
So doll war's ja nun auch nicht.)

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Polzin von der
Fraktion der SPD.

(Wolfgang Riemann, CDU: Die Frau Finanz-
ministerin ist vorsorglich weggeblieben.)

Heike Polzin, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr
geehrten Damen und Herren! Wenn ich über das Lehrer-
personalkonzept rede, dies sei mir gestattet vorwegzu-
schicken, tue ich dies aus der Sicht der Betroffenen. Und
unter anderem aus diesem Grund, Herr Vierkant, bedurfte

es Ihres Antrags wahrlich nicht, uns aus dem Dornröschenschlaf zu küssen. Wir waren vorher schon wach

(Wolfgang Riemann, CDU: Sie sind immer wach, nur die Regierung noch nicht.)

und haben im Grunde sehr kritisch betrachtet,

(Harry Glawe, CDU:
Die sind doch alle ausgeflogen.)

wie wir dieses Lehrpersonalkonzept mit wachen Augen in ständiger Anpassung an sich verändernde Situationen begleiten können. Ich erinnere ...

(Jörg Vierkant, CDU: Warum wollen Sie zweimal den gleichen Bericht, frage ich mich. – Peter Ritter, PDS: Damit Sie ihn einmal richtig lesen können.)

Lassen Sie mich mal ausreden, denn dann sind wir vielleicht auf diesem Gebiet auch mal wieder übereinstimmender Meinung

(Kerstin Kassner, PDS:
Steter Tropfen höhlt den Stein.)

und dann ist die Sache da schon wieder ganz einfach.

(Volker Schlotmann, SPD:
Er will nur wieder küssen!)

Ich erinnere nur einfach an unsere kürzeste Ausschusssitzung, die wir in der Chronik des Bildungsausschusses jemals hatten. Das war nämlich zum Thema „Stand Lehrpersonalkonzept“. Null Fragen aus Richtung der CDU, dann war die ganze Geschichte irgendwo fertig, aus, und wir wunderten uns, wie kritisch Sie die ganze Geschichte begleiten.

(Zuruf von Jörg Vierkant, CDU)

Heute merke ich aber, es gibt sehr viel Sensibilität in dieser Richtung. Seien Sie versichert, die gibt es auf allen Ebenen. Die gibt es auch in unserer Fraktion.

Ich bin also, wenn man so will, eine Betroffene,

(Wolfgang Riemann, CDU:
Die Schüler sind betroffen.)

denn auch ich habe 1996 nicht gerade begeistert, aber freiwillig meine Teilnahme per Unterschrift dokumentiert.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Was?)

Es käme durchaus einer Kaffeesatzprognose gleich, heute schon wissen zu wollen, dies alles betrifft mich nicht mehr persönlich.

Die demographische Entwicklung ist ein Fakt, über den man trefflich streiten kann. Die jeweilige Opposition wirft der Regierung vor, den Negativtrend verschuldet zu haben. Und über all den Spiegelfechtereien kommt man der Entschärfung des Problems, geschweige denn der Lösung, keinen Millimeter näher.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Die „jeweilige Opposition“ war richtig!)

Das Lehrpersonalkonzept stellt sich dem Problem des Schülerrückgangs und damit dem Lehrkräfteüberhang offensiv unter der Maßgabe, statt Entlassungen Teilung vorhandener Arbeit. Das ist eine sozialpolitische Grundentscheidung der letzten Regierung, die mit dem kommenden Schuljahr auch im Teilzeitbereich umgesetzt wird.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Das war noch die böse CDU.)

Ich muss aber auch betonen, dass wir das letzte der neuen Bundesländer sind,

(Harry Glawe, CDU, und
Wolfgang Riemann, CDU: Was? –
Dr. Ulrich Born, CDU: Was? Was?
Wir sind das Letzte?)

in dem Teilzeit greift und damit leider auch Einkommensrückgang.

(Wolfgang Riemann, CDU: Herr Dr. Ringstorff hat ganz anders argumentiert.)

So ist das, wenn man zu früh aufhört zuzuhören, dann hört man auch zu früh auf zu denken, und dann redet man vorher.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sie sollen das Land nicht schlecht reden!)

Ja, ja. Das war schon wieder ein Qualitätsbeweis.

(Harry Glawe, CDU: Qualität kostet auch Geld.)

Jubel von Seiten der Betroffenen zu erwarten wäre wohl absolut verfehlt, wohl aber Einsicht in die Notwendigkeit, denn die Alternative zum Maßnahmenkatalog des Lehrpersonalkonzepts hieße, über einen Zeitraum von acht bis zehn Jahren eben etwa 8.000 Lehrer zu entlassen. Dies – und das habe ich heute deutlich gehört – kann niemand ernsthaft wollen, wenn man mal vom Zeitungsartikel des Herrn Rehberg absieht. Dieses um so mehr, als mit der Kündigungswelle unter Kultusminister Oswald Wutzke schon damals ein unheilvoller Trend seinen Anfang nahm. Gekündigt wurden die jungen Kollegen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das ist nun mal bei einer Sozialauswahl so! Das wissen Sie doch! – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Auch bei aktuell anstehenden Bedarfskündigungen entschieden in jedem Fall vorrangig Sozialkriterien, was zwangsläufig zu einer deutlichen Verschlechterung der Altersstruktur im Lehrerbereich führen würde. Und dies – wie wir heute schon mehrfach gehört haben – wäre ja wohl eindeutig der falsche Weg, ganz abgesehen vom Solidargedanken, der ja das Motto war für das Lehrpersonalkonzept.

Trotz Vorruhestand hat sich – wie wir auch schon gehört haben – der Anteil der jungen Lehrkräfte gegenüber 1994 noch weiter verringert. Wir meinen, das ist ein Signal, das man sehr ernst nehmen muss. Das Konzept Mecklenburg-Vorpommerns setzt auf eine Bündelung von Maßnahmen, die sowohl den Überhang abfängt als auch einer Überalterung entgegenwirkt. Die Vorruhestandsregelung beispielsweise räumt Lehrern ab dem 55. Lebensjahr die Chance ein, unter akzeptablen Bedingungen frühzeitig aus dem Berufsleben auszuscheiden. Diese Maßnahme findet sich in keinem anderen Konzept der neuen Länder, wenn man von Brandenburg absieht, wo ab dem 58. Lebensjahr der Vorruhestand ermöglicht wird, und sie ist auch nicht zum Nulltarif zu haben. Mit insgesamt 200 Millionen DM Ausgleichszahlungen unterstützte unser Land seit 1996 dieses sinnvolle Instrument.

Bei gleichbleibender Akzeptanz des Vorruhestandsangebotes können mittelfristig bis zu 40 Prozent der Personalstellen sozialverträglich abgebaut werden, wie aus der

Beantwortung einer Kleinen Anfrage von Herrn Vierkant hervorgeht. Ich spare mir die einzelnen Beispiele, weil sie heute schon mehrfach genannt wurden, möchte aber noch mal darauf hinweisen, dass dieser Vorruhestandsabbau natürlich auf der anderen Seite das Arbeitsvolumen für die verbleibenden Lehrkräfte spürbar erhöht. Also bleibt er weiterhin eine wichtige Säule des Lehrpersonal-konzeptes und muss bei der Fortschreibung unbedingt unter annehmbaren Bedingungen erhalten bleiben. Dazu gehört auch, dass für Vorruhestandswillige vorher der Beschäftigungsumfang erhöht wird, um die Summe der folgenden Leistungen sozialverträglich zu gestalten.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Das ist doch Betrug am Steuerzahler!)

Die flankierenden Maßnahmen sorgten neben der Aufstockung der Stundentafel im Grundschulbereich und der heute schon viel zitierten stellenmäßig abgesicherten hundertprozentigen Unterrichtsversorgung dafür, dass die Anordnung der Teilzeit Jahre später als in anderen Ländern einsetzen musste. 450 kw-Vermerke konnten verschoben werden.

Erst jetzt, wo die Teilzeit akut wird, formiert sich Protest von Seiten der Lehrer und vor allem der Schulleiterverbände. Dies ist teilweise verständlich, denn zur Arbeitszeit eines Lehrers gehört nun wahrlich nicht nur das Erteilen von Stunden einschließlich aller Vor- und Nachbereitungszeiten. Gerade der erzieherische Aspekt dieses Berufes – also Zusammenarbeit mit Eltern, gemeinsame Freizeitgestaltung, Klassenfahrten und ebenso wenig Verwaltungs- und Aufsichtsaufwand – verringert sich trotz der Teilzeit. Wenn also von Lehrern notwendigerweise erwartet wird, dass sie neben ihrer Unterrichtsverpflichtung zunehmend erzieherisch tätig werden, muss man dieser Forderung auch in der Fortschreibung des Lehrpersonal-konzeptes Rechnung tragen.

Nachzuvollziehen sind jedoch auf keinen Fall Behauptungen, dass Teilzeit grundsätzlich demotivierend auf Lehrkräfte wirkt.

(Beifall Beate Mahr, SPD)

Ich habe dieses gerade angesichts einer vorangegangenen Tagung gehört und muss das wirklich in Abrede stellen, denn ich meine, die nicht unerhebliche Zahl an Lehrern – im Grundschulbereich sind es in etwa ein Drittel – die seit Jahren Teilzeit arbeiten, beweisen Engagement und Kompetenz. Kontraproduktiv wird Teilzeit erst dann, wenn ihre Vergütung nicht mehr ausreicht, den Familienunterhalt angemessen zu sichern und daraus folgend über notwendige Zweit- und Drittjobs das Engagement für die Schule unter die Räder kommt. Eine solche Entwicklung darf im Interesse unserer Kinder nicht zugelassen werden.

Nicht nachzuvollziehen sind ebenfalls geballte Forderungen – namentlich des Schulleiterverbandes –, die da lauten: Verbeamtung, Erhöhung der Anrechnungsstunden, Tarifangleichung, Nichtteilnahme am Lehrpersonal-konzept ausschließlich für Schulleiter und ihre Stellvertreter. Wo bitte schön bleiben bei diesem Wunsch-dir-was die übrigen Lehrkräfte? Auf deren Kosten ginge nämlich die Umsetzung all dieser Forderungen. Die Schulleiter und Stellvertreter leisten eine anerkannt herausragende Arbeit. Das ist mir wohl bekannt. Ihre Verantwortung für die Schule kann nicht nach 19 Stunden enden. Im Gegenteil, mit der Umsetzung des Landesprogrammes zur Qua-

litätssicherung wird Verantwortung noch wachsen. Dafür müssen sie auch finanziell motiviert werden, was aus meiner Sicht besondere Bedeutung für die nächsten Jahre hat. Jedoch wäre eine völlige Aufhebung des Gleichheitsgrundsatzes – und nicht Gleichmacherei, da sehe ich einen großen Unterschied – der falsche Weg und mit den Partnern des Konzeptes, vor allem den Gewerkschaften, nicht zu machen.

Das Lehrpersonal-konzept wurde am 08.12.1995 nach Unterzeichnung der schon oft benannten Vertragspartner in Kraft gesetzt. Damit jedoch war kein Vorgang abgeschlossen. In steter Analyse der aktuellen Situation tagte die bestehende Begleitgruppe, in der alle Vertragspartner vertreten sind, um veränderten Anforderungen gerecht zu werden. Auch diese Institution gibt es in der Form nur in Mecklenburg-Vorpommern. Aktuelle Ergebnisse der Arbeit sind zum Beispiel die zusätzliche Aufnahme des Sabbatjahres in den Maßnahmenkatalog, die zusätzlichen Anrechnungsstunden für Schulleitungen sowie die Sicherung des Vorruhestands über die Aufstockung der Unterrichtsverpflichtung kurz vor Ausscheiden.

Das Lehrpersonal-konzept als Prozess muss auch in den kommenden Jahren den Anforderungen an ein leistungs- und zukunftsfähiges Bildungssystem Rechnung tragen. Dabei sind besonders folgende Aspekte zu berücksichtigen:

Erstens. Einsparungen im Personalbereich müssen zumindest in Anteilen in die Qualitätsverbesserung gesteckt werden, so unter anderem für die Entwicklung von Schulprofilen, für den erhöhten Anteil von Ganztagschulen, für die Stundentafelanreicherung an Grundschulen, im naturwissenschaftlichen Unterricht, im Informatikunterricht, in die Arbeit mit Kindern.

Zweitens. Diese Mittel müssen gesteckt werden in die Motivierung der Lehrkräfte, indem man außerunterrichtliche Arbeit als Arbeit anerkennt. Ich nenne nur als Stichworte Klassenleiterstunden, Fachraumbetreuung, Stunden für den Informatikunterricht.

Das muss aus meiner Sicht auch verwendet werden – ich unterstütze da die Position von Herrn Bluhm – für eine absehbare Befristung der angeordneten Teilzeit.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS,
und Heike Lorenz, PDS)

Lehrern muss eine ganz deutliche Zukunftsperspektive gegeben werden. Wir müssen gemeinsam durch dieses Tal und danach ist eine Vollzeitbeschäftigung wieder anzustreben.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Leistungsfördernde Elemente für Schulkonzepte über einen zusätzlichen Stundenpool sind anzustreben.

Frau Schnoor, in diesem Punkt stimme ich Ihnen zu. Auch hier muss man gucken, wie man Leistungsträger wirklich motivieren kann, wie man denjenigen, die eigentlich das Ganze auf ihre Schultern laden, auch etwas in dieser Hinsicht geben kann, ohne dass man den Gleichheitsgrundsatz aufhebt, aber über Stundenpool/Schulpool kann man schon eine ganze Menge machen, um in die Richtung zu kommen.

(Zuruf von Steffie Schnoor, CDU)

Ich meine, gerade für die Motivation der Leistungsträger und ganz besonders der Schulleiter und Stellvertreter

muss etwas getan werden im Zusammenhang mit der Fortschreibung, denn hier haben wir die Leute, die ganz wichtig sind, unsere Multiplikatoren, die im Grunde dieses System auch auf ihre Schultern laden. Das muss deutlich werden in der Beachtung der Fortschreibung.

Drittens. Ich meine, in das Konzept muss etwas ganz Konkretes gegen den Überalterungsprozess der Kollegien aufgenommen werden. Das ist ja auch gefordert worden von allen Seiten. Damit meine ich die Sicherung des Vorruhestandes auch weiterhin, denn das ist keine Selbstverständlichkeit, ich betone es noch mal, das ist mit finanziellen Kraftanstrengungen des Landes verbunden. Damit meine ich weiterhin, über den Einstellungskorridor für junge Lehrkräfte auch über spezielle Einsteigerverträge nachzudenken, die über eine gewisse Frist hin sagen: keine Vollzeitarbeit, aber später anzustreben. Auch das wäre eine Möglichkeit, mal genauer hinzugucken.

Zukunft fängt bei den Kindern an. Auch ich leiste mir einfach noch mal dieses vielleicht etwas aufgesetzte Zitat, aber das ist mir dabei ein ganz ehrliches Anliegen, und wer mich kennt, weiß das auch: Bei aller notwendigen Schulnetzplanung und Bedarfsanpassung muss die Sicherung und Verbesserung von Qualität oberste Priorität haben. Diesen Prozess wird die SPD-Fraktion auch weiterhin konstruktiv begleiten. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD,
einzelnen Abgeordneten der PDS
und Wolfgang Riemann, CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Frau Polzin.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Bluhm von der Fraktion der PDS.

Andreas Bluhm, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Frau Schnoor, es ehrt mich ja, wenn Sie meine Rede schon als Bericht charakterisieren, aber ich denke schon, dass in dem Bericht, den die Landesregierung dem Landtag vorzulegen hat, eine ganze Reihe von untersetzenden Einschätzungen, Analysen vorgelegt werden müssen, welche Entwicklungen sich denn in der Umsetzung des Lehrpersonalkonzepts gezeigt haben, seien es die Auswahlentwicklungen, seien es die ganzen Fragen der Fächer, Ausbildung der einzelnen Lehrkräfte und so weiter. Also ich denke schon, da ist noch mehr zu leisten,

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

als heute hier geleistet werden konnte und als auch damals im Bildungsausschuss geleistet wurde.

Noch eine Bemerkung zu der hundertprozentigen Unterrichtsversorgung: Natürlich sind auch mir solche Fälle in diesem Land bekannt. Jeder der Fälle ist einer zu viel, aber auch diese ergeben sich aus einer so berechneten vorgesehenen Stellenausstattung, die manchmal über die vier Schulämter nicht anders mehr zu händeln ist und die zu solcher Situation führt. Ich denke, auch das gehört dazu, wenn man über die zurückliegenden Jahre der Umsetzung des Lehrpersonalkonzepts eine Unterrichtsversorgung von der Landesregierung fordert, wie denn künftig auf solche Entwicklungen schneller und besser reagiert werden soll.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Personalentwicklung an den Schulen – unbestritten ein Thema von immenser Bedeutung. Diese Bedeutung ergibt sich aus dem Zusammenhang von Demokratisierung sowie aus den Anforderungen an pädagogische Schule und Qualitätsentwicklung. Und das alles geht nicht ohne motivierte und leistungsbereite Lehrerinnen und Lehrer. Lehrerinnen und Lehrer sind Experten, Experten für die Gestaltung von Lern- und Entwicklungsprozessen in den Schulen, und ohne Lehrer funktioniert die Schule genauso wenig wie ohne Schüler. Und jede Gesellschaft tut deshalb gut daran, ihre Lehrerinnen und Lehrer anzuerkennen, ihnen Arbeitsbedingungen zu schaffen, die eine effektive und sachgerechte Arbeit sichern, was ja nicht unbedingt heißt, immer alle Wünsche zu erfüllen. Aber Personalentwicklung muss deshalb in erster Linie diesem Zwecke dienen, den Kindern in diesem Lande ein Höchstmaß an Bildung und Persönlichkeitsentwicklung zu ermöglichen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und Angelika Gramkow, PDS)

Die CDU-Fraktion fordert in ihrem Antrag ein Personalentwicklungsprogramm für Lehrkräfte und begründet das – ich gebe zu – sehr zutreffend auch mit der vorhandenen Altersstruktur der Lehrkräfte. Natürlich stimmt es uns ebenfalls nachdenklich, wenn das Durchschnittsalter der hauptberuflichen Lehrkräfte an Grundschulen 45 Jahre, an Haupt- und Realschulen 43,5 Jahre und an den Gymnasien 43 Jahre beträgt. Der Anteil der Pädagogen unter 30 Jahren ist zudem überproportional klein. Die Zahlen hat Frau Schnoor genannt. Aber was Frau Schnoor verschweigt, sind zumindest drei weitere Ursachen:

Erstens. Durch die CDU/F.D.P.-Regierung der ersten Legislaturperiode wurden die Stundentafeln radikal gekürzt

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD,
Dr. Margret Seemann, SPD,
und Angelika Gramkow, PDS –
Angelika Gramkow, PDS: Sehr richtig.)

und auf dieser Grundlage fast 5.000 Lehrerinnen und Lehrer entlassen.

(Heidemarie Beyer, SPD: Richtig.)

Ergebnis für diese 5.000 damals: gekündigt mangels Bedarf. Für Kündigungsverfahren schreibt aber der Gesetzgeber eine Sozialauswahl vor. Die Folge war, dass zuerst junge Kolleginnen und Kollegen entlassen wurden, wenn sie nicht unter die Härtefallregelung fielen. Die damals jüngeren Kollegen wurden entlassen, die älteren blieben. In diesem Fall nahm die CDU herzlich wenig Rücksicht auf die sich schon damals daraus ergebenden absehbaren Auswirkungen auf die Altersstruktur.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und Angelika Gramkow, PDS)

Und heute tun Sie nun so, als hätten Sie nie Verantwortung in diesem Land gehabt. Mediziner bezeichnen diesen Zustand als Amnesie, zu deutsch: vorübergehender oder dauernder Gedächtnisverlust. Ich hoffe sehr, dass dies nur ein vorübergehender Zustand ist,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Bis zur nächsten Regierungsbeteiligung. –
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

der bald der Vergangenheit angehört.

Zweitens. Die Altersstruktur der Bundesrepublik insgesamt ist ungesund. Es entwickelt sich zunehmend ein Missverhältnis vor allem zwischen den Altersgruppen der jungen und älteren Menschen. Auch das ist zuerst ein Ergebnis von Politik. Denn wenn die Erfüllung von Kinderwünschen eine sichere Verminderung von Lebensqualität für viele bedeutet, muss sich niemand wundern, wenn sich immer weniger junge Menschen für wenig oder gar keinen Nachwuchs entscheiden.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Für einen Hund entscheiden, Herr Bluhm!)

Und diese Problematik haben wir mit der demographischen Entwicklung in diesem Lande in viel höherer Potenz als in den alten Bundesländern zu konstatieren, und zwar mit den Folgerungen für das Lehrpersonalkonzept. Eine Gesellschaft, die sich nicht aus sich selbst heraus reproduziert, stirbt aus. Wir sind also sozusagen auf dem schlechtesten Wege dahin.

Drittens. Die CDU-Fraktion sieht in ihrem Antrag eine Lösung in verstärkten Werbemaßnahmen für den Beruf des Lehrers. Weshalb haben wir es eigentlich nötig, für einen Beruf zu werben, der in den zurückliegenden Jahren wegen seiner hohen gesellschaftlichen Akzeptanz, seiner bedeutenden gesellschaftlichen Wichtigkeit und seiner ethischen Bedeutung nie über Personalmangel zu klagen hatte?

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Dafür gibt es auch Ursachen. Zum einen sind die Arbeitsbedingungen schlechter geworden. Sie bieten bedingt durch politische und vor allem finanzpolitische Entscheidungen im Bund und auch im Land kaum ausreichend Anreize für das Erlernen des Lehrerberufs. Zum anderen ist, wie in anderen neuen Bundesländern auch, die Bezahlung mit 86 Prozent des Westgehalts wohl kein Mittel für personelle Kontinuität. Bei den beruflichen Schulen wird das besonders deutlich, denn es gibt ja auch in den alten Ländern hohen Bedarf an Berufsschullehrern, und damit wandern die Lehrer und Absolventen, soweit sie können, dorthin ab. Sie bekommen dort für die gleiche Arbeit, die sie hier leisten müssten, 100 Prozent und oft sind die Arbeitsbedingungen dort in der Regel besser. Auch aus diesen Gründen halten wir zumindest das Stufenprogramm mit einem verbindlichen Endtermin für die Gehaltsangleichung für nötig, ich betone: nicht nur für Lehrer!

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD,
Heike Polzin, SPD, und Angelika Gramkow, PDS)

Das Lehrpersonalkonzept sieht einen Einstellungskorridor für junge Lehrkräfte vor, und das mit gutem Grund, nämlich weil nur durch die Sicherung von Beschäftigung nach dem Studium und der Referendarzeit die Motivation für den Lehrerberuf entsteht.

Wir stellen fest – und Frau Schnoor hat auch darauf hingewiesen –, dass die Anmeldungen zum Studium zurückgehen. Das Problem allerdings ist, dass das Land unter den vorher schon genannten Gründen nicht allein in der Lage sein wird, diesen Zustand zu verändern. Und selbstverständlich wirkt nicht gerade die Aussicht auf Teilzeitbeschäftigung positiv auf diese Entscheidung bei jungen Menschen. Die Lösung allerdings, die auch Frau Schnoor hier noch einmal erläutert hat, soll heißen, junge Lehrer in Vollzeit zu beschäftigen, ältere Lehrer in den Vorruhestand zu entlassen oder ihnen eine Abfindung zu zah-

len. Nun, so weit, so gut, oder besser, so schlecht, denn darin liegen mindestens zwei Fußangeln:

Erstens. Was passiert denn, wenn weniger ältere Kolleginnen und Kollegen die Schule verlassen, als es die Vollzeitbeschäftigung der jungen Kollegen erfordert? Dann wären doch wohl betriebsbedingte Kündigungen unausweichlich. Genau das aber sollte doch mit dem Lehrpersonalkonzept verhindert werden. Die Unruhe, die dann an den Schulen entstehen würde, hätte in diesem sensiblen Terrain unabsehbare Folgen. Schon die Diskussion um die Umsetzung des Lehrpersonalkonzepts hat gezeigt, welche Probleme vor Ort bestehen. Wie soll unter den von Ihnen gewünschten Umständen denn Kontinuität, Kollegialität und Berechenbarkeit der Arbeit in den Kollegien gesichert werden? Und ein stabiles Kollegium mit einem Vertrauensverhältnis der dort tätigen Lehrerinnen und Lehrer ist die erste Voraussetzung für Qualitätsentwicklung und Profilbildung an den Schulen.

(Beifall Heike Polzin, SPD,
und Angelika Gramkow, PDS)

Nicht der Ellenbogen zwischen den Lehrern ist die Lösung, sondern das gemeinsame Handeln zum Wohle der Kinder in diesem Land.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS,
und Peter Ritter, PDS)

Zweitens. Das Lehrpersonalkonzept ist nach Rechtslage ein bürgerlicher Vertrag. Es sind also die Interessen aller Vertragsparteien zu berücksichtigen. Glauben Sie denn ernsthaft, dass die Gewerkschaften und Lehrverbände, selbst die, die Ihnen nahe stehen, Ihrer Grundintention nach Entlassung folgen würden?

Drittens. Sie wissen als damalige Mitunterzeichner genau, dass Abfindungsregelungen nur zeitlich befristet möglich sind. Die Höhe wurde durch die von Ihrer damaligen Bundesregierung – Herr Riemann, sehen Sie, und da haben wir es dann –

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

eingeführten arbeitsrechtlichen Regelung, Stichwort: Anrechnungen von Abfindungen auf das Arbeitslosengeld, deutlich abgesenkt und bietet wohl kaum noch umwerfende Anreize für den Vorruhestand.

(Angelika Gramkow, PDS: Sehr richtig!)

Diese wenigen Beispiele zeigen, dass der Antrag der Fraktion der CDU zwar erst einmal den Eindruck großer Besorgnis und Anteilnahme vermittelt,

(Heiterkeit bei Heidemarie Beyer, SPD –
Peter Ritter, PDS: Wie alle Anträge.)

aber in seinen Wirkungen darauf abzielt, offensichtlich weitere Arbeitsplätze – und das unter höchst unsozialen Aspekten – zu beseitigen. Er ist ein Trojanisches Pferd und müsste eigentlich abgelehnt werden.

(Beifall Heike Polzin, SPD)

Allerdings wollen wir diesen Antrag in den Bildungsausschuss überweisen, um aus ihm vielleicht einen handhabbaren umfänglicheren Antrag zu machen, denn das, was Sie als Lösung vorschlagen – verstärkte Werbemaßnahmen und Förderung der Stellung des Ansehens des Lehrerberufes in Mecklenburg-Vorpommern –, greift aus unserer Sicht zu kurz, denn da sind zumindest solche Fragen wie das Lehrerbildungsgesetz mit zu berücksichtigen.

Es sind weiter zu berücksichtigen die Reform der Lehrerbildung an den Universitäten dieses Landes sowie die Umsetzung des Lehrpersonalkonzepts. Und warum soll denn dieses Lehrpersonalkonzept neben einem anderen Personalentwicklungskonzept stehen? Ich gehe schon davon aus, dass die Weiterschreibung des Lehrpersonalkonzepts alle diese Fragen mit berücksichtigen sollte,

(Beifall Heike Polzin, SPD,
und Angelika Gramkow, PDS)

doch das ist Sache zwischen den Verhandlungspartnern. Aber den Appell an die, die da am Tisch sitzen, können wir ja von hier aus formulieren. Ich denke, wir würden ihn im Ausschuss weiter behandeln.

Die grundsätzlichen Forderungen nach Maßnahmen der Veränderung der Altersstruktur werden wir ohnehin nach der Unterrichtung durch die Landesregierung zum Lehrpersonalkonzept zu prüfen haben und erwarten dazu auch weitere Vorschläge und Aussagen zu ihrer Lösung. Wir erwarten auch konkrete Vorschläge zur Begrenzung des Zeitraums der Teilzeitregelung. Lehrerinnen und Lehrer brauchen dringend ihre Perspektive. Diese Perspektive ist für alle wichtig, aber zuallererst für die Schülerinnen und Schüler in diesem Lande, denn sie sind die Konsumenten der Schule in Mecklenburg-Vorpommern. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Bluhm.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1296. In der Debatte wurde vorgeschlagen, diesen Antrag in den Bildungsausschuss zu überweisen. Ich lasse über diesen Überweisungsvorschlag abstimmen. Wer der Überweisung zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Danke. Damit ist der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1296 in den Bildungsausschuss überwiesen.

Ich lasse nun über den Antrag der Fraktionen der PDS und SPD auf Drucksache 3/1302 abstimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Danke. Damit ist der Antrag der Fraktionen der PDS und SPD auf Drucksache 3/1302 mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und PDS bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 12:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Maßnahmen zur Bekämpfung von rechtsextremistischen Gewalttatsachen, Drucksache 3/1291(neu).

**Antrag der Fraktion der CDU:
Maßnahmen zur Bekämpfung von
rechtsextremistischen Gewalttatsachen
– Drucksache 3/1291(neu) –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Thomas von der Fraktion der CDU.

Reinhardt Thomas, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Nach den Überfällen auf Vietnamesen und den nicht für jeden nach-

vollziehbaren Entscheidungen der Justiz mehrten sich jene Stimmen auch aus dem rot-roten Regierungslager, die ein härteres Durchgreifen gegen Rechtsextremisten forderten und zum Teil die Justiz kritisierten.

Wir haben, und das sagen wir im Grundsatz, mit härterem Vorgehen gegen Rechtsextremisten noch nie ein Problem gehabt, ganz im Gegenteil. Neben unseren Initiativen in der Präventionsarbeit, wie zum Beispiel „Sport statt Gewalt“, haben wir seit Jahren auch immer auf Härte gegen jene unverbesserlichen Gewalttäter gesetzt, um die es uns ja heute, so denke ich, allen gehen sollte.

Dazu benötigen wir aber auch die Gesetze, die es den Strafverfolgungsbehörden ermöglichen, eben so hart durchzugreifen, wie Sie es ja und sicher auch Herr Dr. Schoenenburg zum Teil öffentlich gefordert haben. Das waren, und das muss man auch ganz deutlich sagen, SPD und Grüne, die das seit Jahren verhinderten, weil eine Verschärfung der Gesetze dann auch ihrer Klientel in ihrer Argumentation auf der Straße geschadet hätte.

Es war doch zum Beispiel die rot-grüne Schröder-Regierung, die den Verfassungsschutz mit immer neuen rechtlichen Fußfesseln so fest angekettet hatte, dass er gegen Rechtsextremisten überhaupt nicht mehr arbeitsfähig war und vorgehen konnte. Und es waren doch jene roten und grünen Straßenkämpfer wie Joschka Fischer,

(Heiterkeit bei Volker Schlotmann, SPD –
Monty Schädel, PDS: Jawohl, jawohl! –
Heiterkeit bei Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Oskar Fischer war Außenminister in der DDR.)

die seit 1968 ihre Freiheit ohne Grenzen auf der Straße erkämpft haben, die uns heute im Kampf gegen Rechtsextremismus auf die Füße fällt. Und es waren auch Schröders hausgemachte Chaostage. Daran darf man doch noch mal erinnern.

Die Haltung der rot-grünen Bundesregierung ist bis heute immer noch geprägt von einer gefährlichen Toleranz gegenüber Chaoten und Extremisten, weil, und das muss man auch ganz deutlich sagen, einige Minister eben aus dieser Szene heraus ihre politische Karriere in Deutschland begonnen haben.

(Peter Ritter, PDS: Reden Sie über
Rechtsextremisten, oder wen?)

Dass aus den Reihen dieser Parteien erst jetzt ein härteres Vorgehen gefordert wird, macht SPD und Grüne und noch andere Politiker nicht glaubwürdiger. Von Ihnen möchte ich erst gar nicht reden.

(Heiterkeit bei Volker Schlotmann, SPD –
Peter Ritter, PDS: Ja, ja. Da lege ich auch gar
keinen Wert drauf, dass Sie über mich reden.)

Und damit es nicht bei Ihren Forderungen bei den großen Worten bleibt, haben wir unseren Antrag eingebracht, weil wir der Meinung sind, es wird Zeit, dass wir einiges auch in dieser Richtung unternehmen.

(Monty Schädel, PDS: Ja, zehn
Jahre haben Sie geschlafen.)

Wir haben nicht geschlafen. Wir haben sie ständig gefordert

(Monty Schädel, PDS: Ja, siehste, das hat
sich ja entwickelt, ist doch klar.)

und Sie – na, von Ihnen will ich lieber nicht reden – und die SPD vor allen Dingen haben sie immer und immer wieder verhindert.

(Peter Ritter, PDS: Sie hatten das doch mindestens acht Jahre in der Hand.)

Unsere Forderungen sind also nicht neu.

(Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Chaostage in Hannover und jährlich wiederkehrende Krawallnächte am 1. Mai in Berlin sowie die PKK-Aktion in Deutschland und Europa im Zusammenhang mit der Öcalan-Inhaftierung haben doch wohl gezeigt, dass seit langem und nicht erst seit heute Handlungsbedarf besteht.

(Peter Ritter, PDS: Wer hat eigentlich auf die israelische Botschaft geschossen?)

Wenn Rot-Grün und wenn Sie unserem langjährigen Konzept, das heißt Prävention und härteres Durchgreifen...

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Sie sind jetzt irgendwie nach links abgewandert. – Volker Schlotmann, SPD: Dagegen verwahre ich mich, dass er nach links abwandert.)

Na, so weit nach links werde ich niemals abwandern, dass wir uns beide da treffen.

(Heike Lorenz, PDS:
Das glaube ich allerdings auch.)

... mit verschärften Gesetzen gegen Extremisten, wenn Sie unseren Konzepten eher gefolgt wären, dann, muss ich Ihnen sagen, hätten wir heute nicht diese Lücke,

(Peter Ritter, PDS: Welche denn? – Monty Schädel, PDS: Sie hatten doch die Regierung hier. Sie hätten das doch machen können.)

dann hätten wir heute mehr Möglichkeiten und dann wären wir auch ein Stück weiter im Kampf gegen Rechtsextremisten. Sie haben es ja immer verhindert,

(Zuruf von Heike Lorenz, PDS)

weil es hätte auch gegen Linksextremisten eingesetzt werden können.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Haben wir Sie etwa in Ihrer wunderbaren Regierungszeit behindert? – Zuruf von Dr. Klaus-Michael Körner, SPD)

Das war doch Ihre Politik. Das war die rot-grüne Politik und das ist doch Ihre Politik bis heute.

Ich darf hier aber noch einmal daran erinnern, dass sich bis heute führende SPD-Politiker wie Dr. Herta Däubler-Gmelin und Otto Schily noch Anfang Mai gegen schärfere Gesetze nach den NPD-Demos und den Autonomenkrawallen in Berlin ausgesprochen haben. Und das steht doch wohl im Gegensatz zu dem, was Sie jetzt fordern. – Ach, er ist ja gar nicht da. Na gut, ein Justizminister, der nicht da ist, wenn man über dieses Thema spricht, ist auch ganz interessant.

(Harry Glawe, CDU: Der stärkt sich gerade. – Heike Lorenz, PDS: Ihre Reden sind auch schwer zu ertragen. – Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Auch der innenpolitische Sprecher der SPD-Bundesfraktion, Dieter Wiefelspütz, lehnte vorige Woche

noch ein härteres Durchgreifen per Gesetz ab. Und die Berliner SPD will gar beim Verfassungsschutz radikal Personal einsparen. Wenn Sie rechtsextreme Gewalttäter aus dem Verkehr ziehen wollen, dann geht das eben mit den jetzigen rechtlichen Mitteln, Herr Dr. Schoenenburg, sehr schwer oder gar nicht. Das ist das Kernproblem.

Der Justizminister forderte ja nach den Übergriffen auf die Vietnamesen eine Überprüfung der Entscheidung der damaligen Greifswalder Gerichte gegenüber rechtsextremen Straftätern. Das ist gut so. Solange Sie das aber nur plakativ fordern und den Gerichten und den Haftrichtern die notwendigen Rechtsgrundlagen für ihre Forderungen verweigern, solange ist das eben nur Getöse und wenig wirkungslos. Ich denke, da haben Sie eher Nachholbedarf, wir nicht. Und zum Kabinettsbeschluss vom 16.05. ist aus unserer Sicht nur zu sagen, das konnten Sie eben seit Jahren bei uns nachlesen und den Rest – das wird ja manchmal schon peinlich – nennt man Legalitätsprinzip. Ich bin wirklich gespannt, wie Sie heute über unseren Antrag abstimmen werden.

(Heike Lorenz, PDS: Na, das liegt doch wohl auf der Hand, wie man darüber abstimmen muss.)

Im Übrigen sollte ein Justizminister, in dessen Verantwortungsbereich Gewalt- und Straftäter so nett behandelt werden, dass ein Ausbruch schon quasi zum vorhersehbaren Programm gehört, sich nicht so weit aus dem Fenster lehnen wie bei dem Thema Greifswald und Kritik am Greifswalder Richter.

Zur Presseerklärung vom 11.05. von Herrn Schlotmann ist nur zu sagen, zu dieser Erkenntnis haben Sie etwas lange gebraucht, aber ich denke, das ist besser als gar keine.

Unser 6-Punkte-Katalog ...

(Volker Schlotmann, SPD: Sie haben doch mit mir noch gar nicht geredet, weil Sie dazu nicht in der Lage sind. Sie haben Scheuklappen und sind auf dem rechten Auge blind.)

Ich lese aber fleißig Ihre Presseerklärungen und da haben Sie sich noch vor einiger Zeit ganz anders geäußert.

Unser 6-Punkte-Katalog, den wir aufgestellt haben, entspricht im Wesentlichen auch den jetzigen Forderungen aus den Reihen der Regierungskoalition, wie wir in den Medien verfolgen konnten.

Mit dem TOP 1 entsprechen wir dem Beschluss des Vorstandes des Landesrates für Kriminalitätsvorbeugung vom 28.03. und den öffentlichen Statements des Innenministers zu Jugendclubs für die rechte Szene. Mit unserem Präventionsprojekt „Sport statt Gewalt“ konnten wir nach Lichtenhagen mit speziellen Angeboten der Polizeisportvereine für rechtsorientierte Jugendliche beachtliche Erfolge erzielen.

Wir müssen aber eines deutlich sagen, aufgrund der aktuellen Entwicklung in rechtsextremen Bereichen in unserem Land muss diese Präventionsarbeit verbessert und ergänzt werden. Für die zu Gewalt neigende rechte Szene benötigen wir aus diesem Grunde Clubs und Treffs,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Jawohl.)

in denen qualifizierte und speziell für diese Szene geschulte Jugendsozialarbeiter eingesetzt werden. Na bitte, da sind wir doch mal einer Meinung.

(Monty Schädel, PDS: Ja, die brauchen auch noch Räume, wo sie sich austoben können. – Zuruf von Dr. Arnold Schoenenburg, PDS)

Daran, denke ich, führt kein Weg vorbei und das dürfte wohl auch die Intention des Innenministers sein, ebenfalls Ihre, wie ich gerade höre, die wir dann natürlich voll unterstützen.

(Zuruf von Heike Lorenz, PDS)

Mit der Regelung des Unterbindungsgewahrsams im SOG geben wir den Richtern, die auch mehr oder weniger aus Ihren Reihen – ich glaube, Sie haben sich ähnlich geäußert – kritisiert wurden, die Möglichkeit, rechtsradikale Schläger erst einmal für 14 Tage aus den Verkehr zu ziehen. Das, denke ich, wird sich in der Szene sehr schnell herumsprechen und präventive Wirkung zeigen. Im Übrigen schützen wir damit alle potentiellen Opfer von Gewaltstraftaten und wir schützen Leib und Leben von Polizisten, denen immer wieder laufengelassene Krawalltouristen nach kürzester Zeit gegenüberstehen. Außerdem hätten wir damit auch ein erstes und geeignetes Mittel gegen prügelnde Ehemänner, die ihre Ehefrauen und Kinder prügeln.

(Volker Schlotmann, SPD: Was stopfen Sie denn noch mit in den Sack?! –

Dr. Margret Seemann, SPD: Sind die jetzt auch rechtsradikal? Was, sind die auch radikal?)

Die können Sie dann auch 14 Tage aus dem Verkehr ziehen. Offenbar haben Sie das gar nicht begriffen.

(Unruhe bei der PDS –

Dr. Margret Seemann, SPD: Sprechen Sie jetzt über die Rechtsradikalen? – Zuruf von Dr. Arnold Schoenenburg, PDS)

Das waren doch Ihre Forderungen. Das dürfte ja auch Ihren Intentionen da nicht widersprechen.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Also die eine Hälfte ist dann außerhalb des Knastes und die andere im Knast. So teilt sich dann die Gesellschaft.)

Dass wir angesichts der zunehmenden Gewaltbereitschaft im rechts- aber auch im linksextremistischen Lager bei Demonstrationen verbesserte Verbots- und Sanktionsmöglichkeiten benötigen,

(Dr. Margret Seemann, SPD: Die rechtsradikalen Ehemänner.)

ist wohl für jeden mittlerweile nachvollziehbar.

(Unruhe bei Abgeordneten der PDS – Glocke der Vizepräsidentin)

Die derzeitigen rechtlichen Hürden sind so hoch, dass aus rechten Schlägern und militanten Autonomen wohl eher Mönche werden, als dass Richter das Demonstrationsverbot einer Behörde in Deutschland bestätigen würden beziehungsweise aufgrund der Rechtslage bestätigen könnten. Das ist doch unser Kernproblem.

Den Politikern von SPD und Grünen, die die Ordnungsbehörden immer noch in der Pflicht sehen, muss klar Folgendes gesagt werden und das sagen die im Übrigen bis heute noch:

Erstens. Die Ordnungsbehörde muss nach der Rechtslage zwingend nachweisen, dass im Vorfeld der Demonstration gewonnene Erkenntnisse eine Eskalation der

Gewalt zwingend erwarten lassen, die von den Polizeikräften nicht beherrscht werden kann. Dieser Nachweis ist aber nur zu führen, wenn die Anwärter der Demo öffentlich erklären würden, dass sie Gewalts- und Demonstrationen zwecke erheben oder verfassungsfeindliche Ziele damit verfolgen. Diese Beweislast in den wenigen Tagen nach der Anmeldung der Demonstration zu führen und noch gerichtsverwertbare Erkenntnisse zu sammeln, ist schier nicht möglich.

(Heike Lorenz, PDS: Aber Sie wissen, dass es auch andere Erkenntnis-sammlungen gibt in diesem Land.)

Zweitens. Es gäbe noch eine Alternative zur Durchsetzung des Demonstrationsverbotes. Der zuständige Polizeichef müsste öffentlich erklären, dass seine Personalressourcen nicht ausreichen, um das zu erwartende Gewaltszenario in den Griff zu bekommen. Eine solche Erklärung des Polizeichefs wäre aber die Erklärung der eigenen Inkompetenz und zugleich die Bankrotterklärung des staatlichen Gewaltmonopols, ich denke, das will weder Herr Dr. Ringstorff noch Herr Dr. Timm –, aber damit könnten Sie fast jede NPD-Demo verbieten.

(Heiterkeit bei Volker Schlotmann, SPD)

Ich bin auch hier gespannt, wie Sie sich entscheiden – für unseren oder für Ihren Weg. Na, wenn Sie so mit dem Kopf schütteln, dann haben Sie wirklich keine Ahnung von der Rechtslage.

(Volker Schlotmann, SPD: Ja, Sie, Sie!)

Das muss ich Ihnen einmal ganz deutlich sagen.

Ich darf daran erinnern, dass das vom Berliner Innensenator ausgesprochene Verbot des NPD-Marsches durch das Brandenburger Tor eben vom Oberverwaltungsgericht aufgehoben wurde, weil diese Beweispflicht niemals erbracht werden konnte und erbracht werden kann.

Die aktuelle Haltung der rot-grünen Bundesregierung, die das, was wir fordern, was die ja auch gefordert haben, immer noch ablehnen, ist wohl geprägt von einer gezielten Gutgläubigkeit gegenüber ihren politischen Freunden auf der Straße, die sich nicht immer, um das mal nett und freundlich zu sagen, an Recht und Gesetz halten. Bei den Rechtsextremen aber fällt uns das heute sehr hart auf die Füße.

Ich meine, das wäre eigentlich schon ein Problem des Justizministers gewesen, diese Sache versuchen zu klären und nicht immer erst dann, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist und uns einfällt, wir haben nicht diese rechtlichen Möglichkeiten. Wir fordern das schon seit Jahren. Wir fordern auch eine Verschärfung des Straftatbestandes bei Landfriedensbruch, eben auch aus dem Grunde. Zur Ausdehnung des Straftatbestandes des Paragraphen 125 STGB auf Personen einer Menschenmenge, die sich trotz Aufforderung der Polizei wegen drohender Gewalttätigkeiten nicht entfernen, gibt es aus unserer Sicht und vor dem Hintergrund der genannten Vorfälle nun wirklich keine Alternative mehr. Wer dieses Instrument nach all den jüngsten Erfahrungen immer noch ablehnt, ich meine, der fällt der Polizei in den Rücken und argumentiert dann vergleichsweise auch politisch unglaubwürdig.

Und nicht zuletzt sehen wir in der seit langem von uns geforderten Änderung des Jugendgerichtsgesetzes eben

ein wirksames Mittel gegen rechtsradikale Gewaltstraftäter ab 18 Jahren.

(Heike Lorenz, PDS: An dieser Stelle kennen Sie die Rechtslage auch nicht gut genug, wie man an Ihrer Begründung sieht.)

Aber da sind Sie wohl sehr still geworden. Das wollen Sie ja offenbar nicht. Wer durchgreifen will, und das haben wir aus den Reihen der Regierungsfractionen vernommen, der muss natürlich auch jugendliche Gewalttäter in geschlossene Heime einweisen können und das auch tun.

Im Übrigen, und das muss man auch ganz deutlich sagen, sind jene jugendlichen Gewalttäter nicht dadurch klüger geworden, dass SPD und PDS ihnen das Kommunalwahlrecht ab 16 Jahren förmlich aufgedrängt haben.

Abschließend fordern wir den Innenminister, der bei der letzten Innenministerkonferenz zugestimmt hat, auf, auch die Videoüberwachung des öffentlichen Raumes zur Überwachung der rechtsextremen Szene und anderer extremistischer Szenentreffs einzusetzen. Ich glaube, auch das ist eine wirksame präventive Maßnahme.

Abschließend danke ich für Ihre Aufmerksamkeit, auch für Ihre, Herr Dr. Schoenenburg, und hoffe, dass Sie diesmal unserem Antrag zustimmen, denn wir haben uns an Ihren öffentlichen Statements orientiert. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Peter Ritter, PDS: An Ihren Taten sollten wir Sie messen.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Thomas.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Innenminister Herr Dr. Timm.

Minister Dr. Gottfried Timm: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich will gern diesen Tagesordnungspunkt noch einmal zum Anlass nehmen, die Maßnahmen der Landesregierung zur Bekämpfung des Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern vorzustellen. Lassen Sie mich aber drei Vorbemerkungen machen, bevor ich die Maßnahmen vorstelle.

Erste Vorbemerkung. Artikel 1 des Grundgesetzes sagt unmissverständlich: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Staatliche Gewalt wird mit aller Konsequenz und Härte gegen Gewaltstraftäter vorgehen, auch in Mecklenburg-Vorpommern. Das gilt insbesondere auch für rechts-extremistisch motivierte Gewaltstraftaten. Polizei und Strafverfolgungsbehörden in Mecklenburg-Vorpommern schöpfen alle rechtlichen Möglichkeiten zur Verfolgung der Straftaten aus.

Aber darüber hinaus muss gesagt werden, die Gesellschaft in unserer jungen Demokratie hat mit allen ihren Institutionen und ihren Bürgern die Verpflichtung, Gewalt, Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit unmissverständlich zu ächten. Achtung der Menschenwürde heißt Schutz von Minderheiten, Schutz von Ausländern, Schutz von Behinderten, insgesamt gesagt, Schutz von Schwachen in dieser Gesellschaft, in der wir leben.

Alle demokratischen Parteien, meine Damen und Herren, Sie von der Opposition insbesondere, sind aufgeru-

fen, sich unter dem Artikel 1 des Grundgesetzes gemeinsam zu versammeln. Meine Damen und Herren, das gilt in unserem Bundesland und insbesondere auch in Vorpommern. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten auch von der CDU, bei Gegenveranstaltungen zu NPD-Demonstrationen klar und unmissverständlich zu zeigen, wo sie steht.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, ist es möglicherweise unehrenhaft für eine Volkspartei wie die Christlich-Demokratische Union, zwar im Schloss von Schwerin Anträge zu stellen, aber da, wo sie gebraucht wird, in der politischen Auseinandersetzung vor Ort zu kneifen?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Richtig. – Wolfgang Riemann, CDU: Wir kneifen nicht in der politischen Auseinandersetzung.)

Meine Damen und Herren! Dieses Auseinanderfallen Ihrer Aktivitäten, hinter dicken Schlossmauern Anträge zu stellen, aber draußen auf der Straße sich unsichtbar zu machen, das passt nicht zusammen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Wir kneifen nicht. – Zurufe von Dr. Armin Jäger, CDU, und Georg Nolte, CDU)

Das sage ich Ihnen, Herr Riemann, auch als Innenminister dieses Bundeslandes.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS – Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist reine Polemik, Herr Minister. – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Also den Herrn Riemann hab' ich noch nie da gesehen.)

Zweite Vorbemerkung. Die Opposition will ein Konzept zur Verhinderung von rechtsextremistisch motivierten Gewaltstraftaten.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Den Herrn Markhoff hab' ich auch nie dort gesehen. – Dieter Markhoff, CDU: Ich stell' mich mit Ihnen nicht mehr auf der Straße hin, Herr Schoenenburg.)

Ja, das ist bedauerlich, Herr Markhoff. Das ist bedauerlich.

(Unruhe bei Abgeordneten der PDS – Dieter Markhoff, CDU: Mit solchen nicht! – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Nur mit der Videokamera hinterm Fenster. – Glocke der Vizepräsidentin)

Höchstbedauerlich.

Sie wollen ein Konzept zur Verhinderung von rechtsextremistisch motivierten Gewaltstraftaten. Und ich sage Ihnen ganz nüchtern, so ein Konzept gibt es leider nicht. Es muss uns gemeinsam um die Bekämpfung und um die Eindämmung des Rechtsextremismus in seiner gewaltbereiten Ausprägung, aber auch im latenten Bereich des Rechtsextremismus gehen.

Auch dort, das kann man bewerten, wie man will, wo die CDU in der Regierungsverantwortung stand oder steht, kann sie rechtsextremistische Gewaltstraftaten leider auch nicht verhindern. Es muss darum gehen, die staatliche Verfolgung und die gesellschaftliche Äch-

tung gemeinsam und unmissverständlich deutlich zu machen.

Ich will Ihnen anhand der Zahlen in Mecklenburg-Vorpommern zeigen, wo wir statistisch stehen, und vielleicht einen Vergleich zu Thüringen initiieren. Wir wissen, dass die Synagoge in Erfurt derzeit in der öffentlichen Diskussion steht. 1998 hatten wir in Mecklenburg-Vorpommern 187 rechtsextremistische Straftaten, 1999 waren es 156. Thüringen hatte 1998 926 und 1999 1.018 Straftaten. Bei uns fallende Tendenz, jeder Einzelfall ist schlimm genug, aber steigende Tendenz in Thüringen. Ich sage es deswegen, weil wir Maßnahmen gegen den Rechtsextremismus ab 1998 ergriffen haben, um die Gewaltstraftaten und die sonstigen Straftaten in diesem Bereich abzusenken. 1997 hatten wir über 80 Gewaltstraftaten im Land, 1999 waren es etwas über 50.

Lassen Sie uns, meine Damen und Herren, verantwortlich und ohne falschen Populismus gegen Rechtsextremismus vorgehen. Dieser Antrag, meine Damen und Herren, ist Schall und Rauch,

(Georg Nolte, CDU: Ach!)

da auch in den eigenen CDU-Reihen die Forderungen dieses Antrages nicht einmal mehrheitsfähig sind, sonst wären sie ja bereits dort, wo die CDU regierte oder regiert, längst umgesetzt worden. Aber das sind sie nicht. Warum denn nicht?

(Dr. Armin Jäger, CDU: Gucken Sie doch mal in die Länder!)

Warum denn nicht, Herr Dr. Jäger? Warum denn nicht? Das ist doch die Frage.

(Reinhardt Thomas, CDU: Schauen Sie doch mal auf die Initiativen! – Dr. Armin Jäger, CDU: Schauen Sie doch mal in die alten Bundestagsdrucksachen, die Sie nachlesen müssten.)

Ich gucke mir die Wirklichkeit an und stelle fest, Herr Dr. Jäger, beim Regierungswechsel in Thüringen

(Zurufe von Wolfgang Riemann, CDU, und Peter Ritter, PDS)

haben dort rechtsextremistische Straftaten zugenommen, beim Regierungswechsel in Mecklenburg-Vorpommern abgenommen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Das ist der Unterschied, meine Damen und Herren. Das ist der Unterschied.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU – Wolfgang Riemann, CDU:
Und wie sieht es in Brandenburg aus?
Wie sieht es in Brandenburg aus?)

Dritte Vorbemerkung.

(Peter Ritter, PDS: Wer ist denn da Innenminister in Brandenburg? – Zuruf von Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff)

Der Vergleich zwischen der Wirklichkeit,

(Wolfgang Riemann, CDU: Und in Sachsen-Anhalt? Wer sitzt da im Parlament auf der Regierungsbank?)

das heißt dem rechtsextremistischen Lagebericht, Herr Riemann, und den Forderungen im CDU-Antrag, zeigt, dass die CDU-Vorschläge an der Wirklichkeit vorbeigehen. Ich will Ihnen ein Beispiel zeigen. Die CDU fordert in Punkt 5 ihres Antrages, der Straftatbestand des Landfriedensbruchs des Paragraphen 125 Strafgesetzbuch ist auf Personen auszudehnen, die sich trotz Aufforderung der Polizei, wegen drohender Gewalttätigkeiten auseinander zu gehen, nicht entfernen.

Meine Damen und Herren, das Problem im Bereich rechtsextremistischer Straftaten ist nicht, dass diese Straftaten unter Anwesenheit der Polizeibeamten begangen werden. Polizei kann sich dort, wo sie auftritt, vor allem im Bereich des Rechtsextremismus, durchsetzen. Platzverweise und Gewahrsamnahmen, beispielsweise bei der Demonstration in Schwerin am 13. Mai, zeigen dies überdeutlich.

(Zurufe von einzelnen Abgeordneten der PDS und Reinhardt Thomas, CDU)

Und der Polizeieinsatz in Schwerin am 13. Mai, meine Damen und Herren, war erfolgreich.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Wolfgang Riemann, CDU: Das ist nicht das Verdienst des Innenministers, sondern der Polizei.)

Das Problem im Bereich Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern ist, diese Straftaten werden im Halbdunkeln der Öffentlichkeit begangen und eben gerade unter Abwesenheit der Behörden. Das ist das Problem. Deswegen ist der CDU-Vorschlag, der wiederum zeigt,

(Wolfgang Riemann, CDU:
Er greift sich nur einen Punkt raus.)

dass die Opposition zwar Vorschläge aus ihrer Mottenkisten zieht, aber eben nicht die Wirklichkeit berücksichtigt, leider wirklichkeitsfremd,

(Wolfgang Riemann, CDU: Da müssen Sie den ganzen Antrag schon lesen.)

abgesehen davon, meine Damen und Herren, dass solche Vorschläge – und deswegen sind Sie auch in der eigenen Partei nicht mehrheitsfähig – eben als Schnellschüsse vor dem Verfassungsgericht landen und kassiert werden können.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Damit haben wir schlechte Erfahrungen.)

Das haben wir nun leider erlebt.

(Harry Glawe, CDU: Da haben Sie ja mitgemacht. Haben Sie das schon vergessen? – Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Meine Damen und Herren, diese Vorschläge der CDU sind zusammengetragen

(Unruhe bei der CDU – Wolfgang Riemann, CDU:
Das waren doch alles Seite und Jäger. Damit hat er nichts zu tun. – Glocke der Vizepräsidentin)

aus alten Wahlprogrammen. Das ist ja auch Ihr Recht,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Waren Sie damals nicht auch beteiligt?)

sie haben aber konkret mit der Bekämpfung des Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern nichts zu tun.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Da war er noch ein glühender Verfechter dieser Regelung.)

Die sechs Vorschläge, die Sie gemacht haben, werde ich nachher eingehend erörtern. Jedenfalls möchte ich, bevor ich das tue, die Gelegenheit nehmen, und Sie haben ja dazu aufgefordert, die Maßnahmen der Landesregierung gegen den Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern zu erläutern.

Meine Damen und Herren! Die Landesregierung hat 1999 einen Erlass herausgegeben unter dem Titel „Ordnungsbehördliches und polizeiliches Vorgehen bei Veranstaltungen von Rechtsextremisten“ – abgekürzt „Konzert-erlass“.

(Zurufe von Herbert Helmrich, CDU, und Wolfgang Riemann, CDU)

Um erkannte Unsicherheiten bei den Polizeibehörden und bei den Ordnungsbehörden in der rechtlichen Bewertung rechtsextremistischer Veranstaltungen durch die vor Ort agierenden Beamten sowie entsprechende Handlungsdefizite zu beseitigen, ist dieser Erlass auf den Weg gebracht worden. Hierin wurden die Polizeibehörden angewiesen, soweit Musikveranstaltungen rechtlich als Versammlungen einzuordnen sind, die gemäß Versammlungsgesetz zulässigen Eingriffsermächtigungen anzuwenden. Musikveranstaltungen, die als Geburtstagsfeiern getarnt werden, fallen dagegen nicht unter den Schutz des Versammlungsgesetzes, weshalb in diesen Fällen die umfassenden Eingriffsermächtigungen des Polizeigesetzes anzuwenden sind.

Dieser Konzerterlass, meine Damen und Herren, ist inzwischen von Sachsen-Anhalt und Thüringen übernommen worden. Ich will Ihnen auch hier Zahlen nennen: Wir hatten 1998 33 dieser getarnten rechtsextremistischen Veranstaltungen, 1999 waren es 12 Veranstaltungen – eine Auswirkung der Politik der Landesregierung gegen Rechtsextremismus.

Ich will darauf hinweisen, dass diese getarnten rechtsextremistischen Treffen Umschlagplätze für Ideologien, Broschüren, CDs und sonstiges anderes Material dieser Szene sind und gerade deswegen, weil sie eine wichtige Funktion in der rechten Szene haben, zu verbieten sind.

Weiterhin haben wir im Juni letzten Jahres den Erlass zur Bekämpfung des Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern herausgegeben. Mit diesem Erlass haben wir auf polizeilicher Seite ein Bündel von Maßnahmen initiiert, das insbesondere zu einer Effektivierung der Strafverfolgung rechtsextremistischer Straftaten geführt hat und gleichzeitig die Zusammenarbeit aller beteiligten Behörden verbessern soll. Kernpunkt des Erlasses ist die Einrichtung der MAEX-Gruppen in den fünf Polizeidirektionen unseres Landes und der Koordinierungsstelle MAEX im LKA. Hauptsächlich geht es darum, präventiv in der rechten Szene tätig zu werden, um Gefahren in diesem Bereich zu verhüten.

(Vizepräsidentin Kerstin Kassner übernimmt den Vorsitz.)

Weiterhin sollen durch die MAEX-Gruppen Treffpunkte der rechtsextremistischen Szene aufgeklärt, strafatenden Anlässe erkannt sowie Personen und Gruppenerkenntnisse für eine qualifizierte täterorientierte Gefahrenabwehr und Strafverfolgung gewonnen werden.

Meine Damen und Herren, weiterhin sind mit diesem Erlass im letzten Jahr auf den Weg gebracht worden, in diesem Bereich die Aus- und Fortbildung der Landespolizei zu verbessern und die Präventionsarbeit sowie die sachbearbeitende Vorgangsbekämpfung auf eine qualitativ neue Stufe zu heben.

Meine Damen und Herren, Sie wissen, das will ich als nächsten Punkt nennen, dass die Landesregierung den Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung neu belebt hat. Dieser hat in der Arbeitsgruppe „Extremismus“ gerade vor wenigen Wochen seine Broschüre „Kritisch integrieren“, die er mit langer Diskussion erarbeitet hat, veröffentlicht. In dieser Broschüre geht es darum, den jugendlichen Gruppen im Bereich des Rechtsextremismus Angebote zu machen, um sie aus dem Halbdunkel des Geschehens in das Licht der Öffentlichkeit zurückzuholen und den Kommunen, den Trägern der Jugendarbeit und auch den Landesbehörden Handlungsmöglichkeiten an die Hand zu geben, die inhaltliche und auch politische Auseinandersetzung mit diesen Jugendlichen qualitativ und konstruktiv zu führen. Die Debatte ist in vollem Gange und ich freue mich sehr darüber, dass wir derzeit eine unglaubliche Nachfrage nach diesen Konzepten haben.

Darüber hinaus, meine Damen und Herren, geht es darum, Fortbildungsseminare an der Fachhochschule auf den Weg zu bringen, Seminare zum Thema „Rhetorik gegen Rechts“ an der Akademie für Politik, Wirtschaft und Kultur fortzuführen, die Projektarbeit an den Schulen, den Landeswettbewerb „Schüler arbeiten für Demokratie, Schulen ohne Fremdenfeindlichkeit“ zu verbessern und weiterzuführen, Handlungsanweisungen für die Schulen auf den Weg zu bringen und darüber hinaus die Zusammenarbeit des Landeskriminalamtes, des Verfassungsschutzes, der Landeszentrale für politische Bildung und weiterer Träger der Bildungsarbeit in diesem Lande zu verbessern.

Ein weiterer Punkt, den ich hier nennen will, ist: Wir haben im letzten Jahr erstmalig in einem einheitlichen Lagebericht die Erkenntnisse des Staatsschutzes und die Erkenntnisse des Verfassungsschutzes zusammengeführt und diesen Extremismusbericht allen öffentlichen und sonstigen Stellen zur Verfügung gestellt, um gerade in diesem Bereich für die Arbeit in der politischen Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus die erforderlichen Schlüsse zu ziehen. Hinweisen will ich darauf, dass wir uns noch im Monat Juni innerhalb der Landesregierung mit ressortübergreifenden Handlungskriterien bei der Bewältigung des Problems Rechtsextremismus in diesem Bundesland befassen werden. Dieses Konzept wird dann natürlich auch dem Landtag zugeleitet.

Meine Damen und Herren, die CDU schlägt nun vor, unter anderem den Paragraphen 55 des Sicherheits- und Ordnungsgesetzes zu verändern. Bislang gibt es die Möglichkeit, vom Tag der Ingewahrsamnahme über den Folgetag hinaus den polizeilichen Gewahrsam durchzuführen und dann den Richterspruch abzuwarten, ob der Gewahrsam fortgesetzt werden kann oder nicht. Diese Maßnahme, meine Damen und Herren, reicht in dem Bereich, in dem wir uns hier bewegen, für die Polizei aus. 14 Tage Ingewahrsamnahme im Bereich Rechtsextremismus ist nach umfassender polizeilicher Lageeinschätzung nicht erforderlich. Wenn das notwendig sein sollte, gibt es immer noch die Möglichkeit, die Gerichte hiermit zu befassen. Bislang allerdings ist im rechtsextremistischen

Milieu so eine Maßnahme nicht erforderlich gewesen. Ich bin gespannt auf Ihre praktischen Beiträge, die ich möglicherweise noch zur Kenntnis bekomme.

(Reinhardt Thomas, CDU: Wir reden doch von präventiven Maßnahmen.)

Darüber hinaus, Herr Thomas, haben Sie vorgeschlagen,

(Reinhardt Thomas, CDU: Das sind doch präventive Maßnahmen.)

das Versammlungsgesetz zu ändern. Ich will Ihnen sagen, dass auch wir in der Innenministerkonferenz derzeit sehr ernsthaft über diese Frage debattieren, und zwar auf der Grundlage eines Gutachtens des ehemaligen Innenministers Bull aus Schleswig-Holstein. Das Gutachten ist Grundlage für die Frage, ob es in bestimmten – sicherlich sehr engen – Grenzen verschärfende Möglichkeiten bei der Versammlungsgesetzgebung gibt. Der Bundesinnenminister hat zu Recht vor einer gesetzgeberischen Hektik gewarnt und ich sage Ihnen, die Warnung unterstütze ich.

(Reinhardt Thomas, CDU: Das hat er auch schon als Anwalt für Extremisten gesagt.)

Es kann nicht darum gehen, Herr Thomas, mit einem geänderten Versammlungsgesetz beim Bundesverfassungsgericht zu unterliegen. Das kann nicht unser Ziel sein. Das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit ist auch durch die Innenminister des Bundes und der Länder zu wahren.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Abschluss Folgendes sagen: Den Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern kriegen wir nur dann einigermaßen in den Griff, wenn wir erstens alle staatliche Gewalt konsequent und unmissverständlich darauf richten, Straftaten in diesem Bereich, insbesondere Gewaltstraftaten, zu ahnden. Die Strafverfolgungs- und die Polizeibehörden schöpfen hier alle rechtlichen Möglichkeiten vollständig aus.

(Reinhardt Thomas, CDU: Aber nicht genügend.)

Darüber hinaus muss es darum gehen, im Land Mecklenburg-Vorpommern mit den Bürgern und ihren Institutionen klar und unmissverständlich die politische Auseinandersetzung zum Thema Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit zu betreiben. Und da, meine Damen und Herren von der CDU, das sage ich noch einmal an dieser Stelle ganz klar, erwarte ich von Ihnen, dass Sie sich an der Auseinandersetzung vor Ort beteiligen, sich auf die richtige Seite stellen

(Wolfgang Riemann, CDU: Aber doch nicht auf der Straße! Doch nicht auf der Straße!)

und mit uns gemeinsam, mit uns gemeinsam

(Wolfgang Riemann, CDU: In die Schulen müssen wir rein. In die Schulen! Gehen Sie in die Schulen und nicht auf die Straße! – Zurufe von einzelnen Abgeordneten der CDU und Peter Ritter, PDS)

diese Auseinandersetzung mit den Jugendlichen, die verirrt sind,

(Zuruf von Monty Schädel, PDS – Wolfgang Riemann, CDU: Auf der Straße, da können Sie gar nichts erreichen.)

mit den Jugendlichen, die verirrt sind,

(Peter Ritter, PDS: Aber die marschieren auf der Straße, die Braunen.)

unter Einhaltung des Artikels 1 des Grundgesetzes führen.

(Wolfgang Riemann, CDU: In die Schulen müssen Sie gehen!)

Wir haben in Mecklenburg-Vorpommern derzeit kein staatliches Handlungsdefizit. Wir haben ein Defizit in der politischen Auseinandersetzung und ich erwarte, meine Damen und Herren, von allen Fraktionen des Landtages und allen demokratischen Parteien dieses Bundeslandes, dass sie sich gemeinsam diesem Handlungsdefizit stellen. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt für die PDS-Fraktion der Abgeordnete Herr Ritter. Bitte sehr.

(Reinhardt Thomas, CDU: Oh, da kommt Freude auf. – Wolfgang Riemann, CDU: Der Hubschrauberpilot.)

Peter Ritter, PDS: Herr Thomas, freuen Sie sich mal nicht zu früh!

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Werte Frau Präsidentin! Wer den CDU-Antrag liest, wird sich, wie so oft in letzter Zeit, verwundert die Augen reiben,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Was?)

denn die CDU verlangt jetzt das, was sie in ihrer Regierungszeit im Land und im Bund längst hätte erarbeiten können – sie verlangt schlicht und einfach von der jetzigen Landesregierung ein Konzept zur Bekämpfung und Verhinderung rechtsextremistisch motivierter Gewalttaten.

(Reinhardt Thomas, CDU: Das hatten wir schon. Das hatten wir schon. Wir wollen es nur noch verbessern. – Dr. Armin Jäger, CDU: Nach wie vor.)

So etwas, Herr Thomas, nennt man Abschieben der eigenen Verantwortung auf andere.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS und Volker Schlotmann, SPD)

Sicherlich, meine sehr verehrten Damen und Herren, auch die rot-rote Landesregierung

(Monty Schädel, PDS: Zehn Jahre gefördert und jetzt ...)

und die Koalition haben kein Patentrezept im Kampf gegen Rechtsextremismus, aber Koalition und Landesregierung haben konzeptionelle Anfänge. Das können Sie beispielsweise, ohne dass dafür besondere Anstrengungen nötig wären, in der Koalitionsvereinbarung nachlesen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Viel Papier und wenig Substanz. – Monty Schädel, PDS: Sie haben ja nicht mal das Papier.)

In Punkt 7 – also bereits ganz vorn, Herr Riemann, da brauchen Sie nicht mal weit zu blättern – finden Sie fol-

gende Sätze: „SPD und PDS werden den politischen Extremismus, insbesondere den Rechtsextremismus,“

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

„sowie dessen Ursachen bekämpfen. Sie streben an, alle im Landtag vertretenen Parteien“, also auch die CDU, „zu gemeinsamen Maßnahmen gegen diese politischen Kräfte zu gewinnen. Gewalt als Mittel zur Lösung politischer Konflikte wird abgelehnt.“ So weit ein Zitat aus der Koalitionsvereinbarung.

(Wolfgang Riemann, CDU: Dann müssen Sie ja heute unserem Antrag zustimmen, und zwar gemeinsam.)

Es geht uns erstens – Herr Riemann, hören Sie zu, zu Ihnen komme ich auch noch –, es geht uns also erstens darum, die Ursachen zu bekämpfen. Wir haben uns vor allem zu fragen, warum so viele junge Menschen rechts-extremistischem, ausländerfeindlichem und sogar faschistischem Gedankengut verfallen. Denn es sind unsere Kinder. Aber es sind beileibe nicht nur die Jugendlichen, es sind auch die Erwachsenen. Auch das muss gesagt werden.

Die Koalition setzt zweitens auf ein Zusammengehen aller jenseits vom Rechtsextremismus angesiedelten politischen Kräfte. Die CDU war und ist dazu eingeladen. Aber sie beteiligt sich zuallermeist nicht an Demos und Aktionen gegen den Rechtsextremismus.

(Reinhardt Thomas, CDU: Da sind auch Linksextremisten dabei.)

Drittens, sagt die Koalition, sollen auf wissenschaftlicher Grundlage Ursachen, Erscheinungs- und Organisationsformen des Rechtsextremismus untersucht und wissenschaftlich begründete Gegenmaßnahmen erarbeitet werden. Genau das ist erfolgt und erfolgt weiter, freilich ohne Zutun der CDU. Die Regionalbüros des Vereins „Demokratie und Toleranz“ Mecklenburg-Vorpommern gibt es erst jetzt und nicht schon seit Regierungsantritt der CDU.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Die Landesregierung hat Untersuchungen und Gutachten in Auftrag gegeben und sie hat sich beispielsweise gründlich mit der Studie von Professor Frieder Dünkel von der Uni Greifswald zu rechtsextremistischen Tendenzen der Jugendlichen im Land befasst. Des Weiteren lässt der Bildungsminister die Gewaltbereitschaft an den Schulen untersuchen. In der Landeszentrale für politische Bildung gibt es im Programm selbstverständlich den Schwerpunkt Rechtsextremismus.

Viertens betrachtet die Regierung somit den Kampf gegen Rechtsextremismus als Querschnittsaufgabe und nicht in erster Linie, wie das früher bei den CDU-geführten Landesregierungen der Fall war, als Feld des Verfassungsschutzes beziehungsweise der Justiz.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Dass der Verfassungsschutz allerdings vor allem unter dieser Regierung konsequent auf die Bekämpfung des Rechtsextremismus ausgerichtet wurde, ist eine Tatsache, an der auch Sie nicht vorbeikommen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Sie wollten ihn doch abschaffen.)

Fünftens unterstützt die Landesregierung ein breites Bündnis gegen Rechts. Freilich, was dort geschieht, Herr Riemann, können Sie nicht wissen, denn Sie sind meistens nicht dabei. Auch dort werden Konzepte erstellt, dort wird tätig gegen den Rechtsextremismus demonstriert, arbeiten junge Leute, dort wird gestritten, wird real dafür gestritten, Rechtsextremisten und Nazis den öffentlichen Raum nicht zu überlassen.

Dass auch Repressionen als Reaktion gerade auf rechtsextreme Gewaltverbrechen zu einem schlüssigen Konzept dazugehören, hat die Landesregierung und haben die sie tragenden Parteien ein Dutzend Mal erklärt.

Ferner, meine sehr verehrten Damen und Herren von der CDU, bevor Sie eine Konzeption verlangen, müssten Sie wenigstens gelegentlich auch mal auf das hören, was die Regierung sagt, und das lesen, was sie veröffentlicht.

(Beifall Volker Schlotmann, SPD, und Angelika Gramkow, PDS – Wolfgang Riemann, CDU: Das tun wir schon. Das tun wir schon.)

Offensichtlich nicht, denn die Regierung hat nämlich unmittelbar nach dem Lassaner Überfall Folgendes gesagt: „Die Landesregierung ist sich dessen bewusst, dass das Phänomen der rechtsextremistischen Gewalt nicht allein mit kurzfristig ergriffenen repressiven Maßnahmen bekämpft werden kann,“

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das wissen wir auch.)

„sondern dass es einer langfristig angelegten Strategie bedarf,“

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

„um die inneren Einstellungen potentiell gefährdeter Jugendlicher und die äußeren Bedingungen für die Begehung solcher Straftaten nachhaltig zu ändern. Neben harten und konsequenten repressiven Maßnahmen bedarf es daher der Mobilisierung und Vernetzung aller staatlichen, politischen und gesellschaftlichen Kräfte. Die von der Landesregierung eingesetzte interministerielle Arbeitsgruppe ‚Prävention‘ wird deshalb in ihrem demnächst vorliegenden Abschlussbericht dem Handlungsfeld Rechts-extremismus eine besondere Bedeutung beimessen und Vorschläge vorlegen, die über die bisherigen Handlungsansätze hinausgehen.“

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Ja, meine Damen und Herren, ich frage Sie ernsthaft: Ist denn das, was gesagt wurde, etwa kein konzeptioneller Ansatz?

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Es ist vielleicht noch nicht die fix und fertige Konzeption, aber es ist immerhin ein Anfang, auf den wir in Ihrer Regierungszeit umsonst gewartet haben.

Und dann ist dieser Tage ein Heft des Landespräventionsrates erschienen zum Umgang mit rechtsextremistischen Jugendgruppen und zur kommunalen Prävention. Sehr diskussionswürdig, wie ich aus meiner Sicht meine, vor allem was die Bereitstellung von Räumen für rechte Jugendliche angeht. Aus meiner Sicht ist es doch völlig unerheblich, ob rechtsextremes Denken in dunklen oder in offiziellen Räumen entsteht.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Wichtiger ist doch vielmehr, dass demokratische, antifaschistische und antirassistische Jugendstrukturen im Land gefördert werden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Und das ist kein platter Antifaschismus, Frau Schnoor, das will ich Ihnen noch mal deutlich sagen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, und wie?)

So weit, so gut das Konzept der Regierung.

(Georg Nolte, CDU: So weit, so schlecht.)

Nun ist die Frage: Was ist denn nun mit der Konzeption der CDU im Kampf gegen den Rechtsextremismus? Diese Frage ist allerdings ganz klar und ganz knapp zu beantworten: Die CDU hat kein Konzept,

(Heiterkeit bei Beate Mahr, SPD)

höchstens Herr Kanther. Als der noch was zu sagen hatte in Partei und Bund, hat er es schlicht wie folgt auf den Punkt gebracht.

(Zuruf von Heidemarie Beyer, SPD)

Ich zitiere Herrn Kanther: „Die CDU muss“, so sagte er, „eine Politik machen, zu der die Wähler der Republikaner ja sagen können.“ So pflügt und bestellt man mit Sprüchen und auch Parteiprogrammatik Äcker, auf denen später rechtsextremistische Dornen und Disteln wachsen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Auch hört man aus Ihren Reihen beispielsweise fortwährend – wie auch heute wieder – die primitive Gleichsetzung von Rechts- und Linksextremismus,

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

was gleichzeitig eine Verharmlosung der rechten Gewalt ist.

(Reinhardt Thomas, CDU:
Das kann ja wohl nicht wahr sein!)

Mich wundert übrigens, dass diese Feststellung, dieses Glaubensbekenntnis nicht schwarz auf weiß in Ihrem Antrag steht.

(Reinhardt Thomas, CDU: Die kommunistische Plattform! Solche Sprüche! –
Heiterkeit bei Dr. Arnold Schoenenburg, PDS)

Und dann entlarvt Sie natürlich noch etwas anderes, meine Damen und Herren von der CDU.

(Zuruf von Gabriele Schulz, PDS)

Herr Thomas, ich komme gleich zu Ihnen.

(Reinhardt Thomas, CDU: Ist das Ihr Demokratieverständnis?)

Herr Thomas, Sie können sich mal der Mühe unterziehen und die Landtagsprotokolle und Drucksachen des Landtages durchsehen und zusammenzählen, wie viele Anträge auf Debatten zum Thema Rechtsextremismus Sie in den letzten zehn Jahren gestellt haben. Vielleicht finden Sie mit dem heutigen Antrag zwei oder drei.

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Aber nehmen wir nur einmal das, was der Exminister Herr Dr. Jäger in der 76. Sitzung vom 28. Januar 1998

sagte: „Weder Strafverfolgungsbehörden noch der Verfassungsschutz beschäftigen sich ... mit neofaschistischen oder rechtsradikalen Gruppierungen. Auch der Landesregierung sind keine Einzelpersonen oder Organisationen bekannt, die im Wortsinne faschistisches oder neofaschistisches Gedankengut, etwa in Anlehnung an Mussolini oder Franco, verbreiten würden.“

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig. Richtig.)

Das war der damalige Innenminister zur Einschätzung der Lage im Land.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist richtig. Das ist so geblieben.)

Alle Wetter, kann ich da nur sagen, Herr Dr. Jäger. Augenscheinlich ist das rechtsextreme Gedankengut erst seit 1999 im Lande aktiv.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS –
Dr. Armin Jäger, CDU: Wir haben keine Mussolini-Anhänger.)

Und Herr Thomas sagte auf derselben Sitzung – ich zitiere ungern Herrn Thomas, aber ich mache es trotzdem: „Die wirklichen Ursachen des Rechtsextremismus sind in der Konfrontation mit dem verzerrten und deformierten Sozialismus entstanden, ...“

(Monty Schädel, PDS: Jawohl!)

„Rechtsextremismus ist also auch ein Erbe aus der ehemaligen DDR.“

(Reinhardt Thomas, CDU: Das ist das Zitat der Frau Niederländer aus der VP-Studie von 1989.)

Das ist Ursachenforschung á la CDU.

Und es ist wohl auch bezeichnend, dass im letzten Koalitionsvertrag der CDU-geführten Regierung von 353 Punkten nicht ein einziger die Frage des Rechtsextremismus berührte. Auch dort kommt das Wort nicht ein einziges Mal vor, ebenso nicht der Begriff „rechtsextremistische Gewaltstraftaten“. Und wenn man sich schließlich der Mühe und der Plage unterzieht, das letzte CDU-Landeswahlprogramm durchzusehen, so ist das Ergebnis ebenso ernüchternd. Das Programm hat 68 Seiten. Das Wort „Rechtsextremismus“ kommt dort nicht vor. Man spricht von „politischem Extremismus“ allgemein, den man überwachen müsse, und von „extremistischen Straftätern“,

(Reinhardt Thomas, CDU:
Dazu gehören ja beide.)

für deren Verfolgung man sich einsetzen möge. Schluss der Durchsage! Auf 68 Seiten vage vier Sätze!

Zum Kampf gegen Ausländerfeindlichkeit findet man im Landeswahlprogramm der CDU natürlich auch nichts. So etwas gibt es offensichtlich aus Sicht der CDU nicht. Allerdings beginnt der Abschnitt „Integration von Ausländern“ mit dem Satz: „Wir Mecklenburger und Vorpommern sind aufgeschlossene Menschen.“

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.
Da haben wir ja auch Recht. Da haben wir Recht.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dass in Ihrem vorliegenden Antrag in fünf von sechs Punkten ausschließlich auf Repression und Verschärfung von Strafen gesetzt wird,

(Wolfgang Riemann, CDU: Naja gut, ein paar können wir schon ausschließen, die immer noch ihren Betonkopf vor sich hertragen.)

ist freilich der durchgreifende konzeptionelle Punkt bei Ihnen.

Herr Riemann, jetzt kommt es gleich. Passen Sie auf!

Kurz zu den einzelnen Punkten in Ihrem Antrag:

Punkt 1 – Jugendsozialarbeiter wollen Sie. Schön, dagegen ist nichts zu sagen. Mit Erstaunen sehe ich, dass Sie jetzt sogar mehr wollen als wir.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Reden Sie jetzt als Mecklenburger oder als Vorpommer?)

Sie wollen sie flächendeckend. Woher der Sinneswandel, frage ich mich allerdings. Aber Sie haben vielleicht in der Zwischenzeit gemerkt,

(Wolfgang Riemann, CDU: Sie wollen ja nicht mal Ihre eigenen Wahlaussagen einhalten.)

Sie haben in der Zwischenzeit vielleicht gemerkt, dass das 1.000-Stellen-Programm der Landesregierung erfolgreich umgesetzt wird und Anklang findet –

(Beifall Angelika Gramkow, PDS:

Wolfgang Riemann, CDU: O wei, o weil)

außer im Landkreis Demmin, dort haben Sie es natürlich verhindert.

(Wolfgang Riemann, CDU: Wir haben bei uns in der Gemeinde einen. Wir haben einen. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren,

(Wolfgang Riemann, CDU: Bei Ihnen auch, Herr Ritter? Bei Ihnen auch in der Gemeinde?)

aber, meine sehr verehrten Damen und Herren der CDU, Sie sollten nicht vergessen, dass Ihr Chef und andere Ihrer Lieben

(Harry Glawe, CDU: Dafür schaffen Sie 1.500 andere Stellen ab. Das ist Ihr Problem.)

gerade dieses Vorhaben in der Antwortrede zur Regierungserklärung und in der Haushaltsrede 2000 wie auch zu anderen Gelegenheiten heftig mies und madig geredet haben.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

In der Rede vom 15. September 1999 zum Haushalt sagte beispielsweise Herr Rehberg: „Schulsozialarbeiter sind heiße Luft, ...“ Aber immerhin, die Abneigung gegen Schulsozialarbeiter – doch bisher Grundkonsens in der CDU – scheint aufgebrochen. Aber halt, nein! Herr Riemann hat heute etwas erklärt, indem er nämlich feststellt: „Die CDU hat in den vergangenen beiden Haushaltsberatungen immer wieder auf nach wie vor bestehende erhebliche Einsparpotentiale deutlich hingewiesen. Das betrifft beispielsweise ... den Öffentlichen Beschäftigungssektor ...“

(Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

„und Projekte wie ‚Jugend baut‘ ...“ Scheinbar ist ihm völlig entgangen,

(Wolfgang Riemann, CDU: Da wird für ein Jahr Geld ausgegeben und dann sind die Leute wieder arbeitslos und dann sind sie zu frustriert und dann gehen sie zu den Rechten. Genauso ist es nämlich.)

dass das 1.000-Stellen-Programm ein Bestandteil des ÖBS ist, Herr Riemann.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS – Barbara Borchardt, PDS: Wer schreit, hört auf zu denken.)

Sie müssten dann doch schon mal erklären, was Sie wollen – entweder das 1.000-Schulsozialarbeiter-Programm über den ÖBS oder die Einsparungsmöglichkeiten, die Sie hier dargestellt haben. Das zeigt doch alles in allem, meine sehr verehrten Damen und Herren,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

dass Ihr Antrag nicht mehr ist als platter Aktionismus.

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Herr Ritter, gestatten Sie eine Anfrage des Abgeordneten Thomas?

Peter Ritter, PDS: Nein.

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Tut mir leid.

Peter Ritter, PDS: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ...

(Reinhardt Thomas, CDU: Im Anschluss?)

Auch nicht im Anschluss, Herr Thomas.

(Wolfgang Riemann, CDU: Mit den Worten sagt er, man soll tolerant sein, aber mit den Taten ist er das selber nicht.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auf die weiteren Punkte Ihres Antrages ist der Innenminister schon eingegangen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Er hat es nur nicht verstanden.)

Deshalb möchte ich es an dieser Stelle nicht noch einmal machen. Alles in allem, meine sehr verehrten Damen und Herren von der CDU, um einen Kampf gegen rechts-extremistische Gewalttaten geht es Ihnen überhaupt nicht.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wo ist denn der Herr Innenminister?)

Ihnen geht es darum, Ihre finsternen Doktrinen zur Verschärfung der inneren Sicherheit und des Strafwanges weiter zu verfolgen.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Das Thema „Rechte Gewalttaten“ ist Ihnen dazu nur ein billiger Anlass. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS – Der Abgeordnete Reinhardt Thomas meldet sich für eine Anfrage.)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Herr Thomas, der Abgeordnete Ritter wollte Ihre Frage nicht beantworten.

Danke, Herr Ritter.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Dr. Jäger von der CDU-Fraktion. Bitte sehr.

Dr. Armin Jäger, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eigentlich hätte ich mir gewünscht, dass der Innenminister die Zeit findet, den fulminanten Ausführungen des Kollegen Ritter zuzuhören, um mir die Gelegenheit zu geben, Ihnen den Paragraphen 55 SOG wirklich mal zu erklären.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der PDS –
Peter Ritter, PDS: Der Innenminister kennt
den ja. – Zuruf von Heike Lorenz, PDS)

Ah, er kennt den Vortrag. Aber sagen wir mal, es wäre eine nette Stunde gewesen, wenn wir mal über den 55 geredet hätten, denn entweder hat er es falsch vorgelesen oder es ist ihm was nicht aufgegangen.

Der 55 steht im SOG – Herr Innenminister ist immer noch nicht da –, er steht im SOG und regelt die vorbeugende Maßnahme, nämlich Gefahrenabwehr. Was der Innenminister meint, dass es daneben noch richterliche Anordnungen gibt, steht in der Strafprozessordnung. Aber diesen kleinen Unterschied hat er nicht erkannt. Deswegen ist gerade die Regelung des Unterbindungsgewahrsams erforderlich. Ich werde darauf noch eingehen. Aber ...

(Der Abgeordnete Harry Glawe
meldet sich zur Geschäftsordnung.)

Entschuldigung.

Harry Glawe, CDU (zur Geschäftsordnung): Herr Jäger, sind Sie bereit, Ihre Rede so lange zu unterbrechen, bis der Innenminister im Raum ist?

Dr. Armin Jäger, CDU: Ich würde mich sehr darüber freuen.

Harry Glawe, CDU: Danke.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD
und PDS – Angelika Gramkow, PDS:
Das muss er doch erst beantragen. –
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Das kann
doch nicht der Herr Jäger entscheiden.)

Dr. Armin Jäger, CDU: Es ist doch beantragt.

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Herr Jäger, dann würde ich jemand anderem das Wort geben, denn die Entscheidung wird nicht durch Sie alleine gefällt.

Dr. Armin Jäger, CDU: Nein, durch Sie, Frau Präsidentin.

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Ich bin hier Herr des Verfahrens.

Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, Frau Präsidentin, ich warte gern.

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Und da ich das nicht machen würde, gebe ich Ihnen die Möglichkeit weiterzureden oder ...

Dr. Armin Jäger, CDU: Nein danke. Ich warte gerne.

(Der Abgeordnete Dr. Ulrich Born meldet sich zur
Geschäftsordnung. – Volker Schlotmann, SPD:
Das kann doch nicht wahr sein!)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Dann würde ich die Rede an jemand anderen weitergeben.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD,
CDU und PDS – Wolfgang Riemann, CDU:
Das ist er ja. Er ist schon da. Er
musste sich erst stärken.)

Bitte sehr, Herr Dr. Jäger, Sie können Ihre Rede fortsetzen. Der Innenminister ist da.

Dr. Armin Jäger, CDU: Frau Präsidentin, ich beglückwünsche Sie zu der Entscheidung.

(Volker Schlotmann, SPD:
Und das wird alles abgezogen.)

Herr Innenminister, Sie haben beklagt, dass die Demonstrationen auf der Straße nicht von allen für richtig gehalten werden und vor allen Dingen nicht von allen mit allen. Ich sage Ihnen eins: Wer wie Sie glaubt, dass auf der Straße die Erziehung zur politischen Toleranz stattfindet, der begeht einen furchtbaren Irrtum. Und das ist der gleiche Irrtum, an dem die Weimarer Republik, eine freiheitliche Grundordnung, bitter zugrunde gegangen ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Monty Schädel, PDS: Deshalb überlassen
Sie den Rechten nämlich die Straße.)

Meine Damen und Herren, was aber zu sagen ist zu dem, was hier vorgetragen wurde:

(Wolfgang Riemann, CDU: Immer
noch nichts aus Weimar gelernt.)

Es ist sicher nicht die vorrangige Aufgabe der Opposition, die unerledigten Hausaufgaben der Regierung zu machen, aber die Art und Weise, die Peinlichkeit, die mittlerweile die Diskussion erreicht hat, sollte uns schon dazu bewegen, hier als Landtag zu diskutieren und vom Tourismusland Mecklenburg-Vorpommern Schaden abzuwenden, indem wir der Regierung Handlungsanweisungen mitgeben und nicht auf eine Kommission, die nun schon wieder tätig wird, warten. Denn nach dem brutalen Überfall auf die Vietnamesen in Eggesin erfolgte durch den Generalbundesanwalt eine konsequente Strafverfolgung und, wie ich glaube, auch eine durchaus angemessene Verurteilung der Gewalttäter. Aber obwohl der Generalbundesanwalt sein Einschreiten mit der drohenden Gefährdung der Rechtsordnung begründet hat und das Oberlandesgericht in sehr deutlicher Sprache auf die Handlungsdefizite bei der Bekämpfung der Ursachen des gewalttätigen Rechtsextremismus und der Ausländerfeindlichkeit hingewiesen hat, musste es erst noch zu den verabscheuungswürdigen Straftaten in Lassan kommen, ehe sich die Landesregierung überhaupt bemüßigt sah, nun endlich etwas zu tun.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Das ist wirklich schlimm, ne?)

Besonderer Kritik haben Sie sich, Herr Innenminister, ausgesetzt, denn wir wissen immer noch nicht, wann Sie von den Überfällen erfahren haben.

(Reinhardt Thomas, CDU:
Das weiß er auch noch nicht.)

Aber wir werden es vielleicht am 31.05. erfahren, nachdem Sie entgegen der Ihnen obliegenden Verpflichtung dem Innenausschuss hierzu keine Auskunft geben konnten.

Was wir jedoch nicht in Ordnung finden, ist, dass Sie das Problem so dilettantisch angehen, dass Ihre erste sachbezogene Reaktion der Vorschlag ist, Rechtsextremisten Räume zur Verfügung zu stellen.

(Monty Schädel, PDS: Das hat
er sich bei Ihnen abgeguckt.)

Die Kritik, die Sie ja erfahren haben vorweg von Michel Friedmann, dem Vizepräsidenten des Zentralrats der Juden, von Ihrem eigenen Ministerpräsidenten, Ihrem Fraktionsvorsitzenden und auch dem Koalitionspartner, die durfte Sie nicht unvorbereitet treffen, denn Sie haben das einfach so in den Raum gestellt.

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Wenn Sie unseren Antrag lesen, wissen Sie, dass wir zwar den Vorstellungen des Landesrates für Kriminalitätsvorbeugung folgen, aber dann konsequent.

(Monty Schädel, PDS: Aber akzeptierte Jugendarbeit ist doch überall danebengegangen. –
Georg Nolte, CDU: Ach Gott! –
Reinhardt Thomas, CDU: Das ist ja der Witz.)

Dann haben Sie, nachdem das also auf Widerstand stieß oder auf Abneigung, verkündet, Sie werden jetzt den Generalstaatsanwalt unseres Landes anweisen, härter durchzugreifen.

(Dr. Gottfried Timm, SPD: Echt?)

Ja, das, Herr Innenminister, haben Sie vor einem Mikrofon, Sie haben vor einem Mikrofon genau dies gesagt.

(Friedbert Grams, CDU:
Unabhängigkeit der Gerichte!)

Sie haben das auch bis heute nicht richtiggestellt. Und auch der Herr Justizminister – der ist ebenfalls nicht da – hat es offenbar aufgegeben, Ihnen den Unterschied zwischen der Ressortverantwortung

(Reinhardt Thomas, CDU: Bla, bla, bla!)

und dem Prinzip der Gewaltenteilung beizubringen.

(Reinhardt Thomas, CDU: Fürchterlich!)

Aber unser Ministerpräsident hatte dann nichts Besseres zu tun, als die Bürgerinnen und Bürger unseres Landesteils Vorpommern damit zu verunglimpfen, dass Vorpommern – übrigens entgegen der eindeutigen Zahlen Ihres Extremismusberichtes, der erst kürzlich vorgelegt worden ist, Sie haben ihn hier zitiert – als Schwerpunkt rechtsextremer Straftaten anzusehen sei. Sie hätten das hier richtigstellen können, es ist Ihr Bericht. Allerdings, Sie haben hier gesagt, die rechtsextremen Straftaten sind in '99 gegenüber '98 zurückgegangen. Ich empfehle Ihnen die Lektüre der Seite 28 Ihres Berichts. Da steht, die Gewaltdelikte sind von '98 auf '99 um 3,9 Prozent nicht gefallen, sondern gestiegen. Also was ist denn nun richtig?

(Zuruf von Lutz Brauer, CDU)

Meine Damen und Herren, ich möchte an dieser Stelle auf eins hinweisen, Herr Ritter hat es zitiert: Da wird jetzt eine neue Kommission eingesetzt. Er hat gesagt, dass die Gesellschaft von der Landesregierung aufgerufen wird, etwas zu tun. Alles richtig. Aber damit, dass man jetzt erst richtig anfängt, zeigt man doch, dass man die ganze Zeit gar nichts getan hat.

(Peter Ritter, PDS: Ja, Sie acht Jahre lang nicht, Herr Jäger. Das habe ich ja gesagt.)

Herr Ritter, und jetzt wird's schön.

(Peter Ritter, PDS: Wir müssen jetzt das anfangen, was Sie versäumt haben.)

Sie sind offenbar des Lesens nur sehr einseitig mächtig.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ja. –
Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Sie sollten sich mal den Kabinettsbeschluss vom 10. März 1998 vornehmen und ihn vergleichen mit dem

Kabinettsbeschluss vom 9. Mai 2000. Und wenn Sie den ganz nüchtern lesen, werden Sie feststellen, dort stehen ganz konkrete Maßnahmen drin. Ich muss allerdings zugeben, dass er sehr widerwillig von der einen Seite der Koalition akzeptiert worden ist, '98, insbesondere von der Kultusministerin. Aber es gibt diesen Kabinettsbeschluss. Was man nur tun muss, man muss die Maßnahmen querbeet über die Zuständigkeiten in der Landesregierung umsetzen. Und wenn Sie das getan hätten, würden Sie jetzt nicht mit leeren Händen dastehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Wolfgang Riemann, CDU: Genau so!)

Wir, Herr Innenminister, unterstützen allerdings, wir unterstützen Ihre Forderung aus praktischen Überlegungen, dass für Jugendliche, die gefährdet sind, mit rechts-extremem Gedankengut auch Räume zur Verfügung stehen. Aber nicht etwa damit sie Ruheräume haben, nicht in Ihrer naiven Form. Damit setzen Sie sich nämlich dem Vorwurf aus, den Michel Friedmann erhoben hat, Sie wollten Ruheräume schaffen,

(Wolfgang Riemann, CDU:
So wie in Ahlbeck mitten im Wald.)

und das ist gerade jetzt noch mal vom Ausländerbeirat so falsch gesehen worden, ich hoffe, falsch. Ich hoffe, Sie denken in diesem Punkte wie wir. Ich hoffe, dass Sie wissen, dass Sie die Kommunen damit nicht alleine lassen können. Sie müssen sich dann zugleich in der Landesregierung dafür stark machen, dass die entsprechenden Stellen geschaffen werden für qualifizierte Pädagogen und Sozialarbeiter. Denn das ist nicht eine Sonntagsaufgabe, was hier geleistet werden muss. Dieses Spannungsfeld zu überbrücken, mit gewaltbereiten Jugendlichen zu arbeiten, mit solchen, die auch noch rechtsextreme Anschauungen vertreten, das ist keine leichte Sache. Damit können Sie die Kommunen nicht alleine lassen. Da müssen Sie sich dann schon mal dafür einsetzen, dass Sie nicht nur Luftblasen formulieren, sondern auch etwas umsetzen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Daran werden wir Sie messen.

Meine Damen und Herren, der Innenminister hat wenig Verständnis für die rechtspolitischen Forderungen gezeigt und hat dann auf Thüringen, auf Sachsen und wohin auch immer hingewiesen. Hier haben Sie Verantwortung und hier hatten Sie, Herr Innenminister, auch als innenpolitischer Sprecher Ihrer Fraktion bis 1998, zumindest im Landtag, Verantwortung.

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Und denken Sie mal daran, wie Sie sich gesperrt und gesträubt haben zum Beispiel gegen die Verschärfung im Versammlungsrecht.

Sie haben eben den Artikel 8 zitiert. Herr Innenminister, Sie sollten sich mal mit Ihren Kollegen, die etwas tiefer, glaube ich, in die Materie eingestiegen sind, unterhalten. Ich weiß, dass es in der Innenministerkonferenz überwiegend die Auffassung gibt, dass das, was heute versammlungsrechtlich einfach rechtlich geregelt ist im Paragraphen 15 des Versammlungsgesetzes, die Polizei vor Schwierigkeiten stellt, die sie nicht lösen kann. Ich will Ihnen das erläutern.

Sie haben gesagt, das geht alles nicht. Aber, Herr Innenminister, das Oberlandesgericht hat in seinem Urteil

deutlich auf die erhebliche Störung des Rechtsfriedens und des Rechtsbewusstseins hingewiesen. Wie lange soll es eigentlich noch gehen, dass wir die gleichen Bilder von NPD-Aufmärschen sehen, die dann von der Polizei begleitet werden? Es ist doch immer wieder das gleiche Muster: Zur Abwehr dieser Veranstaltung organisieren sich demokratische Bürgerbündnisse – darauf ist hier hingewiesen worden – am gleichen Ort. Diese werden dann, und das muss leider hier gesagt werden, weil es Fakt ist, auch häufig von gewaltbereiten Gruppen aus dem linksextremistischen Spektrum benutzt. Sie entsinnen sich, hier in Schwerin hat es die Polizei glücklicherweise im Griff gehabt.

(Angelika Gramkow, PDS: Sie waren gar nicht da, Sie können das gar nicht einschätzen. – Zurufe von Georg Nolte, CDU, und Peter Ritter, PDS)

Ach, Frau Gramkow, ich weiß doch, dass Sie das angezettelt haben. Wer hat denn den Antrag in die Stadtvertretung gebracht, ein bestimmtes Haus in einer Weise zu benennen, so dass „Graswurzel“ und andere hierher gekommen sind? Sie haben dafür gesorgt.

(Volker Schlotmann, SPD: Na wer ist denn „Graswurzel“? Sie haben doch überhaupt gar keine Ahnung! Sie strotzen vor Arroganz und nehmen dann Begriffe wie „Graswurzel“ in den Mund und wissen gar nicht, was es ist. Da können wir uns gerne mal drüber unterhalten. – Monty Schädel, PDS: Das ist das schlechteste Beispiel, was Sie anführen können. – Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Sie haben keine Ahnung.

(Volker Schlotmann, SPD: Das war jetzt wirklich Quatsch. – Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Frau Präsidentin, darf ich weiterreden?

(Peter Ritter, PDS: Na reden Sie doch!)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Selbstverständlich, Herr Dr. Jäger.

Ich bitte auch die anderen Abgeordneten, Herrn Dr. Jäger reden zu lassen.

(Angelika Gramkow, PDS: Die Ausführungen des Staatsschutzes im Ordnungsausschuss haben Sie wohl nicht mitgekriegt?)

Dr. Armin Jäger, CDU: Herr Schlotmann, vielleicht einigen Sie sich mit Ihrem Innenminister über Ihre Meinungsverschiedenheiten und lassen mich erst einmal ausreden.

(Volker Schlotmann, SPD: Ich habe mit meinem Innenminister keine Probleme. Ich höre nur, was Sie hier vor lauter Arroganz von sich geben.)

Sie haben öffentlich erklärt, dass Sie das nicht gut finden. Wieso ist das denn Arroganz, wenn ich hier Fakten schildere?

(Volker Schlotmann, SPD: Das werde ich Ihnen gleich aufzählen.)

Mit Ihnen kann ich gar nicht diskutieren.

(Volker Schlotmann, SPD: Na, na!)

Mit Ihnen kann man das nicht diskutieren. Sie bringen das nicht hin.

(Volker Schlotmann, SPD: Ah ja.)

Zum Paragraphen 15, Herr Innenminister:

Das Problem ist doch, und das wissen Sie genau, dass wir bisher bei den Ordnungsbehörden mit keiner Begründung eine Aufrechterhaltung von Verbotsverfügungen durchgesetzt haben. Sie wissen das, ich weiß das. Und jetzt müssen wir mal überlegen, warum das eigentlich so ist. Das liegt daran, dass nur bei einem polizeilichen Notstand, der Nichtstörer – so wird nämlich der Veranstalter angesehen – von der Veranstaltung abgehalten werden kann, also verboten werden kann. Was hindert uns eigentlich, als Demokraten dafür zu sorgen, dass das Versammlungsgesetz so präzisiert wird, dass wir nicht bis zum polizeilichen Notstand nachweisen müssen, sondern alleine die Gefahr – und die ist belegbar, Sie haben einen Verfassungsschutz, Sie haben Erkenntnisse aus dem Staatsschutz – der Begehung von Gewalttätigkeiten ausreicht?

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Das wäre die gesetzliche Änderung.

Übrigens, Herr Innenminister, wenn Sie Bundesratsinitiativen gelesen hätten, wüssten Sie genau den Wortlaut, wie der Paragraph 15 aussehen sollte. Aber es ist in der letzten Legislaturperiode im Bundestag nicht gelungen, an der SPD vorbeizukommen, obwohl Herr Schröder da große Worte gesprochen hat,

(Wolfgang Riemann, CDU: Im Bundesrat.)

aber im Bundesrat war es nicht möglich, eine Mehrheit dafür zu bekommen. Stattdessen setzen Sie wieder Luftblasen in die Luft. Tun Sie es doch nicht! Es ist ja spannend und es gibt ja auch Diskussionen, die hilfreich sind. Aber Sie können doch nicht immer nur etwas in die Luft setzen und anschließend können Sie nicht dazu stehen. Jetzt haben Sie gesagt, Sie wollen die NPD als Partei verbieten lassen.

(Reinhardt Thomas, CDU: Ja, das wird noch besser.)

Übrigens ist es nicht der Bundesinnenminister, sondern das Bundesverfassungsgericht. Der Bundesinnenminister stellt den Antrag und die Entscheidung trifft das Bundesverfassungsgericht. Aber ich nehme an, dass Sie unter Kollegen gesprochen haben, und Herr Schily wird Ihnen sicher gesagt haben, dass diese Überlegung schon lange im Raum war. An dieser Stelle muss ich ausnahmsweise mal sagen: Herr Schoenenburg, wir sind uns ja selten einig, aber die Überlegung von Herrn Schoenenburg teile ich, denn erstens wird die NPD nicht verboten, das ist wohl sicher, sonst hätte Herr Schily längst den Antrag gestellt, und zweitens, wenn sie verboten würde, hätten wir sehr schnell Nachfolgeorganisationen.

Was mir fehlt an Ihren konzeptionellen Überlegungen – Sie haben gesagt, das sei ein Konzept –, ist der logische Schluss. Einerseits sagen Sie, wir brauchen Räume für Jugendliche mit rechtsextremem Gedankengut, damit wir an sie herankommen – in Ordnung, mit der entsprechenden Ergänzung wie in unserem Antrag. Andererseits sagen Sie, wir wollen die NPD verbieten, und sehen nicht, dass sich das dann praktisch widerspricht. Die NPD zu verbieten ist sicher rechtlich bei entsprechenden Begründungen möglich. Das lässt die Verfassung ja zu, Sie müssen nur Beweise bringen. Haben Sie die in diesem Lande?

Sie stärken doch die NPD nur, wenn ein Innenminister solche Sprüche von sich gibt,

(Reinhardt Thomas, CDU: Und nichts passiert.)

aber nicht über seinen Verfassungsschutz dem Bundesinnenminister das entsprechende Material geben kann. Das ist eben kein Konzept.

Hätten Sie das, was im März 1998 einmal fest von einer Landesregierung beschlossen worden ist, kontinuierlich über das Jahr 1999 weiter umgesetzt, hätten wir heute erheblich mehr erreicht in dem Bereich Erziehung zur Toleranz, denn dann wären die Lehrer längst befähigt. Hier ist eingefordert worden, es müsste ein Konzept gefunden werden, sie zu befähigen. Was haben Sie in der Zwischenzeit getan? Sie haben darüber gestritten, in welcher Form die Orientierungsstufe umgestellt werden soll.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Richtig, der Innenminister war segeln. – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Das ist ja lächerlich.)

So haben Sie die Lehrer beschäftigt. Das war nicht gerade eine Bekämpfung des Rechtsextremismus oder ein Konzept einer Landesregierung, die jetzt wenigstens wieder in akzeptabler Form ...

(Monty Schädel, PDS: Na, was haben Sie denn getan als Bürger und als Abgeordneter?)

Was ich getan habe

(Monty Schädel, PDS: Ja.)

als Politiker, als Minister, als Staatssekretär in Berlin,

(Monty Schädel, PDS: Als Bürger dieses Landes.)

das kann ich Ihnen sehr deutlich sagen. Ich habe Extremismus überall dort bekämpft, wo er aufgetreten ist.

(Monty Schädel, PDS: Deshalb haben wir ihn heute.)

Ich bin nämlich weder auf dem einen noch auf dem anderen Auge blind.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Harry Glawe, CDU: Richtig!)

Und das kann ich Ihnen ganz deutlich sagen. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Monty Schädel, PDS: Deshalb sind sie alle bei Ihnen marschiert, als Sie Innenminister waren. – Wolfgang Riemann, CDU: Vor allen Dingen ist er höflich und nimmt die Mütze ab, wenn man mit ihm spricht.)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Schlotmann von der SPD-Fraktion.

Volker Schlotmann, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

(Harry Glawe, CDU: Jetzt kommt der Gewerkschafter!)

Sie sollten über nichts reden, wovon Sie keine Ahnung haben, Kollege Glawe.

(Herbert Helmrich, CDU: Der ist ausgetreten aus der Gewerkschaft. – Wolfgang Riemann, CDU: Ach ja?)

Wissen Sie, in der Debatte hier sind so ein paar Sprüche von der – aus unserer Sicht – linken Seite gekommen, die ich erst einmal aufgreifen möchte.

Erst einmal hat der Kollege Riemann – ich denke mal, für seine gesamte Fraktion, das klang auch bei seinem Kollegen Jäger durch – gesagt, nicht auf den Straßen, dort auf keinen Fall, sich gegen Rechts stellen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist vollkommen unsinnig.)

Wissen Sie, ...

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist doch unsinnig.)

Das hat Ihr Kollege Riemann hier gesagt. Gucken Sie ins Protokoll!

(Harry Glawe, CDU: Wir gehen dahin, wo die Rechten sind, und diskutieren mit ihnen.)

Sie wollen doch gar nicht mit mir reden, ich weiß gar nicht, was das soll.

(Wolfgang Riemann, CDU: Wenn sie marschieren, können Sie mit denen nicht diskutieren.)

Eins sage ich Ihnen, lieber Kollege Riemann: Durch das Gequatsche hier werden Sie im Land nichts erreichen,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS – Dr. Armin Jäger, CDU: Nein, handeln Sie! – Wolfgang Riemann, CDU: Durch Handeln, durch Handeln!)

sondern Sie gehören auf die Straße wie jeder andere Bürger auch, weil alten und neuen Nazis die Straße eben nicht überlassen werden darf, genauso wenig wie die Parlamente.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS – Georg Nolte, CDU: Wie in der Weimarer Republik, was?! – Reinhardt Thomas, CDU: Ja, das ist es!)

Das erst einmal zu diesem Spruch „auf der Straße nicht“.

Dann kommen wir mal zu dem Kollegen Thomas: Kollege Thomas, Sie können uns eigentlich nur leid tun. Das muss ich Ihnen wirklich mal sagen. Ihr Problem – oder sagen wir mal, Sie sehen dort das Problem – sind eigentlich immer die Linken und das sind die Gegendemonstranten. Sie müssen sich mal Ihre Verlautbarungen und Reden angucken.

(Wolfgang Riemann, CDU: Nicht die Gegendemonstranten, sondern die Chaoten unter den Gegendemonstranten.)

Ich möchte mal einen statistischen Hinweis geben, ich habe mir mal die Mühe gemacht. Ich konnte mir ja vorstellen, was von Ihnen wieder kommt. Von den 15 Minuten, die Sie hier geredet haben bei der Einbringung, haben Sie 11 Minuten von der SPD, von den Grünen, von der PDS, von Bündnissen und sonst was geredet.

(Reinhardt Thomas, CDU: Das ist doch unser Problem, wenn wir etwas verändern wollen.)

Über das Thema Rechtsextremismus und was Sie mit uns gemeinsam dagegen machen können, darüber haben

Sie sehr wenig verloren. Aber das war auch nicht anders zu erwarten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Herbert Helmrich, CDU: Sie haben jetzt schon fünf Minuten über die CDU geredet und über Herrn Riemann. – Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU)

Kollege Helmrich, Sie kriegen das, was Sie verdient haben, nichts anderes.

Wissen Sie, was bei den beiden Beiträgen des Herrn Jäger,

(Monty Schädel, PDS: Die „Graswurzel“, die muss da mit dazukommen.)

der dermaßen arrogant war, übrigens auch mit „Graswurzel“ –

(Heiterkeit bei Dr. Armin Jäger, CDU: Ach, Herr Schlotmann!)

befassen Sie sich mal damit! Das sind die Gründer des gewaltlosen Widerstandes. So viel zum Rechtsextremismus.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Monty Schädel, PDS: Ja, ja!)

Was bei Ihnen ständig durchkam, war die Botschaft: Am CDU-Wesen wird die Welt genesen. Ich glaube, Sie sind da auf einem völlig falschen Dampfer. Kommen Sie da wieder runter!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Dr. Armin Jäger, CDU: Gucken Sie sich die Zahlen an und gucken Sie, wie hilflos diese Landesregierung ist!)

Kehren Sie mit zu uns zu konstruktiven Gesprächen zurück! Dann können wir was bewegen.

Nun kommen wir mal zum Thema zurück, aber das war nötig, dass man das vorab mal sagt. Wir befassen uns zum wiederholten Mal heute im Landtag mit diesem Thema, diesmal auf Betreiben der Opposition. Das Thema lässt uns, so scheint es, einfach nicht los. Ich sage Ihnen ganz offen, als ich zum ersten Mal von dem Ansinnen der Opposition hörte, war ich eigentlich noch guter Dinge.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das glaube ich Ihnen nicht.)

Ob Sie mir das glauben oder nicht, Sie glauben uns sowieso nichts,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Doch, doch, doch!)

also ist das ohnehin vergebliche Liebesmüh.

Eigentlich schien es mir als eine Chance,

(Harry Glawe, CDU: Das spricht für Sie.)

mit der Opposition endlich mal sachlich fundiert und frei von populistischen Profilierungsgelüsten, wie ehemalige Minister dies gern machen, dieses ernste Thema zu diskutieren.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das glauben Sie doch selber nicht!)

Mir klingen auch noch die Worte vom Wochenende in den Ohren, als Frau Schnoor der Regierung und den sie tragenden Fraktionen eine sachlich faire Zusammenarbeit angeboten hat. Doch dann habe ich den vorliegenden Antrag gelesen und meine Hoffnungen – oder besser gesagt Illusionen – waren auf einen Schlag zerstört.

Lassen Sie mich deshalb auf zwei Aspekte eingehen, zum einen auf die inhaltliche Seite Ihres Antrages und zum anderen auf den Stil Ihrer Oppositionsarbeit – gerade am Beispiel dieses Themas –, der von der CDU nach wie vor gepflegt wird.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das sagt er nur, weil der Antrag von der CDU kommt. – Peter Ritter, PDS: Dann hätten Sie so was nicht aufgeschrieben.)

Zunächst zum Inhalt:

Meine Damen und Herren von den Oppositionsbänken! Ich weiß, sie drücken Sie ja sehr hart,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nee. – Wolfgang Riemann, CDU: Nee, nee! Bei dieser Landesregierung sind die Oppositionsbänke nicht hart.)

aber gerade deshalb reiht sich Ihr Antrag nahtlos in Ihre marktschreierische Politik der vergangenen Wochen ein.

(Beifall Dr. Margret Seemann, SPD)

Sie fordern ein effektives und klares Konzept von der Landesregierung.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Die Vorschläge aber, die Sie dann in Ihrem Antrag in die Diskussion einbringen, müssen sich demzufolge ja auch an diesem Anspruch messen lassen. Nimmt man Sie nun aber beim selbstformulierten Wort, dann muss die Antwort eindeutig ausfallen: Ihr Antrag ist schlicht und einfach schlechtes Recycling uralter Dinge aus der Mottenkiste.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Peter Ritter, PDS)

Oder kurz gesagt: Sie versuchen, das Negativphänomen Rechtsextremismus allein mit einem ganzen Arsenal repressiver Maßnahmen zu bekämpfen, und werden sich am Ende wundern, dass dieser Weg allein nur ins Abseits führen wird.

Meine Damen und Herren! Bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus – und da waren wir uns mal einig, Kollege Jäger,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Na klar.)

schauen Sie mal in die „Landtags-Nachrichten“ rein, ich war auch ganz verwundert –

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, ja.)

gibt es keinen Königsweg. Da sind wir uns einig.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Es handelt sich um ein vielschichtiges Phänomen, dessen Mosaikbild aus vielen verschiedenen, sehr schillernden und gerade darum so gefährlichen Einzelsteinchen besteht.

Ich könnte auch jetzt noch einmal auf die einzelnen Punkte in Ihrem Antrag eingehen, aber ich denke, der

Innenminister hat dies ausführlich getan und auch der Kollege Ritter hat dies getan. Meine Damen und Herren, so viel zur Arroganz, Kollege Born, im Gegensatz zur Opposition.

Mit Ihrem vorliegenden Antrag verfolgen wir eine sehr viel umfassendere Zielrichtung. Einerseits müssen bestehende rechtliche Möglichkeiten mit aller Härte angewendet werden, und darüber, denke ich mir, besteht keinerlei Zweifel. Der zur Verfügung stehende Instrumentenkasten ist gut genug ausgestattet. Erst wenn sich gezeigt hat, dass das vorhandene Instrumentarium nicht ausreicht,

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

bin ich bereit, über eine Verschärfung von Gesetzen nachzudenken. Denn ich sage Ihnen eins: Eggesin oder Lassan wären auch mit den von Ihnen vorgeschlagenen Gesetzesverschärfungen kaum zu verhindern gewesen, meine Damen und Herren.

(Peter Ritter, PDS: So ist es.)

Ein weiterer Grund spricht dagegen, angesichts aktueller Ereignisse nun einseitig die Schraube der Verschärfung weiter zu drehen. Wir alle gemeinsam setzen uns damit einem Erwartungsdruck aus, den wir niemals werden erfüllen können. Ich frage Sie, meine Damen und Herren der CDU: Welche Verschärfungsmaßnahmen werden Sie denn nach dem nächsten Überfall oder der nächsten gewalttätigen NPD-Demonstration fordern? Werden Sie wieder, wie ja vorhin auch schon geschehen, wie im Vorfeld der letzten Kabinettsitzung mit Schlagworten wie „blinder Aktionismus“ und „Hilflosigkeit“

(Wolfgang Riemann, CDU: Wenn Ringstorf verschärfte Maßnahmen fordert, dann ist das in Ordnung, aber die CDU darf das nicht. –

Dr. Armin Jäger, CDU: Was fordert denn der Ministerpräsident?)

den Menschen suggerieren, Sie allein hätten den Königsweg gefunden? Wer auf diese Art und Weise allein um die Lufthoheit über den Stammtischen kämpft und wirbt, der wird später tief fallen, meine Damen und Herren. Denken Sie daran!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Harry Glawe, CDU: Jaja.)

Allein der Ruf nach immer härteren Strafen stellt jedenfalls kein Konzept dar, schon gar kein Konzept, mit dem wir insgesamt dem Problem extremistisch gesinnter Jugendlicher und Heranwachsender Herr werden können, meine Damen und Herren. So viel zur inhaltlichen Seite Ihres Antrages, auch wenn Dr. Born das anders sieht.

(Reinhardt Thomas, CDU: War aber sehr wenig.)

Man kriegt ja nicht die Zwischenrufe überall mit, aber ich berichte dann immer so ein bisschen live, was hier vorne so abgeht.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Zum Inhalt haben Sie noch nichts gesagt, da haben Sie Recht. – Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Ich komme nun zum zweiten Aspekt meiner Ausführungen, und zwar dem Stil der Opposition in diesem Hause. Ich habe Inhalte erklärt, die Sie nicht verstehen wollen und nicht akzeptieren wollen, das ist das Problem. Ich fordere hier noch einmal mit allem Nachdruck alle im Landtag ver-

tretenen Parteien auf, gemeinsam darüber nachzudenken, wie wir über das bereits Unternommene hinaus weitere Maßnahmen und Konzepte erarbeiten können, um das Problem des Rechtsextremismus in unserem Land zu bekämpfen. Denn das ist unser aller Problem, ich kann es nur noch einmal wiederholen. Dazu lade ich auch ausdrücklich die Opposition ein.

Allein auch da fehlt mir noch etwas der Glaube, dass Sie es mit Ihrem Gesprächsangebot, das ich als Erwiderung erhalten habe, tatsächlich auch ernst meinen. Denn ein ernst gemeintes Gesprächsangebot zu einem so entscheidenden und wichtigen Thema macht doch nur dann Sinn, wenn nicht gleich, wie leider Frau Schnoor dies getan hat, öffentliche Vorbedingungen, sprich die Zustimmung zu diesem Antrag, gestellt werden, damit wir überhaupt miteinander reden können. Das kann doch wohl nicht wahr sein! So gehe ich doch in kein Gespräch zum Thema Rechtsextremismus.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Deswegen werden wir Ihren Antrag – und das wissen Sie ja mittlerweile schon – ablehnen,

(Wolfgang Riemann, CDU: Na toll!)

weil wir davon überzeugt sind, dass Ihr Antrag in die falsche Richtung weist.

(Wolfgang Riemann, CDU: Dann können Sie den doch auch gleich in den Ausschuss überweisen und ein paar Anhörungen machen und ihn dann wieder rausbringen, wenn man was gemeinsam machen will! – Der Abgeordnete Dr. Armin Jäger meldet sich für eine Anfrage.)

Gleichwohl appelliere ich an alle politisch Verantwortlichen, zu denen Sie auch gehören, sich der Diskussion weiter zu stellen.

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Herr Schlotmann, gestatten Sie eine Anfrage des Abgeordneten Dr. Jäger?

Volker Schlotmann, SPD: Nein. Ich habe vorhin zur Kenntnis genommen, dass Dr. Jäger mir öffentlich erklärt hat, mit mir kann er nicht reden, und dabei will ich es belassen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Dr. Armin Jäger, CDU: Sie kneifen, Herr Schlotmann, Sie kneifen, Herr Schlotmann, weil Sie immer den Kürzeren ziehen. – Heike Lorenz, PDS: Ja, so viel zum Thema Arroganz!)

Das können Sie interpretieren, wie Sie wollen und wie Sie lustig sind. Ich sagte etwas von Arroganz. Noch besser können Sie sich nicht demaskieren.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Zuruf von Steffie Schnoor, CDU)

Ich fordere trotz dieser persönlichen Probleme, die manche bei Ihnen haben, die Opposition auf: Arbeiten Sie mit den schon bestehenden Initiativen mit! Wo sind Sie denn, wo treiben Sie sich denn da rum? Wo sind Sie beim Bündnis für Arbeit?

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Das gibt es doch gar nicht mehr. Das liegt doch im Tiefschlaf, Ihr Bündnis für Arbeit!)

Wo sind Sie beim Bündnis „Bunt statt Braun“, selbst beim Bündnis für Arbeit, aber „Bunt statt Braun“?

Sehen Sie, so ernst nehmen Sie das Thema. Das ist wirklich schade.

Wo sind Sie denn da zu finden?

(Wolfgang Riemann, CDU: Ich war schon da.)

Wo sieht man Sie da?

(Wolfgang Riemann, CDU:
Ich war schon da, ja, ja.)

Sie waren schon da?

(Wolfgang Riemann, CDU: In Wolgast.)

Die CDU war schon da?

(Wolfgang Riemann, CDU:
Ja, als Kreisvorsitzender.)

Sie waren schon da?

(Wolfgang Riemann, CDU:
Aber Sie waren da nicht da.)

Wissen Sie, wo ich überall schon war, wo Sie längst nie hingehen würden? Sie gehen doch nicht auf die Straße, das haben Sie doch vorhin selber gesagt. Mein Gott!

(Wolfgang Riemann, CDU: Ich gehe nicht auf die Straße, nein, aber zu so einer Veranstaltung gehe ich schon. – Zuruf von Heike Lorenz, PDS)

Da halten Sie sich immer sehr vornehm zurück. Sehr häufig sieht man Sie dann hinter Gardinen am Fenster.

(Wolfgang Riemann, CDU: Mich nicht. – Zuruf von Caterina Muth, PDS)

Oder wo bringen Sie sich denn ein in den Verein für Demokratie und Toleranz in Mecklenburg-Vorpommern? Wissen Sie, wer da drin ist als einziger CDU-Vertreter? Der Kollege Jelen. Aber die CDU?

(Wolfgang Riemann, CDU: Siehste, da sind wir doch präsent! – Monty Schädel, PDS:
Der sitzt da als Bürgerbeauftragter und nicht als Vertreter der CDU.)

Das ist für Sie doch eine Sahelzone. Das sind Gelegenheiten, denke ich mir, wo man sich konkret über Maßnahmen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus miteinander auseinander setzen kann, meine Damen und Herren der CDU.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ja, im eigenen Saft schmoren. Wo gehen Sie denn an die Schulen?)

Aber ich sage Ihnen auch, von Ihnen habe ich da bis heute noch nie etwas Konstruktives gehört.

(Wolfgang Riemann, CDU: Diskutieren Sie an den Busbuden mit den Rechtsradikalen! Da steigen Sie nämlich nicht aus, da steigen Sie nicht aus, an den Busbuden, wo die Rechtsradikalen stehen.)

Volker Schlotmann, SPD: Und wissen Sie, eins ...

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Herr Riemann, ich würde Sie bitten, den Abgeordneten Schlotmann reden zu lassen. Sie haben jetzt kein Rederecht.

(Beifall Dr. Henning Klostermann, SPD,
und Dr. Margret Seemann, SPD –
Wolfgang Riemann, CDU: Da sind Sie nämlich alleine, da sind Sie zu feige.)

Volker Schlotmann, SPD: Lieber Kollege Riemann, das ist doch dummes Zeug. Wissen Sie, wie oft ich in solchen ...

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Herr Riemann, ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf.

Volker Schlotmann, SPD: Wohl bekomms!

(Harry Glawe, CDU: Herr Fraktionsvorsitzender, so geht es ja auch nicht.)

Ein Letztes zum Stil der Opposition, das gehört auch dazu, ...

Hören Sie mal zu, Herr Glawe!

... dieser Stil vergiftet nämlich das Klima in diesem Land mit.

(Beifall Dr. Gottfried Timm, SPD –
Dr. Ulrich Born, CDU: Das tun Sie gerade! –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Ja, dass Sie nicht zuhören können, das wissen wir ja.

Mir ist dieser Tage ein Pamphlet in die Hände gekommen – und da sage ich Ihnen ganz deutlich, wirklich ganz deutlich, das meine ich sehr ernst in alle Richtungen, da ist noch nicht einmal klammheimliche Freude erlaubt – mit der Überschrift: „Das wahre Gesicht der Frau Dr. Seemann“.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Man höre und staune! Da ist keine Freude, auch kein Grinsen angesagt, meine Damen und Herren. Dieses Pamphlet ist unterzeichnet von einer Abgeordneten dieses Hauses, und zwar von Frau Kleedehn.

(Reinhardt Thomas, CDU: Ist sie deswegen rechts eingestellt?)

Frau Kleedehn, eines sage ich Ihnen: Das Klima in diesem Land vergiftet man durch eine Wortwahl und genau auf diese Wortwahl kommt es an.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD)

Dazu zitiere ich jetzt einmal eine Passage aus diesem Pamphlet, um deutlich zu machen, wie man Klima vergiftet in diesem Land.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Wahrheiten tun immer weh.)

Und dieses spricht für sich.

Hören Sie doch wenigstens an dem Punkt einmal zu!

Unter dem Stichwort „Suchtvorbeugung“

(Reinhardt Thomas, CDU: Und das gehört zu Maßnahmen rechtsextremer Gewalt, was Sie jetzt erzählen? – Zuruf von Monty Schädel, PDS)

schreibt Frau Kleedehn: „Die Suchtvorbeugung durch Frau Dr. Seemann ist konsequent und wirkungsvoll. Der Alkoholkonsum hat im letzten Jahr erheblich zugenommen. Derzeit gibt es 90.000 Suchtkranke und 400.000 Mißbräuchler im Land. Synthetische Drogen wie Ecstasy und Speed sind auf dem Vormarsch und werden frei auf den Schulhöfen gehandelt. Das Programm ‚Pro-Delirium-Säuferwahn‘ wurde stillschweigend erfolgreich auf den Weg gebracht. 18 Liter reinen Alkohol trinken die Bürgerinnen und Bürger in Hagenow-Land auf das Wohl von Frau Dr. Seemann.“ Also etwas Schabigeres

(Erhard Bräunig, SPD: Eine Schande ist das!)

in der politischen Auseinandersetzung in der Öffentlichkeit ist mir hier wirklich noch nicht untergekommen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Das ist böseste Stimmungsmache gegen den politischen Gegner. Das wissen wir, das akzeptieren wir. Sie sind das Gleiche für uns, aber nicht in diesem Stil, das sage ich Ihnen.

(Beifall Norbert Baunach, SPD,
Heidemarie Beyer, SPD, und Peter Ritter, PDS –
Erhard Bräunig, SPD: Eine Sauerei ist das!)

Denn was wird ein Jugendlicher sagen, der so was in die Hände kriegt? Der sagt doch, alle Politiker sind bekloppt. Die sagen doch nicht nur die SPD oder die CDU, das fällt doch auf uns alle zurück. Die orientieren sich woandershin. Die orientieren sich dahin, wo irgendwelche selbsternannten Führer ihnen den Weg vorgeben und nicht so einen Mist vom Stapel lassen, wie er in diesem Papier steht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Ich fordere Sie ausdrücklich auf: Nehmen Sie diese Äußerung zurück! Entschuldigen Sie sich bei Frau Dr. Seemann

(Lorenz Caffier, CDU: Das fehlte mir noch.)

und erklären Sie das öffentlich! Und wenn Sie das nicht können, dann ist das ein Spiel der Opposition, wo ich Ihnen sage, ich habe ein Problem mit den Angeboten von Frau Schnoor. Das muss ich Ihnen in aller Deutlichkeit sagen.

Abschließend ...

(Wolfgang Riemann, CDU: Wer hat denn das Papier „Sozialräuber“ in die Welt gesetzt vor 1998? Wer hat das gesagt, „Sozialräuber“? Wer hat denn das gemacht? – Dr. Margret Seemann, SPD: War ich das?)

Herr Riemann, Sie interessieren mich im Moment gar nicht mehr.

Meine Damen und Herren! Heinz Galinski ...

(Wolfgang Riemann, CDU: In welcher Partei war denn das, „Sozialräuber“, und dann CDU-Abgeordnete drauf abgebildet?)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Herr Riemann, ich möchte wirklich darum bitten, dass jetzt die Ausführungen von Herrn Schlotmann angehört werden. Sie haben jetzt kein Rederecht,

(Lorenz Caffier, CDU: Jaja.)

das hat überhaupt niemand außer Herrn Schlotmann. Das bitte ich zu akzeptieren!

(Lorenz Caffier, CDU: Ich hoffe, Sie sind so konsequent bei anderen Rednern auch.)

Volker Schlotmann, CDU: Wenn es auch schwer fällt.

Heinz Galinski hat einmal gesagt: „Demokratie kann man keiner Gesellschaft aufzwingen. Sie ist auch kein Geschenk, das man ein für alle Mal in Besitz nehmen kann. Sie muss täglich erkämpft und verteidigt werden.“

(Peter Ritter, PDS: Da wird wieder der Ältestenrat einberufen deswegen.)

In diesem Sinne fordere ich wirklich alle – wirklich alle – politisch Verantwortlichen nochmals auf, gemeinsam mit

uns über Möglichkeiten und Wege der Bekämpfung des Rechtsextremismus zu diskutieren. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Danke, Herr Schlotmann.

(Der Abgeordnete Lorenz Caffier meldet sich zur Geschäftsordnung.)

Ein Wort an Sie, aber auch an Herrn Caffier: Wir haben uns erst kürzlich im Ältestenrat darüber unterhalten, dass die Äußerungen des Präsidenten oder der Vizepräsidentinnen nicht zu kommentieren sind. Ich bitte Sie alle beide, sich daran zu halten.

Bitte sehr, Sie haben das Wort zum Geschäftsordnungsantrag.

Lorenz Caffier, CDU (zur Geschäftsordnung): Frau Präsidentin, die CDU-Fraktion beantragt die Überweisung des Antrages, da die Kollegen von der SPD- und PDS-Fraktion erklärt haben, Sie sind in der Sache diskussionsbereit. Insofern stellen wir den Antrag nicht zur Abstimmung, sondern überweisen ihn in den Ausschuss.

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Sagen Sie bitte noch, in welchen Ausschuss.

Lorenz Caffier, CDU (zur Geschäftsordnung): In den Innenausschuss.

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zu dem eben gemachten Vorschlag, den Antrag auf Drucksache 3/1291(neu) in den Innenausschuss zu überweisen. Wer diesem Vorschlag zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Vielen Dank. Gegenstimmen? – Danke.

(Beifall Lorenz Caffier, CDU –
Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist das demokratische Verständnis während der Abstimmung. – Georg Nolte, CDU:
Das ist Gesprächsbereitschaft! –
Volker Schlotmann, SPD: Das ist nur, weil wir eure Spielchen nicht mitmachen.)

Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist dem Überweisungsvorschlag, da er nur die Stimmen der CDU-Fraktion bekommen hat, nicht gefolgt worden.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung des Antrages der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1291(neu) in der Sache. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Gegenstimmen? – Danke schön. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag der Fraktion der CDU mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und PDS gegen die Stimmen der CDU-Fraktion abgelehnt.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages für Donnerstag, den 25. Mai 2000, 9.00 Uhr ein. Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend.

Schluss: 18.53 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Reinhard Dankert, Helmut Holter, Annegrit Koburger, Götz Kreuzer und Jürgen Seidel.